ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 6 (142) Juni 2026 /Siwan-Tammus 5786 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 4,95 €

7. Oktober: Hamas setzte sexuelle Gewalt als Waffe ein

SEITE 4–5

Warum jedes Abkommen mit dem Iran ein Fehler ist

SEITE 21

Fritz Grünbaum – Der Mann, der noch im Abgrund lachte

SEITE 35

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

in dem vor uns liegenden Monat Juni jährt sich in diesem Jahr zum 59. Mal der unter dem Namen Sechs-Tage-Krieg in die jüdische Geschichte eingegangene heldenhafte und siegreiche Kampf des kleinen jüdischen Staates gegen die überwältigende Übermacht der auf Initiative Ägyptens vereinigten Armeen fast aller arabischen Staaten der näheren und sogar etwas entfernteren Region. Israels Existenz stand im Juni 1967 auf Messers Schneide und der Sieg gegen die von der Auslöschung Israels bramarbasierenden arabischen Machthaber darf mit Fug und Recht als israelisches Überlebenswunder angesehen werden.

Bereits seit seiner Gründung war Israel von Todfeinden umgeben. 1967 spitzte sich die Drohkulisse massiv zu. Die arabischen Länder Ägypten, Jordanien und Syrien hatten ihre Truppen mobilisiert und verkündeten lauthals die Vernichtung des jüdischen Staates. Allein Ägypten hatte etwa 100.000 Soldaten und 1000 Panzer an die Grenze zu Israel geschickt. Zuzüglich des militärischen Potentials seiner Verbündeten waren fast eine halbe Million Soldaten, mehr als 2.800 Panzer und 810 Kampfflugzeuge gegen Israel in Stellung gebracht.

Das vorsätzlich den Feinden zum Fraß überlassene und allein gelassene, den arabischen Todfeinden um Menschen und Waffen um ein Vielfaches unterlegene kleine Israel sollte untergehen. Sehr zur Enttäuschung und zum Entsetzen seiner weltweiten Feinde kam es dem bevorstehenden Überfall allerdings zuvor und wehrte sich erfolgreich.

Dem Kriegsgeschehen vorangegangen waren vor den Augen der untätigen UNO und der Welt von arabischer, vor allem von ägyptischer Seite ausgestoßene Drohungen, Israel endgültig von der Landkarte zu tilgen und seine Be-

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;

4 198807 004959 06

Merz spricht die Sprache der Feinde Israels

RALF HIRSCHBERGER / AFP

Von Julian M. Plutz

Es gehört inzwischen zum festen Ritual europäischer Politik im Allgemeinen und deutscher Politik im Speziellen: Sobald Israel sich verteidigt, sobald Juden nicht mehr Opfer, sondern handelnde Subjekte der Geschichte sind, beginnt in Berlin, Paris oder Brüssel das große Moralisieren. Der jüdische Staat wird belehrt, gemaßregelt und verurteilt. Erst neulich beschwerte sich in einer Diskussion ein wohl situierter Deutscher, der längst steuererleichtert im Ausland lebt, über die sogenannte Siedlergewalt. Für ihn sei das Verhalten der Israelis nichts anderes als „Krieg", da dort auch Menschen „erschossen werden" würden. Und natürlich, wie könnte es auch anders sein, meldete sich auch Friedrich Merz pflichtschuldig zu Wort. Die Gewalt einiger radikaler Siedler im sogenannten „Westjordanland" habe ein „beispielloses Ausmaß" erreicht, erklärte der deutsche Bundeskanzler laut WELT. Man müsse das „klar verurteilen".

Doch bevor Herr Merz den moralischen Richter spielt, sollte er vielleicht zuerst verstehen, worüber er überhaupt spricht. Denn bereits der Begriff „Westjordanland" ist Teil einer politischen Geschichtsfälschung. Die Region heißt historisch Judäa und Samaria. Dort liegen Hebron, Bethlehem, Schilo und Beit El – Orte jüdischer Geschichte Jahrtausende vor der Entstehung des Islam oder irgendeiner „palästinensischen" Nationalbewegung. Abraham kaufte in Hebron das Grab der Patriarchen. König David regierte dort. In Schilo stand jahrhundertelang das jüdische Heiligtum.

Ethnische Säuberung durch Jordanien

Der Begriff „Westjordanland" entstand dagegen erst nach 1948. Jordanien hatte das Gebiet im Angriffskrieg gegen den jungen Staat Israel besetzt und annektiert. „West Bank" bezeichnete schlicht das westliche Ufer des Jordanflusses. Die jordanische Besatzung war völkerrechtlich kaum anerkannt, doch europäische Medien übernahmen später bereitwillig die jordanische Terminologie. Seitdem wird der Eindruck erzeugt, Juden seien dort fremde Kolonisten. Das Gegenteil ist wahr.

Juden lebten in Judäa und Samaria lange bevor dort arabische Nationalisten Ansprüche formulierten. Die eigentliche ethnische Säuberung geschah 1948: Jordanische Truppen vertrieben jüdische Bewohner aus Hebron und Ostjerusalem, zerstörten Synagogen und entweihten Friedhöfe. Darüber spricht heute kaum jemand. Stattdessen gilt ausgerechnet die Rückkehr jüdischer Familien in ihre historischen Kerngebiete plötzlich als „Provokation". Wie absurd ist das eigentlich?

Ein Deutscher erklärt Juden, dass sie in Judäa nichts verloren hätten. Ausgerechnet Deutschland, das Land, das nicht müde wird, „nie wieder" zu krakeelen – freilich nur dann nicht, wenn Araber das zu Ende bringen, was, gottlob und dank der Russen und der US-Amerikaner, die deutschen Vorfahren nicht vollenden konnten.

Natürlich gibt es radikale Siedler. Natürlich gibt es Straftaten. Natürlich muss ein Rechtsstaat Gewalt ahnden, was Israel übrigens regelmäßig tut. Aber genau hier beginnt die unerträgliche Doppelmoral der europäischen Politik und Medien. Wenn arabische Terroristen Juden ermorden, hört man meist sterile Formulierungen von „Gewaltspiralen". Wenn Hamas-Raketen auf zivile Wohngebiete fliegen, folgt routinierte „Besorgnis". Wenn jüdische Familien Häuser bauen, ist plötzlich von „Kolonialismus" die Rede. Wenn einzelne Extremisten Straftaten begehen, wird daraus ein angeblich systemisches israelisches Verbrechen konstruiert. Man stelle sich nur die Maßstäbe vor, die hier angelegt werden.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Merz spricht die Sprache der Feinde Israels

Friedrich Merz belehrt Israel über sogenannte „Siedlergewalt" und übernimmt damit ausgerechnet jene Begriffe, mit denen Europas antiisraelische Moralbürokratie jüdisches Leben in Judäa und Samaria seit Jahrzehnten delegitimiert. Bereits der Begriff „Westjordanland" ist Teil einer politischen Geschichtsfälschung — er verschweigt Hebron, Schilo, Beit El und die jahrtausendealte jüdische Verwurzelung in diesem Land und erklärt Juden zu Fremden in ihrer eigenen Geschichte. Während Israel seit dem 7. Oktober 2023 gegen Hamas, Hisbollah und das iranische Vernichtungsregime um sein Überleben kämpft, gefällt sich der deutsche Kanzler in billiger und brandgefährlicher Distanzierung. Eine deutsche Politik, die „Nie wieder" sagt, aber jüdische Selbstverteidigung moralisch maßregelt, verrät Deutschlands historische Verantwortung und offenbart eine beschämende Doppelmoral. Wer jüdisches Leben in seiner historischen Heimat infrage stellt und zugleich die eigentlichen Angreifer und Brandstifter des Konflikts aus dem Blick verliert, fördert nicht den Frieden — sondern stärkt jene Kräfte, die Israels Existenz und die Sicherheit seiner Bürger bedrohen. (JR)

Man will keine wehrhaften Juden

Seit dem 7. Oktober 2023 erlebt Israel den größten Angriff auf Juden seit dem Holocaust. Hamas-Terroristen schlachteten Familien ab, verbrannten Kinder lebendig, vergewaltigten Frauen auf Leichenbergen und verschleppten Geiseln. Gleichzeitig beschießen Hisbollah-Milizen aus dem Libanon israelische Städte, der Iran droht offen mit Vernichtung, und in europäischen Straßen marschieren antisemitische Mobs. Doch worüber spricht der deutsche Kanzler? Über jüdische Häuser in Judäa.

Man muss das begreifen: Für große Teile der europäischen Elite ist Israels eigentliches Problem nicht seine Feinde. Israels Problem ist seine Wehrhaftigkeit. Solange Juden Opfer sind, liebt Europa sie, mag Friedrich Merz sie gerne. Tote Juden eignen sich hervorragend für Gedenkreden, Mahnmale und moralische Selbstinszenierung. Aber lebendige, bewaffnete und selbstbewusste Juden machen vielen Europäern Angst. Deswegen muss der Kanzler vor ihnen warnen. Denn Israel zerstört das europäische Lieblingsbild des ewigen jüdischen Opfers. Und genau deshalb wird der jüdische Staat ständig strenger beurteilt als jede andere Nation der Welt.

Wo bleiben eigentlich die täglichen deutschen Empörungserklärungen über die türkische Besatzung Nordzyperns? Wo ist die moralische Dauererregung über Marokkos Kontrolle der Westsahara? Warum hört man von Friedrich Merz kaum scharfe Worte über die systematische Christenverfolgung in islamischen Staaten? Warum schweigt Europa zu den Verbrechen des Iran, der Terrororganisationen in der gesamten Region finanziert?

Die Antwort ist unangenehm, aber dennoch wahr: Israel ist der einzige Staat, dessen bloße Existenz von großen Teilen der internationalen Öffentlichkeit ständig moralisch hinterfragt wird. Kein anderer Staat muss permanent seine Legitimität beweisen. Kein anderer Staat wird derart obsessiv beobachtet. Hinzu kommt eine historische Ironie, die man kaum noch erträgt: Deutschland erklärt Israel heute, wie es sich zu verhalten habe. Deutschland belehrt Juden über Moral. Deutschland erklärt Juden, wo sie wohnen dürfen.

Narrative antiisraelischer Propaganda

Die sogenannte Staatsräson der Bundesrepublik erweist sich immer mehr als leere Floskel, ein Papiertiger im Orkan der blutigen Realitäten. Solange man in Sonntagsreden Kerzen anzünden und „Nie wieder" sagen kann, funktioniert die deutsche Erinnerungskultur wunderbar. Doch sobald Israel seine Interessen mit Härte verteidigt, beginnt das Distanzieren. Dann werden Resolutionen formuliert, Ermahnungen ausgesprochen und moralische Bedingungen gestellt.

Gerade vorgeblich konservative Politiker wie Friedrich Merz offenbaren dabei eine bemerkenswerte Schwäche. Aus Angst vor internationaler Kritik übernehmen sie zunehmend die Narrative jener Kreise, die Israels Existenz nie wirklich akzeptiert haben. Man spricht von „Siedlern", als handle es sich um fremde Invasoren – nicht um Juden, die in den Bergen Judäas leben. Man übernimmt Begriffe und Deutungsmuster, die letztlich aus antiisraelischer Propaganda stammen. Dabei wäre gerade jetzt Klarheit nötig. Gerade aus Deutschland.

Israel kämpft nicht nur gegen Hamas oder Hisbollah. Israel kämpft gegen eine globale ideologische, islamische Front, die den jüdischen Staat delegitimieren will. Universitäten im Westen feiern Hamas-Symbole. Aktivisten rufen offen zur Intifada auf. In europäischen Großstädten werden Juden angegriffen. Synagogen stehen unter Polizeischutz. Und Deutschlands Kanzler meint, seine wichtigste Botschaft müsse eine Belehrung Israels sein.

Nein, Herr Merz. Nicht Israel muss sich schämen. Sie müssen vor Scham im Erdboden versinken.

Schämen sollte sich eine deutsche Politik, die glaubt, Juden ausgerechnet in Judäa moralische Lektionen erteilen zu dürfen. Schämen sollte sich eine europäische Elite, die jüdische Selbstverteidigung reflexartig problematisiert, aber islamischen Terror stets relativiert. Schämen sollten sich jene Journalisten, die historische Zusammenhänge ausblenden und lieber stereotype Täterbilder bedienen. Wer Juden erklären will, dass sie in ihrem Land fremd seien, hat aus der Geschichte nichts verstanden.

Und wer glaubt, Deutschland müsse Israel öffentlich maßregeln, während weltweit der Judenhass explodiert, der hat auch die Gegenwart nicht begriffen. Was bleibt, ist ein ritualisiertes Gedenken, das keinen Pfifferling wert ist, solange Kanzler Merz jüdisches Leben in seinem angestammten Land verurteilt. Früher war der Tod ein Meister aus Deutschland. Heute ist es eine unerträgliche Doppelmoral auf Kosten jüdischen Lebens.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

völkerung ins Meer zu jagen, die in der ägyptischen Schließung der israelischen Lebensader, der Meeresstraße von Tiran, gipfelten.

Im Verlauf der Kampfhandlungen hat die Armee Israels, angeführt von ihrem damaligen Generalstabschef Itzchak Rabin und dem Verteidigungsminister Mosche Dajan, sämtliche arabischen Armeen umfassend geschlagen und den Staat Israel und seine Bevölkerung schicksalhaft vor der durch die arabischen Machthaber angedrohten existentiellen Vernichtung bewahrt.

Gleichzeitig konnten die dem damals noch schwachen jüdischen Staat unmittelbar nach seiner Gründung im Jahre 1948 durch arabische Aggression geraubten Gebiete Judäas und Samarias sowie der die jüdischen Heiligtümer tragende, den Juden vorsätzlich unzugänglich gemachte Ostteil der ewigen jüdischen Hauptstadt Jerusalem befreit werden und Jerusalem nach brutaler jordanischer Fremdherrschaft und durch den Islam begangener vorsätzlicher Entweihung und multipler Zerstörung uralter heiliger jüdischer Stätten endlich und dauerhaft wiedervereinigt werden.

Seit 59 Jahren ist der Ostteil Jerusalems damit befreit von einer unsäglichen, rücksichtslosen und atavistischen Okkupation, in der die Jordanier bis auf eine Synagoge nahezu alle dort zuvor bestehenden 59 jüdischen Gotteshäuser vorsätzlich zerstört sowie zahlreiche alte jüdische Grabmäler entweiht und zum Straßenbau verwendet haben, ohne deshalb jemals von der UNO oder auch etwa spätestens von den heutigen ach so schrecklich woken grünen und linken Anhängern und Verteidigern aller denkbaren Ethnien außer der jüdischen, verurteilt oder auch nur gerügt worden zu sein.

Bezeichnenderweise zog die schon damals israelfeindlich agierende UNO ihre eigentlich zur Friedenssicherung stationierten Truppen unter dem Vorsitz des notorischen Israelfeindes U Thant umgehend aus dem Aufmarschgebiet der arabischen Armeen ab. Dabei hätten diese UN-Einheiten gerade die Aufgabe gehabt, eine militärische Eskalation zu verhindern und den Frieden in der Region zu sichern.

Guterres und die Verwahrlosung der UN

Wer glaubt, bei diesem Versagen der Vereinten Nationen habe es sich um eine einmalige historische Fehlentscheidung gehandelt, verkennt die bemerkenswerte Kontinuität der antiisraelischen Haltung dieser Organisation. Von U Thant über Kurt Waldheim bis hin zum heutigen Generalsekretär António Guterres zieht sich ein roter Faden politischer Einseitigkeit gegenüber dem jüdischen Staat durch die Geschichte der UNO. Während jüdische Sicherheitsinteressen regelmäßig relativiert, ignoriert oder offen missachtet wurden, begegnete man den Feinden Israels oft mit erstaunlicher Nachsicht und Verständnis. Was sich 1967 im Verhalten der Vereinten Nationen bereits deutlich zeigte, findet heute unter António Guterres seine zeitgenössische Fortsetzung – nur dass die antiisraelische Schlagseite inzwischen kaum noch kaschiert wird.

Die Vereinten Nationen sind längst zu einem nahezu automatisierten Apparat antiisraelischer Obsession geworden. Ein Großteil der Resolutionen und Verurteilungen der Weltorganisation richtet sich gegen Israel – gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten, gegen den einzigen Staat der Region mit unabhängigen Gerichten, freien Medien, freien Wahlen und garantierten Rechten für Frauen, religiöse Minderheiten und politische Oppositionelle. Gleichzeitig werden islamische Diktaturen, Terrorregime und notorische Menschenrechtsverletzer häufig mit bemerkenswerter Zurückhaltung behandelt.

Besonders deutlich wurde diese moralische Schieflage nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023. Guterres erklärte vor dem Weltsicherheitsrat, die Verbrechen der Hamas seien „nicht im luftleeren Raum geschehen", und stellte die bestialischen Morde, Vergewaltigungen und Entführungen damit in einen politischen Kontext, der von vielen Israelis und Juden weltweit als Rechtfertigung der Täter verstanden wurde. Das Leid der israelischen Opfer schien hinter dem Bedürfnis zurückzutreten, Verständnis für ihre Mörder zu erzeugen.

Unter Guterres hat sich die UNO endgültig von ihrem ursprünglichen Anspruch entfernt, eine unparteiische Hüterin des Friedens zu sein. Das Abstimmungsverhalten der Organisation wird heute maßgeblich von Staatenblöcken geprägt, deren gemeinsamer Nenner häufig nicht die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, sondern die Ablehnung Israels ist. Insbesondere die Organization of Islamic Cooperation verfügt in der Generalversammlung über erheblichen Einfluss und sorgt regelmäßig dafür, dass antiisraelische Resolutionen sichere Mehrheiten finden.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 10

Gaza-Roadmap: Westliche Doppelmoral hält die Hamas an der Macht

Die internationale Diplomatie will wieder einmal glauben, die Hamas lasse sich durch Resolutionen, Gremien und „Roadmaps" entwaffnen. Doch die Mörder-Bande denkt gar nicht daran, ihre Waffen abzugeben oder ihre Herrschaft über Gaza freiwillig aufzugeben. Während in New York, Doha oder Kairo über Übergangsmechanismen fabuliert wird, nutzt die Hamas jede Feuerpause zur Neuformierung, Einschüchterung der eigenen Bevölkerung und Vorbereitung des nächsten Angriffs auf Israel. Diese gazanischen Terroristen verstehen weder Resolutionen noch Appelle, sondern ausschließlich militärische Stärke. Wer die Hamas nicht besiegt, konserviert ihre Macht und gefährdet jüdisches Leben existenziell. (JR)

Von Khaled Abu Toameh

Die Hamas ist weiterhin bewaffnet, organisiert und ihrem erklärten Ziel verpflichtet, Israel durch den Dschihad (heiligen Krieg) zu vernichten. Doch anstatt sich dieser Realität zu stellen, geben sich internationale Diplomaten weiterhin gefährlichen Fantasien hin, die Hamas durch Verhandlungen aus der Welt schaffen zu können.

Mehr als zweieinhalb Jahre nach dem Massaker der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 ist die islamische Terrorgruppe nach wie vor fest im Gazastreifen verankert.

Das jüngste Beispiel stammt vom ehemaligen Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess, Nickolay Mladenov, der dem UN-Sicherheitsrat einen 15-Punkte-Plan mit dem Titel „Roadmap zur vollständigen Umsetzung von Präsident Trumps umfassendem Gaza-Plan" vorgelegt hat.

Mladenov ist Vorsitzender des sogenannten „Board of Peace", einer von Trump gegründeten internationalen Organisation, deren erklärtes Ziel es ist, die Prozesse seines Gaza-Friedensplans zu überwachen. Mladenov forderte den Sicherheitsrat auf, „alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel" einzusetzen, um die Hamas zur Entwaffnung zu drängen, und appellierte an Israel, seine Verpflichtungen zum Waffenstillstand einzuhalten. „Es gibt keine dritte Option", sagte er. „Es gab sie nie, und die Menschen in Gaza sollten nicht warten müssen, während manche so tun, als gäbe es sie." Mladenov fügte hinzu, dass das größte Hindernis für die vollständige Umsetzung des Waffenstillstands nach wie vor „die Weigerung der Hamas ist, eine überprüfte Entwaffnung zu akzeptieren, die Zwangskontrolle aufzugeben und einen echten zivilen Übergang in Gaza zuzulassen."

Hamas hält sich nicht an Regeln

Im Zentrum von Mladenovs Vorschlag steht eine erstaunliche Annahme: dass die Hamas irgendwie überredet, unter Druck gesetzt oder diplomatisch dazu gebracht werden kann, ihre Waffen abzugeben und die Macht abzugeben.

Seit wann hält sich die Hamas an UN-Sicherheitsratsresolutionen? Die Hamas ist nicht Belgien oder Kanada. Sie ist eine islamistische Terrororganisation, die von den USA, Kanada, der Europäischen Union und anderen Ländern als solche eingestuft wird. Dass Mladenov an den UN-Sicherheitsrat appelliert, Druck auf die Hamas auszuüben, offenbart den zentralen Fehler des gesamten Ansatzes: Der „Friedensrat" und seine internationalen Förderer betrachten die Hamas weiterhin als rationalen politischen Akteur und nicht als das, was sie tatsächlich ist: eine dschihadistische Terrorgruppe.

SAEED M. M.T. JARAS / ANADOLU / ANADOLU VIA AFP

Die Hamas hat deutlich signalisiert, ihre Waffen nicht freiwillig abgeben zu wollen.

Mladenovs Roadmap spricht wiederholt von „Gegenseitigkeit", „Überprüfung", „Umsetzungsmechanismen" und „schrittweiser Entwaffnung".

Diese Sprache mag in Verhandlungen zwischen Staaten oder legitimen politischen Parteien funktionieren. Sie funktioniert nicht bei einer bewaffneten islamistischen Gruppe, deren Charta von 1988 offen die Vernichtung Israels fordert.

Die Charta der Hamas bekräftigt, dass „das Land Palästina ein islamischer Waqf [heiliger Besitz] ist, der für zukünftige muslimische Generationen bis zum Tag des Gerichts geweiht ist". Die Charta der Hamas besagt, dass „Israel so lange weiterbestehen wird, bis der Islam es auslöscht", und schreibt den Dschihad als religiöse und individuelle Pflicht für alle Muslime vor, um „Palästina zu befreien".

Die Reihenfolge der Roadmap ist besonders aufschlussreich. Die Entwaffnung, die einst angeblich im Mittelpunkt des Prozesses stand, wurde nun unter dem Slogan „Eine Autorität, ein Gesetz, eine Waffe" auf Punkt 6 zurückgestuft.

Tatsächlich wird der Hamas sogar gestattet, in den frühen Phasen des Übergangsprozesses bewaffnet und einflussreich zu bleiben:

„Punkt 6: Eine Autorität, ein Gesetz, eine Waffe. Was dies bedeutet: Dieser Punkt legt das Leitprinzip des Übergangs fest: Nur autorisierte palästinensische Institutionen üben Sicherheitshoheit innerhalb des Gazastreifens aus; nur autorisiertes Personal trägt Waffen, bewaffnete Gruppen stellen ihre militärischen Aktivitäten ein, und Regierungs- und Sicherheitsstrukturen werden unter einer zivilen Behörde vereinheitlicht. Keine Gesellschaft kann sich nachhaltig erholen, solange mehrere bewaffnete Strukturen neben zivilen Institutionen operieren."

Dies ist inakzeptabel und widerspricht dem Geist der Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats, auf der die Roadmap angeblich basiert. Die Resolution genehmigt eine vorübergehende internationale Stabilisierungstruppe und verlangt die vollständige Entmilitarisierung des Gazastreifens, einschließlich der vollständigen Entwaffnung der Hamas und der Zerstörung ihrer gesamten militärischen Infrastruktur.

Kein Wille zur Entwaffnung

Die Botschaft an die Hamas ist eindeutig: Behaltet eure Waffen, regiert den Gazastreifen weiterhin durch Einschüchterung und Terror, und die internationale Gemeinschaft wird weiter mit euch verhandeln.

Der jüngste Fahrplan besagt ausdrücklich, dass der Vorschlag „keine sofortige Kapitulation oder einseitige Entwaffnung fordert". Stattdessen skizziert er einen „schrittweisen, von Palästinensern geführten und international überprüften Prozess". Die Hamas hat jedoch bereits deutlich gemacht, dass sie den Vorschlag gänzlich ablehnt. Hamas-Sprecher Hazem Qassem warf Mladenov vor, die „israelische Sichtweise" zu übernehmen und Israels Militäraktionen zu rechtfertigen. Der der Hamas nahestehende Politologe Yasser Za'atreh ging sogar noch weiter, verurteilte Mladenov als „Netanjahus Gesandten" und erklärte, dass die Hamas und andere palästinensische Terrorgruppen ihre Waffen niemals abgeben würden.

„Die Hamas und die Widerstandskräfte werden dieses verabscheuungswürdige Spiel nicht akzeptieren und auch ihre Waffen nicht abgeben", sagte Za'atreh.

Eine klarere Antwort könnte es kaum geben.

Die Hamas sagt der Welt erneut offen, dass sie nicht die Absicht hat, ihre Waffen abzugeben. Sie will an der Macht bleiben, um mit Hilfe des iranischen Regimes ihren Dschihad gegen Israel weiterführen zu können. Die Hamas scheint auch etwas zu verstehen, was viele westliche Diplomaten und Politiker nicht wahrhaben wollen: Bewaffnete islamistische Gruppen werden nicht durch Konferenzen, Ausschüsse oder UN-Resolutionen beseitigt. Sie werden mit Gewalt beseitigt. Die einzigen Länder, die in der Lage sind, die Hamas militärisch zu beseitigen, sind Israel und die USA.

Während Diplomaten Treffen in Kairo, New York, Doha und Ankara abhalten, nutzt die Hamas die Zeit, um sich zu festigen, wieder aufzurüsten, sich neu zu formieren, neue Mitglieder zu rekrutieren und ihre Kontrolle über die Bevölkerung im Gazastreifen zu verschärfen.

Selbst Mladenov selbst räumte vor dem UN-Sicherheitsrat ein, dass die Hamas weiterhin die „militärische und administrative Kontrolle" über mehr als zwei Millionen „Palästinenser" ausübt. Trotz der Anerkennung dieser Realität besteht die vorgeschlagene Lösung nach wie vor aus mehr Diplomatie, mehr Verhandlungen und mehr stufenweisen Umsetzungsmechanismen.

Terror wird nicht mit Verhandlungen besiegt

Was geschieht, wenn die Hamas sich entschlossen weigert, ihre Waffen abzugeben? Was geschieht, wenn die Hamas Mitglieder der vorgeschlagenen neuen Regierungsbehörde angreift? Was geschieht, wenn die Hamas weiterhin „palästinensische" Zivilisten terrorisiert, die sich ihrer Herrschaft widersetzen? Was geschieht, wenn die Hamas die Übergangsphase nutzt, um ihre militärische Infrastruktur wieder aufzubauen?

Der neue Fahrplan bietet keine ernsthaften Antworten, da er auf der falschen Prämisse beruht, dass die Hamas durch Verhandlungen und Diplomatie zustimmen wird, ihre Waffen abzugeben und die Macht abzugeben.

Der Ton der Diplomatie rund um den Gazastreifen hat sich deutlich verschoben. Der Druck auf Israel wächst, der Hamas indirekt über internationale Rahmenwerke entgegenzukommen, während die Hamas selbst weiterhin die grundlegendste Voraussetzung für Frieden ablehnt: die Abgabe ihrer Waffen. Dieser Ansatz belohnt, offen gesagt, den Terrorismus.

Irgendwann wird die Realität die Diplomatie einholen. Wenn der Mladenov-Fahrplan unweigerlich an der Ablehnung durch die Hamas scheitert, könnte die Welt endlich gezwungen sein, zuzugeben, was schon längst offensichtlich hätte sein müssen: Verhandlungen besiegen islamistische Terrorgruppen nicht. Wie im Falle von Afghanistan und dem Iran führt die Entscheidung, sie nicht zu besiegen, nur dazu, ihnen wieder Macht zu verleihen.

Dieser Artikel ist zuerst bei Gatestone Institute erschienen.

7. Oktober: Hamas setzte sexuelle Gewalt als Waffe ein

Der 7. Oktober war nicht nur ein barbarisches Massaker der Mörder-Bande Hamas, sondern auch ein gezielt eingesetzter Feldzug sexueller Gewalt gegen jüdische Frauen, Männer und Kinder. Während die Hamas-Verbrecher ihre bestialischen Taten selbst filmten und live streamten, bemühten sich internationale woke-linke Institutionen, linke Aktivisten und Teile der feministischen Szene — jener Szene, die sonst bei jedem Verdacht auf sexuelle Gewalt lautstark auf die Barrikaden geht, für jüdische Opfer aber ihr Schweigen wählte — darum, die systematischen Vergewaltigungen zu relativieren, zu leugnen oder in antisemitischer Täter-Opfer-Umkehr gegen Israel zu wenden. Nun dokumentiert ein neuer, hunderte Seiten umfassender Bericht der unabhängigen israelischen Zivilkommission „Civil Commission on October 7th Crimes by Hamas against Women and Children" detailliert das ganze Ausmaß der entmenschten Grausamkeiten der Terroristen. Der Bericht ist damit nicht nur eine Anklage gegen die Terror-Bande Hamas, sondern auch gegen jene westlichen Meinungsmacher, die aus ideologischer Verblendung selbst angesichts solcher Verbrechen ihre moralische Stimme verloren haben. (JR)

Von Collin McMahon

MOSTAFA ALKHAROUF / ANADOLU / ANADOLU VIA AFP

Nach einer zweijährigen Untersuchung kam die Zivilkommission zu dem Schluss, dass „sexuelle Gewalt systematisch, weit verbreitet und ein integraler Bestandteil der Angriffe vom 7. Oktober 2023. war. Am Nova-Festival, in den Kibbutzim und Militärbasen sowie während der Entführung und der Geiselhaft „setzten Hamas und ihre Kollaborateure sexuellen Missbrauch und Folter gegen die Opfer ein, geprägt von extremer Grausamkeit, die gezielt Terror und Demütigung verstärken sollte", so der Bericht.

Die Kommission führte über 430 Interviews durch. Sie hat mehr als 10.000 Fotos und Videos des Angriffs ausgewertet, mehr als 1.800 Stunden Material. Die Täter des Schwarzen Sabbats filmten oder live-streamten sich selbst, und versandten teilweise die Bilder und Videos ihrer Grausamkeiten an die Familien ihrer Opfer. Aus diesen Quellen etablierte die Zivilkommission eine Datenbank für sexuelle Gewaltverbrechen am und nach dem 7. Oktober, um eine umfassende Beweissicherung für die Zukunft zu gewährleisten.

Der Angriff begann um 6:30 Uhr am Morgen des 7.10.2023 während Simchat Torah, als Kämpfer der „Izz-al-Din-al-Qassam-Brigaden" der Hamas und deren Nukhba-Einheiten mit anderen Gruppen wie dem „Palästinensischen Islamischen Dschihad" und Zivilisten die Grenze an 119 Stellen durchbrachen und etwa 4,300 Raketen abgefeuert wurden. Innerhalb weniger Stunden waren 1200 Menschen tot, 251 nach Gaza entführt und über 20 Gemeinden angegriffen.

Zu den ersten Opfern des Angriffs gehörten zwei schwangere Frauen: Die 28-jährige Nitzan Rahum und die 23-jährige Beduinin S. Abu-Rashed, die in den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers ihre Wehen bekommen hatte. Während ihr Ehemann und sein Bruder sie ins Krankenhaus brachten, eröffneten die Täter das Feuer auf ihr Fahrzeug, wobei sowohl die Mutter als auch ihr ungeborenes Kind getroffen wurden. Obwohl die Mutter im Krankenhaus stabilisiert werden konnte, überlebte das Baby nur 14 Stunden, ehe es an seinen Verletzungen starb.

Das Nova-Festival

Das Trance-Festival „Supernova Sukkot Gathering", auf dem etwa 3500 Raver, 400 Mitarbeiter und 75 Securitys auf einem Gelände außerhalb von Re'im anwesend waren, begann am Abend des 6.10. und währte die ganze Nacht. Um etwa 8 Uhr morgens erreichten etwa 110 Hamas-Terroristen das Gelände und begannen es zu umzingeln. Sie blockierten die Zufahrtsstraßen, setzten Fahrzeuge in Brand und begannen eine systematische Menschenjagd. Angelockt durch die Beute trafen Dutzende weitere „palästinensische" Zivilisten ein und beteiligten sich am Massaker.

Opfer wurden sexuell missbraucht und gefoltert, anschließend hingerichtet oder als Geiseln genommen. Später gefundene Leichen waren verbrannt, verstümmelt oder erschossen, darunter Opfer, die nackt oder teilweise entkleidet aufgefunden wurden und Schusswunden im Gesicht und Genitalbereich aufwiesen. Auf dem Festival wurden 396 Menschen ermordet, 44 wurden Geisel genommen.

Auf dem Nova-Festival gab es die meisten Überlebenden und daher die meisten Berichte über sexuelle Gewalt. (ACHTUNG: Spätestens hier sollten Sie das Lesen aufhören, wenn Sie explizite Beschreibungen sexueller Gewalt nicht lesen wollen!)

Darin Komarov versteckte sich in ihrem Wohnmobil mit sieben anderen Personen, wo sie drei Vergewaltigungen mithören konnte: „Ich habe eine Vergewaltigung gehört, bei der sie sie herumreichten. Sie war wahrscheinlich verletzt, nach ihren Schreien zu urteilen - Schreie, wie du sie noch nie irgendwo gehört hast. Es liegt zwischen Stille und Schreien, zwischen Schmerz und dem Wunsch zu sterben. Das sind Schreie … es ist etwas, das ich in meinem Leben noch nie gehört habe, ich kann nicht erklären, wie es klingt... Es war entsetzlich. Und nachdem einer fertig war, sagte er zum Nächsten ‚Ta'al' („Komm her" auf Arabisch). Anscheinend gab es eine Runde … Und nachdem sie fertig waren, haben sie sie erschossen… In dem Moment sagte ich: ‚Oh mein Gott, endlich ist es vorbei.'"

„Meine größte Angst war, dass sie mich bemerken würden, und dann würden sie mich vergewaltigen. Ich weiß nicht, was ‚normale Vergewaltigung' ist, aber das, war es nicht. Sie haben gelacht. Sie haben Witze gemacht. Sie reichten sie von einem zum anderen weiter. Es hat ihnen Spaß gemacht. Sie haben damit gefeiert."

Darin Komarov wurde etwa sieben Stunden später aus dem Wohnmobil gerettet, als Rettungskräfte eintrafen. Beim Verlassen des Wohnmobils sah sie „verstümmelte Leichen, Frauen mit gespreizten Beinen … die Gesichter der Ermordeten. Man sieht den Terror in ihren Augen. Man sieht das Böse. … Es gab keinen einzigen Körper, der einfach ‚normal gestorben' ist. Jeder Einzelne hatte Folter durchgemacht. … Sie haben sie gefesselt und missbraucht. Es gab welche, die einen Schuss in den Hinterkopf hatten und gefesselt waren. Frauen, die mit den Händen hinter dem Rücken gefesselt waren. Es war offensichtlich, dass sie sexuell misshandelt wurden. Sie trugen keine Unterwäsche und hatten Verletzungen im Intimbereich, Blut und Schnitte. … Es gab eine Frau, die sah so aus, als wäre ihr gesamter Unterkörper explodiert. Als ob nur noch die Hälfte ihres Körpers übrig wäre."

„Schreie, wie ich noch nie in meinem Leben gehört hatte"

Die Zeugin „Sapir" (Pseudonym) hatte sich im Gras unter einem Baum etwa 6 km südlich des Nova-Geländes an der Route 232 versteckt, als etwa 100 Hamas-Kämpfer auf Autos und Motorrädern etwa 15 m von ihrem Versteck anhielten und Waffen und gefangene Frauen austauschten. Sapir beschrieb, wie eine Frau von mehreren Tätern vergewaltigt wurde. „Sie war noch am

Leben und stand auf ihren Füßen“, mit Blut, das ihr den Rücken hinunterlief. Der Täter „zog sie an den Haaren“ und „zwang sie, sich vorzubeugen“. Die Zeugin beschrieb, wie der Angreifer „ihre Brust abgeschnitten hat, er warf sie auf die Straße, und sie spielten damit“. Laut der Zeugin „drang jemand in sie ein und schoss ihr in den Kopf, während er noch in ihr war“.

Der Zeuge Raz Cohen beobachtete aus einem Versteck in etwa zehn Meter Entfernung Männer in Zivil und Sandalen, mit Äxten, Messern und Gewehren, die Menschen töteten: „Sie liefen herum, und wir sahen, wie sie dort Menschen abschlachteten. Wir hörten Schreie.“ Dann traf ein weißer Pickup ein: „Mehrere Terroristen stiegen aus. Sie zogen eine Frau heraus. Ich sah, wie sie sie vergewaltigten und hörte sie schreien. Dann ermordeten sie sie. Und dann vergewaltigten sie sie erneut, nachdem sie sich nicht mehr bewegte. … Sie packten sie, drückten sie nieder … zogen ihr die Kleider aus und vergewaltigten sie. … Ich bin schockiert, dass ich das überhaupt erzähle.“ Cohen blieb im Schock still in seinem Versteck: „Wenn ihr mich fragt, was ich gehört habe - es sind die Schreie. Schreie nach dem Leben. Schreie, die unerträglich anzuhören waren. Schreie, wie ich sie in meinem Leben noch nie gehört hatte.“

Der Zeuge Yoni Saadon hatte sich unter einer Bühne versteckt, als eine Frau in seiner Nähe erschossen wurde: „Sie fiel zu Boden, in den Kopf geschossen, ich zog ihren Körper über mich und schmierte ihr Blut auf mich, damit es so aussah, als wäre ich ebenfalls tot. … Ich werde ihr Gesicht nie vergessen. Jede Nacht wache ich davon auf und entschuldige mich bei ihr.“ Nach einer Stunde im Versteck sah er „eine schöne Frau mit dem Gesicht eines Engels und 8 oder 10 Kämpfer“, die sie schlugen und vergewaltigten. Er hörte sie schreien: „Hört auf, ich werde sowieso sterben, tötet mich einfach!“ Nachdem sie mit der Vergewaltigung fertig waren, lachten sie und der Letzte schoss ihr in den Kopf. Saadon floh aus seinem Versteck in die Büsche, wo er zwei Hamas-Kämpfer eine Frau angreifen sah, die sich wehrte. Sie warfen sie auf den Boden, und einer der Kämpfer nahm eine Schaufel und enthauptete sie, woraufhin ihr Kopf über den Boden rollte.

Der Held vom Nova-Festival

Rami Davidian, ein 58-jähriger Landwirt aus Moshav Patish, kam am Nova-Gelände an, während der Angriff noch lief. Da er Arabisch spricht, mischte er sich unter die Angreifer und versuchte Opfer zu finden, die er retten konnte: „Obwohl es von Terroristen wimmelte, sagte ich mir, dass ich vielleicht irgendwo Weinen, irgendein Geräusch, einen Schrei hören würde, das mir eine Richtung geben könnte. … Ich habe alles getan, was ich konnte, um alle zu erreichen, alle zu retten, Leichen und Körperteile hochzuheben, sie zuzudecken, weinend. Nichts hat mich aufgehalten. Irgendwann fiel mir das Atmen schwer, wegen des Gestanks. Es war schwer, die verbrannten Leichen zu sehen. Ich habe geschrien und geweint. Der Gestank dringt ein, umgibt dich. … Irgendwann schaue ich mich um und rufe: ‚Ist hier jemand am Leben? Braucht jemand Hilfe? Hört mich jemand?‘ Ich habe nichts gehört. Ich beschloss, zu meinem Auto zurückzulaufen, weinend und schreiend. Ich erreichte das Auto und versuchte, zu Atem zu kommen. Der Geruch verlässt dich nicht. Er wird ein Teil deines Körpers. Plötzlich gewöhnst du dich an etwas, an das man sich niemals gewöhnen sollte. Ich begann, auf mein Handy zu schauen und mit Familien zu sprechen, Standorte zu senden, unzählige Anrufe zu beantworten, so vielen Eltern etwas zu versprechen. Unter dem Schutz des dichten Rauches gelang es mir, in Richtung des Festivals zu laufen. Unterwegs sah ich viele Leichen überall verstreut. Ihr versteht das nicht. Ich schreie und weine. Wer hat diese schrecklichen Dinge getan?“

Auf dem Nova-Gelände sah er junge Menschen „überall verstreut - einige nackt, missbraucht, einander umarmend. … Es war unerträglich… Man sieht Leichen ohne Hände, ohne Köpfe, ohne Beine. Man sieht unerträgliche Dinge. … Sie hatten ihre inneren Organe beschädigt. … Dinge waren in ihre inneren Organe eingedrungen.“

Davidian riskierte sein eigenes Leben, um Dutzende zu retten. Er beschrieb, wie er etwa 500 Meter von der Route 232 eine junge Frau gefunden hat, „zusammengekauert unter einem Baum, mit fünf oder sechs Terroristen um sie herum.“ Er sprach mit ihnen auf Arabisch und überzeugte sie, dass israelische Soldaten sich näherten, wodurch er die junge Frau rettete.

Die Kibbutze: „Es war eine Inszenierung“

Mehrere Kibbutze in der Nähe von Gaza wurden am 7. Oktober angegriffen: Kibbutz Be’eri wurde von ca. 340 Bewaffneten angegriffen, 96 Einwohner ermordet und 30 nach Gaza entführt, darunter 10 Kinder. Kfar Aza wurde von ca. 250 Terroristen attackiert, 64 Einwohner getötet und 19 entführt. Nir Oz wurde von ca. 500 Kämpfern überfallen, 47 Menschen getötet und 76 entführt. Im Gegensatz zum Nova-Festival gibt es aus den Kibbutzim keine überlebenden Zeugen der bestialischen Gräueltaten, bis auf die entführten Geiseln.

Viele Familien wurden ermordet, gefoltert oder bei lebendigem Leibe in ihren Häusern verbrannt. Die Gräueltaten konnten meist nur anhand der Leichenfunde rekonstruiert werden. Viele wiesen Spuren extremer Gewalt auf, wurden geköpft, mit Werkzeugen malträtiert, gefesselt und verbrannt. Oft vergewaltigen die Terroristen ihre Opfer vor ihren Familien. In einem Fall zwangen sie Familienmitglieder sogar, sexuelle Akte aneinander auszuüben. Teilweise live-streamten sie diese Folter auf den Facebook-Konten ihrer Opfer, um maximalen psychischen Terror bei ihren Angehörigen zu verursachen.

Ein Ersthelfer schilderte eine der ersten Leichenfunde in Be’eri: „Wir haben einen Teil des Bettes auseinandergenommen … und vor uns kam der Körper einer Frau zum Vorschein. Der Körper der Frau war vollkommen nackt. In Teilen des Körpers, im Intimbereich, waren Nägel eingeschlagen. Im Vaginalbereich war irgendein Plastik- oder Metallgegenstand oder etwas Ähnliches eingeführt worden. Auch Teile des Körpers selbst waren verstümmelt. Ein sehr schwerer Anblick.“ Eine zweite Leiche wurde an derselben Stelle kopflos und schwer verstümmelt entdeckt. Die Überreste waren „in einem solchen Ausmaß verstümmelt, dass es unmöglich war festzustellen, ob es sich um einen Mann oder eine Frau handelte.“

Ein Freiwilliger, der am 9. Oktober Be’eri betrat, beschrieb den Fund einer Frauenleiche: „Als wir hineingingen, stand dort ein Krankenbett und eine Leiche … Ich verstand, dass es sich um eine Frau handelte … Im Zimmer lagen Messer, Skalpelle, ein Hammer, eine Axt, Schraubendreher, Werkzeuge, Haushaltswerkzeuge. All diese Gegenstände waren in den Körper eingeschlagen. Der Körper war vollkommen verstümmelt.“

Auch in Kfar Aza wurden „weibliche Opfer vollständig oder von der Taille abwärts nackt aufgefunden, mit hinter dem Rücken gefesselten Händen und erschossen.“ In dem Film „Screams Before Silence“ sagten die befreiten Geiseln Chen Almog-Goldstein und ihre Tochter Agam Goldstein-Almog (damals 17) zu den Ereignissen in ihrem Haus in Kfar Aza aus. Danach erschossen die Täter zunächst den Vater, Nadav, in Anwesenheit seiner Frau und ihrer vier Kinder (im Alter von 9 bis 19 Jahren). Während die Mutter und die Kinder aus ihrem Haus gezerrt wurden, um nach Gaza entführt zu werden, schossen die Täter der ältesten Tochter der Familie, Yam, ins Gesicht und töteten sie.

„Es war nicht nur Mord“, sagte Agam, „sie haben sie ins Gesicht geschossen. Etwas an dem Schuss ins Gesicht lässt mich nicht los, und dazu… eine Frau. Sie war schön - meine Schwester war so wunderschön - und dann ins Gesicht. Sie haben es absichtlich gemacht. Danach haben sie Yam auch noch mit dem Handy meines Bruders gefilmt. Das haben wir erst nach unserer Freilassung erfahren - es ist beim Shin Bet gelandet. Wir haben das Bild nicht gesehen. Meinen Vater haben sie nicht gefilmt. Es steckt also dieses Böse der Inszenierung dahinter - wie „Schaut her, wir haben ihr ins Gesicht geschossen, wir haben sie entstellt, eine schöne Frau.“ Es geht nicht nur ums Erschießen - es geht darum, zu verunstalten.“

Ein Zeuge, der vom Nova-Festival floh und das Kibbutz Mefalsim passierte, beschrieb eine Gruppenvergewaltigung: „Wir hörten Schüsse und Schreie. Das Erste, was wir hörten, waren zwei Mädchen, die schrien und baten, man möge sie in Ruhe lassen. ‚Wo bringt ihr uns hin? Hilfe.‘ Es begann damit, dass sie jemanden im Auto um Hilfe bat, und er konnte ihr nicht helfen. Die Terroristen packten ihn und erschossen ihn. Dann begann sie zu schreien ‚sie reißen mir die Kleider vom Leib.‘ Es fällt mir schwer, darüber zu sprechen … Es waren mehrere, wahrscheinlich zwei oder drei. Es klang, als würden sie Cocktails am Strand trinken und sich prächtig amüsieren. Es klang nicht so, als hätten sie irgendein Gewissen. Ich habe in meinem ganzen Leben noch nie solche Schreie gehört. Es war so laut, als wäre sie bei mir im Auto.“ Danach feuerten die Angreifer eine Panzerfaust auf die Frau und setzten sie in Brand: „Nach allem, was sie durchgemacht hatte, wurde sie bei lebendigem Leib verbrannt.“

Die Militärbasen: Vorsätzliche Schändung

Mehrere Militärstützpunkte wurden am 7. Oktober überrannt, darunter Nahal Oz, wo über 50 Soldaten getötet wurden, darunter 22 Soldatinnen. Über 350 Soldaten wurden an jenem Tag getötet, 24 Soldaten und ein Polizist wurden als Geiseln genommen, darunter die neunzehnjährige Noa Marciano, die in Gefangenschaft ermordet wurde. In einem Video der Hamas sind unbewaffnete Frauen gefesselt, blutüberströmt und verletzt, umgeben von den Leichen anderer Soldatinnen und bewaffneten Hamas-Kämpfern. Man hört die Täter Drohungen und Obszönitäten brüllen, während sie die Opfer misshandeln, zerren, fesseln und schlagen.

In einem weiteren Video ist die Entführung von Noa Marciano zu sehen. Im November 2023 verbreitete die Hamas das Video, in dem Marciano sich identifiziert und um ihr Leben fleht. Das Video endet mit Standbildern, die ihren toten Körper zeigen, darunter eine Kopfverletzung und die offensichtliche Amputation eines Fußes. Das Video wurde ihrer Familie zugeschickt, die bis heute unter tiefem Trauma leidet. Ihre Leiche wurde aus einem Gebäude in der Nähe des al-Schifa-„Krankenhauses“ geborgen und nach Israel überführt. Laut Marcianos Vater hat ein Arzt in Gaza seine Tochter vorsätzlich getötet, indem er ihr Luft in die Vene injizierte.

Die Geiseln: Leben in der Hölle

92 Frauen und Mädchen wurden am 7. Oktober als Geiseln genommen, von denen 80 freigelassen und 12 ermordet wurden, darunter so berüchtigte Fälle wie Shani Louk und die Bibas-Familie. Fast alle weiblichen Geiseln wurden sexuell missbraucht, sogar einige der männlichen Geiseln. Geiseln wurden oft in Privathaushalten von Hamas-Terroristen untergebracht, wo sie wochen- und monatelang als Sexsklaven gehalten wurden, gefesselt und misshandelt.

Das Opfer Amit Soussana berichtete, wie sie an verschiedenen Orten allein angekettet und sexuell missbraucht wurde: „In einem Haus wurde ich von dem Hamas-Terroristen, der mich bewachte, sexuell missbraucht. Er zwang mich unter die Dusche zu gehen und betrat den Raum, richtete seine Waffe auf mich. Er atmete schwer und hatte ein monströses, tierisches Gesicht. Er hatte den Übergriff minutiös geplant. Er schmiedete Pläne und wartete auf den Moment, um seinen Willen durchzusetzen. Er stellte mir ständig private, sexuelle Fragen, während er neben mir in Unterwäsche saß, mein Shirt hochschob, mich berührte und mich immer wieder fragte, wann meine Periode vorbei sei. Ich wusste genau, was er vorhatte, und konnte doch nichts tun, um es zu verhindern. Als der Übergriff vorbei war, durfte ich nicht einmal weinen … Ich wurde gezwungen, nett zu der Person zu sein, die mich gerade auf die schrecklichste Weise sexuell missbraucht hatte. Es vergeht kein Tag, an dem ich nicht daran denke, was dieser Mann mir angetan hat.“

„An einem neuen Ort wurde ich gefoltert, kopfüber aufgehängt, geschlagen, gedemütigt und fürchtete um mein Leben. Schließlich wurde ich in einen unterirdischen Tunnel gebracht, 40 Meter tief, einen grabähnlichen Raum, in dem wir uns fühlten, als wären wir lebendig begraben“, so Amit Soussana. Die Terroristen legten ihr Handschellen an, schlugen sie mit einer Waffe, klebten ihr Mund und Nase zu, fesselten ihre Füße und hängten sie „wie ein Huhn“ an einem Stock zwischen zwei Sofas auf. Ihre Entführer schlugen sie weiter, konzentrierten sich dabei auf die Fußsohlen, während sie Informationen verlangten. Dann holten ihre Entführer einen Dorn und hielten ihn über ihr Auge. Die Folter dauerte 45 Minuten, während ihre Entführer lachten, sie traten und andere Geiseln holten, um die Folter mit anzusehen.

Mehrere Entführer „verliebten“ sich in ihre Geiseln, kündigten an, sie heiraten und mit ihnen Kinder bekommen zu wollen. Die Vorstellung, niemals aus Gaza zu entkommen, war für viele Geiseln das Schlimmste an der Entführung. Der Gedanke an Selbstmord war dabei allgegenwärtig.

ESC: Europas Kulturszene im Bann des Israel-Hasses

Der Eurovision Song Contest galt einst als Symbol europäischer Verständigung nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs. Heute jedoch wird die Bühne immer häufiger zum Schauplatz judenfeindlicher Agitation und ideologischer Boykottkampagnen. Spanien, Irland, die Niederlande und Slowenien boykottierten den ESC 2026 in Wien, weil Israel teilnehmen durfte. Künstler aus Israel werden ausgepfiffen, diffamiert und unter Generalverdacht des Völkermords gestellt. Das Publikum weltweit sah das anders: Israels Vertreter Noam Bettan gewann das Televoting mit Abstand — doch die bewusst gegen Israel voreingenommenen Jurys, abhängig von jenen Staaten, die Israelhass zur Kulturpolitik erhoben haben, werteten gegensätzlich genug, um Israel den Sieg zu verwehren. Die ehrliche Entscheidung traf das Publikum — die unehrliche die Jurys. Selbst der Terror der Hamas vom 7. Oktober änderte nichts daran, dass große Teile der europäischen grün-linken Kulturszene weiterhin lieber Israel anklagen als islamischen Judenmord zu verurteilen. Führend bei den Boykott-Rufen trat auch in diesem Jahr Spanien in Erscheinung. Dabei ist gerade dieses Land zum europäischen Zentrum des linken Antisemitismus mutiert. Ausgerechnet jenes Land, das 1492 mit dem Alhambra-Edikt die Vertreibung der Juden einleitete, das unter Franco als Hitlerverbündeter und Hitlerfreund agierte, und über die Inquisition jahrhundertelang religiöse Verfolgung betrieb, stilisiert sich heute erneut zur moralischen Instanz gegen den jüdischen Staat. (JR)

TOBIAS SCHWARZ / AFP

Noam Bettan erzielte mit dem Lied „Michelle“ trotz massiver Anfeindungen den zweiten Platz beim ESC in Wien.

Von Mirjam Lübke

Ein zweiter Platz für Noam Bettan und seine „Michelle“ beim ESC in Wien - wäre es nach dem Publikum vor den Fernsehern gegangen, hätte es gar für den ersten Platz gereicht. Das Lied ist populär: Im Netz liegt inzwischen eine von Chabad mit Augenzwinkern gestaltete „koschere“ Variante auf Jiddisch vor und sogar auf Arabisch wird der Dame nun Noams Liebe erklärt. Auch Yuval Raphael – die das Lied komponiert hat – lag mit ihrem Song „A New Day will Rise“ in der Publikumsgunst 2025 bei ESC ganz vorn. Wie kann das sein? Gibt es etwa in Europa eine schweigende Minderheit, die Israel nicht hasst oder einfach gute Musik zu schätzen weiß? Oder ist – wie man im Netz munkelt – üble zionistische Manipulation am Werke? Von gekauften Stimmen ist die Rede oder programmierten Bots.

Die „TAZ“ schimpfte über das Abstimmungssystem, das Israel angeblich begünstige, gab aber zähneknirschend zu, auch die Qualität des Beitrags sei mitverantwortlich für den Erfolg. Gar trainierte Mossad-Hunde brachten Satiriker ins Spiel – in Anspielung auf eine von Israel-Hasserin Francesca Albanese verbreitete Horrorgeschichte – , die für Noam Bettan beim Publikums-Voting aus ganz Europa angerufen hätten. Es durfte wieder einmal nicht wahr sein, was den „Palästina“-Aktivisten nicht gefiel, nämlich die zumindest schweigende Zustimmung für den jüdischen Staat. Die Künstler aus dem mehrheitlich muslimischen Albanien jedoch schwiegen vor Ort nicht, sondern erklärten sich mit den israelischen Musikern solidarisch. Ein kleiner Lichtblick.

Spanien – das europäische Zentrum des linken Antisemitismus

Ursprünglich sollte der Eurovision Song Contest einmal eine vollkommen unpolitische Veranstaltung sein – 1956 startete er mit 7 Teilnehmerländern in der Schweiz. Nach dem zweiten Weltkrieg tat ein Zeichen der Versöhnung not, Künstler aus ganz Europa konnten sich zum friedlichen Wettstreit dort treffen – eine gesangliche Olympiade, wenn man es so bezeichnen will. Von einem unpolitischen Wettbewerb ist heute nicht mehr viel übrig, einige Teilnehmerländer schließen sich politischen Boykottmoden an und rufen schon seit Jahren immer wieder – wenig überraschend – dazu auf, Israel vom ESC auszuschließen. Niemand kam bislang auf die Idee, etwa die Türkei wegen ihres Umgangs mit den Kurden auf die Boykottliste zu setzen oder Spanien aufzufordern, den Basken und Katalanen endlich die seit Jahrzehnten ersehnte Unabhängigkeit zu gewähren. Nur die „Palästinenser“ verdienen einen eigenen Staat, so die einhellige Meinung. Da spielt auch keine Rolle, wie oft ihnen dieser – im Gegensatz zu den Kurden und Basken – bereits erfolglos angeboten wurde – es ist die übliche Heuchelei. Mit dem Fingerzeig auf Israel lassen sich interne Konflikte der Boykott-Länder vortrefflich übertünchen.

Führend bei den Boykott-Rufen trat auch in diesem Jahr Spanien in Erscheinung. Dabei hat gerade dieses Land – das sich gerade zum europäischen Zentrum des linken Antisemitismus mausert – selbst schon vom unpolitischen Charakter des ESC profitiert, als dieser noch Grand Prix de la Chanson Européenne hieß. Die Siege Spaniens liegen schon ein paar Jahrzehnte zurück, gleich zweimal in Folge gewann das Land den Wettbewerb: 1968 mit „La, La, La“ und 1969 mit „Vivo Cantando“. Folglich fand der ESC 1969 in Madrid statt. Auch wenn Spanien sich zu dieser Zeit längst dem internationalen Tourismus geöffnet hatte, stand es noch immer unter der Herrschaft der Franco-Diktatur. Seit 1936 hatten keine freien Wahlen stattgefunden, von den etwa 190 Konzentrationslagern, in denen das Regime etwa 1,5 Millionen politische Gegner inhaftiert hatte, waren die letzten erst 1962 geschlossen worden. Nach heutigen Maßstäben wären das sehr handfeste Gründe für einen Boykott gewesen, wenn es denn fair zuginge. Doch auch die Teilnahme anderer autoritär geführter Staaten aus Osteuropa bereitete in den letzten Jahren nur einzelnen Kritikern Bauchschmerzen – während der Boykott Israels breitflächig eingefordert und auch in

Deutschland ernsthaft diskutiert wird.

Doch in Spanien gibt es – unter angeblicher „Israelkritik“ verborgen – zudem das, was man gewöhnlich „Antisemitismus ohne Juden“ nennt. Gerade einmal 0,1 Prozent der Spanier gehören heute dem jüdischen Glauben an, die jüdische Gemeinschaft hat sich im Grunde nie von der Vertreibung durch Königin Isabella im Jahr 1492 erholt. Bereits 1391 war es von Sevilla ausgehend im gesamten Königreich ausgelöst durch die Hasspredigten des Archidiakons Ferran Martinez zu den folgenreichsten Pogromen des gesamten Mittelalters gekommen: Tausende Juden wurden getötet und ihre Häuser geplündert, es kam zu einer Welle von Zwangstaufen. Noch heute gibt es in manchen Gegenden Spaniens während der Osterzeit einen Trinkspruch, der an die Zeit dieser Pogrome erinnert: „Lass uns Juden töten!“. Dieser Spruch geht auf den Versuch einiger kirchlicher Amtsträger zurück, die schlimmsten Ausschreitungen durch die Ausgabe billigen Weins an die Bevölkerung einzudämmen.

Vormarsch des „antikolonialen Antisemitismus“

Juden, die nach 1492 in Spanien bleiben wollten, mussten zum Christentum konvertieren und wurden verächtlich als „Marranos“ (Schweine) bezeichnet. Zwar eröffnete die Taufe ihnen auch neue gesellschaftliche Perspektiven, aber wer dem Judentum wenigstens innerlich treu bleiben wollte, war zu einem ständigen Doppelleben gezwungen. Denn die Gesellschaft traute ihnen nicht – spätestens mit der spanischen Inquisition im 16. Jahrhundert wuchs der Druck, sich nicht beim Ausüben jüdischer Bräuche ertappen zu lassen. Es gibt Berichte, dass es einen schon verdächtig machen konnte, wenn man sich zu häufig die Hände wusch. Spätestens in der Franco-Ära kamen auch noch rassistische Stereotype hinzu: Die Artikel des „Stürmer“ wurden fleißig ins Spanische übersetzt. Nahezu nahtlos übernahm auch die spanische Linke diese Klischees: Unter dem Vorwand der „Israelkritik“ verbreitete die Madrider Ortsgruppe der „Vereinigten Linken“ anlässlich des Besuchs von Barack Obama auf Twitter eine Karikatur, die den amerikanischen Präsidenten in Umarmung mit einem religiösen Juden mit Schläfenlocken zeigt, dem er ein Bündel Gelscheine aus der Tasche zieht. Die spanische Organisation „Observatorio Antisemitismo“ machte den Vorfall öffentlich. Aber auch die spanische Musikszene zeigte bereits 2015 ihr antisemitisches Gesicht: Der amerikanische Hip-Hop- und Reggae-Sänger Matisyahu durfte nicht bei einem Musikfestival in Valencia auftreten, weil er sich weigerte, „Palästina“ als Staat anzuerkennen.

Spaniens Staatschef Pedro Sánchez versucht sich gerade europaweit als Vorreiter der neuen Linken zu etablieren, mit allen ideologischen Versatzstücken im Gepäck, welche diese derzeit umtreiben: Verachtung des westlichen Konservativismus und „Antikolonialismus“. Die wirtschaftliche Zukunft Spaniens sieht er in einem Bündnis mit China, bereits 19 Abkommen sind geschlossen worden. Die Chinesen sollen es seiner Vorstellung nach auch in Nahost richten, wie immer sie das den Tibetern erklären wollen, einem weiteren Volk, dessen Interessen im Windschatten der „Palästinenser“ gern verschwinden. Innenpolitisch jedoch rumort es, sowohl Sánchez selbst als auch seine Frau sind in Korruptionsskandale verwickelt. Vor dem Präsidentenpalast sammeln sich wütende Demonstranten – wenn der Israel-Boykott als Ablenkungsmanöver dienen sollte, dann hat das nicht funktioniert.

Wie lebt es sich vor diesem Hintergrund als Jude in Spanien? Körperliche Attacken – so berichten die Gemeinden – finden sehr selten statt, verbale Angriffe und Schmierereien an Synagogen bleiben allerdings nicht aus. Und wie überall in der Welt derzeit zeigt sich vor allem die Kulturszene offen für den „antikolonialen Antisemitismus“.

Es ist auffällig, wie sehr dieses Argument vor allem bei Ländern verfängt, die selbst eine umfangreiche Kolonialgeschichte aufzuweisen haben, in der es viel aufzuarbeiten gäbe. Spanien und die Niederlande besaßen selbst Kolonien in „Übersee“, unter der spanischen Kolonialherrschaft in Südamerika hatte vor allem die indigene Bevölkerung zu leiden, obwohl sich etwa in Paraguay die Jesuiten sehr für ihre Missionsschulen einsetzen. Letztlich zählte der finanzielle Profit, der sich aus dem Land herausschlagen ließ. Israel, das in weiten linken Kreisen als „weißes, europäisches Kolonialprojekt“ gesehen wird, muss als Projektionsfläche herhalten, wo man sich nicht mit seiner eigenen Geschichte auseinandersetzen will. Auch wenn die zionistische Idee unzweifelhaft in Europa entstand, so ist die demografische Situation in Israel längst eine andere: Man muss ich vergegenwärtigen, dass die meisten Israelis selbst von Flüchtlingen abstammen, entweder aus Europa oder aus der islamischen Welt, aus der sie nach der Staatsgründung 1948 gewaltsam vertrieben wurden.

Wenn heute Stimmen laut werden, die nach Entschädigungen für „vertriebene Palästinenser“ rufen, so sollte auch die Frage erlaubt sein, ob sich die muslimisch-arabische Welt nicht schon längst am Besitz vertriebener und ermordeter Juden schadlos gehalten hat. Ganz abgesehen von den etwa 2 Millionen muslimischen Israelis, die dort eine Heimat gefunden haben und volle Staatsbürgerrechte genießen. In Zeiten des „Postkolonialismus“ hat Israel wegen solcher Zuschreibungen auch beim 70. ESC in Wien einen schweren Stand: Seine Künstler werden für einen „Kolonialismus“ in Mithaftung genommen, der gar nicht existiert. Der israelische Sänger Noam Bettan wurde schon beim Vorentscheid von „Palästina“-Freunden ausgebuht – aber Israelis sind tapfer und das zeigte Bettan auch auf der Bühne.

Propagandakrieg gegen Israel

Heute trägt die Welt Israel vor allem den 7. Oktober 2023 nach, und das stand schon fest, bevor ein einziger Soldat der IDF den Gaza-Streifen als Reaktion auf das Hamas-Massaker an 1200 israelischen Zivilisten betreten hatte. Die Vorwürfe an die israelische Regierung lagen schon seit Jahren als Schablonen vor, Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht gab etwa bereits vor 10 Jahren wortgleiche Statements zum Nahost-Konflikt ab: „Völkermord! Besatzung!“. Als vor ein paar Wochen der UN-Untersuchungsbericht zum Hamas-Terrorangriff vorgelegt wurde, der noch einmal alle Zeugenaussagen sowie die von den Terroristen selbst angefertigten Videoaufnahmen ausgewertet hatte, schwieg die Presse weitgehend dazu. Die „New York Times“ brachte stattdessen einen Bericht über die oben bereits erwähnten „Mossad-Folterhunde“, der lediglich durch wenige Zeugen aus Hamas-nahen Kreisen gestützt wurde. Slowenien, Island, Schweden und weitere Länder, die den ESC boykottierten oder zumindest damit drohten, argumentierten immer wieder mit der Situation im Gaza-Streifen, denn dank williger, leichtgläubiger Judenhasser in der ganzen Welt konnte die Hamas einen Sieg zumindest im Propagandakrieg verbuchen.

Alles lief darauf hinaus, den 7. Oktober aus dem Bewusstsein verschwinden lassen, einen Tag, den linke Intellektuelle in den USA und Europa kurz danach noch als „Akt des Widerstands“ gefeiert hatten. Die Kunstszene auch auf den roten Teppichen der Filmindustrie schloss sich dem bereitwillig an, aus einer Mode heraus, obwohl so manches Sternchen eventuell noch nicht einmal wusste, wo Israel auf der Weltkarte zu finden ist.

Alles lief darauf hinaus, den 7. Oktober aus dem Bewusstsein zu verdrängen, einen Tag, den linke Intellektuelle in den USA und Europa kurz danach noch als „Akt des Widerstands“ gefeiert hatten.

Die Feindseligkeit ist nicht neu und hat sich längst von den tatsächlichen Ereignissen losgelöst, getarnt als „gerechte“ Empörung. Vor allem in Irland, das den diesjährigen ESC wegen der Teilnahme Israels ebenfalls boykottierte, fiel die Erzählung vom „jüdischen Kolonialstaat“ aufgrund der konfliktreichen britisch-irischen Geschichte schon früh auf fruchtbaren Boden. Sowohl die Hamas wie auch die konkurrierende Fatah im Westjordanland wissen genau, welche Ressentiments sie in Europa propagandistisch bespielen müssen. Irische Künstler zeigten deshalb auch in den Vorjahren immer einmal wieder die „palästinensische“ Flagge, so als kämpfte die Hamas noch einmal den Kampf der IRA um die Unabhängigkeit Irlands. Auch in diesem Falle hält der jüdische Staat als Projektionsfläche her, schon wegen der Beteiligung Großbritanniens an dessen Gründung. „Warum die und nicht wir?“, mag sich mancher Ire denken und vergisst dabei, dass Großbritannien auch Israel nur die minderwertigen Landstücke seines Mandatsgebiets zukommen ließ.

Aber es sind nicht nur die Institutionen verschiedener Länder, welche sich regelmäßig an Boykottaufrufen gegen Israel beteiligen. Im Vorfeld des ESC traf man, wenig überraschend, weitere alte Bekannte an, wie etwa den Ex-Pink-Floyd-Musiker Roger Waters. Mit 1.100 Kollegen aus der Musikszene forderte er in einem offenen Brief dazu auf, dem israelischen Sender KAN die Übertragungsrechte am diesjährigen ESC zu entziehen. Wenn man schon die Teilnahme Israels nicht verhindern konnte, so muss man seinen Bürgern doch immerhin den Spaß am Musikwettbewerb verderben! Roger Waters steht schon seit Jahren an der Spitze der künstlerischen Boykottfront, egal ob dort gerade ein offener Konflikt ausgetragen oder aber Friedensgespräche geführt werden. Unappetitliche Bekanntheit erlangte die aufgeblasene, mit einem Davidstern „verzierte“ Schweineblase, die er bei seinen Konzerten steigen ließ – es ist wohl nicht übertrieben, Waters als von der „Palästinenser-Frage“ besessen zu bezeichnen.

Heuchlerische Doppelstandards

Israel-Boykott ist zu einem Massenphänomen in der politisch eher links orientierten Kunstszene geworden, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass hier etwas bekämpft wird, das sich die Beteiligten aus verschiedenen antisemitischen Versatzstücken zusammengereimt haben. Ein wirkliches Interesse, den Konflikt aufzulösen oder auch nur zu verstehen, existiert in der Szene nicht. Das hat sie mit den Aktivisten der „Sumud-Flotilla“ gemein, die glaubten, mit ein paar Kisten Schokolade das Klima und den Gaza-Streifen zu retten und dort dann im Rahmen einer Queer-Pride-Parade als Helden gefeiert zu werden. Ist das noch ein freiwilliger Boykott oder längst eine Mode, der sich einzelne Künstler nicht mehr entziehen können, ohne sich unbeliebt zu machen? Wir kennen das Phänomen aus Deutschland, als es um die Corona-Maßnahmen ging oder den „Kampf gegen rechts“. Als die Sängerin Nena sich weigerte, Ungeimpfte von ihren Konzerten auszuschließen, traf sie rasch die Wut der Medien, sie wurde zur „Schwurblerin“ und „Querdenkerin“ erklärt. Denn die Gratismutigen, die auf der Welle des gerade Angesagten mitsurfen, erweisen sich „Abweichlern“ gegenüber als absolut gnadenlos.

Sprechen wir auch einmal über Missgunst: Die israelische Sängerin Yuval Raphael erhielt im letzten Jahr viel Zuspruch vom europäischen Fernsehpublikum, doch man wertete das nicht als Solidarität, sondern emotionale Erpressung. Wie hatte sie es nur wagen können, als Überlebende des Massakers vom 7. Oktober auf die Bühne zu treten? Schon ihre Vorgängerin Eden Golan durfte 2024 nicht mit dem Titel „October Rain“ antreten, sondern musste den Titel in „Hurricane“ ändern. Begründet wurde das mit der „nicht-politischen“ Richtlinie des ESC, was formal stimmig sein mag, aber in Bezug auf andere Teilnehmer längst nicht immer so konsequent angewandt wurde. Immerhin: Die diesjährige Ausnahme von der Regel galt der kroatischen Gruppe „Lelek“, die über den Widerstand katholischer Frauen gegen die Islamisierung ihres Landes unter osmanischer Herrschaft sang. „Während du die Kerze anzündest, frag deine Großmutter, warum sie ihre Töchter in Angst geboren hat“, lautet eine Stelle im Text. „Warum so viele den Friedhof wählten statt das Leben? Warum schreibt man Geschichte immer wieder von vorn?“

Nein, die Welt und damit auch mancher Teilnehmer des ESC hat Israel den 7. Oktober nicht verziehen. Er passte nicht ins Täter-Opfer-Schema und auch dabei wird die Geschichte immer wieder von vorn geschrieben. Und wenn das europäische Publikum diese Sichtweise nicht übernehmen mag, dann ist es eben nicht mit rechten Dingen zugegangen. Das Stereotyp vom „manipulativen Juden“ ist auch im Jahr 2026 nicht aus der Welt zu schaffen und es wird – wie etwa im erwähnten Artikel der „TAZ“ - auch von jenen mitgetragen, die sich für die Speerspitze des „Antifaschismus“ halten. Das Publikum trägt das nicht mit, was tröstlich ist. Aber es wird Zeit, dass die schweigende Mehrheit den Mut findet, die antisemitischen Schreihälse nicht nur beim ESC in ihre Schranken zu weisen.

Die globalisierte Intifada erreicht mit Zohran Mamdani das Rathaus von New York

Der Fall des offen israelfeindlichen New Yorker Bürgermeisters Zohran Mamdani zeigt exemplarisch, wie tief antizionistische Narrative inzwischen bis in die politische Mitte und selbst in Teile jüdischer Kreise vorgedrungen sind. Mamdani unterstützt judenfeindliche Boykottkampagnen, relativiert antisemitische Parolen und verweigert demonstrativ jede Solidarität mit dem jüdischen Staat – selbst nach dem Massaker der Verbrecher-Bande Hamas vom 7. Oktober 2023. Besonders brisant ist dabei, dass Mamdani gezielt jüdische Unterstützer und antizionistische Gruppen mobilisiert, um seinen Feldzug gegen Israel moralisch zu legitimieren. (JR)

Jonathan S. Tobin/JNS

ANGELA WEISS / AFP

Der New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani normalisiert den Israelhass.

Das ist nicht die Art von Sprache, die wir von Botschaftern gewohnt sind, insbesondere nicht von israelischen Botschaftern in den Vereinigten Staaten, wenn sie über amerikanische Juden sprechen. Bei einer Sitzung der National Task Force to Combat Antisemitism im Museum of the Bible in Washington bezeichnete Yechiel Leiter die linke J-Street-Lobby als „einen Krebs innerhalb der jüdischen Gemeinschaft".

Solche unverblümten Äußerungen über amerikanische Juden, die sich zusammenschließen, um den Staat Israel zu kritisieren oder unter Druck zu setzen, wurden bisher vom jüdischen Establishment hier in den Vereinigten Staaten sowie von den Diplomaten und Beamten im israelischen Außenministerium in Jerusalem allgemein als spaltend und unproduktiv angesehen.

Undiplomatische Worte

Doch angesichts der zunehmenden Bemühungen, Israel zu delegitimieren – parallel zu und als Teil einer beispiellosen Welle des Antisemitismus in den Vereinigten Staaten – sind diplomatische Höflichkeiten und beschönigende Reden über eine „große Zelt" nicht mehr angemessen, um einer echten Krise zu begegnen.

Die Demokraten geraten zunehmend unter den Einfluss ihrer intersektionalen Basis, die Israel als „weißen" Unterdrücker und „Apartheid"-Staat betrachtet. Antisemitismus, der unter dem Deckmantel des Hasses auf Israel operiert, ist sowohl auf der politischen Linken als auch auf der extremen Rechten zur Norm geworden.

Alle Instinkte und bisherigen Praktiken der organisierten jüdischen Gemeinschaft veranlassen sie ebenso wie israelische Diplomaten dazu, vorsichtig zu agieren, wenn es um Juden geht, die sich den Reihen der Antizionisten anschließen. In der aktuellen Krise ist es jedoch von entscheidender Bedeutung, dass die harten Wahrheiten, wie sie von Leiter ausgesprochen wurden, Gehör finden – und nicht das leere Gerede über Inklusion und ein großes jüdisches Zelt. Unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet die Einheit mit J Street und offen antizionistischen und antisemitischen Gruppen wie Jewish Voice for Peace, jenen, die aktiv andere bei ihrem Krieg gegen Israel und das jüdische Volk unterstützen und begünstigen, eine Legitimität zu verleihen, die sie nicht verdienen.

Leiters undiplomatische Äußerung war kein einzeiliger „Mic Drop". Er erklärte, dass „das Schlimmste an J Street ist, dass sie doppelzüngig ist". Unter Bezugnahme auf die Haltung der Gruppe, die die Versuche der Demokraten unterstützt, Waffenverkäufe an den jüdischen Staat zu unterbinden, fragte er: „Wie kann man pro-israelisch sein und gleichzeitig für ein Waffenembargo gegen einen Staat eintreten, der einen Krieg an sieben Fronten gegen iranische Stellvertreter führt?"

Während J Street und seine Verteidiger behaupten, sie würden lediglich die israelische Regierung kritisieren, hält Leiter diese Haltung für unaufrichtig.

„Wenn sie sagen würden, dass sie pro-palästinensisch sind, hätte ich kein Problem damit, mich mit ihnen zu treffen", sagte Leiter. „Ich treffe mich mit pro-palästinensischen Gruppen."

„Aber wenn man kommt und auf solch doppelzüngige Weise sagt: ‚Wir sind pro-israelisch, wir sind pro-demokratisch', dann gibt es in Israel eine demokratisch gewählte Regierung", sagte er. „Wenn man Netanjahu nicht mag, soll man Alija machen, bei der nächsten Wahl wählen gehen und seine Meinung äußern. Man soll nicht sagen, man sei ‚pro-demokratisch', und gleichzeitig die Position der demokratischen Regierung Israels verurteilen und missachten."

Wo ‚pro-israelisch' mit antizionistisch verschmilzt

J Street, das 2008 in Washington in den politischen Ring stieg, wurde in der Vergangenheit von zwei von Leiters Vorgängern, Michael Oren und Ron Dermer, die ebenfalls israelische Regierungen unter Premierminister Benjamin Netanjahu vertraten, scharf kritisiert. Aber sie bezeichneten die Gruppe nicht als „Krebsgeschwür".

Michael Herzog, der von 2021 bis 2022 von der kurzlebigen Regierung unter Naftali Bennett und Yair Lapid ernannt wurde, hielt sich von Angriffen auf J Street fern, auch wenn er seine negative Meinung über den Verbündeten der Organisation im Senat, Senator Bernie Sanders (I-Vt), unverblümt zum Ausdruck brachte.

Leiter hat Recht damit, was J Street treibt. Sie unterstützen die Bemühungen der Demokraten im Kongress, Waffenverkäufe an Israel mitten in einem Krieg gegen den Iran und dessen terroristische Stellvertreter zu stoppen, der mit den von der Hamas angeführten „palästinensisch"-arabischen Terroranschlägen im Süden Israels am 7. Oktober 2023 begann. Tatsächlich hat es sich J Street seit seiner Gründung zum alleinigen Ziel gemacht, Bemühungen zu unterstützen, den jüdischen Staat zu selbstmörderischen Zugeständnissen zu drängen, die von seinen demokratisch gewählten Regierungen und den Wählern, die sie ins Amt gebracht haben, abgelehnt werden.

Trotz ihrer Behauptung, eine nominell zionistische Gruppe zu sein, ist der Unterschied zwischen ihren Standpunkten und denen offen antizionistischer und antisemitischer Gruppen wie „Jewish Voice for Peace" zunehmend eher theoretischer Natur als eine Frage tatsächlicher Politik und Handlungen.

Dies wurde deutlich, als J Street Zohran Mamdani verteidigte, den virulent antizionistischen und antisemitischen Bürgermeister von New York City. Als die Anti-Defamation League, die die Gefahr für die jüdische Gemeinschaft durch die Linke nur zögerlich erkannte, einen „Mamdani Monitor" ins Leben rief, um seine Handlungen und Äußerungen zu dokumentieren, verurteilte J Street dies. Die Gruppe behauptete, es sei falsch, das, was sie als „Kritik an der israelischen Regierung" bezeich-

nen, mit Antisemitismus zu „verwechseln“. Doch Mamdani hat nie einen Hehl aus seiner Ablehnung der Existenz des jüdischen Staates und seinem Wunsch gemacht, diejenigen zu unterstützen, die an dessen Zerstörung arbeiten.

Seit seiner Studienzeit am Bowdoin College in Maine, wo er eine Ortsgruppe der offen antisemitischen „Students for Justice in Palestine“ gründete, ist der 34-jährige Bürgermeister ein glühender Antizionist, der sich der Unterstützung des Krieges gegen den einzigen jüdischen Staat auf dem Planeten verschrieben hat.

Dies nimmt verschiedene Formen an. Dazu gehört seine langjährige Unterstützung der illegalen BDS-Diskriminierung gegen Israel und Juden, die J Street angeblich ablehnt. Es bedeutet auch, Juden, die Israel unterstützen, fälschlicherweise als an Verstößen gegen das Völkerrecht beteiligt zu bezeichnen, selbst wenn dies bedeutet, antisemitische Märsche und Demonstrationen vor Synagogen anzustacheln. Hinzu kommt seine konsequente Unterstützung von Mobs, die Juden einschüchtern wollen, sowie von Gewalt auf Hochschulgeländen und anderswo, während sie den Völkermord an den Juden („Vom Fluss bis zum Meer“) und Terrorismus gegen Juden, wo immer sie leben („Globalisiert die Intifada“), skandieren.

Mamdanis Hass auf Israel stand diese Woche im Mittelpunkt, aber ebenso seine Fähigkeit, Unterstützung von linken Juden zu mobilisieren.

Der Betrug des „Nakba-Tages“

Der Bürgermeister hat angekündigt, dass er der erste Amtsinhaber seit der Gründung des jüdischen Staates sein wird, der sich weigert, an der jährlichen „Salute to Israel“-Parade auf Manhattans Fifth Avenue teilzunehmen. Anstatt diese symbolische Geste der Solidarität mit den jüdischen Einwohnern der Stadt zu setzen, gedachte er des „Nakba-Tages“ oder „Katastrophentages“, in Anspielung auf die Gründung des modernen Staates Israel im Jahr 1948.

Mamdani tat dies, indem er ein Video und eine Erklärung in den sozialen Medien veröffentlichte, darunter ein vierminütiges, im Dokumentarstil gedrehtes Video, das von seinen vom Staat bezahlten Mitarbeitern erstellt wurde und ein Interview mit einer Frau namens Inea Bushnaq enthielt. „Inea ist New Yorkerin und eine ‚Nakba‘-Überlebende“, sagte Mamdani. Darin schilderte Bushnaq die Flucht ihrer Familie aus Jerusalem während des Unabhängigkeitskrieges von 1948 und behauptete, sie seien zur Flucht gezwungen worden, weil „die Zionisten nach Jerusalem kamen“.

Tatsächlich flohen Hunderttausende „palästinensischer“ Araber vor Mai 1948 aus dem britischen Mandatsgebiet Palästina. Sie taten dies wegen des Krieges, den ihre Führer und die umliegenden arabischen Nationen begonnen hatten, meist auf Geheiß derer, die behaupteten, sie könnten zurückkehren, nachdem die Juden ins Meer getrieben worden seien. Sie hatten die UN-Abstimmung über die Teilung im November 1947 zugunsten eines arabischen Staates neben dem neuen jüdischen Staat abgelehnt, genauso wie sie in den folgenden Jahrzehnten jedes Friedensangebot Israels ablehnen würden.

Das Scheitern dieses Versuchs, nur wenige Jahre nach dem ersten, der zur Ermordung von 6 Millionen Juden in Europa geführt hatte, einen zweiten Holocaust zu verüben, enttäuschte die Araber. Doch sie waren weiterhin entschlossen, ihren Krieg gegen die jüdische Präsenz im Land fortzusetzen – ein selbstzerstörerischer Glaube, der bis heute fortbesteht und den „palästinensischen“ Arabern nichts als Leid gebracht hat.

Im selben Zeitraum wurde eine noch größere Zahl von Juden aus der gesamten arabischen und muslimischen Welt – von Nordafrika bis in die entlegensten Gebiete des Nahen Ostens – vertrieben oder zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen.

Die Notlage der „palästinensischen“ Flüchtlinge war schwer, doch im Gegensatz zu den Juden, die in Israel und im Westen angesiedelt wurden, wurden sie bewusst obdachlos gehalten, um als Mittel im andauernden Krieg gegen Israel zu dienen, der auch 78 Jahre später noch andauert.

Das besonders Ungeheuerliche an Mamdanis Hervorhebung einer solchen Flüchtling liegt in der Tatsache, dass – entgegen dem antizionistischen Mantra, die „palästinensischen“ Araber seien seit jeher in dem Land gewesen – ihre Familie relativ junge Einwanderer waren. Bushnaqs Verwandte waren bosnische Muslime, die in den 1880er Jahren in das heutige Israel gekommen waren, nachdem dieses Land nicht mehr unter der Kontrolle des Osmanischen Reiches stand.

Die Osmanen hatten jahrhundertelang über Teile des Balkans geherrscht und dessen christliche Bewohner tyrannisiert, und einige Muslime flohen aus Angst vor Vergeltung durch die neuen Herrscher. Die Bushnaqs gingen zunächst nach Syrien und ließen sich dann in Jerusalem nieder, das aufgrund der ersten Welle von Juden, die in ihre alte Heimat zurückkehrten, bereits zu wachsen begann.

Doch weit davon entfernt, dass die Juden neu in Jerusalem waren, wie Bushnaq behauptete, waren sie natürlich schon seit Tausenden von Jahren dort – lange vor der muslimischen Eroberung im 7. Jahrhundert n. Chr. Während Juden schon viele Jahre zuvor die größte Religionsgruppe in der Stadt gewesen waren, zeigte die osmanische Volkszählung von 1875, dass sie die absolute Mehrheit der Bevölkerung bildeten.

Und um zu zeigen, wie falsch die Behauptung ist, dass die Stadt und das Land, aus dem sie floh, ihrer Familie und anderen Muslimen zu Unrecht gestohlen worden seien, enthielt Mamdanis Video ein vernichtendes Detail, das seinen Mitarbeitern entgangen war. Das „Visit Palestine“-Plakat an der Wand hinter Bushnaq stammte tatsächlich von einem zionistischen und jüdischen Künstler, Franz Kraus, der es als Teil der Bemühungen sah, die aufkeimende jüdische Heimat vor 1948 zu fördern.

Tatsächlich, wie Liel Leibovitz in der New York Post bemerkte, kann man, wenn man sich das Video genau ansieht, erkennen, dass Kraus sein Werk auf Hebräisch signiert hat.

Mamdanis jüdische Mitstreiter

Ihr Zweck ist nicht, den „Palästinensern“ zu helfen, sondern Unterstützung für die Enteignung der mehr als 7 Millionen Juden Israels zu gewinnen. Das ist etwas, das nur durch einen Völkermord erreicht werden könnte – wie den, den die Araber 1948 nicht vollenden konnten und für den die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober lediglich ein Vorgeschmack auf das waren, was sie jedem Juden antun wollten.

Dennoch hatte Gothams marxistischer Bürgermeister keine Schwierigkeiten, Juden für seine Bemühungen zu gewinnen, ihrer eigenen Gemeinschaft zu schaden.

Eine dieser Personen ist Rabbi Miriam Grossman, ein Mitglied von „Jewish Voice for Peace“. Das ist eine Gruppe, die nicht nur Mamdanis Wunsch teilt, Israel zu zerstören, sondern auch dafür verantwortlich ist, Blutverleumdungen gegen das Land zu verbreiten. Dennoch wird sie in einem bezahlten Regierungsamt als „Glaubensbeauftragte“ des Bürgermeisters für die jüdische Gemeinschaft tätig sein.

Das ist ein Skandal und eine Beleidigung für die überwältigende Mehrheit der Juden, die zu Recht verstehen, dass Israel und die Unterstützung der jüdischen Rechte darauf ein integraler Bestandteil ihres Glaubens und ihrer Identität als Volk bleiben. Die Ereignisse der letzten 31 Monate zeugen von einer grundlegenden Tatsache: Antizionismus lässt sich nicht vom Antisemitismus trennen. Ersterer ist lediglich eine Variante des letzteren.

Bis zu einem Drittel der jüdischen Bevölkerung der Stadt könnte im vergangenen November aus verschiedenen Gründen für Mamdani gestimmt haben, darunter ihre blinde Loyalität gegenüber der Demokratischen Partei und ihre berechtigte Abneigung gegen den in Ungnade gefallenen ehemaligen Gouverneur Andrew Cuomo, der die wichtigste Alternative darstellte. Dennoch ist Mamdanis Feindseligkeit gegenüber der Sicherheit der Juden kein theoretisches Argument mehr.

Die gute Nachricht ist jedoch, dass die Führer der organisierten jüdischen Welt in New York durch Mamdanis Handlungen gezwungen wurden, Rückgrat zu zeigen. Ihre Wortwahl war nicht so unverblümt wie die von Botschafter Leiter in Bezug auf J Street. Doch durch den Boykott von Mamdanis Empfang zum Jewish Heritage Day vor Schawuot in seiner offiziellen Residenz, der Gracie Mansion, sendeten sie die Botschaft, dass die Juden der Stadt nicht mit der Heuchelei mitmachen werden, der Bürgermeister sei irgendetwas anderes als ein offener Feind des jüdischen Lebens.

Dennoch gelang es Mamdani, einige Juden für seine Feier zu gewinnen. Und sie verdienen die Verachtung nicht nur der jüdischen Gemeinschaft, sondern aller anständigen Menschen, die erkennen, dass wir uns an einem Wendepunkt befinden, was die Normalisierung des Antisemitismus angeht.

Unter ihnen befand sich die übliche Gruppe ultraorthodoxer Juden der Satmar-Sekte, die ihre Ablehnung des Zionismus und Israels aus theologischen Gründen verkünden, wonach jüdische Machtlosigkeit als eine Tugend anzusehen ist, die bis zum Kommen des Messias gepflegt werden muss. Die weitaus kleinere und oft gewalttätige Gruppe Neturei Karta ist ein weiteres Problem. Solche Teile der Gemeinschaft sind bereit, mit jedem an der Macht Geschäfte zu machen, unabhängig davon, ob dieser eine Bedrohung für Juden darstellt oder nicht.

Weitaus prominenter waren die linksgerichteten Juden wie Grossman und andere JVP-Mitglieder, die Mamdanis Feindseligkeit gegenüber Israel und dem Mainstream-Judentum als Grund sehen, ihn zu unterstützen.

Vielleicht noch bedeutender waren die Kommentare des Mannes, der bei Mamdanis Scheinveranstaltung das Eröffnungsgebet sprach – Rabbi Irwin Kula, emeritierter Präsident von CLAL: The National Jewish Center for Learning and Leadership. CLAL wurde unter seinem Gründer, Rabbi Irving („Yitz“) Greenberg, zu einem wichtigen Zentrum der Bemühungen, die jüdische Gemeinschaft zu vereinen. Unter seinem Nachfolger Kula ist es jedoch nicht nur irrelevant, sondern wohl sogar kontraproduktiv geworden.

Für Kula und andere, die jüdische Antisemiten normalisieren wollen, sowie für diejenigen, die daran arbeiten, Israel zu untergraben und anzugreifen, ist Inklusion der wichtigste Wert. Er verspottete die Abwesenheit jüdischer Führer als Beispiel für den Zusammenbruch des „liberalen zionistischen Konsenses“.

Er segnete Mamdani und forderte ihn auf, „die Komplexität dieser Stadt zu bewahren, die Bedeutungen von Zionismus, Antisemitismus und die untrennbare Verbindung von jüdischer Identität und palästinensischer Würde mit Sorgfalt und Präzision zu analysieren und zu nuancieren“. Ein solch bedeutungsloser Wortsalat zeugt von seinem intellektuellen und moralischen Bankrott. Er zeigt auch, dass Juden, einschließlich derer, die den Titel eines Rabbiners tragen, die sich nicht gegen offenen Judenhass und Delegitimierung stellen, nicht bloß harmlose Idealisten oder blauäugige Friedensträumer sind.

Wenn sie daran arbeiten, Israel zu isolieren – und es seines einzigen Verbündeten und der Mittel zu berauben, sich gegen genozidale Regime und deren terroristische Handlanger zu verteidigen, und diejenigen, die es zu vernichten suchen, als lobenswert behandeln –, haben sie mehr als nur den Respekt ihrer jüdischen Mitmenschen verloren. Stattdessen haben sie die Rolle von Fußsoldaten in einer globalisierten Intifada gegen ihr eigenes Volk übernommen.

Der Hauptfokus jüdischen Aktivismus muss darauf liegen, jene auf der Linken und der Rechten zu bekämpfen, die Antisemitismus normalisieren, sowie Publikationen wie The New York Times, die mit Blutverleumdungen gegen Israel und die Juden handeln. Doch wir dürfen nicht schweigen über jene Juden, die ihnen Beistand leisten und sie unterstützen. Sie verwandeln sich, wie die Satmar-Chassidim, in eine Sekte außerhalb des normativen jüdischen Lebens. Sie haben wenig gemeinsam mit jenen, die verstehen, dass Israel, so unvollkommen es auch sein mag, unsere Liebe und Unterstützung verdient, unabhängig davon, wer es führt oder welche Maßnahmen der Selbstverteidigung es gegen mörderische Feinde ergreift.

In einer Zeit, in der der Antisemitismus zunimmt und jüdische Leben in Gefahr sind, stehen diejenigen, die sich auf die Seite der Israel- und Judenhasser stellen, außerhalb der jüdischen Gemeinschaft. Was im Umgang mit ihnen erforderlich ist, sind nicht Diplomatie oder Dialog, sondern harte Wahrheiten wie die, die Botschafter Leiter ausgesprochen hat.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung Israels, António Guterres bereits 2024 zur persona non grata zu erklären und inzwischen die Beziehungen zu seinem Büro einzufrieren, eine nachvollziehbare Konsequenz. Aus einem internationalen Forum souveräner Staaten ist zunehmend ein ideologisches Tribunal geworden, in dem der jüdische Staat unter permanentem Generalverdacht steht, während wirklicher Terror, wirkliche Unterdrückung und wirkliche Barbarei allzu oft relativiert, beschwiegen oder mit routinierter Gleichgültigkeit behandelt werden.

Besonders deutlich zeigt sich diese moralische Verkehrung an der jüngsten Entscheidung, Israel auf eine Liste von Akteuren zu setzen, denen sexuelle Gewalt in Konflikten vorgeworfen wird. Dieselbe Weltorganisation, die Monate benötigte, um die systematischen Vergewaltigungen jüdischer Frauen durch Hamas-Terroristen überhaupt klar zu benennen, entdeckt plötzlich ihre moralische Entschlossenheit, sobald sich Vorwürfe gegen Israel richten lassen. Dies ist Ausdruck einer tiefen moralischen Verwahrlosung jener Institution, die einst gegründet wurde, um Frieden, Gerechtigkeit und Wahrheit zu verteidigen.

Die Vereinten Nationen haben sich über Jahrzehnte zu einer Bühne entwickelt, auf der islamische Unrechtsregime, westfeindliche Ideologen und antiisraelische Mehrheiten den demokratischen Staat Israel wie einen globalen Angeklagten behandeln. Staaten, in denen Frauen entrechtet, Oppositionelle gefoltert, Homosexuelle verfolgt und religiöse Minderheiten unterdrückt werden, sitzen dort mit empörtem Gesichtsausdruck über Israel zu Gericht.

Die Absurdität dieses Zustands ist derart grotesk geworden, dass sie kaum noch jemanden zu irritieren scheint. Gerade darin offenbart sich die ganze politische und moralische Verkommenheit unserer Zeit.

Angriff auf Grundfesten unserer Zivilisation

Israel, der einzige freiheitlich-demokratische Rechtsstaat des Nahen Ostens, wird behandelt wie ein permanenter Störfaktor einer ansonsten angeblich friedliebenden Weltordnung. Die Mörder-Bande Hamas dagegen wird in großen Teilen der internationalen Öffentlichkeit noch immer wie eine Art radikale Protestbewegung betrachtet, obwohl sie nichts anderes ist als eine islamische Vernichtungsorganisation mit genozidaler Zielsetzung.

Dabei hat die Welt offensichtlich vergessen, dass ein Angriff auf Israel immer auch ein Angriff auf die gesamte freiheitliche Welt ist.

Wer jüdisches Leben angreift, greift nicht irgendeine Minderheit an. Er greift die Grundfesten unserer Zivilisation an, unsere Geschichte, unser kulturelles Selbstverständnis und die freiheitliche Ordnung, auf die sich dieses Land so gern beruft. Juden gehören nicht „auch irgendwie" zu Deutschland – sie sind ein konstitutiver Teil dieser Gesellschaft, ihrer geistigen Entwicklung, ihrer Kultur und ihrer moralischen Grundlagen.

Und dennoch gehen jüdische Kinder seit Jahren nur noch unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen zur Schule. Synagogen gleichen Hochsicherheitstrakten. Bewaffnete Polizeikräfte vor jüdischen Einrichtungen gehören längst zum alltäglichen Straßenbild. Juden überlegen in vielen Städten sehr genau, ob sie Hebräisch sprechen, eine Kippa tragen oder ihre Identität offen zeigen. Nichts daran ist normal. Nichts daran dürfte in einem freiheitlichen Rechtsstaat jemals als akzeptabler Zustand gelten. Und doch schreitet die Verdrängung jüdischen Lebens tagtäglich voran und zwingt Juden zu einer entwürdigenden Identitätsmimikry.

NICOLAS TUCAT_AFP

Diese Entwicklung bedroht jedoch nicht nur Juden. Sie trifft das Fundament unserer offenen Gesellschaft insgesamt. Denn wo Juden nicht mehr frei und sicher leben können, dort zerfällt auch die Freiheit aller anderen. Derselbe islamische, autoritäre und freiheitsfeindliche Fanatismus bedroht ebenso Frauen, säkulare Muslime und Ex-Muslime, Christen, Homosexuelle und jeden Menschen, der auf dem Recht besteht, frei zu denken, frei zu sprechen und frei zu leben.

Der Angriff auf jüdisches Leben ist deshalb niemals nur ein Angriff auf Juden. Er ist ein Angriff auf das gesamte freiheitliche Zusammenleben westlicher Gesellschaften. Und dass große Teile unserer politischen, medialen und akademischen Eliten diese Realität bis heute relativieren, verschweigen oder aus ideologischer Feigheit nicht klar benennen wollen, gehört zu den erschütterndsten politischen und moralischen Bankrotterklärungen unserer Zeit.

Suizidale politische Erblindung

Besonders ernüchternd ist jedoch, dass diese Realitätsverweigerung nicht nur in den politischen Eliten zu finden war. Auch die Führung des Zentralrats der Juden unter Josef Schuster sowie ihr publizistisches Umfeld vermieden es über Jahre hinweg weitgehend, den Zusammenhang zwischen Massenzuwanderung aus überwiegend muslimischen Herkunftsländern und dem drastischen Anstieg antisemitischer Bedrohungen offen anzusprechen. Während jüdisches Leben im Alltag zunehmend unter Druck geriet, dominierten Appelle zum Dialog, integrationspolitische Wunschvorstellungen und die Bereitschaft, politische Konflikte nicht allzu deutlich zu benennen.

Umso befremdlicher wirkt es, wenn ausgerechnet Vertreter dieses Milieus heute für ihre angeblichen Verdienste um jüdisches Leben ausgezeichnet werden. Die jüngste Verleihung des sogenannten Tacheles-Preises an die „Jüdische Allgemeine" steht exemplarisch für diese bemerkenswerte Form der Selbstbestätigung — eine Gemeinschaft, die jahrelang weggeschaut hat, zeichnet sich selbst für das Wegschauen aus.

Doch die Folgen dieser jahrzehntelangen politischen und gesellschaftlichen Selbsttäuschung beschränken sich längst nicht mehr auf die Situation der Juden in Deutschland. Dieselbe Mischung aus Geschichtsvergessenheit, moralischer Selbstüberhöhung und politischer Realitätsverweigerung prägt heute zunehmend auch den Umgang deutscher Entscheidungsträger mit dem jüdischen Staat selbst. Wer die Ursachen des Antisemitismus im eigenen Land nicht benennen will, verliert häufig auch den Blick für die historischen und politischen Realitäten Israels. Diese gefährliche und gewollte Erblindung zeigt sich nirgendwo deutlicher als in den jüngsten Äußerungen von Bundeskanzler Friedrich Merz.

Friedrich Merz belehrt Israel über sogenannte „Siedlergewalt" und übernimmt damit ausgerechnet jene Begriffe, mit denen Europas antiisraelische Moralbürokratie jüdisches Leben in Judäa und Samaria seit Jahrzehnten delegitimiert. Bereits der Begriff „Westjordanland" ist Teil einer politischen Geschichtsfälschung. Man verschweigt Hebron, Schilo, Beit El und die jahrtausendealte jüdische Verwurzelung in diesem Land. Man übernimmt eine Sprache, die Juden aus Judäa zu Fremden in ihrer eigenen Geschichte erklärt. Während Israel seit dem 7. Oktober 2023 gegen die Mörder-Bande Hamas, Hisbollah und das iranische Vernichtungsregime um sein Überleben kämpft, gefällt sich der deutsche Kanzler in billiger Distanzierung. Eine deutsche Politik, die „Nie wieder" sagt, aber jüdische Selbstverteidigung moralisch maßregelt, verrät Deutschlands historische Verantwortung und offenbart eine beschämende Doppelmoral. Wer jüdisches Leben in seiner historischen Heimat delegitimiert und zugleich die eigentlichen Brandstifter des Konflikts aus dem Blick verliert, fördert nicht den Frieden, sondern stärkt jene Kräfte, die Israels Existenz und die Sicherheit seiner Bürger bedrohen.

Doch trotz aller Widrigkeiten unserer Zeit gibt es auch eine historische Wahrheit, die den Feinden Israels, den Guterres dieser Welt und den selbstgerechten Moralisten in Europa bis heute ein Dorn im Auge ist: Das jüdische Volk ist nicht mehr wehrlos.

Die jüdische Geschichte ist nicht länger von Flucht, Angst und Passivität geprägt, sondern von Selbstbestimmung und Wehrhaftigkeit. Schon Theodor Herzl kam zu dem Schluss, dass die einzige dauerhafte Antwort auf zwei Jahrtausende der Verfolgung die Souveränität in der jüdischen Heimat sei, gestützt durch die Fähigkeit zur Selbstverteidigung.

Das jüdische Volk steht nicht mehr mit zitternden Knien vor seinen Verfolgern. Es hat wieder einen Staat, eine Armee, eine Hauptstadt und den Willen zur Selbstbehauptung. Israel bittet nicht mehr um Schutz. Israel ist Schutz.

Dem Staat Israel und allen unseren Lesern und Freunden alles erdenklich Beste!

Am Israel Chai!

Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

„New York Times“ füttert die antijüdische Ritualmordlegende

Die immer noch als renommiert geltende New York Times hat einen Artikel veröffentlicht, der Hamas-nahe Behauptungen über angebliche israelische Kriegsverbrechen sich bereitwillig zu eigen macht und damit das uralte antisemitische Muster der Ritualmordlegende in moderner Form wiederbelebt. Was einst als mittelalterliche Lüge über angebliche jüdische Blutverbrechen diente, um Pogrome zu legitimieren, kehrt heute in säkularer Verkleidung zurück: als mediale Anklage gegen den jüdischen Staat. Die NYT leistet damit nicht nur schlechten Journalismus, sondern betreibt aktiv die Verbreitung antisemitischer Narrative — unter dem Deckmantel seriöser Berichterstattung. (JR)

Von Melanie Phillips/JNS

ANGELA WEISS/AFP

„The New York Times“ recycelte Hamas-Propaganda, die Israel dämonisiert.

Es ist mittlerweile klar, dass wir eine zivilisatorische Notlage durchleben. So wie die „palästinensischen“ Araber bei den Angriffen am 7. Oktober 2023 versuchten, die Zerstörung Israels herbeizuführen, so hat die islamische Welt den kulturellen Apparat des Westens eingesetzt, um die Juden zu vernichten.

Die trügerische Unterscheidung zwischen Antizionismus und Antisemitismus wird nicht einmal mehr als Feigenblatt herangezogen. Angriffe auf Juden sind sowohl in Großbritannien als auch in Amerika außer Kontrolle geraten. In London finden solche Angriffe mittlerweile fast täglich statt. In New York belagerte im Mai ein Mob aus Islamisten und Linken die Park East Synagoge auf Manhattans Upper East Side; ein weiterer solcher Mob griff Juden vor einer Synagoge in Brooklyn an.

Der Antizionismus mit seinen hetzerischen Lügen über Israels Verhalten, die darauf abzielen, das Land als einzigartige Bedrohung darzustellen und es zum Paria der Welt zu machen, wurde weiter als Waffe eingesetzt, um etwas noch Dunkleres zu entfesseln.

Wir erleben eine Rückkehr zu primitiven, vormodernen Formen des Judenhasses.

Die New York Times veröffentlichte Mitte Mai einen 4.000 Wörter langen Artikel von Nicholas Kristof mit der Überschrift „Das Schweigen, das der Vergewaltigung von Palästinensern begegnet“, in dem Kristof Israel vorwarf, Hunde darauf zu trainieren, „palästinensisch“-arabische Gefangene zu vergewaltigen.

Diese groteske Behauptung sollte Kristofs Behauptung von systematischer sexueller Gewalt „gegen Männer, Frauen und sogar Kinder durch Soldaten, Siedler, Verhörbeamte des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet und vor allem Gefängniswärter“ veranschaulichen. Die Behauptung, Hunde seien zur Vergewaltigung von Gefangenen eingesetzt worden – was Experten als anatomisch unmöglich bezeichnen –, ist ebenso lächerlich wie obszön.

Perfide Projektion

Bezeichnenderweise vereint sie bestimmte Merkmale der „palästinensisch“-arabischen Denkweise – den Glauben, dass Hunde schmutzig sind, dass Juden ebenfalls schmutzig sind, und die gewohnheitsmäßige und falsche Projektion von Verbrechen auf die Israelis, die die „palästinensischen“ Araber selbst gegen sie begehen.

Tatsächlich hat sich Kristof genau auf dieses giftige „palästinensische“ Denken gestützt.

Die Behauptung der „Hundevergewaltigung“ wird seit 2024 vom in Genf ansässigen Euro-Med Human Rights Monitor verbreitet. Kristof behandelt diese Quelle als glaubwürdig. Das ist sie alles andere als. Zuvor wurde behauptet, die israelischen Streitkräfte hätten Organe von „palästinensischen“ Leichen entnommen – eine weitere widerwärtige Fantasie, die aus den Tiefen des gestörten „palästinensischen“ Geistes stammt.

Die Israelis haben den Gründer der Organisation, Ramy Abdu, als Hamas-Aktivisten gelistet. Am Tag nach dem Massaker vom 7. Oktober und der Entführung von 1.200 unschuldigen Israelis schrieb Abdu auf X, die Täter seien „ritterliche Helden, die uns einen reinen Ruhm geschmiedet haben, der nicht vom Schlamm befleckt ist“.

Kristof legte nicht den geringsten Beweis für seine Behauptungen vor. Seine Quellen waren entweder anonym oder gehörten zu dem Echoraum, der den Massenmord an Juden und die Zerstörung Israels befürwortet.

Er zitierte Terrorismusbefürworter, deren eigene Behauptungen über Misshandlungen sich im Laufe der Zeit geändert hatten. Honest Reporting stellte fest, dass Sami al-Sai, den Kristof als „freiberuflichen Journalisten“ vorstellte, seit langem dafür bekannt ist, Terroristen in den sozialen Medien zu verherrlichen, und zweimal wegen Aufwiegelung inhaftiert wurde. Die Behauptungen, die er gegenüber Kristof über seinen angeblichen Missbrauch aufstellte, unterschieden sich in wesentlichen Details von der Geschichte, die er der israelischen „Menschenrechts“-Organisation B’Tselem im vergangenen Jahr erzählte.

Noch schwerwiegender ist, dass der ehemalige israelische Premierminister Ehud Olmert Kristof vorgeworfen hat, seine Worte falsch wiedergegeben zu haben, sodass der falsche Eindruck entstand, er würde diese Anschuldigungen bestätigen. Kurz gesagt: Der Artikel war eine widerwärtige Farce. Doch dies war nicht bloß recycelte Hamas-Propaganda, die Israel dämonisiert. Die Behauptung der „Hundevergewaltigung“ war ein psychotischer Fiebertraum, der direkt aus der mittelalterlichen, nationalsozialistischen und sowjetischen antijüdischen Dämonologie stammte.

Klassische Täter-Opfer-Umkehr

Kristof schrieb, dass es zwar einigen in den Sinn kommen möge, „palästinensische“ Zeugen könnten Anschuldigungen erfinden, um Israel zu diffamieren, ihm dies jedoch „weit hergeholt“ erscheine.

Denken Sie einmal darüber nach. Für Kristof war es nicht „weit hergeholt“, dass ein Hund darauf trainiert werden könnte, einen Mann zu vergewaltigen. Was ihm stattdessen „weit hergeholt“ erschien, war die Vermutung, dass die „Palästinenser“ lügen könnten, um Israel zu schaden. Aber genau das tun sie ständig. Kristof, seine Redakteure und andere Israel-Hasser glauben „palästinensischen“ Lügen – wie absurd und unmöglich sie auch sein mögen –, weil sie sie glauben wollen. Sie betrachten die „Palästinenser“ als die elenden und unterdrückten Opfer der Israelis. Das ist auch der Grund, warum so viele der Israel-Hasser die sexuelle Gewalt geleugnet haben, die den Israelis am 7. Oktober angetan wurde.

Am Tag nach Kristofs Farce wurden die Ergebnisse einer zweijährigen israelischen Untersuchungskommission zu den geschlechtsspezifischen Gräueltaten veröffentlicht, die während des Massakers vom 7. Oktober und der anschließenden Gefangenschaft von etwa 251 Menschen, darunter sogar kleine Kinder, begangen wurden, die an diesem Tag in den Gazastreifen verschleppt worden waren.

Die von der Rechtswissenschaftlerin Cochav Elkayam-Levy gegründete Kommission stützte sich auf mehr als 10.000 Fotos und Videosequenzen, mehr als 1.800 Stunden Bildmaterial sowie mehr als 430 Zeugenaussagen und Interviews mit Überlebenden, Zeugen, freigelassenen Geiseln, Experten und Familienangehörigen. Ihre Ergebnisse sind sehr schwer zu ertragen. Die Opfer wurden gefoltert, verstümmelt und enthauptet; eine Brust wurde abgeschnitten und herumgeworfen; Frauen wurden während der Vergewaltigung erschossen und nach ihrer Ermordung vergewaltigt.

Sie wurden ins Gesicht geschossen, um ihre Schönheit und ihre Menschlichkeit zu vernichten; Nägel und andere Gegenstände wurden in ihren Intimbereichen gefunden; Verwandte wurden gezwungen, sexuelle Handlungen aneinander vorzunehmen. Und all das wurde von „palästinensischen“ Wilden gefilmt, die diese verdorbenen Taten mit rasender Freude stolz vollzogen.

Dieser Bericht stellt eine sorgfältig recherchierte, maßgebliche Untersuchung dar, die ein noch schockierenderes Licht auf Kristofs verzerrte und böswillig recherchierte Botschaft wirft.

Die New York Times wurde vorgeworfen, den Kristof-Artikel am Vortag veröffentlicht zu haben, um den israelischen Bericht zu schmälern. Ob dies nun zutraf oder nicht, Kristof selbst deutete an, dass es sein Ziel war, die Ereignisse vom 7. Oktober herunterzuspielen.

Sein Artikel, so sagte er, zeige, dass „die schrecklichen Misshandlungen, die israelischen Frauen am 7. Oktober zugefügt wurden, nun Tag für Tag den Palästinensern widerfahren“.

Rückfall in Zeiten vor der Aufklärung

Kein anderes Land wird so behandelt. Nur den Israelis soll die einzigartige Realität ihres Leidens verwehrt bleiben. Misshandlungen kommen in allen Gefängnissen vor, und Israel ist da sicherlich keine Ausnahme. Aber nur Israel ist psychotischen Lügen darüber ausgesetzt.

Das liegt daran, dass Israel das einzige jüdische Land der Welt ist, und die Art und Weise, wie Israel misshandelt wird, ist die Art und Weise, wie Juden schon immer misshandelt wurden.

Die Behauptung, Hunde würden darauf trainiert, „palästinensische“ arabische Männer zu vergewaltigen, ist lediglich eine moderne Version alter Ritualmordlegenden, wonach die Juden Brunnen vergifteten oder christliche Kinder ermordeten, um deren Blut in Passah-Mazot zu backen.

Die heutigen Verleumdungen über Aushungerung, Völkermord, Babymörder, Organraub – und nun die Verleumdung der „Vergewaltigungshunde“ – vermitteln alle dieselbe Botschaft wie die mörderischen Ritualmordlegenden von einst: dass die Juden böse, dämonisch und unmenschlich sind. Sie sollen daher aus dem Bereich menschlicher Empathie ausgeschlossen werden. Sie sollen als Monster gebrandmarkt und ihr Leiden geleugnet werden.

Was wir hier erleben, ist ein Rückfall in eine primitive Reihe mörderischer Überzeugungen aus der Zeit vor der Aufklärung, vor der Moderne und vor dem Zeitalter der Vernunft.

Wir erkennen zu unserem Entsetzen, dass die Hülle der Zivilisation extrem dünn ist und dass sie nun vollständig zerrissen wurde. Wir erleben eine geistige Plage. Die Barbarei ist auf dem Vormarsch, und ihr Superspreader ist The New York Times.

Der letzte Mohikaner: Donald Trump versucht den geopolitischen Kollaps aufzuhalten

Donald Trump gilt bei seinen Gegnern als erratischer Egomane, dessen Politik angeblich nur aus Chaos, Provokation und Größenwahn besteht. Doch hinter den Tabubrüchen, den Zöllen und den scheinbaren Widersprüchen steckt eine starke Strategie: Mit Präsident Trump unternimmt eine westliche Führungsmacht den letzten Versuch, den bereits sichtbar galoppierenden geopolitischen Kollaps aufzuhalten, bevor er unumkehrbar wird. Während Europa im Regulierungsdschungel versinkt, den Kontinent einem islamischen Einwanderungstsunami aus Rechtsverachtung, Gewaltbereitschaft und grenzenlosem Judenhass ausgeliefert hat und dabei den demographischen Wettlauf gegen den Islam zu verlieren droht, während China seine globale Machtbasis systematisch ausbaut und der islamische Terror — denn es gibt keinen Islamismus ohne Islam — den Westen destabilisiert, setzt Trump auf wirtschaftlichen Gegendruck und die Rückbesinnung auf nationale Stärke. Ob das angesichts der Obstruktion durch Europas scheinbare Verbündete Erfolg haben kann, bleibt offen. Aber dass Präsident Trump diese Fragen stellt und handelt, ist um Lichtjahre besser als das Wegschauen, Zögern und Appeasement vieler europäischer Politiker. (JR)

KENT NISHIMURA / AFP

Von Roger Letsch

Wir müssen mal wieder über Donald Trump sprechen. Die Medien in den USA und Europa tun ja ohnehin seit Jahren nichts anderes. Hinter seinen teils unterhaltsamen, teils völlig überzogenen Äußerungen, seiner Angewohnheit, zehn Schlachten gleichzeitig zu beginnen, sehen seine Kritiker nur Dummheit und Gier. Zwei Eigenschaften, die sich zwar gegenseitig im Weg stehen, aber wer sagt, dass Trumps Fundamentalkritiker immer kluge Leute sein müssen.

Alle seine Entscheidungen – besonders natürlich der Krieg gegen den Iran – werden als überzogen, erratisch und schädlich qualifiziert. Grenzschließung, Einwanderungsstopp, massenhafte Abschiebungen durch ICE, zwangsweise angewandtes Bundesrecht, Massenentlassungen in den Bundesbehörden, Infragestellung der amerikanischen Staatsbürgerschaft durch Geburt, Zölle gegen die ganze Welt, Verhandlungen mit Putin, keine Verhandlungen mit Maduro, Abbruch der Verhandlungen mit dem Iran, Druck auf Kuba, Ohrfeigen für die Westeuropäer, drohende Worte an Repräsentantenhaus und Senat und überall nur „Deals“, wo man früher Erfolge an der Darbietung des diplomatisches Balletts und den geschüttelten Händen bei Schlusskommuniqués von internationalen Konferenzen maß.

Und dann natürlich all die Posts auf Truth Social und Ansprachen, die den Vulkanologen mit ihren Seismometern am Mount Trump die Schweißperlen auf die Stirn treiben. Ich wurde gefragt, wie ich nur so ruhig bleiben könne und ob ich seine Ansprache an die Nation womöglich nicht gesehen habe, diese letzte, in der er ankündigte, den Iran zurück in die Steinzeit zu bomben.

Regimewechsel oder Plan B

Da ich nur ungern gegen meine Erwartungen wette, muss ich wohl in Betracht ziehen, dass die Iraner, die das Regime ablehnen und beendet sehen wollen, nicht mehr die Kraft zu seinem Sturz aufbringen können und vom Rest der Welt schon wieder im Stich gelassen werden.

Der Krieg, den es gebraucht hätte, um daran etwas zu ändern, wurde leider tatsächlich längst verloren. Nicht im Iran, nicht in den von iranischen Angriffen erschütterten Golfstaaten – die Emirate allein haben mehr Angriffe zu beklagen als Irans erklärter Erzfeind Israel – sondern in der öffentlichen Meinung. In den USA wird Trump von rechten Isolationisten und linken Multilateristen in die Zange genommen. In Europa glaubt man immer noch, der Konflikt ginge hier niemanden etwas an und man könne sich neutral verhalten. Vielleicht schluckte man hart, als man erfahren musste, dass die Mullahs entgegen ihren Beteuerungen und Fatwas sehr wohl über Langstreckenraketen verfügen, die so gut wie jede europäische Hauptstadt erreichen können, aber so etwas lässt sich in Zukunft sicher wieder wegbestechen.

Genug davon, ich kann und will die militärische Lage nicht beurteilen. Ich werde vielmehr versuchen, ein Bild der strategisch-globalen Lage zu zeichnen, wie es sich mir aus den Bühnennebeln und Pulverdämpfen des ersten Jahres der zweiten Amtszeit Trumps darstellt. Es ist eine denkbare und vielleicht sogar plausible Erklärung, keineswegs die einzige und vielleicht liege ich auch vollkommen daneben, das muss jeder Leser selbst beurteilen.

Faktor Zeit

Ich vermute, dass Trump noch vor Beginn seiner zweiten Amtszeit Inventur gemacht, sich die allgemeine Kassenlage, den Zustand der Armee, die Geldflüsse der Lobbygruppen und die Lethargie der Politik angeschaut hat. Er hat die Summe der vom Westen in alle Welt verschickten Tribute mit dem Rückfluss an Investitionen verglichen und die sogenannte Zivilgesellschaft betrachtet, die sich für die kulturelle Elite des Landes hält und seit seiner ersten Wahl in Permanenz mit Fackeln und Mistgabeln unter seinem Fenster versammelt ist.

Vor Trumps Auge stand das, was vom „Westen“ übrig ist: von Zweifeln und Selbsthass zerfressen, aufgehetzt gegen die eigene Herkunft, kulturell suizidal, intellektuell dekonstruiert und moralisch erpressbar. Dieser Anblick und das Ergebnis der Inventur kann angesichts des Tempos seiner Entscheidungen eigentlich nur einen Gedanken erzeugt haben – und der ist auch zentraler Baustein meiner Theorie. ‚Uns läuft die Zeit davon, das alles wieder rückgängig zu machen! Mir läuft die Zeit davon!‘

Und los geht die wilde Jagd! Das Staatsdefizit bekämpfen, den Staat

schrumpfen, aus der Diversity-Truppe US-Armee, die seit Jahren ihre Rekrutierungsziele verfehlte, wieder eine schlagkräftige Armee machen, den schleichenden Niedergang des Einflusses westlicher Werte wie der Meinungsfreiheit beenden und die folgenlose Enteignung materieller westlicher Werte wie die der amerikanischen Ölindustrie in Venezuela gleich mit. Er mag das Projekt immer noch „Make America Great Again" nennen, doch der müsste wohl besser lauten „Keep Western Values Alive". Leider ist KWVA ein lausiges Akronym und nicht kampagnenfähig.

In Amerika und Europa wehrte man sich gegen die Medizin, die da verabreicht wurde. Man hatte sich so schön eingerichtet im „managed decline", dem ideologisch betreuten Abstieg in die Bedeutungslosigkeit, durchgegendert und ausgebuttert mit der Überzeugung, dass die Welt ohne den Westen sowieso ein besserer Ort wäre. Degrowth und grünes Schrumpfen, der Verzicht auf die Verbindlichkeit westlicher Werte, weil man darauf trainiert war, dass diese Werte ohnehin nur in Sklaverei, Ausbeutung und Kolonialismus bestünden. Dass dieser Weg nach unten führt, mochte man nicht wahrhaben. Das große Loslassen war angesagt. Zurück zur Natur, zurück zur Naivität, Verzicht auf Technologie oder deren staatliche Einhegung.

Auch ließ sich der Abstieg noch eine Weile mit Schulden und Sankt-Nimmerlein-Projekten wie der Klimarettung verschleiern und für manchen sehr lukrativ gestalten. Ein Leben von der Substanz, eine Generation Schiffsbohrwurm, die an der strukturellen Integrität des ganzen Gebäudes kaute. Wenn man vom Leben und dessen Herausforderungen alle Ecken abfeilt, verliert man zwar an Resilienz, kann aber im Niedergang jede Menge Eckenabfeiler in Soziologie und Postkolonialismus beschäftigen. Man kann auf Kongressen über die zukünftige multipolare Welt schwadronieren, was einen schlau und weltoffen erscheinen lässt. Dass auch der Iran einer dieser neuen Pole der multipolaren Weltordnung sein will, hat der zu jeder Selbstgeißelung entschlossene Westen Jahrzehntelang ignoriert.

Aber vielleicht ist es ja tröstlich, dass die Zölle für die Straße von Hormus dann nicht in die Taschen der US-Regierung, sondern nach Teheran fließen werden. Ob die europäische Wirtschaftskraft noch lange ausreichen wird, um gleichzeitig Zölle nach Washington und China und Schutzgelder nach Teheran zu überweisen, darf bezweifelt werden. Das ist leider einer der Nachteile des Multipolaren: die Kompassnadel wird unberechenbar.

Einnahmen und Ausgaben

Doch zurück zum Zeitproblem Trumps. Seine Diagnose der amerikanischen Gesellschaft dürfte sehr unschmeichelhaft ausgefallen sein. Verschuldet über jedes tragbare Maß hinaus mit einer dysfunktionalen politischen Kaste, die sich durch gegenseitige Bestechungen von einer Haushaltskrise in die nächste rettete – was läge da näher, als die Ausgaben radikal zu kürzen?

Hier kamen D.O.G.E. und Elon Musk ins Spiel. Doch so spektakulär einige Anfangserfolge auch waren, so rasch stellte sich der tiefe Selbstbedienungsstaat auf die neue Situation ein. Eine Kürzung nach der anderen wurde verzögert oder durch willige Richter aufgehalten. Der Moment der Überraschung war schnell verflogen und das anfangs heiße Messer der Streichungen blieb bald erkaltet in der bürokratischen Butter stecken. Das Rennen gegen die Zeit war bei den Einsparungen verloren, also konzentrierte sich Trump darauf, die Einnahmen zu verbessern. Was daraus folge, war die hektische Zollpolitik, die zumindest nicht ganz erfolglos blieb, auch wenn Gerichte ihm hier ebenfalls in den Arm fielen.

Aber da ist vielleicht noch ein dritter Plan, ein weniger offensichtlicher noch dazu. Und der hat mit der globalen wirtschaftlichen Dominanz der USA zu tun, die aus zwei Elementen besteht: einem starken Militär und dem „Petrodollar", also der Garantie, dass weltweit Öl und Gas in Dollar gehandelt werden und somit eine stetige Nachfrage nach dieser Währung besteht, was eine fast unbegrenzte Neuverschuldung ermöglicht. Es gab nie einen Vertrag, der das irgendwie definierte, nur die tatsächliche Praxis, dass Öl in Dollar gehandelt wurde. Gegenleistung war der Schutz für Saudi-Arabien vor dem Erzfeind Iran im Norden.

Der oben beschriebene Niedergang des Westens hat längst einem suizidalen Fatalismus Bahn gemacht, in dem das alles folgerichtig und eben der Lauf der Welt sei. Imperien kommen und gehen und wenn ihre Zeit gekommen ist, sollen sie sich doch am besten durch die Hintertür der Geschichte verkrümeln, dem neuen Hegemon – wahlweise China oder für Multilateralisten auch gern die BRICS-Staaten – Platz machen. Denn wer sich winselnd auf den Rücken dreht, für den hat der neue Hegemon sicher eine Anschlussverwendung.

China wird übernehmen, soviel stünde schon fest und alles, was die neuen Herren uns eh aus den Händen schlagen würden, lässt man aus Vorsicht und dank höherer moralischer Reife freiwillig fallen. Öl und Gas brauchen wir nicht, wir lassen uns Photovoltaik aus China zuteilen. Und weil der Petrodollar ein Machtinstrument des bösen Imperialismus ist, begrüßte man die Praxis, dass die Saudis nun einen Teil ihrer Exporte nach China in „Petroyuan" abwickeln. Schöne, neue, multipolare Welt!

Und jetzt stellen wir uns vor, Trump wäre doch nicht so dumm und beratungsresistent, wie man ihm pauschal unterstellt. Nehmen wir mal an, er hätte erkannt, dass der Efeu, welcher dem unbeweglichen Westen die Beine hochkriecht, ein Problem ist und dass Pekings „Belt and Road Initiative" kein multilateralistisches, sondern ein Projekt der globalen Dominanz ist. Wie das Kaninchen auf die Schlange starren wir auf Taiwan und die Anzahl derer, die Taiwans Souveränität und Unabhängigkeit von China betonen, wurde täglich kleiner. Neulich brachte ausgerechnet Tucker Carlson die innere Kapitulation des Westens gegenüber dem kommunistischen China auf die entwaffnend naive Formel, dass die USA die Macht natürlich mit den Chinesen teilen wüssten, denn die sind ja so viele. Eine Denkweise, in der Demokratie allein durch die Zusammenzählung von Köpfen definiert ist.

Doch schauen wir mal, wie es derzeit um das chinesische Projekt Weltbeherrschung bestellt ist, nachdem sich die USA mit Ende der Amtszeit Joe Bidens dazu entschlossen hat, nicht im Schaukelstuhl und mit einer Decke über den Knien auf den imperialen Sonnenuntergang zu warten.

Erstens, der Panamakanal

Mit einer Mischung aus Versprechen und Drohungen warf Trump die chinesischen Beteiligungen an den Häfen in Panama City und Colon aus dem Land. Wer Trump wörtlich nimmt, verbuchte ihm hier eine Niederlage, denn der Kanal gehört weiterhin Panama. Versteht man den Zweck der Aktion, wird klar, dass die Vereinigten Staaten de facto die Kontrolle über die Passage von China zurückerlangt haben. Der Weg für venezolanisches Öl nach China ist versperrt.

Zweitens, Kanada

Für China ist Kanada dank der engen wirtschaftlichen Verflechtung ein Hub für den Import von Waren in die USA. Das Sticheln Trumps, den nördlichen Nachbarn gern als 51. Bundesstaat willkommen zu heißen, ließ die Beziehungen zu den USA deutlich abkühlen und in Kanada ein Nationalbewusstsein aufflammen, das man dort bisher kaum kannte. Die enge wirtschaftliche Verbindung zwischen Kanada und den USA hat Risse, die sich noch dadurch vertiefen, dass der kanadische Dollar stark abgewertet hat. Das macht es auch für China schwerer, von Kanada aus in den USA Fuß zu fassen.

Drittens, Grönland

Auch hier scheint nichts gewonnen, nichts erreicht. Außer dass Europa dem nördlichen Eisblock endlich mehr Aufmerksamkeit zuteilwerden lässt und erkannt hat, dass die anstehende Unabhängigkeit der Insel von Dänemark direkt in die Arme Chinas führen wird.

Viertens, Venezuela

Die „neue Art" des Regimewechsels, bei der man nur den Diktator an der Spitze ausknipst und dem nachrückenden die Instrumente zeigt. Einen Bürgerkrieg konnte man so jedenfalls wirksam verhindern und China gleichzeitig eine wichtige Tankstelle schließen. Die Ölproduktion in Venezuela ist seit der Ausschaffung Maduros um ca. 50 Prozent gestiegen und die Verarbeitung findet wie vor der Machtübernahme durch Hugo Chaves in texanischen Raffinerien statt.

Fünftens, Iran

Die zweite Tankstelle Chinas, aus der man sich dank Sanktionen zu sehr günstigen Preisen bedienen konnte, liefert gerade nicht viel. Noch wichtiger sind natürlich die chinesischen Importe aus den anderen Golfstaaten, die wegen der Bedrohungslage in der Straße von Hormus auch nur noch tröpfchenweise laufen. China ist hier in einer kuriosen Doppelrolle, denn einerseits hat man Interesse, dass der Schiffsverkehr möglichst ungehindert – und zwar in beide Richtungen – laufen kann. Schließlich will man nicht nur Öl von den Golfstaaten, sondern ihnen auch Waren verkaufen. Andererseits unterstützt man das Regime im Iran im Abwehrkampf gegen die Angriffe Israels und der USA.

Solange der Iran also die Straße von Hormus blockiert, schadet er den Anrainern und denen, die sich aus Saudi-Arabien, den Emiraten, Kuwait, Bahrain und Qatar mit Energie versorgen. Also in erster Linie den asiatischen Tigerstaaten, Indien, Pakistan, China, Südkorea, Japan und Europa. Der einzige große Ölproduzent, der davon völlig unbeeinflusst ist, sind die Vereinigten Staaten. Sicher, auch dort gehen die Preise an den Tankstellen nach oben. Das lässt sich jedoch kompensieren durch gestiegene Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas.

War der Petrodollar bislang eher ein stilles Einverständnis, wird der Dollar nun zu Notwendigkeit, um den Energiebedarf großer Industrieländer zu decken. Die Flucht aus der Fiat-Währung Dollar in „harte Assets" wie Gold und Bitcoin erfuhr einen kräftigen Dämpfer, was angesichts der multiplen und galoppierenden Krisen ja eigentlich nicht der Fall sein dürfte. Doch laden hohe Ölpreise zu Spekulationen ein und wer die Wahl hat, ein kaltes Stück Gold oder ein warmes Haus zu haben, entscheidet sich offensichtlich für das naheliegende Bedürfnis und sorgt für volle Tanks.

Und Europa?

Für uns sieht es leider eher finster aus. Der Konflikt, der uns ja angeblich nichts angeht, spielt mit der Versorgungssicherheit Chinas und Europas, nicht mit der der USA. Ob die Straße von Hormus wieder zur sicheren Passage wird, ist für die strategische Lage der USA nicht wirklich wichtig. Langfristig werden die Golfstaaten wohl das tun, was ihnen Israel schon vor langer Zeit angeboten hat und Öl und Gas über neue Pipelines nach Aschkelon und Haifa leiten, wo sie ohne iranische Erpressung an der Straße von Hormus oder im Roten Meer durch die Huthi-Rebellen verschifft werden können. Aber das dauert natürlich noch Jahre. Ich kann es kaum erwarten zu sehen, wie die europäischen Staatschefs dem israelischen Staatschef ihre Aufwartung machen und die Verurteilungen und Vorwürfe wegzulächeln versuchen, mit denen sie den jüdischen Staat seit Jahren überziehen.

„Ihr wollt Öl aus dem Persischen Golf? Dann holt es euch!" sagte Trump den Europäern und das ist wohl mal eine seiner Äußerungen, die man wörtlich verstehen muss. Denn egal wie weit die Operation „Epic Fury" Ende April sein wird, sie wird dann enden und Europa hat es dann mit für lange Zeit kapazitätsbeschränkten Golfstaaten und einem Iran in unbekanntem Zustand zu tun. Ob dem dann dort herrschenden Regime die Verbeugungen der Europäer tief und aufrecht genug erscheinen werden? Wir stehen allein auf der dunklen Kellertreppe, wenn Amerika das Licht ausmacht und die Kellertür schließt.

Von allen möglichen MAGA-Plänen Trumps scheint ausgerechnet der dritte derjenige zu sein, der den Status Quo zumindest noch eine Weile aufrechterhält. Der Petrodollar ist vorerst gerettet, die alte Blechdose aus Interventionsdrohung und Verschuldung noch einmal ein paar Jahre die Straße hinunter gekickt. Eine Entscheidung aus Zeitnot, die den Efeu noch einmal abschütteln hilft, der dem Westen an den Beinen hochrankt. Ein letztes Aufbäumen des Imperiums vor dem Fall oder doch die letzte Chance, den Niedergang wirksam aufzuhalten?

Die Umfragen zu den Midterm-Wahlen im November sehen nicht gerade gut aus für den Präsidenten. Verliert er beide Kammern im Kongress, wird er für den Rest seiner Präsidentschaft mit Impeachmentprozessen beschäftig sein, verliert er eine, kann er nur noch per Executive Order regieren, was seine Entscheidungen für die nächste Regierung leicht kassierbar macht. Die Zeit, beim Wähler unpopuläre Entscheidungen zu fällen, läuft also mit Blick auf November auch gerade ab. Vielleicht macht Trump gerade wieder Inventur und stellt fest, dass er die Amerikaner nicht ändern kann. Also verschafft er ihnen zumindest etwas Zeit, bis der Kollaps der Sozialsystem unausweichlich, der Petrodollar Geschichte und die Armee wieder ein Ort queerer Sichtbarkeit geworden ist.

Doch davon wird Europa vielleicht nichts mehr mitbekommen, weil wir den Efeu an unseren Wurzeln unter Naturschutz gestellt haben und seinen Anblick genießen, anstatt etwas gegen sein wuchern zu tun.

Dieser Artikel erschien zuerst bei unbesorgt.de

Der Schabbat und 250 Jahre einer Nation des Glaubens und der Freiheit

Zum 250. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeit hat Präsident Trump eine bemerkenswerte Initiative auf den Weg gebracht: „Shabbat 250" — eine Einladung an jüdische Familien in aller Welt, den Schabbat als Symbol für Freiheit, Glauben und Gemeinschaft zu feiern. Die Initiative erinnert daran, dass die Vereinigten Staaten von Amerika nicht nur eine politische, sondern auch eine zutiefst religiöse und moralische Idee verkörpern — gegründet auf jüdisch-christlichen Werten, die heute mehr denn je angefeindet und verraten werden. In einer Zeit, in der Antisemitismus auf amerikanischen und europäischen Universitäten gleichermaßen grassiert – von den Elite-Campussen der USA bis zur Humboldt-Universität und anderen westeuropäischen Hochschulen –, in der islamische Netzwerke und ein deutlicher Linksruck der Democrats sowie ihrer europäischen Gesinnungsgenossen diese Entwicklung zusätzlich befördern, jüdische Gemeinden bedroht werden und Antizionismus gesellschaftliche Akzeptanz erfährt, setzt 0Trump mit „Shabbat 250" ein klares Signal: Amerika und das jüdische Volk sind untrennbar verbunden — in Geschichte, Glaube und Schicksal. (JR)

Olaf.herfurth / WIKIPEDIA

Asher Ginzburg: „Mehr als die Juden den Sabbat gehalten haben, hat der Sabbat die Juden gehalten."

Von Jonathan S. Tobin/JNS

Es gibt kaum etwas, das die derzeit in der amerikanischen Öffentlichkeit vorherrschende extreme Parteipolitik besser veranschaulicht als die Art und Weise, wie viele Linke auf die geplanten Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung reagieren.

Die Tatsache, dass Präsident Donald Trump den Vorsitz bei den Feierlichkeiten zum 250-jährigen Jubiläum führen wird, hat einen Schatten auf alle Bemühungen geworfen, die zur Erinnerung an die Gründung der amerikanischen Republik unternommen werden. Zumindest gilt dies für die vielen Amerikaner, die Trump nicht nur ablehnen, sondern ihn mit solcher Abneigung betrachten, dass sie bereit sind, so gut wie alles abzulehnen, was er tut oder womit er in Verbindung steht.

Und das gilt umso mehr für liberale Juden, die besonders verärgert darüber sind, dass Trump sich besonders bemüht hat, ihre Gemeinschaft in das nationale Festgefolge einzubeziehen.

Schabbat 250

Anstatt lediglich die jährliche Anerkennung des Monats Mai als Monat des jüdischen Erbes anzuerkennen – neben den unzähligen anderen solchen Monaten, die eine Vielzahl von Gruppen, Glaubensrichtungen, Ethnien und besonderen Interessen hervorheben –, fügte der Präsident noch etwas hinzu. Er rief die „Amerikaner dazu auf, ihren Glauben und ihre Freiheit das ganze Jahr über, in diesem Monat und besonders am Schabbat zu feiern, um unser 250-jähriges Jubiläum zu begehen."

Aus dieser Ankündigung entstand „Shabbat 250" – das am zweiten Sabbat im Mai von Sonnenuntergang am Freitag, dem 15. Mai, bis Sonnenuntergang am Samstag, dem 16. Mai, stattgefunden hat, während dessen Juden und Nichtjuden nicht nur ihre wöchentliche Auszeit vom Alltag nehmen, sondern auch über die Segnungen der amerikanischen Freiheit nachdenken können.

Doch anstatt diese beispiellose Würdigung des Grundpfeilers des jüdischen Glaubens und dessen Einbindung in das Gefüge der nationalen Feierlichkeiten zu begrüßen, sind einige Juden – wie zu erwarten – zutiefst beunruhigt darüber.

Der linksgerichtete Jewish Council on Public Affairs, das Netzwerk jüdischer Community Relations Councils, das einst mit den Föderationen verbunden war, heute jedoch eine unabhängige parteipolitische Organisation ist, zeigte sich empört. Amy Spitalnick, dessen CEO, sprudelte vor Empörung über die angebliche Verletzung der Trennung von Kirche und Staat. Die Berichterstattung von The Forward über die Veranstaltung konzentrierte sich in erster Linie auf die Tatsache, dass „Shabbat 250" einen Tag nach „Rededicate 250" stattfand, einer Veranstaltung am 17. Mai, die die Glaubensgeschichte des Landes und deren Bedeutung für die Gründung gefeiert hat. Die bloße Vorstellung, den christlichen Glauben der Gründerväter und die Rolle, die er bei der Gründung der Nation und ihrer Traditionen der Freiheit spielte, anzuerkennen, ist für diejenigen abscheulich, die sich durch die Präsenz von Gläubigen im öffentlichen Raum ebenso gestört fühlen wie durch Trump.

Tatsächlich berichtete eJewish Philanthropy, dass viele jüdische Gruppen – insbesondere aus der orthodoxen Gemeinschaft – mit großem Engagement ein Programm für den nationalen Schabbat vorbereiteten, während andere dem Vorhaben sichtbar ratlos gegenüberstanden. Einige, darunter auch Rabbiner, äußerten Bedenken, dass die Ehrung des jüdischen Ruhetags durch

den Präsidenten auf diese Weise die Religionsfreiheit irgendwie untergraben würde.

Das ist zwar kontraintuitiv, macht aber für politische Liberale Sinn, die seit langem der Ansicht sind, dass die Sicherheit der Juden darin liegt, Glaubensbekundungen aus dem amerikanischen öffentlichen Raum zu verbannen. Tatsächlich scheinen viele Juden zu glauben, dass, wenn Religion als zentraler Bestandteil unserer nationalen Kultur und Identität behandelt wird, die Tatsache, dass die Mehrheit der Amerikaner christlich ist, unweigerlich bedeutet, dass Juden Diskriminierung erleiden oder ihrer Rechte beraubt werden.

Diese Haltung war im Kontext der europäischen Herkunftsländer der jüdischen Einwanderer, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in die Vereinigten Staaten kamen, nachvollziehbar. In solchen Ländern, in denen Religion und Staat sowie Recht und Religion eng verflochten waren, wurden Juden nicht nur verfolgt; sie galten als von Natur aus fremd.

Angst vor der Religion

Doch als diese Ängste nach Amerika übertragen wurden, vermischten sie eine rationale Sorge, als Minderheit behandelt zu werden, deren prekäre Sicherheit von Toleranz abhing, mit der Realität des Lebens in den Vereinigten Staaten. Zwar war die Mehrheitskultur hier zweifellos christlich, doch da keine Sekte oder Konfession die privilegierte Stellung einer Staatsreligion innehatte, war eine Tradition der Gleichberechtigung aller Glaubensrichtungen eher die Regel als die Ausnahme.

Und obwohl Antisemitismus in der amerikanischen Geschichte keineswegs unbekannt war, war er keine Frage des Gesetzes oder der staatlichen Politik, und die wenigen Ausnahmen von dieser Regel (wie General Ulysses S. Grants berüchtigter Befehl Nr. 11 von 1862, der Juden aus Tennessee, Mississippi und Kentucky vertrieb) wurden schnell als illegal und verfassungswidrig aufgehoben.

Dennoch standen im 20. Jahrhundert liberale Juden an der Spitze der Bemühungen, die „Trennmauer“ so hoch zu errichten, dass die Religion innerhalb der bürgerlichen Kultur der Nation im Wesentlichen in einen untergeordneten Status verwiesen wurde. Doch während die bedeutendsten dieser Bemühungen, wie das Verbot des Gebets in Schulen, Situationen beseitigten, in denen sich religiöse Minderheiten unwohl fühlten, war die Vorstellung, dass solche Maßnahmen die Sicherheit der Juden erhöhten, bestenfalls höchst zweifelhaft.

Was dies zur Folge hatte, war die Erwartung – vor allem unter überwiegend säkularen Juden –, dass sie niemals mit dem Glauben der Mehrheit konfrontiert werden sollten, selbst unter den freundlichsten und harmlosesten Umständen. Doch diese Denkweise, die eine Trennmauer förderte, die so hoch war, dass sie den Glauben an den Rand drängte oder ausgrenzte, hatte zwei Probleme.

Zum einen stieß sie natürlich auf Ablehnung bei der Mehrheit der Amerikaner, die nichts Falsches, geschweige denn einen Ausdruck von Feindseligkeit gegenüber Minderheiten darin sahen, dass das Land ihren Glauben anerkennt. Zum anderen waren solche Vorstellungen von einer rein säkularen Republik – sowohl in Gedanken als auch in Taten – ebenso ahistorisch wie der Sicherheit der Juden abträglich.

Eine Tradition des Glaubens

Die Gründer der amerikanischen Republik waren sehr darauf bedacht, die Religionskriege nicht zu wiederholen, die einen so großen Teil der Geschichte des modernen Europas geprägt hatten – einschließlich Englands, von dem sich die meisten von ihnen in Bezug auf Inspiration und Tradition leiten ließen –, und stellten daher sicher, keine der christlichen Konfessionen, denen sie angehörten, als offizielle Religion der neuen Nation zu etablieren. Doch sie standen dem Glauben keineswegs feindlich gegenüber.

Im Gegenteil: Das Gründungsdokument der Nation, die Unabhängigkeitserklärung, verweist direkt auf den Glauben als Quelle der amerikanischen Freiheit. Thomas Jeffersons Text spricht von einer neuen Nation, die in den „Gesetzen der Natur“ und dem „Gott der Natur“ verwurzelt ist. Vor allem heißt es darin, dass die Rechte der Bürger kein Geschenk eines Monarchen oder einer Regierung sind, sondern vielmehr von Gott stammen. Den Amerikanern seien, so heißt es, „von ihrem Schöpfer bestimmte unveräußerliche Rechte verliehen worden“.

Und während die Verfassung weder Gott noch den Glauben erwähnte, stellte der ihr hinzugefügte Erste Zusatz sicher, dass „der Kongress kein Gesetz erlassen darf, das die Einführung einer Staatsreligion betrifft oder die freie Ausübung derselben verbietet“.

Wie John Adams – der nicht nur eine treibende Kraft hinter der Unabhängigkeitserklärung war, sondern auch der erste Vizepräsident und zweite Präsident der Nation wurde – deutlich machte, war das von den Gründervätern geschaffene Gebäude dem Glauben nicht nur nicht feindlich gesinnt; es hing von ihm ab. Er schrieb 1798: „Unsere Verfassung wurde nur für ein moralisches und religiöses Volk geschaffen. Für die Regierung eines anderen Volkes ist sie völlig ungeeignet.“

Doch dieser starke Bezug zum Glauben stößt in manchen Kreisen auf Widerstand, unter anderem bei vielen Juden, die jede Anerkennung dieser offensichtlichen Wahrheiten als Grund zur Besorgnis ansehen.

Washington betete

Tatsächlich ist selbst etwas so Harmloses wie die Vorstellung, dass Präsident George Washington betete, immer noch umstritten.

Erst Mitte Mai nahm sich die New York Times eine Auszeit von ihrer antisemitischen Kampagne gegen Israel, um einen Seitenhieb auf einen Aspekt der Feierlichkeiten zu „America 250“ zu machen, indem sie behauptete, die Allgegenwart des Gemäldes „Prayer at Valley Forge“ von Arnold Friberg aus dem Jahr 1976 sei ein bedrohliches Zeichen für den Aufstieg des „christlichen Nationalismus“.

Das Gemälde basiert auf einer Passage aus der populären Washington-Hagiographie von Parson Mason Locke Weems, der dazu beitrug, eine Reihe von Mythen über den ersten Präsidenten zu verbreiten, darunter die apokryphe Geschichte, dass er als Junge einen Kirschbaum gefällt habe. Es mag sein, dass es keine Belege für einen konkreten Vorfall gibt, bei dem der Befehlshaber der Kontinentalarmee in den dunkelsten Tagen der amerikanischen Revolution in Valley Forge im Schnee auf die Knie fiel, wie es das Gemälde darstellt. Aber ebenso ist es völlig unglaubwürdig zu behaupten, der General habe nie gebetet, während er im Winter 1777/78 versuchte, seine Armee aus hungernden und zitternden Patrioten zusammenzuhalten. Er war schließlich ein gläubiger Mensch und aktives Mitglied der anglikanischen Kirche, und kein religionsloser Deist, wie manche behaupten.

Doch diejenigen, die entschlossen sind, eine zweifelhafte Freiheit von Religion zu bewahren, anstatt die Freiheit der Religion, an die die Gründerväter zutiefst glaubten, sind empört über die Verwendung des Gemäldes bei den Feierlichkeiten der Regierung zu „America 250“.

Trumps besonderes Augenmerk auf das jüdische Erbe lässt sich ebenfalls auf Washingtons Brief von 1790 an die Hebräische Gemeinde von Newport, Rhode Island, zurückführen. Darin versprach er der kleinen Gemeinschaft von Juden, die damals in den Vereinigten Staaten lebte, dass die amerikanische Republik „Fanatismus keine Duldung, Verfolgung keine Unterstützung gewährt“, und äußerte die Hoffnung: „Mögen die Kinder des Geschlechts Abrahams, die in diesem Land wohnen, weiterhin den guten Willen der anderen Bewohner verdienen und genießen – während jeder in Sicherheit unter seinem eigenen Weinstock und Feigenbaum sitzen kann und niemand da sein wird, der ihm Angst macht.“

Dass Trump den Schabbat auf diese Weise ehrt, entspricht nicht nur amerikanischen Traditionen, sondern ist auch ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen die Welle des Antisemitismus, die sich seit den von der Hamas angeführten „palästinensisch“-arabischen Terroranschlägen auf Israel am 7. Oktober 2023 bemerkbar macht.

Parteipolitik oder jüdische Sicherheit

Trumps Bemühungen, den Judenhass an Hochschulen zu bekämpfen, und seine Drohungen, Eliteuniversitäten, die Angriffe auf Juden tolerieren und fördern, die Mittel zu entziehen, waren für die jüdische Sicherheit von entscheidender Bedeutung. Doch sie stießen auf Widerstand seitens einiger jener Liberalen, die sich darüber ärgern, dass er den Sabbat einhält. Sie sind so sehr in parteipolitischem Hass auf ihn versunken, dass sie lieber die Herrschaft von „Woke“-Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion (DEI) an den Hochschulen bewahren, die Antisemitismus freigibt, als ihm Anerkennung dafür zu zollen, dass er versucht, diesem ein Ende zu setzen.

Das erinnert daran, dass der Mangel an Glauben im öffentlichen Raum für Juden im Amerika des 21. Jahrhunderts ein weitaus größeres Problem darstellt als jegliche Absenkung der metaphorischen Trennmauer. Es ist der aggressive Säkularismus und die Feindseligkeit gegenüber dem Glauben seitens der Linken, deren giftige Ideologien der Motor des zeitgenössischen Antisemitismus sind, die Juden heute weitaus mehr bedrohen als die Anerkennung, dass das Christentum ein wichtiger Bestandteil der amerikanischen politischen Tradition ist. Während die neomarxistische Linke die Massen dazu anstachelt, den Völkermord an den Juden („Vom Fluss bis zum Meer“) und den Terrorismus gegen Juden überall („Globalisiert die Intifada“) zu bejubeln, sind es die evangelikalen Christen, die die größten Verteidiger Israels und der Rechte der Juden sind.

Eine Antwort an die Judenhasser

Es ist wahr, dass es unter einer Minderheit der amerikanischen Rechten eine wachsende Feindseligkeit gegenüber Juden, dem Judentum und Israel gibt, die von antisemitischen Podcastern wie Tucker Carlson, Candace Owens und dem Neonazi-Groyper Nick Fuentes zum Ausdruck gebracht wird. Man könnte sie durchaus als „christliche Nationalisten“ bezeichnen, die entschlossen sind, Juden zu diskriminieren. Doch welche bessere Antwort auf ihre hasserfüllten Botschaften könnte es geben als Trumps Einbeziehung des Schabbats als Teil von „America 250“?

Es geht nicht nur darum, dass seine Tochter Ivanka, sein Schwiegersohn Jared Kushner und deren Kinder jüdisch sind. Indem er Juden und den Schabbat in die Feierlichkeiten einbezieht, macht Trump – wie er es während seiner beiden Amtszeiten im Weißen Haus immer wieder getan hat – deutlich, dass Juden in dieser schwierigen Zeit nicht isoliert oder allein sind.

Indem er anerkennt, dass „die Beiträge jüdischer Amerikaner unsere Vergangenheit geprägt, unsere Gemeinschaften gestärkt haben und auch künftige Generationen zur amerikanischen Größe inspirieren werden“, tut Trump mehr zur Bekämpfung des Antisemitismus als jede Bemühung, das Christentum aus nationalen Foren zu verbannen.

Juden brauchen keine Angst davor zu haben, Amerikas religiöses Erbe zu würdigen. Im Gegenteil: Indem er den Schabbat ins Rampenlicht rückt, würdigt Trump das wachsende Interesse an diesem Ruhetag sowohl unter Christen als auch unter Juden. Während Carlson, Owens und Fuentes, unterstützt von Megyn Kelly, das Feuer des Hasses gegen Juden schüren, bekennen sich andere, wie der verstorbene Charlie Kirk, zu einer Affinität zum Judentum und zur Einhaltung des Schabbats – dem Thema seines letzten Buches, „Stop, in the Name of God: Why Honoring the Sabbath Will Transform Your Life“, das posthum veröffentlicht wurde. Gläubige Juden haben längst verstanden, dass, wie der Schriftsteller Ahad Ha'am (Asher Ginzburg) schrieb: „Mehr als die Juden den Sabbat gehalten haben, hat der Sabbat die Juden gehalten.“ Viele Christen erkennen nun, dass dies auch ihnen helfen kann, und das ist etwas, das Juden aller Konfessionen und Glaubensrichtungen begrüßen sollten.

Trumps Narzissmus und seine Vorliebe für pompöse Gesten machen es seinen politischen Gegnern schwer, sich damit abzufinden, dass der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung unter seiner Ägide gefeiert wird. Doch anstatt sich gegen „Shabbat 250“ zu stellen, sollte die jüdische Gemeinschaft diese zeitgemäße Zurechtweisung des wachsenden Antisemitismus auf der Linken und der extremen Rechten anerkennen und dankbar dafür sein.

So wie der Glaube schon immer ein wichtiger Bestandteil des amerikanischen Experiments war, gilt dasselbe für den jüdischen Beitrag zur Nation. Manche würden es vorziehen, den fahnenschwingenden Patriotismus der Feierlichkeiten zum 250. Geburtstag der Republik aus Boshaftigkeit gegenüber Trump oder aus Hingabe an einen ahistorischen und destruktiven Säkularismus sowie an den Separationismus zu ignorieren oder herabzuwürdigen. Doch jeder, dem Amerikas zivile Religion der Freiheit am Herzen liegt, sollte sich Trump anschließen, um den Schabbat zu feiern und die Rolle des Glaubens bei der Bewahrung einer der Freiheit verpflichteten Republik zu würdigen.

Jonathan S. Tobin ist Chefredakteur von JNS (Jewish News Syndicate).

Vatikan: Orden für Teherans Terror-Paten

Papst Leo XIV. hat dem iranischen Botschafter beim Heiligen Stuhl den Piusorden verliehen — eine Auszeichnung, die traditionell Personen gilt, die sich um die katholische Kirche und den Heiligen Stuhl verdient gemacht haben. Dass ausgerechnet ein Vertreter jenes Regimes geehrt wird, das den Terror der Hamas, der Hisbollah und der Houthis finanziert, koordiniert und ideologisch antreibt, ist mehr als eine diplomatische Ungeheuerlichkeit. Es ist eine moralische Bankrotterklärung. Laut dem Weltverfolgungsindex 2026 des christlichen Hilfswerks Open Doors sind weltweit 388 Millionen Christen Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt — ein neuer Höchststand. Fast alle Haupttäter sind islamische Staaten. Der Iran steht auf Platz 10 dieser Schande. Ein Papst, der ausgerechnet dem Botschafter dieses Regimes einen Orden verleiht, verrät nicht nur die Juden — er verrät seine eigenen verfolgten Glaubensbrüder. Der Vatikan wiederholt damit ein Muster, das aus der Geschichte nur allzu bekannt ist: das Schweigen — und mehr als das Schweigen — angesichts der Vernichtung der Juden in finsterer Zeit — finster für die jüdische, aber auch für die deutsche Geschichte. (JR)

Von Thilo Schneider

Wenn Sie als Mensch oder beruflich etwas Außerordentliches leisten – vielleicht sogar unter Lebensgefahr – dann bekommen Sie nach getaner guter Tat vielleicht eine schöne Auszeichnung. Weil Sie nicht nur selbstlos agiert haben, sondern auch ein Vorbild für andere Menschen sein sollen. Generäle bekommen nach gewonnenen Schlachten Orden angeheftet (nach verlorenen Schlachten werden sie gelegentlich erschossen), waren Sie als Zivilperson oder Künstler nicht nur erfolgreich, sondern auch regierungsgefällig, dann kann sie der englische König zum Ritter schlagen oder, in Deutschland, das gerade Bundespräsidentende verleiht Ihnen für „lieb sein“ ein „Bundesverdienstkreuz“ für gutes Betragen im Zivil- und Berufsleben. Damit können Sie dann schön in der Öffentlichkeit herumstolzieren, damit jeder sieht: „Aha, da kommt ein guter Mensch!“ - und sich schämt, weil er eben keinen Orden abbekommen hat.

Manche Orden werden auch posthum – also nach dem Tod – verliehen, wenn sich die politischen Verhältnisse gedreht haben. Der Ausgezeichnete hat zwar nichts mehr davon, aber seine Hinterbliebenen können sich das Lametta schön unter das Sterbebildchen hängen und in der Todesanzeige macht sich sowas ja auch gut.

Der höchste Preis, den Sie erringen können, ist der noble Nobelpreis, dafür müssen Sie auf dem Gebiet der Wissenschaft aber Herausragendes leisten, ein paar gute Bücher geschrieben haben oder, wenn sie amerikanischer Präsident mit der richtigen Hautfarbe sind, kurz nach Amtsantritt keinen neuen Krieg angezettelt haben – wenigstens, solange die alten Kriege nicht erledigt sind.

Höchste christliche Auszeichnung

Auch der Vatikan und dessen Oberhaupt, derzeit ein gewisser Robert Francis Prevost, Ihnen besser bekannt als „Papst Leo XIV.“, hat derartige Auszeichnungen für „gutes Betragen von dem Feind“ zu vergeben. Einer der diesjährigen Haltungspreisträger ist der iranische Botschafter im Vatikan, ein gewisser Dr. Mohammad Hossein Mokhtari, dessen offizielle Anrede „Seine Exzellenz“ lautet. Dieser hat – leider nicht vom Papst persönlich – das „Großkreuz des Päpstlichen Ordens von Pius IX.“ oder, wie es volkstümlich heißt, kurz „Piusorden“ ans Revers geheftet bekommen und damit die höchste aktive diplomatische Auszeichnung des Vatikans erhalten. Wir gratulieren sehr herzlich.

Als höhere Orden hat der Vatikan nur noch den „Christusorden“ und den „Orden vom Goldenen Sporn“ zu verleihen, der eine 1319, der andere 1539 gestiftet, aber diese beiden Orden werden nicht mehr verliehen – zumindest nicht, bis wieder einmal jemand über den See Genezareth läuft. So gesehen hat Seine Exzellenz Mohammad Hossein Mokhtari sogar die höchste Auszeichnung erhalten, die des Christengottes Heilige Kirche zu verleihen hat. Nur eine Heiligsprechung ist noch höher angesiedelt. Aber was nicht ist…

Past Leo XIV.

Warum Seine Exzellenz, immerhin Vertreter eines Hardcore-Islam-Regimes, dessen „Beziehungen“, beispielsweise zu Israel, sich darin erschöpfen, fast täglich Drohnen und Raketen regnen zu lassen, den schönen Ordensorden erhalten hat, ist etwas unklar. Seine Exzellenz ist erst seit 22. Dezember 2023, also keine drei vollen Jahre, Botschafter der „Islamischen Republik Iran“ beim „Heiligen Stuhl“ und man kann, darf und sollte durchaus mutmaßen, dass der Heilige Vater aller Christenmenschen mit der Verleihung des Ordens den ärgsten Feind von Christen, Juden und, vor allem, vor dem gleichermaßen im Vatikan und in Teheran verhassten US-Präsidenten Donald Trump aufwerten möchte. Die andere Vermutung wäre, dass Seine Exzellenz den Orden zur Belohnung erhalten hat, weil er, zumindest bisher, noch keine Terroranschläge im Vatikan begangen hat. Aber das wäre jetzt wirklich eine böswillige Unterstellung.

Ausgerechnet der Iran…

Tatsächlich unterhält der Iran im Vatikan, glaubt man Wikipedia, das zweitgrößte diplomatische Corps nach der Dominikanischen Republik. Es scheint den Ayatollahs in der iranischen Staatsführung wichtig zu sein, einen guten Draht nach Rom zu haben, um hier in seinem Kampf gegen die beiden „Satane“ USA und Israel einen wertvollen Verbündeten und ein gewichtiges Sprachrohr zu besitzen. Und der „Stellvertreter Gottes“ hat dabei nichts Besseres zu tun, als großzügig über die Anzahl von wenigstens 6.000 bis in Spitzenschätzungen 36.000 vom iranischen Regime niedergemetzelte Oppositionelle und Regimekritiker im Sinne des Christentums nächstenliebevoll hinwegzusehen und zu vergeben. Deus vult.

Schwerer wiegt für den Papst, dass Israels Sicherheitsbehörden den beiden Kirchenvertretern in Israel, Kardinal Pierbattista Pizzaballa und Pater Francesco Ielpo, am Palmsonntag dieses Jahres den Zutritt zur Grabeskirche verweigert hatten. Da durfte sich der israelische Botschafter am Vatikan, Yaron Sideman, schon einmal einen geharnischten Protest anhören. Zutritt verweigern. Weil keine Shelter in der Nähe sind. Und wo Gott doch schützend die Hand über seine Mitarbeiter in Israel hält. Nur, weil zu diesem Zeitpunkt im Stundentakt die Raketen des Staates Seiner Exzellenz auf Israel flogen. Ein, wie es aus dem Vatikan hieß, „schwerwiegender Präzedenzfall“. Für so etwas gibt es natürlich keine Orden. Man muss da schon Prioritäten setzen. Der Iran hat jedenfalls keinen katholischen Priestern den Zugang zu den dortigen heiligen christlichen Stätten verweigert. Was auch daran liegen könnte, dass es im Iran mit seinen 89 Millionen Einwohnern gerade einmal 21.400 katholische Christen gibt. Die sich im Übrigen nur durch Geburten vermehren können. Denn was Missionstätigkeit oder den Übertritt vom Islam ins Christentum betrifft, sind die Machthaber in Teheran – drücken wir es freundlich aus – etwas „sensibel“ und tendieren dazu, Konvertiten zum Christentum quasi instant ihrem neuen Gott persönlich vorzustellen.

Tatsächlich und unter dem Strich kann man Papst Leo XIV. nicht einmal einen Vorwurf machen. Es besteht kaum die Gefahr, dass jüdische Extremisten eines vielleicht gar nicht mehr so fernen Tages die hohen Mauern des Vatikans erklimmen und dem Papst den Heiligen Stuhl wegziehen. Da predigen sich päpstliche Ermahnungen und katholische Vorwürfe in Richtung Israel doch gleich viel entspannter und gratismutiger. Die Maßstäbe, die der Vatikan an Israel anlegt, sind im Gaza-Streifen oder der Westbank bestenfalls eine Randnotiz. Hier dürfen die iranischen Proxis der Hamas schalten und walten, wie sie möchten.

Arabische Christen ohne Lobby

Die Christen im Gaza-Streifen klagen schon seit Langem über Verfolgung und Diskriminierung, ohne ihr Wort in Gottes Stellvertreter auf Erden Ohr zu finden. Identifizierten sich beispielsweise in Bethlehem unter israelischer Kontrolle noch 80% aller Einwohner 1995 als Christen, so sind es heute, unter der Kontrolle der so gefeierten „palästinensischen Autonomiebehörde“, gerade einmal noch 20%. Und die müssen ihren Glauben eher im Geheimen ausleben. Wo sie es nicht tun, kann es den Christen, wie beispielsweise Anfang Mai in dem Dorf al-Khader nahe Bethlehem geschehen, passieren, dass islamische Terroristen nach einem Attentat in ihre Kirche fliehen und die dort gerade Messe Feiernden als menschliche Schutzschilde nehmen.

Hatten Sie davon gehört? Gab es einen öffentlichen Aufschrei? Oder wenigstens einen Orden für die Priester, die dort auf nahezu verlorenem Posten ausharren? Natürlich nicht. Hier hält das Oberhaupt der katholischen Kirche lieber ganz christlich den Mund und auch die andere Wange hin. Sonst sind sie ihm vielleicht böse. In Gaza, dem Westjordanland und im Iran. Das kann im Sinne des Friedens und der religiösen Ökumene niemand in Rom wollen. In Teheran, Mekka und Medina, Damaskus und Kabul sind da die Sichtweisen diesbezüglich etwas entspannter.

Es gibt die lockere Redensart „gute Mädchen kommen in den Himmel, böse Mädchen überall hin“, was sich so ähnlich auch auf Juden und Islamisten anwenden lässt. Für die Einen gibt es Ermahnungen, sich doch bitte nicht so arg zu wehren, für die Anderen hübsche Orden „for being there“. Man sehnt sich regelrecht nach der geraden Linie des deutschen Papstes Benedikt XVI., der in seiner Regensburger Rede 2006 Kaiser Manuel II. Palaiologos zitierte: „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat, und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten“. Neben harscher Kritik aus dem absichtlichen Missverstehen der Rede in den islamischen Ländern gab es damals auch ein paar Tote. Besondere Ironie: Der heutige Papst und Ordensverleihermann Leo XIV. verteidigte damals die Rede.

Von Suez bis Hormus: Die Rückkehr geopolitischer Erpressung

Die Straße von Hormus ist mehr als eine Meerenge — sie ist die Drosselschnur der Weltwirtschaft. Wer sie kontrolliert, kontrolliert den Ölfluss aus dem Persischen Golf und damit einen erheblichen Teil der globalen Energieversorgung. Der Iran hat diese geopolitische Waffe seit Jahrzehnten als Drohkulisse eingesetzt — mal offen, mal verdeckt. Was heute an Hormus geschieht, erinnert fatal an die Suez-Krise von 1956, als Ägyptens Nasser durch die Verstaatlichung des Suezkanals den Westen in die Knie zwingen erpressen und demütigen wollte. Damals wie heute steht hinter der Erpressung ein schiitisches Terrorregime, das den Westen und Israel destabilisieren will. Und damals wie heute ist eine klare, unmissverständliche Antwort gefragt — so wie sie Präsident Trump zu geben bereit ist. (JR)

Von Joseph Puder/JNS

Die Islamische Republik Iran beabsichtigt, Mautgebühren für Schiffe zu erheben, die die Straße von Hormus, eine internationale Wasserstraße, passieren. In arroganter Weise hat das iranische Regime die Straße für den internationalen Schiffsverkehr gesperrt und eine schwere Energiekrise ausgelöst, die sich bewusst auf die Amerikaner an den Zapfsäulen auswirkt und weltweit finanzielle Verluste verursacht.

Die Meerenge ist ein natürliches Phänomen, eine schmale Wasserstraße, die zwei größere Gewässer verbindet und für die internationale Schifffahrt genutzt wird. Nach internationalem Recht, insbesondere dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS), haben Schiffe das Recht auf Durchfahrt durch solche Wasserstraßen. Das bedeutet, dass Schiffe ununterbrochen und ungehindert passieren dürfen müssen. Kanäle sind künstliche Wasserstraßen und bedürfen der Instandhaltung; daher ist es zulässig, bestimmte Gebühren zu erheben. Das iranische Regime nutzt die Meerenge als Waffe gegen die Vereinigten Staaten und die arabischen Golfstaaten und versucht willkürlich, Gebühren zu erheben, um seine schwächelnde Wirtschaft zu stützen.

Die Straße von Hormus ist zur Gretchenfrage im Iran-Krieg geworden.

Suez-Krise 1956

Der Kanal, der 1869 von Großbritannien und Frankreich gebaut wurde, wird seit 87 Jahren von der Suezkanalgesellschaft unterhalten. Am 26. Juli 1956 verstaatlichte jedoch Gamal Abdel Nasser, der damalige Präsident Ägyptens, den Suezkanal ohne eine ausgehandelte Vereinbarung mit Großbritannien und Frankreich. Ähnlich wie in der aktuellen Situation mit der Straße von Hormus führte dies zu einer Unterbrechung der internationalen Schifffahrt durch den Kanal, was die Suez-Krise auslöste, an der Großbritannien, Frankreich und Israel beteiligt waren.

Nasser beschloss, von den den Kanal passierenden Schiffen Gebühren zu erheben, mit deren Mitteln der Bau des Assuan-Staudamms, eines großen Infrastrukturprojekts am Nil, finanziert werden sollte. Großbritannien und Frankreich entsandten Truppen, um die Kanalzone zu besetzen. Israel startete im Oktober 1956 die „Operation Kadesh“, in erster Linie als Reaktion auf von Ägypten unterstützte Fedajin-Terroranschläge aus dem Gazastreifen gegen israelische Zivilisten.

Die israelischen Streitkräfte besiegten die von der Sowjetunion ausgerüstete ägyptische Armee in einem Sieg, der die Welt verblüffte; das israelische Militär eroberte in nur acht Tagen die gesamte Sinai-Halbinsel sowie den Gazastreifen. Gleichzeitig führte dieser Erfolg, auch bekannt als die Sinai-Kampagne, zur Öffnung der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt.

Die Eisenhower-Regierung lehnte die anglo-französische Militäroperation, die darauf abzielte, ihre Rechte am Kanal wiederherzustellen, ab und trat dagegen auf. Eisenhower untergrub ihre Bemühungen und drohte, die Unterstützung für das britische Pfund zurückzuziehen, sofern der britische Premierminister Anthony Eden keinen Waffenstillstand anordnete, wodurch er Eden zum Einlenken zwang.

Eisenhowers Fehlentscheidung

Eisenhowers Vorgehen untergrub zwar die Position der Briten, Franzosen und Israelis (indem es Israel zwang, sich aus dem Sinai und dem Gazastreifen zurückzuziehen), verschaffte Nasser jedoch einen großen Sieg, der ihn zum Vorkämpfer des Panarabismus und zu einem Verbündeten der Sowjetunion machte. Trotz der Bemühungen der Eisenhower-Regierung, Nasser zu beschwichtigen, wurde er zu einem antiwestlichen Diktator. Gleichzeitig gelang es Eisenhower nicht, die Sowjets davon abzuhalten, in Ungarn einzumarschieren, dessen Bevölkerung sich von der sowjetischen Herrschaft und dem Kommunismus befreien wollte.

Der Einsatz der Meerenge als Verhandlungsmasse durch den Iran ist kein Einzelfall. Iranische Regierungsvertreter drohten im April 2019 mit der Sperrung der Wasserstraße, nachdem Präsident Donald Trump in seiner ersten Amtszeit die Sanktionsausnahmen für Importeure von iranischem Öl aufgehoben hatte, wodurch Teheran eine wichtige Einnahmequelle verloren ging. Die Vereinigten Staaten betrachten die Freiheit der Schifffahrt seit langem als ein vitales Interesse, was die Voraussetzungen für eine anhaltende Konfrontation schafft, sollte der Iran versuchen, die Blockade des Schiffsverkehrs in der Wasserstraße auszuweiten. Während des achtjährigen Krieges zwischen dem Iran und dem Irak in den 1980er Jahren eskortierten US-Kriegsschiffe Öltanker durch die Meerenge; 1987 beschossen US-Streitkräfte iranische Truppen, die im Golf Minen legten, wobei vier Seeleute getötet wurden.

Es gibt eine Parallele zwischen der Suez-Krise von 1956 und der aktuellen Krise um die Straße von Hormus. Sowohl Ägyptens Nasser als auch das Korps der Islamischen Revolutionsgarden, das heute den Iran kontrolliert, strebten Einnahmen für ihre angeschlagenen Volkswirtschaften an. Sie haben Ressourcen enteignet, die ihnen nicht gehören, und sie als Waffe eingesetzt (Nasser gegen die Briten und Franzosen und das IRGC gegen Amerika, die internationale Schifffahrt und die arabischen Golfstaaten). Durch die Straße von Hormus fließt etwa ein Fünftel der gesamten weltweiten Ölvorräte. Der Suezkanal verbindet Europa und Asien über das Mittelmeer und das Rote Meer. Während Ägypten heute eine Rechtfertigung für die Erhebung von Gebühren hat, gibt es für den Iran keine Rechtfertigung dafür.

Gefährlicher Präzedenzfall

Die internationale Gemeinschaft darf Irans Aggression nicht hinnehmen. Die Vereinigten Staaten können nicht zulassen, dass der Iran eine für den globalen Handel entscheidende internationale Wasserstraße kontrolliert. Sollte es der Islamischen Republik zudem gelingen, ihre Kontrolle über den Hormuz zu behalten und Mautgebühren zu erheben, könnten die Anrainerstaaten der Straße von Malakka – Malaysia, Singapur und Indonesien, deren Souveränität sich auf die Landgrenzen und Hoheitsgewässer erstreckt – ebenfalls eine ähnliche Einnahmequelle in Betracht ziehen.

Dies würde den internationalen Handel lahmlegen, ihn zu einem kostspieligen Unterfangen machen und zu langen Verzögerungen bei der Durchfahrt von Schiffen führen. Das Prinzip der Freiheit der Schifffahrt gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen würde erheblich beeinträchtigt.

Trump erklärte, er erwäge, die Meerenge zu „übernehmen“, und drohte dem Iran mit der Unterbrechung der Öllieferungen durch diese Meerenge. Er hat zudem vorgeschlagen, Versicherungen für Schiffe anzubieten, die den Golf durchqueren, um „den freien Energiefluss in die Welt“ durch Begleitschutz der US-Marine sicherzustellen. Derzeit ist die Marine angewiesen, eine Seeblockade gegen den Iran durchzusetzen, was die Ölexport-Einnahmen des Iran stark geschmälert und schwerwiegende Auswirkungen auf seine Wirtschaft gehabt hat.

Im Gegensatz zur Eisenhower-Regierung muss die Trump-Regierung diese Drohungen in die Tat umsetzen. Bei der Abwägung ihrer eigenen Interessen an der Sicherung der globalen Freiheit der Schifffahrt müssen die Vereinigten Staaten auch die Interessen ihrer Verbündeten berücksichtigen: insbesondere die von Bahrain, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Es darf nicht zugelassen werden, dass der Iran die Welt mit einer Atombombe oder durch Maßnahmen, die die Straße von Hormus blockieren würden, einschüchtert.

Joseph Puder ist Gründer und Direktor der Interfaith Taskforce for America and Israel (ITAI).

Westeuropa auf dem Weg zu einer einzigen großen No-Go-Zone

Was als vereinzelte Berichte über gefährliche Stadtteile begann, ist — verursacht vor allem durch eine islamische Einwanderungsdynamik voller Rechtsverachtung, Gewaltbereitschaft und grenzenlosem Judenhass — längst zu einer gesamteuropäischen Realität geworden: No-Go-Zones, in denen staatliche Autorität kaum noch gilt, Polizisten angegriffen werden und ein offenes jüdisches Leben ohne demütigendes und entwürdigendes Identitätsmimikri auf den Straßen Europas nicht mehr möglich ist. Ein neuer Bericht der ECR-Fraktion im Europäischen Parlament dokumentiert das erschreckende Ausmaß der Parallelgesellschaften, die sich unter dem Deckmantel einer selbstzerstörerischen Toleranz und eines naiven Multikulturalismus in Europa etabliert haben. Besonders dramatisch ist die Lage in Großbritannien, wo die Islamisierung ganzer Städte inzwischen offen zutage tritt. Europa schaut weg — und bezahlt den Preis mit der Sicherheit seiner Bürger und dem Ende jüdischen Lebens auf seinem Boden. (JR)

Von Robert Williams

Dieses Bild wurde mithilfe von KI erstellt.

Ende März veröffentlichte die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer, eine Mitte-Rechts-Fraktion im Europäischen Parlament, einen Bericht über No-Go-Zonen in Europa mit dem Titel „Einwanderung, Islamisierung und der Aufstieg paralleler Gesellschaften: Fokus auf städtische Gebiete mit islamistischer Verfestigung und staatlichem Rückzug“, verfasst von der New Direction – Stiftung für europäischen Konservatismus

Viele Jahre lang wurde die Existenz von No-Go-Zonen in europäischen Städten von den herrschenden Eliten und ihren Sprechern in den Mainstream-Medien öffentlich geleugnet. Wenn jemand das Thema ansprach, wie es US-Präsident Donald Trump im Dezember 2015 tat, als er von No-Go-Zonen in London und Paris sprach, oder hier beim Gatestone Institute, wurde er dafür verspottet und verunglimpft. Unterdessen verschärfte sich das Problem exponentiell. Dem Bericht zufolge:

„Es gibt mittlerweile schätzungsweise 900 bis 1.000 Gebiete in ganz Europa, die die wesentlichen Merkmale von No-Go-Zonen aufweisen. Dazu gehören sowohl große städtische Vororte als auch Stadtteile in mittelgroßen oder kleineren Städten, was einen breiten und wachsenden territorialen Trend widerspiegelt.“

Zusammenhang mit Massenmigration

Angesichts des enormen Ausmaßes des Problems mussten sich die Autoren des Berichts auf „sieben EU-Länder beschränken, in denen am häufigsten über No-Go-Zonen berichtet wird: Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Belgien, Schweden und die Niederlande“.

Der Bericht stellte fest – was keine Überraschung ist –, dass No-Go-Zonen in engem Zusammenhang mit der Massenimmigration von Muslimen nach Europa seit den 1970er Jahren stehen (mehr als 40 % der Bevölkerung in den untersuchten No-Go-Zonen sind „im Ausland geboren“). Der Bericht fügt hinzu:

„Die muslimische Bevölkerung ist in den ausgewiesenen No-Go-Zonen deutlich überrepräsentiert. In diesen Gebieten erreicht der durchschnittliche Anteil muslimischer Einwohner 29 % und liegt damit deutlich über dem EU-weiten Durchschnitt von 4,9 % sowie dem Durchschnitt in vergleichbaren städtischen Gebieten außerhalb von No-Go-Zonen....

Seit 2000 stammt ein überproportionaler Anteil der Asylsuchenden und neuen EU-Bürger aus Ländern, in denen der Islam die vorherrschende Religion ist. Von den 15 wichtigsten Herkunftsländern der Asylsuchenden zwischen Januar 2024 und März 2025 sind 11 mehrheitlich muslimisch... Ebenso stammten die drei größten Nationalitätengruppen, denen 2023 die EU-Staatsbürgerschaft gewährt wurde, alle aus mehrheitlich muslimischen Ländern (Syrien, Marokko und Albanien).“

No-Go-Zonen zeichnen sich laut dem Bericht insbesondere durch hohe Kriminalitäts-, Gewalt- und Terroristenrekrutierungsraten aus. In Belgien fanden im Jahr 2022 44 % aller Raubüberfälle in Brüssel – wo nur 10 % der Bevölkerung des Landes leben – und in der No-Go-Zone Molenbeek statt.

Einige der berüchtigtsten muslimischen Terroristen wuchsen in Molenbeek auf oder verbrachten Zeit dort, darunter die Drahtzieher der Pariser Anschläge von 2015, der Anschläge auf den Brüsseler Flughafen und die U-Bahn im Jahr 2016 sowie des Anschlags auf das Jüdische Museum von Belgien im Jahr 2014. Molenbeek war offenbar auch ein Nährboden für die Rekrutierung von Terroristen für den IS, wobei Belgien pro Kopf die höchste Zahl an westlichen IS-Kämpfern stellte.

„Molenbeek ist wie eine andere Welt, eine andere Kultur, die im Herzen des Westens schwelt“, schrieb der Journalist Matthew Levitt 2016 nach den Anschlägen von Paris.

Schlüsselrolle in dschihadistischen Netzwerken

Molenbeek ist jedoch nur ein Beispiel. Dem Bericht zufolge:

„Mehrere europäische Stadtteile haben wiederholt eine Schlüsselrolle in dschihadistischen Netzwerken gespielt.... Seine-Saint-Denis [ein Pariser Vorort]... hat mehrere Persönlichkeiten des französischen Dschihadismus hervorgebracht. Samy Amimour, ein Mitglied des Bataclan-Terror-Kommandos, wurde in Drancy geboren. Andere Mitglieder dschihadistischer Netzwerke (wie die ‚Cannes-Torcy‘-Zelle) stammten aus Städten wie Clichy-sous-Bois, Aulnay-sous-Bois oder Stains ... Zusammenfassend lässt sich sagen, dass europäische No-Go-Zonen ein Umfeld bieten, in dem Terrorismus leichter Fuß fassen kann.“

Im Vereinigten Königreich, so der Bericht, fanden Teile der industriellen Vergewaltigung weißer Mädchen durch überwiegend pakistanisch-muslimische Banden „insbesondere in No-Go-Zonen wie Rotherham, Rochdale und Oldham“ statt, und zwar durch „ein beunruhigendes Muster staatlicher Komplizenschaft durch Schweigen und Untätigkeit“.

„Diese institutionelle Zurückhaltung, getrieben von politischer Korrektheit, ermöglichte es den Banden, in No-Go-Zonen ungestraft zu agieren, wo kulturelle Segregation und schwache Polizeiarbeit einen fruchtbaren Boden für solche Verbrechen schufen und den Staat durch sein Versagen, die Opfer zu schützen, faktisch zum Komplizen machten.“

No-Go-Zonen sind zudem Parallelgesellschaften, die islamischen Normen folgen, die auf der Scharia basieren – weit entfernt von westlichen Normen – und nicht den Gesetzen des Landes, in dem sie leben:

„In Westeuropa, insbesondere in Frankreich und Großbritannien, etablieren gemeindebasierte islamische Strukturen parallele Normensysteme, die unabhängig von nationalen Gesetzen funktionieren. Das symbolträchtigste Beispiel ist das Vereinigte Königreich, wo Scharia-Räte als inoffizielle religiöse Gerichte fungieren. Der bekannteste, der Islamic Sharia Council in London (gegründet 1982), bearbeitet jährlich über 1.000 Fälle, vor allem im Familienrecht (Ehe, Scheidung, Erbschaft, Sorgerecht)....

“Investigative Berichte deckten beunruhigende Praktiken auf: Frauen, die unter Druck gesetzt wurden, zu gewalttätigen Ehemännern zurückzukehren, Scheidungen, die ohne die Zustimmung des Ehemanns verweigert wurden, sowie eklatante Ungleichheit bei Sorgerecht und Vermögensaufteilung. Offiziell behaupten diese Räte, im Rahmen des britischen Rechts zu agieren, doch in der Praxis stellen sie patriarchalische religiöse Normen über Bürgerrechte.“

„Scharia-Patrouillen“ auch in Deutschland

Diese islamischen Normen greifen auf den „Mainstream“ über. In Deutschland gründeten Muslime 2014 „Scharia-Pa-

trouillen“, um religiöse Regeln auf den Straßen von Wuppertal durchzusetzen. Zunächst wurde die Patrouille von einem örtlichen Gericht als rechtmäßig eingestuft, doch dies wurde später von der Bundesjustiz aufgehoben. Als Beispiel dafür, wie extrem schlecht die Behörden für den Umgang mit dieser Art von Schikanen gerüstet sind, wurden die muslimischen Männer mit symbolischen Geldstrafen belegt, lediglich weil sie illegale Uniformen trugen, nicht jedoch wegen ihrer brutalen Selbstjustiz zur Durchsetzung der Scharia.

Heutzutage drängen muslimische Männer in bestimmten Stadtvierteln Frauen einfach in die Enge und belästigen sie. Belinda de Lucy, eine britische ehemalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments, wurde auf der Straße in der Nähe ihres Wohnortes im Westen Londons angesprochen, als sie gerade auf dem Weg war, ihre Töchter von der Schule abzuholen. Zwei muslimische Männer in islamischer Kleidung versperrten ihr den Weg, bedrohten sie, schrien sie an und beschimpften sie, weil sie keine schariakonforme Kleidung trug (sie trug ein weites T-Shirt und Shorts, die bis zur Mitte der Knie reichten), bis sie in Tränen ausbrach und die Polizei rief.

„Was ist hier los? Das ist mein Zuhause!“, sagte de Lucy in einem Fernsehinterview und beschrieb, dass die Reaktion der Polizei genauso beängstigend war wie das, was man zu Recht als Übergriff bezeichnen müsste.

„Sie schickten einen Herrn [Polizisten] vorbei, der mich immer wieder daran erinnerte, dass er Muslim sei... Ich hatte das Gefühl, ich müsse vorsichtig sein, was ich sage und wie ich damit umgehe... Am Ende bekam ich von der örtlichen Polizei nur zu hören: ‚Wir werden mit dem örtlichen Imam sprechen und ihn bitten, mit der Gemeinde zu reden.‘ Und das hat mich wirklich schockiert...“

Das ist nicht so schockierend, wenn man bedenkt, dass in Ländern mit muslimischer Mehrheit, in denen oft Geschlechterapartheid praktiziert wird, Frauen keine Rechte haben und als zweitklassige, minderwertige Wesen betrachtet werden, wie Eigentum:

„Frauen haben Rechte, die denen der Männer gleichwertig sind, obwohl Männer ein gewisses Maß an Verantwortung über ihnen haben. Und Allah ist Allmächtig, Allweise.“

— Koran: 2:228 (Übersetzung von Dr. Mustafa Khattab)

„Männer sind für Frauen verantwortlich aufgrund dessen, was Allah dem einen über den anderen gegeben hat, und aufgrund dessen, was sie von ihrem Vermögen [für den Unterhalt] ausgeben. So sind rechtschaffene Frauen fromm gehorsam und bewahren in [des Mannes] Abwesenheit, was Allah ihnen zu bewahren aufträgt. Doch jene [Ehefrauen], von denen ihr Überheblichkeit befürchtet – [zuerst] ermahnt sie; [wenn sie dann fortfahren], meidet sie im Bett; und [schließlich] schlagt sie. Doch wenn sie euch [wieder] gehorchen, sucht keine Mittel gegen sie. Wahrlich, Allah ist erhaben und groß.“

— Koran 4:34 (Übersetzung von Sahih International)

„O Frauen, spendet Almosen, denn mir wurde gezeigt, dass ihr die Mehrheit der Bewohner der Hölle seid.“

Sie fragten: „Warum ist das so, o Gesandter Allahs?“

Er antwortete: „Ihr flucht viel und seid euren Ehemännern gegenüber undankbar. Ich habe niemanden gesehen, der an Verstand und Religion so mangelhaft ist und den Verstand eines entschlossenen Mannes mehr überwältigt als eine von euch.“

Sie fragten: „O Gesandter Allahs, worin besteht der Mangel an unserem Verstand und unserer Religion?“

Er sagte: „Ist das Zeugnis einer Frau nicht gleich der Hälfte des Zeugnisses eines Mannes?“

Sie sagten: „Ja.“

Er sagte: „Das ist der Mangel an ihrem Verstand.“

— Hadith: Sahih al-Bukhari

„Der Prophet sagte: ‚Ist die Aussage einer Frau nicht gleich der Hälfte der Aussage eines Mannes?‘ Die Frauen sagten: ‚Ja.‘ Er sagte: ‚Das liegt am Mangel an Verstand einer Frau.‘“

— Überliefert von Abu Sa’id Al-Khudri, Hadith, Sahih al-Bukhari 2658, Buch 52, Hadith 22; Band 3, Buch 48, Hadith 826

Keine Gleichberechtigung für Frauen

Der Bericht fährt fort:

„Der Aufstieg islamischer Normen geht mit einer Veränderung des städtischen Lebens in Vierteln mit hohem Migrantenanteil einher … Europäische Traditionen und Bräuche weichen konservativen muslimischen Praktiken …

„In Vororten wie Sevran, das im Departement Seine-Saint-Denis in Frankreich liegt, berichten Frauen, dass sie informell aus Cafés und lokalen Restaurants ausgeschlossen werden....

„Zahlreiche Zeugenaussagen... beschreiben, wie Frauen Beleidigungen, Einschüchterungen oder Ausgrenzung ausgesetzt sind, weil sie sich nicht an islamische Kleidungsvorschriften halten. In solchen Kontexten wird das, was einst ein persönlicher religiöser Ausdruck war, zu einer gemeinschaftlichen Norm, die nicht vom Staat, sondern durch den kollektiven Willen der Nachbarschaft durchgesetzt wird.

„In Grenoble eskalierten rechtliche und politische Spannungen, nachdem der ökologisch orientierte Bürgermeister der Stadt, Éric Piolle, Änderungen an den Vorschriften für öffentliche Schwimmbäder vorgeschlagen hatte. Dazu gehörten die Einführung von Schwimmzeiten nur für Frauen und die Genehmigung des Tragens von Burkinis... Grenoble, eine Stadt mit einem bedeutenden muslimischen Bevölkerungsanteil, rückte in der anhaltenden Debatte über religiöse Rücksichtnahme im öffentlichen Leben in den nationalen Fokus.... Letztendlich entschied das französische oberste Verwaltungsgericht... gegen solche Zugeständnisse und hat damit den Grundsatz bekräftigt, dass öffentliche Einrichtungen frei von religiösem Partikularismus bleiben müssen.“

Der Bericht kommt zu dem Schluss:

„Europa steht nun an einem Scheideweg. Ein wachsender Teil der europäischen Bevölkerung lehnt mittlerweile die Werte, Symbole und die kollektive Identität ihres Heimatlandes ab, wodurch eine neue Klasse von Staatsangehörigen entsteht, die keine Loyalität gegenüber dem Nationalstaat empfindet und sich nicht in dessen kulturellen Wurzeln und Zielen wiedererkennt.“

Die eigentliche Frage ist, ob dieser Wandel – der von europäischen Politikern vorangetrieben wird, die offenbar nur daran interessiert sind, Wählerstimmen zu gewinnen – rückgängig gemacht werden kann – oder ob den europäischen Bürgern eine Zukunft bevorsteht, in der sie sich zwangsläufig dem Islam unterwerfen müssen. Derzeit scheint leider der zweite Weg wahrscheinlicher zu sein.

Robert Williams lebt in den Vereinigten Staaten.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Gatestone Institute.

Antiisraelische Obsession der UNO – Israel kündigt Zusammenarbeit mit Guterres-Büro

Während die Mörder-Bande Hamas nachweislich systematische sexuelle Gewalt gegen israelische Frauen verübte und Geiseln missbrauchte, setzt die UNO ausgerechnet Israel auf die Liste jener Konfliktparteien, die sexuelle Gewalt als Kriegswaffe einsetzen — Israel, dessen Armee zu den wenigen Streitkräften der Welt gehört, die systematisch gegen sexuelle Übergriffe vorgehen. Dieser beispiellose Akt moralischer Umkehrung ist die Fortsetzung einer langen Reihe antiisraelischer Maßnahmen unter UN-Generalsekretär António Guterres. Israels Entscheidung, Guterres zur Persona non grata zu erklären, verbunden mit dem Verbot seiner Einreise, sowie die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit seinem Büro, sind eine längst überfällige Konsequenz. Die Vereinten Nationen sind seit Jahren zu einem nahezu automatisierten Apparat antiisraelischer judenfeindlicher Obsession verkommen. Ein Großteil der Verurteilungen der Weltorganisation richtet sich gegen Israel – gegen die einzige Demokratie im Nahen Osten, gegen den einzigen Staat der Region mit unabhängiger Justiz, freien Medien, freien Wahlen und umfassenden Rechten für Frauen, religiöse Minderheiten und politische Oppositionelle. Die UN ist heute eine Organisation, die sich seit Jahren als willfährige Plattform des Antisemitismus und der Israelfeindschaft erweist. (JR)

Von Mike Wagenheim/JNS

UN-Generalsekretär António Guterres sei „realitätsfern“, nachdem sein Büro die „politische“ Entscheidung getroffen habe, Israel auf eine „Liste der Schande“ von Parteien zu setzen, die im Verdacht stehen, sexuelle Gewalt in Konflikten begangen zu haben, so Danny Danon, israelischer Botschafter bei der Weltorganisation.

Danon erklärte am 28. Mai, dass der jüdische Staat die Beziehungen zum Büro des Generalsekretärs einfriert.

„Wir sind fertig mit diesem UN-Generalsekretär“, sagte er.

Dass die Weltorganisation Israel auf die Liste gesetzt habe, sei „eine moralische Schande, die beweist, dass Guterres jegliche Glaubwürdigkeit verloren hat“, fügte der israelische Gesandte hinzu.

Auch Hamas auf der Liste

Auf der Liste stehen auch die Hamas und der Islamische Staat – „die verkommensten Terrororganisationen der Welt“, so Danon.

Der israelische Gesandte erklärte, der jüdische Staat habe Beweise und detaillierte Antworten auf die Vorwürfe der UN vorgelegt und Vertreter der Weltorganisation eingeladen, die Lage vor Ort zu prüfen. Die Vereinten Nationen hätten die Einladung abgelehnt, sagte er.

Stéphane Dujarric, Sprecher von Guterres, erklärte gegenüber JNS: „Wir haben die Kommentare zur Kenntnis genommen.“

„Unsererseits bleibt die Tür des Generalsekretärs offen“, sagte Dujarric.

Er spielte Danons Ankündigung herunter, die er als „eher symbolisch“ bezeichnete, und erklärte gegenüber JNS: „Wir werden weiterhin mit der israelischen Vertretung zusammenarbeiten, so wie wir es mit den anderen 192 Vertretungen tun.“

JNS bat die israelische Vertretung um eine Stellungnahme dazu, was die Ankündigung des Gesandten praktisch bedeutet.

Guterres’ zweite und letzte Amtszeit endet zum Jahresende. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt worden.

Guterres relativierte Hamas-Terror

Die Beziehungen zwischen Israel und Guterres sind seit den von der Hamas angeführten Terroranschlägen im Süden Israels am 7. Oktober 2023 besonders angespannt; danach wurde der Generalsekretär weithin als jemand angesehen, der versucht habe, die Terroranschläge zu rechtfertigen. Israel hat ihn seitdem zur persona non grata erklärt.

Der Bericht über sexuelle Gewalt in Konfliktgebieten aus dem letzten Jahr führte die Hamas auf der Liste der Parteien auf, die „glaubwürdig verdächtigt werden, Vergewaltigungen oder andere Formen“ konfliktbezogener sexueller Gewalt begangen zu haben oder dafür verantwortlich zu sein.

Pramila Patten, Guterres’ Sonderbeauftragte für dieses Thema, sagte damals, die Hamas habe am 7. Oktober sowie danach gegen in Gaza festgehaltene Geiseln systematische sexuelle Gewalt ausgeübt.

Analysten haben festgestellt, dass antiisraelische Aktivisten Druck auf Patten ausgeübt haben, Israel in die Liste aufzunehmen, insbesondere nach der Aufnahme der Hamas – laut den anti-israelischen Akteuren im Namen der Ausgewogenheit.

Studentenproteste bedienen antisemitische Narrative vom sogenannten „Finanzjudentum“

Was an Österreichs Universitäten unter dem Deckmantel politischen Engagements und pro-„palästinensischer“ Solidarität stattfindet, ist in Wahrheit die Wiederkehr uralter antisemitischer Muster. Die Österreichische Hochschülerschaft organisiert Demonstrationen, auf denen Parolen skandiert werden, die direkt aus dem Repertoire des nationalsozialistischen Judenhasses stammen — bis hin zum Begriff des sogenannten „Finanzjudentums”, der aus der Propagandaküche Goebbels’ direkt in die Hörsäle des 21. Jahrhunderts zurückgekehrt ist. Den vorläufigen Höhepunkt bildete die Einladung eines ehemaligen Al-Kaida-Anhängers an die Universität Wien — als Redner, als Stimme, als moralische Instanz. Österreich, das sich jahrzehntelang erfolgreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus inszeniert hat, beweist einmal mehr, dass der Antisemitismus nie wirklich verschwunden war — er hat nur seine Uniform gewechselt. (JR)

Von Florian Machl

Kaum ein Vorurteil hat die lange Geschichte des Antisemitismus so stark geprägt wie die Behauptung, Juden würden Geld über alles stellen, die Banken kontrollieren und die Finanzwelt beherrschen. Diese Vorstellungen sind bis heute verbreitet und werden vor allem in den aktuellen Auseinandersetzungen zu Gaza immer wieder aus den Schubladen geholt. Dieser Artikel ist eine Spurensuche und Erklärung der Hintergründe, die man nicht oft genug erklären kann.

Zunächst, ein aktuelles Beispiel. Rund um die Kundgebungen der linksgerichteten Österreichischen Hochschülerschaft wegen Budgetkürzungen kam es am 25. Mai 2026 zu einem Skandal. In zahlreichen Sozialen Medien kam es zu Massen-Postings mit grob antisemitischem Inhalt. Viele User posteten zeitgleich dieselben Texte, weshalb von einer automatisierten Attacke ausgegangen wird. Diese betraf auch Social-Media Auftritte des ORF.

Die Texte lauteten beispielsweise: "Unsere Zahlungen werden gekürzt, obwohl das Geld nach Israel und an jüdische Organisationen fließt. Das ist unfair. Wir protestieren gegen diese Entscheidung.". Hier wurden also eindeutig Narrative serviciert, die man eigentlich im rechtsextremen Bereich verortet hätte - oder die diesem Jahrzehntelang zugeschrieben wurden. Das Gerücht, Österreich würde hohe Zahlungen an Israel leisten, sollte auch den Neid der Menschen anstacheln, emotionalisieren und Ablehnung Israels hervorrufen.

Die Urheber dieses Bot-Angriffes sind nicht ermittelt worden - es ist fraglich, ob man sich überhaupt in diese Richtung bemüht. Kurz danach bittet die Österreichische Hochschülerschaft Mohamedou Ould Slahi auf die Bühne. Der ehemalige Terrorist, der in den 1990ern einen Treueeid auf Al-Kaida geleistet hatte, darf am 8. Juni am Campus der Uni Wien gastieren und einen Vortrag halten. Das Problem mit linksextremem Judenhass ist bekannt, es ist systemisch, es ist in diesen Kreisen salonfähig.

Dieses Bild wurde mithilfe von KI erstellt.

„Judenprivileg“ von 1244 band Juden eng an Kredit- und Pfandgeschäfte

Die Wurzeln hinter der Erzählung liegen natürlich nicht in der Genetik oder anderen völkisch zugeschriebenen Eigenschaften, sondern in historischen Entwicklungen, welche über Jahrhunderte hinweg vor allem im Westen zu einem verzerrten, stereotypischen Bild geführt haben. Hinzu kommt, dass der Judenhass des Westens leider auch durch viele Vertreter der Amtskirchen gefördert und verbreitet wurde. Dieses Problem lässt sich nicht nur auf die katholische Kirche abwälzen. Schon der Begründer des Protestantismus, Martin Luther, verfasste antisemitische Texte, verlangte die Zerstörung von Synagogen, Enteignungen und Vertreibungen.

Im mittelalterlichen Europa waren Juden in vielen Ländern erheblichen Einschränkungen unterworfen. Der Besitz von Land war ihnen oft untersagt. Zahlreiche Handwerksberufe und Zünfte waren verwehrt. Jüdische Gemeinden wurden regelmäßig aus Städten und Regionen vertrieben, denn sie dienten bei Problemen aller Art als gern genutzte Sündenböcke. Jeder dieser unfreiwilligen Ortswechsel verunmöglichte im Grunde genommen auch langfristige Investitionen in Grundbesitz.

Blicken wir nach Österreich. Im kaiserlichen Privileg für Wien aus 1238 wurde Juden untersagt, öffentliche Ämter auszuüben. Das wird ausdrücklich mit kirchlichen Vorgaben, vor allem dem IV. Laterankonzil, in Verbindung gebracht. Das "Judenprivileg" von 1244 band Juden eng an Kredit- und Pfandgeschäfte - bis es im Zuge der "Wiener Gesera" 1420/1421 zur weitgehenden Verfolgung und Vernichtung kam.

In der Schweiz standen Juden unter Sonderrecht, mussten eine besondere Judensteuer zahlen und waren von vielen Berufen ausgeschlossen. Konkret waren Tätigkeiten als Handwerker, Kaufleute und Bauern verboten. Im Hochmittelalter kam es zu zahlreichen Pogromen, Folterungen, Verbrennungen und Ermordungen aller Art, ab 1491 sogar zur Ausweisung aus der ganzen Eidgenossenschaft.

Während Christen nach der mittelalterlichen Auslegung kirchlicher Vorschriften lange Zeit kein Geld gegen Zinsen verleihen sollten, entstand für jüdische Händler und Kaufleute eine wirtschaftliche Nische. Juden waren nicht primär am Geld interessiert, sondern vielmehr am Überleben. Eine reguläre Erwerbsmöglichkeit blieb zumeist verschlossen und verboten. So kam es, dass einzelne jüdische Familien damit begannen, als Geldverleiher oder Finanzierer tätig zu werden.

Ganze Bevölkerungsgruppe auf einzelne wirtschaftliche Funktionen reduziert

Diese Tätigkeit machte sie jedoch zugleich unverzichtbar und unbeliebt. Fürsten, Könige und Städte benötigten Kredite, wollten sich aber oft ihrer Schulden entledigen. Nicht selten wurden jüdische Gläubiger enteignet, vertrieben oder ihre Forderungen für ungültig erklärt. Eine praktische Lösung dafür, seine Schulden loszuwerden - wenn die Gläubiger nicht über genug Macht verfügen, um sich zu wehren.

Hinzu kam ein psychologischer Effekt. Bauern, Handwerker und einfache Bürger begegneten dem jüdischen Nachbarn oft nur dann, wenn finanzielle Angelegenheiten zu regeln waren. Sie sahen nicht den Alltag der jüdischen Familien, sondern den Geldverleiher, den Händler oder den Steuereinnehmer. Dadurch entstand eine verzerrte Wahrnehmung, in der eine ganze Bevölkerungsgruppe auf einzelne wirtschaftliche Funktionen reduziert wurde. Ein Schuldner zu sein setzt einen Menschen auch stets unter Druck - hinzu kommt, dass Gläubiger die Schulden auch irgendwann eintreiben müssen, auch das führte nicht zur Freude bei ihren Geschäftspartnern.

Im Laufe der Jahrhunderte verstärkten und verfestigten Literatur, religiöse Predigten und politische Propaganda dieses Bild. Aus einzelnen wohlhabenden jüdischen Familien wurden angebliche Beweise für eine umfassende jüdische Finanzmacht konstruiert. Besonders bekannt wurde im 19. Jahrhundert die Familie Rothschild. Ihr wirtschaftlicher Erfolg wurde von politischen Gegnern zum Ausgangspunkt zahlreicher Verschwörungstheorien gemacht. Aus der Existenz einiger erfolgreicher Bankiers wurde die Behauptung abgeleitet, Juden würden insgesamt das Finanzwesen der ganzen Welt kontrollieren.

Mit dem Aufkommen moderner Massenmedien verbreiteten sich die Vorstellungen vom Geldjudentum noch schneller. Antisemitische Bewegungen in Europa behaupteten, Juden würden zugleich den Kapitalismus und den Sozialismus steuern, Banken und Medien beherrschen und im Hintergrund politische Entscheidungen lenken. Die Widersprüchlichkeit dieser Behauptungen spielte dabei keine Rolle. Entscheidend war die Schaffung eines Feindbildes.

Im Nationalsozialismus wurden diese Motive systematisch genutzt. Die Propaganda stellte Juden als internationale Finanzelite dar, die angeblich Völker ausbeute und Kriege verursache. Solche Darstellungen dienten dazu, Ausgrenzung, Entrechtung und schließlich den Holocaust ideologisch zu rechtfertigen. Im Grunde genommen führten die Nazis in einer Linie systematisch und in großem Maßstab das fort, was Juden im Laufe der Zeit in Europa immer widerfahren ist.

Linke schüren judenfeindliche Stereotype

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden die alten Stereotype nicht vollständig. Sie tauchten in neuen Formen wieder auf. Oft werden heute einzelne jüdische Unternehmer, Investoren oder prominente Familien als Beleg für angebliche geheime Netzwerke dargestellt. Dabei wird übersehen, dass jüdische Menschen in allen sozialen Schichten vertreten sind und dieselbe Vielfalt an Berufen, politischen Ansichten und Lebensentwürfen aufweisen wie jede andere Bevölkerungsgruppe.

Nachdem "Israelkritik" durch den großen Propaganda-Erfolg der Gaza-Araber und der eng mit ihnen verbündeten linksgerichteten Presse heute wieder salonfähig ist, hört man die Vorwürfe des Geldjudentums an allen Ecken und Enden. Während die "Linken" jahrzehntelang darüber gewacht haben, dass solche Stereotype speziell von rechtsextremen Akteuren nicht geäußert werden dürfen, bringen viele Linke diese nun selbst vor - und das mit einer brutalen Vehemenz, die nicht auf die möglichen Folgen Rücksicht nimmt.

In der Geschichte kam es dadurch immer wieder zu einem Punkt, wo die Stimmung kippte und Menschen von so genannter "Kritik" oder verbal geäußerten Beschimpfungen zu Taten geschritten sind. Dies waren zunächst einzelne Übergriffe und Sachbeschädigungen - bis fanatisierte Täter auch zu Morden schritten. Am Ende der Entwicklungen stand dann immer wieder die institutionelle Vernichtung und Vertreibung der jüdischen Gemeinden.

So wie sich die Stimmung in Europa zurzeit aufheizt - in Wechselwirkung mit zahlreichen Einwanderern aus judenfeindlich gesinnten Gesellschaften - kann man eine solche Entwicklung auch in Zukunft nicht ausschließen. "Wehret den Anfängen" muss daher nicht nur jenen Schreckgespenstern des Rechtsextremismus gelten, die ohnehin nur in homöopathischen Dosen zu existieren scheinen, sondern sich ganz klar gegen den Judenhass von Links richten, der in Deutschland immer offener zum Vorschein kommt und bei Vertretern aller linksgerichteten Parteien feststellbar ist.

Warum jedes Abkommen mit dem Iran ein Fehler ist

Der Iran verhandelt nicht, um Frieden zu schließen — er verhandelt, um Zeit zu gewinnen. Jedes Abkommen, das der Westen mit Teheran schließt, wird vom Regime als taktische Atempause genutzt: zur Weiterentwicklung des Nuklearprogramms, zur Konsolidierung seiner Terrorstellvertreter und zur Vorbereitung des nächsten Angriffs auf Israel und den Westen. Das Muster ist bekannt — und es wiederholt sich mit erschreckender Regelmäßigkeit. Wer mit dem Iran verhandelt, legitimiert das Regime. Wer das Regime legitimiert, verlängert seinen Terror. Die einzige Antwort auf Teheran ist maximaler Druck — wirtschaftlich, militärisch, politisch — und die vollständige Zerschlagung seiner Nuklearbedrohung. (JR)

Von Khaled Abu Toameh

Erneut scheinen die USA bereit zu sein, ein weiteres Abkommen mit dem Iran auszuhandeln, in der Hoffnung, Teherans nukleare Ambitionen einzudämmen und die Spannungen im Nahen Osten abzubauen. Diese Verhandlungen sind eine gefährliche Illusion, die auf der falschen Annahme beruht, dass Kompromisse, Sanktionserleichterungen und Dialog der einzige Weg zu regionaler Stabilität seien.

Es kann kein „gutes" Abkommen mit einem dschihadistischen Regime geben, das offen den Terrorismus im gesamten Nahen Osten unterstützt, sein eigenes Volk brutal unterdrückt, zur Zerstörung Israels aufruft und weiterhin „Tod für Amerika" skandiert.

US-Innenminister Doug Burgum bezeichnete die derzeitigen Führer des Iranischen Revolutionsgardenkorps (IRGC) als „Terroristen mit einem Ölfeld".

Ein Abkommen wird sie nicht mäßigen. Es wird sie ermutigen.

Auch nach dem Tod von Ayatollah Ali Khamenei hat sich an der feindseligen Haltung des Iran gegenüber Israel und den USA nichts geändert.

Bestätigung für Terror

Das iranische Regime und seine Terror-Stellvertreter – Hisbollah, Hamas, „Palästinensischer Islamischer Dschihad" und die Houthis im Jemen – werden jedes Abkommen als Sieg über die USA und den Westen interpretieren. Sie werden es als Beweis dafür ansehen, dass Terrorismus, Raketenangriffe, Geiselnahmen, nukleare Erpressung und die Beanspruchung der Kontrolle über die Straße von Hormus die westlichen Mächte zu Zugeständnissen gezwungen haben.

Genau das ist geschehen, als die Obama-Regierung 2015 das „Atomabkommen", den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA), unterzeichnete. Das Abkommen verschaffte Teheran Sanktionserleichterungen und Zugang zu Milliarden von Dollar, während es dessen Atom- und Raketenprogramme lediglich verzögerte – nicht vollständig abbaute.

Das iranische Regime hat sein Verhalten nie geändert. Dazu bestand auch nie ein Grund. Stattdessen baute das Regime sein Programm für ballistische Raketen aus, verstärkte die Unterstützung terroristischer Organisationen, verschärfte die Aggressionen in der Region und baute seine nuklearen Fähigkeiten stetig aus. Die iranischen Mullahs verstießen wiederholt gegen Beschränkungen, während sie Schlupflöcher und Durchsetzungsmechanismen ausnutzten, die erbärmlich schwach waren.

Warum sollte irgendjemand glauben, dass es diesmal anders sein wird?

Das iranische Regime betrachtet Verhandlungen nicht so wie westliche Demokratien. Teheran betrachtet Diplomatie als taktische Waffe: als Mittel, um Zeit zu gewinnen, aufdringliche ausländische Regierungen loszuwerden, den internationalen Widerstand zu schwächen, westliche Verbündete zu spalten und wirtschaftliche Erleichterungen zu erlangen – und das alles, während es seine langfristigen strategischen Ziele so schnell wie möglich vorantreibt, sobald es die Umstände nach dem Ende der Amtszeit von Präsident Donald J. Trump zulassen.

Für die islamistischen Machthaber in Teheran ist die Feindseligkeit gegenüber den USA und Israel keine Rhetorik. Sie ist ein Kernpfeiler der Ideologie und Identität des Regimes – seine gesamte Daseinsberechtigung.

Mehr Geld bedeutet mehr Raketen für Hisbollah

Jedes Abkommen, das Sanktionen lockert, wird der iranischen Wirtschaft Milliarden von Dollar zuführen. Dieses Geld wird das Leben der einfachen Iraner nicht verbessern, die unter Korruption, Unterdrückung und wirtschaftlicher Misswirtschaft leiden. Es wird lediglich die IRGC stärken, den Terrorismus finanzieren und neue Kriege im gesamten Nahen Osten schüren.

Das iranische Regime versorgt seine Stellvertreter weiterhin mit Waffen und politischer Unterstützung. Mehr Geld für Teheran bedeutet mehr Drohnen und Raketen für die Hisbollah im Libanon, mehr Waffen und Ausbildung für die Hamas sowie mehr Drohnen und ballistische Raketen für die Houthis im Jemen.

Die Houthis haben bereits ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, wichtige internationale Schifffahrtswege im Roten Meer und im Golf von Aden zu bedrohen, indem sie wiederholt Handelsschiffe angegriffen und den globalen Seehandel gestört haben.

Jedes Abkommen, das das iranische Regime bereichert, wird die globale Energiesicherheit gefährden, indem es kritische Ölengpässe für staatlich geförderte Sabotage anfällig macht, wo immer Länder die Freiheit der Schifffahrt einschränken. Endlose Verhandlungen mit dem iranischen Regime – insbesondere bis zu den US-Zwischenwahlen im November, um sicherzustellen, dass die Ölpreise hoch bleiben und die Wähler „wütender" werden – verbrauchen enorme diplomatische Energie und strategische Aufmerksamkeit der USA, die anderswo dringend benötigt werden. Washington läuft Gefahr, erneut in einen Kreislauf aus Gesprächen, vorübergehenden Vereinbarungen, Verstößen und erneuten Krisen mit einem Regime zu geraten, das konsequent in böser Absicht gehandelt hat.

Selbst wenn ein neues Abkommen keine Auslaufklauseln enthält, die es dem iranischen Regime ermöglichen, nach Ablauf der Beschränkungen schließlich wieder legal fortgeschrittene Urananreicherungsaktivitäten aufzunehmen, wird das iranische Regime einen „Deal" als stillschweigendes grünes Licht betrachten, um den Wiederaufbau seines Atomwaffenprogramms fortzusetzen. Solche Bestimmungen beseitigen die nukleare Bedrohung nicht; sie verschieben sie lediglich. Berichten zufolge hat der Iran bereits einen Großteil seiner Produktion ballistischer Raketen wieder aufgenommen und „könnte innerhalb weniger Monate wesentliche Teile seiner offensiven Drohnenkapazitäten wiederherstellen". Jedes Zugeständnis an Teheran schwächt die Glaubwürdigkeit Amerikas und ermutigt diejenigen, die westliche Interessen untergraben wollen.

Kein Friedensabkommen zu PR-Zwecken

Vor diesem Hintergrund wirft Trumps Forderung, dass arabische und muslimische Länder, darunter Saudi-Arabien, Katar und Pakistan, den Abraham-Abkommen beitreten und ihre Beziehungen zu Israel normalisieren, zusätzliche Fragen zur Strategie Washingtons im Nahen Osten auf. Die Ausweitung von Friedensabkommen zwischen Israel und arabischen sowie muslimischen Ländern ist zweifellos ein positives Ziel. Frieden und Normalisierung liegen im Interesse der Araber und Muslime nicht weniger als im Interesse der Israelis. Die Abraham-Abkommen haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit mit Israel regionale Stabilität, Sicherheit, Wirtschaftswachstum und technologischen Fortschritt fördert. Echter Frieden lässt sich jedoch möglicherweise nicht durch Druck oder Drohungen erzwingen. Frieden, der unter Waffengewalt geschlossen wird, hält selten lange. Araber und Muslime könnten sich für Frieden mit Israel entscheiden, weil sie erkennen, dass Koexistenz und regionale Zusammenarbeit ihren eigenen nationalen Interessen dienen, nicht weil sie öffentlich vom US-Präsidenten unter Druck gesetzt werden.

Darüber hinaus riskiert Trump durch die Verknüpfung der Abraham-Abkommen mit dem Konflikt mit dem Iran den Eindruck zu erwecken, dass die Normalisierung dazu genutzt wird, das Scheitern beim Sturz des iranischen Regimes oder bei der Eindämmung seiner nuklearen Ambitionen zu kompensieren. Es scheint fast so, als ob die Trump-Regierung versteht, dass jedes künftige Abkommen mit Teheran von vielen im Nahen Osten als schwache und gefährliche Konzession angesehen wird, und daher nach einem diplomatischen Erfolg an anderer Stelle sucht, um Kritik auszugleichen.

Bezeichnenderweise war die Reaktion der arabischen und muslimischen Welt auf Trumps jüngste Forderung weitgehend verhalten. Saudi-Arabien und Katar haben öffentlich keine Bereitschaft zur Zustimmung gezeigt, während Pakistan die Idee rundweg abgelehnt hat. Dieses Schweigen und diese Ablehnung unterstreichen eine größere Realität: Sinnvolle Friedensabkommen können nicht zu PR-Zwecken hergestellt oder dazu benutzt werden, strategische Misserfolge an anderer Stelle zu verschleiern.

Die Folgen eines Abkommens mit Teheran könnten weit über Israel und den Nahen Osten hinausreichen.

Jedem Abkommen, das das derzeitige iranische Regime unangetastet lässt – ein Regime, das wiederholt die Vernichtung Israels gefordert und wiederholt gegen seine eigenen unterzeichneten Verpflichtungen, wie den Atomwaffensperrvertrag, verstoßen hat –, kann man nicht trauen.

Die einzig realistische Strategie basiert auf anhaltendem maximalem Druck – einschließlich militärischer Maßnahmen, falls erforderlich –, diplomatischer Isolation, Wirtschaftssanktionen und entschlossenen Maßnahmen, die darauf abzielen, Irans Nuklear- und Raketenprogramme dauerhaft zu zerschlagen. Alles andere würde die nächste Krise lediglich hinauszögern und das iranische Regime gleichzeitig reicher, stärker und gefährlicher machen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Gatestone Institute.

„Nakba-Camp“ auf der Moorweide: Israelhass am historischen Deportationsort

Auf der Moorweide in Hamburg, jenem Ort, von dem aus die Nationalsozialisten Juden in die Vernichtungslager deportierten — von dieser Stelle aus wurden Tausende Hamburger Juden in den Tod geschickt —, haben israelfeindliche Aktivisten ein sogenanntes „Nakba-Camp” errichtet. Unter dem Deckmantel „palästinensischer“ Solidarität werden dort offen israelfeindliche und antisemitische Parolen skandiert, darunter Aufrufe zur Intifada. Die Wahl dieses Ortes ist kein Zufall — sie ist eine bewusste Provokation, eine Verhöhnung der jüdischen Opfer und ein Schlag ins Gesicht jedes Menschen, dem die Erinnerung an die Shoah etwas bedeutet. Hamburgs links-grüne politische Klasse schaut weg. (JR)

Von Birgit Gärtner

BIRGIT GÄRTNER

Israelhasser durften an dem Ort campieren, von dem aus einst Juden, Sinti und Roma in die Todeslager deportiert wurden.

„Ich möchte Euch dazu einladen, Euch umzuschauen und vorzustellen, wie hier zwischen 1941 und 1943 jüdische Menschen auf der Moorweide standen, ein bisschen wie wir gerade. Vielleicht sind Menschen vorbeigelaufen und haben sich gefragt, was die da machen, so wie die da hinten“, erinnerte Jakob von „Chesed – Jüdische Hochschulgruppe Hamburg“ an die leidvolle Erfahrung seiner Vorfahren und deutete mit dem Finger auf unbeteiligte Besucher im Park. Ein paar Hundert Menschen hatten sich dort am Sonntag, den 10. Mai 2026 zu einer Protestkundgebung unter dem Motto „Kein Nakba-Camp auf der Moorweide“ zusammengefunden. In Sichtweite das „Bridges of Resistance“-Camp und auf der anderen Seite gingen Unbeteiligte einfach nur spazieren.

Die Moorweide, ein großer begrünter Platz gegenüber vom Dammtor-Bahnhof, war vor etwas mehr als 80 Jahren der Platz, auf dem Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma zusammengetrieben wurden, um in die Todeslager transportiert zu werden. Rund 6.000 Menschen haben dort insgesamt gestanden und niemand hat ihnen geholfen. „Vielleicht wurden sie sogar beschimpft“, mutmaßte Jakob.

„Intifada Generation“ stand an einem der Zelte, die im Rahmen des „Bridges of Resistance“-Camps auf der Hamburger Moorweide aufgebaut waren, „Intifada“ bedeutet nichts anders als Gewalt gegen Juden und Israelis, um diese zu liquidieren oder mindestens zu vertreiben und den Staat Israel Geschichte werden zu lassen. Anders formuliert: „Intifada“ ist eine klare Absage an das Existenzrecht des Staates Israel und eine Androhung von Gewalt an dessen Bewohnerinnen und Bewohner sowie unterdessen gegen Jüdinnen und Juden weltweit. Zumindest sofern diese einen positiven Bezug zu Israel haben, bzw. sich nicht klar vom Judenstaat distanzieren.

Das wurde seitens der Organisatoren indes abgestritten: "Es ist keine Provokation und keine in Frage Stellung des jüdischen Gedenkens, weshalb wir ein gutes Recht darauf haben, unser Grundrecht wahrzunehmen und hier protestieren zu dürfen", zitierte der NDR in einer Radiosendung Nikodem Kaddoura. "Wir sind keine Antisemiten und was wir hier machen, ist Kritik an der Regierung Israels und die in den Vordergrundstellung des Leides der Palästinenser*innen."

Daran kamen selbst dem NDR Zweifel: „Gleichzeitig wurden bei der Vorstellung des Programms auf Nachfrage allerdings das Existenzrecht Israels bestritten sowie Zionismus mit Faschismus gleichgesetzt“, heißt es auf dessen Webseite.

Antisemitismus hat traurige Tradition in Hamburg

„Sie sind für Frieden, aber fordern die Intifada, was tausendfachen Massenmord an Jüdinnen und Juden bedeutet“, betonte auch Jakob auf der Protestkundgebung.

Alleine dieser offen formulierte Israel- und subtile Judenhass sollte deutschen Behörden genügen, derartige Aktivitäten zu unterbinden. Hinzu kommen die Organisationen und auch Einzelpersonen, die mittlerweile eine lange Liste anitsemiti…, pardon, „antizionistischer“ Aktionen vorzuweisen haben. Diese Linie geht direkt von der Anti-Lanzmann-Aktion im Oktober 2009 im linken Stadtteilzentrum B5, bis zum diesjährigen Camp auf der Moorweide. Genau genommen geht die Linie zurück auf die RAF, in deren Tradition sich die „Antiimps“, sprich antiimperialistische Linke, wie in der B5, sehen.

„Antiimps“ ist die Kurzform für die antiimperialistische Linke, deren Ursprung auf das frühe 20. Jahrhundert zurückgeht und sich gegen als Imperium und somit Aggressoren wahrgenommene Staaten richtete, u.a. das zaristische Russland oder die USA. Im Zuge der 68er Studentenrevolte kam es zu einem Revival dieser Tradition, allerdings richtete sich der „Antiimperialismus“ nicht mehr nur gegen Imperialstaaten, sondern romantisierte zudem Widerstandsbewegungen gegen Kolonialstaaten als grundsätzlich progressiv. Dazu zählte auch die PLO, die „Palästinenser“ erhielten den Status der schützenswerten Spezies und Israel avancierte zum Kolonialstaat, den es zu bekämpfen galt. Auch militärisch, deshalb ließen sich linke deutsche Terroristen in den Camps der PLO militärisch ausbilden. Dass deren antikolonialer Aktivismus schon damals vor Juden in Deutschland nicht Halt machte, ist hinlänglich bekannt. Von der Studentenrevolte blieb schlussendlich im Kern nicht mehr als eine Räuberbande, die sich mit Bankrauben und Morden über Wasser hielt. Trotzdem erfreute sie sich größter Solidarität in weiten Kreisen der Linken. Das ist in – zugegeben sehr – groben Zügen die historische Tradition, in der die deutschen Gruppierungen stehen, die sich in der B 5 treffen. Nachgerade folgerichtig wurde die B5 auch das politische Zuhause von linken migrantischen Gruppierungen.

Hauptakteure der Anti-Lanzmann-Aktion 2009 waren dann auch dieser linken Migranten und linke migrantische Gruppierungen. Zu nennen wäre u.a. die linke türkische Jugendorganisation „SOL“, aus der später der „Rote Aufbau“ hervorging; heute treffen sich dort Gruppierungen wie „Thawra Hamburg“, zu deren Hauptaktivisten Nikodem Kaddoura gehört, und „Samidoun“.

So ist es denn kein Wunder und nicht ganz so zufällig, wie sie uns glauben machen will, dass die antirassistische Aktivistin Aitak Barani aus Frankfurt sich „spontan“ bereit erklärte, die Kundgebung am 7. Oktober 2023 auf der Berliner Sonnenallee anzumelden, bei der Aktivisten von Samidoun Berlin sich versammelten und wo Baklava verteilt wurde, um den „Fortschritt“ des „Widerstands“ zu würdigen, den die „palästinensische Sache“ ihrer Ansicht nach an jenem Tag gemacht hat. Das erläuterte sie der Zeit gegenüber. "Die zionistische Entität Israel hat kein Existenzrecht", erklärte sie in einem Telefoninterview mit dem Blatt unumwunden.

Antifaschismus – kein linkes Thema

Aitak Barani war – oder ist – Aktivistin der „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“, die bundesweit aktiv war/ist, u.a. eine Gruppe in Frankfurt, eine andere in Hamburg – und die war/ist beheimatet in der B5. Karawane-Aktivisten wiederum waren aktiv an der Anti-Lanzmann-Aktion beteiligt. Das bedeutet, die Akteure und Aktivistinnen kennen sich und sind bundesweit untereinander vernetzt.

Im Oktober 2009 wurde zum ersten Mal seit 1945 gewaltsam die Aufführung eines Films – „Warum Israel?“ – eines jüdischen Regisseurs – Claude Lanzmann – verhindert. Aus dem französischen Juden wurde ein Israeli und somit aus einem französischen Film ein israelischer, dessen Aufführung zu verhindern als revolutionäre Pflicht verstanden wurde. Allerdings ohne Baklava, sondern mit Geschrei, Gepöbel, Pfiffen, Schlägen und Tritten gegen die potentiellen Kinobesucher, die zudem gefilmt wurden.

Das „Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz“ (LfV) erwähnte die historisch bemerkenswerte Aktion in einem Nebensatz im Verfassungsschutzbericht 2009:

„… Für Kritik durch Gruppierungen des autonomen, antifaschistischen

Spektrums sorgte die von Personen aus dem Zentrum verhinderte Vorführung eines pro-israelischen Filmes im Oktober 2009 in einem benachbarten Kino …“

Entweder wurde die Brisanz der Aktion seinerzeit nicht erkannt, oder aber für nicht so wichtig erachtet. Die Akteure von damals sind teilweise noch heute maßgeblich in Sachen „Antizionismus“ unterwegs, haben linke Jugendkultur geprägt und linken Antisemitismus tradiert. Das Ergebnis davon war kürzlich auf der Moorweide zu bewundern.

Nun ist es allerdings nicht so, dass die Anti-Lanzmann-Aktion ausschließlich von Migranten ausgegangen wäre. Die Deutschen hielten sich nur zunächst fürnehm zurück, bereiteten den Migranten indes im wahrsten Sinne des Wortes die Bühne.

Ohne den einheimischen Antisemitismus würde es den migrantischen nicht geben, bzw. dieser hätte niemals dieses Ausmaß annehmen können, das wir gegenwärtig auf Straßen und in Universitäten beobachten können. Ein Ausmaß, dass Jüdinnen und Juden mehr als 80 Jahre nach der Shoah wieder in Angst und Schrecken versetzt und sie wieder – aufgrund der instinktiv ergriffenen Vorsichtsmaßnahmen – starken Einschränkungen unterwirft – wenngleich nicht auf gesetzlicher Basis, sondern durch die Macht des Faktischen. Ursächlich für das Anwachsen von Antisemitismus in Deutschland ist und bleibt jedoch der tradierte christliche Antijudaismus. Der Judenhass hat lediglich seine Erscheinungsformen geändert, wie virulent er in unserer Gesellschaft war, offenbarte sich nach dem 7. Oktober 2023. Spätestens 2009 ließen deutsche Linke ihre Hemmungen fallen, jetzt kennen sie kein Halten mehr.

Frauenpower gegen Frauenhasser

Die Kundgebung am 10. Mai 2026 war der Auftakt zu einer Woche der Proteste gegen das „Nakba-Camp“, teilweise von Organisationen, teilweise von Einzelpersonen initiiert. Jeden Tag fanden kleinere und größere Aktionen auf der Moorweide statt. Den Abschluss macht das „Camp Zion“, das von der Anwältin Canan C. Yüksel und der Physiotherapeutin Silke Opfer organisiert wurde. Die beiden und weitere Frauen stellten sich mutig und offen den hoch aggressiv wirkenden „Israelkritikern“ des „Nakba-Camps“ entgegen.

Silke Opfer rief abschließend zu einer Protestkundgebung gegen die „Nakba“-Demonstration am 16. Mai auf, die wiederum den Abschluss des „Bridges of Resistance“-Camps bilden sollte.

„Heute gilt es mehr denn je, jüdisches Leben zu verteidigen“, betonte Silke Opfer in ihrer Rede auf der abschließenden Protestkundgebung gegen „die Freunde des Terrors, wie ich sie nenne“. Und weiter: „Wer jüdisches Leben angreift, greift uns alle an, unser Zusammenleben, unsere Geschichte, unsere gemeinsamen Werte von Freiheit, Gleichheit und Verständigung. Juden gehören nicht einfach nur auch dazu, sie sind ein Teil dieser Gesellschaft.

Doch jüdische Kinder gehen seit Jahren in Schulen unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen, jüdisches Leben ist ohne den Schutz der Polizei schon seit Jahren nicht mehr vorstellbar - nichts daran ist normal, nichts daran sollte als normal gelten und doch läuft in dieser Gesellschaft alles so weiter, als würde das alles nicht geschehen.“

Silke Opfer und Canan C. Yüksel organisierten das „Camp Zion“ als Protest gegen das „Nakba-Camp“.

Diese Entwicklungen bedrohten Juden ganz konkret – aber eben auch „unsere Freiheit im Kern dessen, was unser Zusammenleben ausmacht: Sie bedrohen Frauen, säkulare und Ex-Muslime, Christen, Homosexuelle, sie greifen unser freiheitliches Zusammenleben an“.

Sie schilderte eindrücklich: „Was einem wirklich Angst macht: Antisemiten müssen sich heute keineswegs irgendwo verstecken, man sieht es in der Öffentlichkeit, an der Uni und natürlich erst recht im Internet: der Hass auf Juden kann hemmungslos und folgenlos vorgetragen, herausgeschrien und ausgekotzt werden.“

„Auf dem Campus werden seit dem 7. Oktober Gesichter und Namen von jüdischen Studierenden im Internet herumgereicht, ihnen wird nachgestellt, sie werden von scheinbar fremden Menschen einfach mit Namen angesprochen - geärgert, gemobbt - sie werden bis in ihre Büroräume verfolgt. Andere kriegen heimlich Zettel zugesteckt mit ´Free Palestine` und ´Allahu Akbar`“, konkretisierte Jakob bei der Kundgebung eine knappe Woche vorher diese Realität im Uni-Alltag. Er konstatierte: „Dass Nikodem Kaddoura, Sprecher des Camps, Gallionsfigur von ´Thawra`, einer gesichert antisemitischen Gruppierung, eine der antisemitischsten Red Flags ist, die man in der Funktion hätte einsetzen können, zeigt, dass diese Menschen sich seit nunmehr drei Jahren alles erlauben können, ohne, dass ihnen nennenswerter Widerstand entgegengebracht wird“.

Organisatoren und Teilnehmer der verschiedenen Aktionen einte die Fassungslosigkeit über den geballten Israelhass an diesem historischen Ort; deshalb waren alle Beteiligten sich darüber einig, dass die Moorweide Gedenkort werden muss. Das ist zwar keine Garantie dafür, dass künftig die „Freunde des Terrors“ keine Camps oder Demonstrationen mehr durchführen dürfen – aber wenigstens nicht an diesem Ort. Denn, auch darüber herrschte Einigkeit: „Es bringt nichts, den toten Juden zu gedenken, wenn einem die lebendigen Juden egal sind!“

Den Organisatoren zufolge wurden auf der „Nakba“-Demonstration 10.000 Menschen erwartet, gekommen sind etwa 2.000. Am Ende wurde auf dem Rathausmarkt eine Israelflagge verbrannt. Zunächst hieß es seitens Polizei und Medien, die Demonstration sei friedlich verlaufen, doch dann tauchte ein Video auf, in dem zu sehen war, wie Vermummte eine Israelflagge verbrannten und die Umstehenden jubelten. Der Hamburger Staatsschutz ermittelt jetzt gegen Unbekannt wegen des Verdachts der „Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten“ und Sachbeschädigung.

Grindelviertel als Ausgangspunkt muslimischen Lebens in Hamburg

Dem Protest gegen das „Nakba-Camp“ schlossen sich auch Kurden und Iraner an. Letzteren war vermutlich nicht bewusst, wie naheliegend es für sie ist, ausgerechnet am Rande des Grindelviertels zu demonstrieren. Denn dort war nicht nur das Zentrum jüdischen Lebens, zumindest bis Ende der 1930er Jahre und seit Beginn dieses Jahrtausends wieder, sondern hier gab es auch den ersten muslimischen Gebetsraum in Hamburg. Bzw. den zweiten, der erste war der der Ahmadiyya in Schnelsen. Dieser Gebetsraum in Uninähe ist der Ausgangspunkt u.a. für das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH), für deren Schließung die Anwesenden jahrelang – letztlich mit Erfolg – gekämpft haben.

1955 besuchte der zweite Kalif und Ahmadiyya-Oberhaupt Mirza Baschir ud-Din Mahmud Ahmad Hamburg. Wie ein Staatsgast wurde er im Hamburger Rathaus empfangen. Die Ahmadiyya beschlossen, in Hamburg eine zweite Moschee neben der in Berlin-Wilmersdorf zu bauen. Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Vereinsbank unterstützen das Projekt mit je 500 Mark. Das war allerdings vermutlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Finanzierung der Ahmadiyya, die öffentlich vorwiegend mit Armenspeisung und Stolperstein putzen in Erscheinung tritt, hält sich da sehr bedeckt.

Trotz aller Verwerfungen zwischen sunnitischen Muslimen und der Ahmadiyya wurde die Hamburger Moschee zu einem Gebetshaus für alle Muslime in der Hansestadt.

Ungefähr zu dem Zeitpunkt, als die Ahmadiyya-Moschee errichtet wurde, konvertierte der Hamburger Ringer Erhard Grimm zum Islam und nannte sich fürderhin Abdulkarim Grimm. Eslam.de zufolge ist er ein „Ururenkel des Sprachforschers Jakob Grimm (Gebrüder Grimm)“. Das kann allerdings nicht sein, denn laut Wikipedia hatte Jakob Grimm keine eigene Familie, sondern lebte mit seinem jüngeren Bruder Wilhelm und dessen Familie zusammen. Der wiederum hatte zwar Kinder, aber nach allem, was offiziell bekannt ist, keine Enkel. Nichtsdestotrotz können Erhard/Abdulkarim Grimms Vorfahren mit denen der Gebrüder Grimm verwandt gewesen sein.

Abdulkarim Grimm richtete in einem Wohnhaus in der Bornstraße – mitten im ehemaligen jüdischen Viertel – ebenfalls eine kleine Moschee ein: Das „Haus des Islam“. Dort fungierte er als Imam. Diese Moschee wurde u.a. von den schiitischen Kaufleuten und iranischen Studenten genutzt, die sich in Hamburg aufhielten.

Wir erinnern uns: In den 1950er Jahren gab es kein jüdisches Leben in Hamburg; die Synagoge am Bornplatz, die größte Synagoge Norddeutschlands, war abgebrannt, die Talmud-Tora-Schule – 1909 bis 1911 durch Spendengelder u.a. der Warburg-Bank gebaut – diente der Uni als Bibliothek, jüdische Geschäfte oder gar Gastronomie gab es nicht mehr. Die meisten der 28 Lehrer und 343 Schülerinnen und Schülern, die 1942 noch die Schule besuchten, bzw. dort tätig waren, wurden in die Todeslager deportiert. Aller Wahrscheinlichkeit nach über den Sammelpunkt Moorweide. Nur drei Lehrer und 76 Kinder überlebten den Holocaust. Erst 2007 nahm die jüdische Joseph-Carlebach-Stadtteilschule dort ihren Betrieb auf. Die Bornplatzsynagoge soll wieder aufgebaut werden, ein jüdisches Restaurant befindet sich direkt gegenüber und sogar ein kleines israelisches Lädchen ist seit ein paar Jahren am Grindel zu finden.

Die Muslime sind längst nicht mehr auf das Grindelviertel angewiesen. Abdulkarim Grimm verhalf sowohl den Iranern zu dem Grundstück an der Alster, auf dem das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) gebaut, als auch später der „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş“ (IGMG) zu den Grundstücken in der Böckmannstraße in St. Georg, auf dem die Centrum-Moschee errichtet wurde.

Die genannten Organisationen sind Teil eines „Islams, der sich in den letzten zig Jahren global fanatisiert hat“, wie Silke Opfer in ihrer Rede auf der Kundgebung am 16. Mai feststellte. Ein Islam, der eine Bedrohung jüdischen Lebens sei und mit dem „linke Ideologen“ sich verbündeten: „Das Camp … und die Nakba-Demo … sind ein Teil davon, und zeigen diese Bündnisse und ihre Radikalisierung besonders deutlich – ihre Parolen ´Yalla yalla Intifada` und ´from the river to the sea` ist nichts weiter als der Aufruf zum Judenmord und hat deutliche Auswirkungen, die Zahl der Angriffe auf Juden und Jüdinnen ist in den letzten Jahren förmlich explodiert“.

Um diese Entwicklung zu stoppen, reicht es wie erwähnt nicht, den toten Juden zu gedenken; es reicht aber auch nicht, wenn die Abgeordneten der „Hamburgischen Bürgerschaft“ in seltener Eintracht fraktionsübergreifend einmal öffentlichkeitswirksam auf dem Balkon des Rathauses mit der Israelfahne wedeln, aus Protest gegen die Verbrennung einer solchen vor dem Hohen Hause. Um diese Entwicklung zu stoppen, müssen Israel- und Judenhasser aller Couleur politisch gestoppt werden. Dazu sind Schritte wie Vereins- und politische Betätigungsverbote sowie Schließungen von Moscheen und Vereinen und auch Ausweisungen notwendig. Das gibt dann nicht ganz so nette Schlagzeilen und schöne Bilder wie lachende Abgeordnete auf dem Rathaus-Balkon.

EU-Verdienstorden für Migrationskanzlerin Angela Merkel

Angela Merkel erhält den EU-Verdienstorden — für eine Politik, deren Folgen Europa bis heute erschüttern und die dem Kontinent bleibenden Schaden zugefügt hat. Dass diese Politik Europa mit einer Bedrohung konfrontiert hat, die Millionen Europäer täglich spüren — durch den Verlust an Sicherheit, die Zunahme von Gewalt, Judenhass und Rechtsverachtung, dass die unkontrollierte Massenzuwanderung von 2015 und 2016 Europa mit islamischem Terror, explodierender Kriminalität und einem dramatischen Anstieg des Antisemitismus konfrontiert hat, stört die Preisverleiher offenbar nicht. Bezeichnend war auch die Preisverleihung selbst: Leere Plätze mussten mit Ersatzpublikum gefüllt werden. Europa ehrt eine Kanzlerin, die es irreversibel beschädigt hat, und das Publikum zeigt seine Verachtung und Missbilligung durch Abwesenheit. (JR)

Von Redaktion Tichys Einblick

SEBASTIEN BOZON / POOL / AFP

Mit ihrer Politik der offenen Grenzen stürzte Angela Merkel Deutschland ins migrationspolitische Chaos.

Bei der Merkel- „Ehrung“ im EU-Parlament sollten leere Plätze Protest gegen diese Verleihung zeigen. Nach Angaben von AfD-Abgeordneten wurden diese aber mit Ersatzpublikum aufgefüllt. Der Merkel-zugetane Kreis inszeniert sich selbst ein volles Haus.

Angela Merkel hat im Europäischen Parlament einen Orden erhalten. Schon dieser Satz enthält die ganze Verdrehtheit eines politischen Betriebs, der seine Schäden an den Völkern Europas mit Medaillen behängt. Die frühere Bundeskanzlerin wurde in Straßburg mit dem Europäischen Verdienstorden behangen. Eine EU, die sich selbst unablässig als Hüterin von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat inszeniert und Richtung Autokratie steuert, zeichnete ausgerechnet jene Kanzlerin aus, unter der Deutschland seine Grenzen preisgab, seine Energieversorgung ruinierte, seine staatliche Ordnung beschädigte und seine politische Mitte in die linke Moralverwaltung überführte, deren Folgen das Land in den Ruin treiben. Deren Migrationskurs den Brexit verursacht hat und Westeuropa zerreißt.

Doch der eigentliche Vorgang spielte sich nicht auf der Ehrentribüne ab, sondern im Saal. Rechte Fraktionen wollten die Merkel-Ehrung boykottieren und ihr fernbleiben. Ihre Plätze sollten leer bleiben. Ein sichtbarer starker Protest gegen eine Frau, deren politische Hinterlassenschaft Europa bis heute massivst belastet und deren zerstörerischer Kurs noch immer nicht korrigiert wurde. Nach Angaben mehrerer AfD-Abgeordneter und Akteure rechter Fraktionen blieben diese Plätze jedoch nicht einfach leer. Die Reihen sollen aufgefüllt worden sein. Ersatzpublikum für Angela Merkel. Statisten für den europäischen Hofstaat. Kulissenmenschen dort, wo eigentlich politische Abwesenheit sichtbar werden sollte.

Falls diese Darstellung zutrifft, passt sie so genau zu Brüssel, dass man sie kaum erfinden müsste. Nicht einmal leere Stühle dürfen stören, wenn die EU sich selbst feiert. Nicht einmal Schweigen soll sichtbar bleiben, wenn es die gewünschte inszenierte Kulisse beschädigt. Der Protest wird nicht widerlegt, er wird wegdekoriert. Das ist die Ästhetik einer Macht, die sich Zustimmung notfalls optisch beschafft.

Die EU bekommt ihr Bühnenbild

So wurde aus dieser „Ehrung“ ein Sinnbild. Merkel bekommt einen Orden, und die EU bekommt ihr Bühnenbild. Der Protest hätte als sichtbare Lücke im Saal stehen sollen und müssen. Stattdessen soll diese Lücke geschlossen worden sein, damit aus Ablehnung wieder Festaktoptik wird und Merkels Ehrung den gewünschten Anschein geschlossener Zustimmung behält.

Angela Merkel war immer die Kanzlerin solcher inszenierten Bilder. Die ruhige Hand, das reglose Gesicht, der zedierende Tonfall, die politische Narkose. Unter dieser Oberfläche wurden Entscheidungen getroffen, die Deutschland bis heute zerreißen. 2015 öffnete sie die Grenze und machte aus staatlicher Ordnung eine moralische Geste. Sie setzte das Land vor vollendete Tatsachen und erklärte den anschließenden Kontrollverlust zur Menschlichkeit. Der Staat zog sich zurück, die Bürger sollten zahlen, helfen, schweigen und sich obendrein belehren lassen.

Merkels Migrationspolitik war ein Bruch im Grundverständnis von Staatlichkeit. Ein Staat, der nicht mehr entscheidet, wer in sein Gebiet kommt, gibt einen Kern seiner Souveränität auf. Eine Kanzlerin, die diesen Vorgang mit einem Satz wie „Wir schaffen das“ überhöht, ersetzt Regierungshandeln durch Beschwörung. Die Folgen stehen heute überall in ganz Deutschland und in Westeuropa – in überforderten Schulen, überlasteten Kommunen, ausgereizten Sozialkassen, wachsenden Sicherheitsproblemen und einem politischen Klima, in dem jede nüchterne Kritik jahrelang als moralischer Defekt behandelt wurde. Auf dieses Konto geht auch der Brexit.

In der Energiepolitik hinterließ Merkel ein Land, das seine sichere Grundlast opferte und sich zugleich entgegen aller Kritik daran tiefer an russisches Gas band. Atomkraft weg, Kohle weg, Versorgungssicherheit ins Märchenbuch, Industriepreise in den Himmel. Nord Stream 2 wurde zum Denkmal einer deutschen Selbsttäuschung, die Warnungen aus Osteuropa arrogante wegwischte und Putin mit Handel zähmen wollte. Das Ergebnis ist bekannt: Abhängigkeit, Preisexplosion, Deindustrialisierung, Standortflucht. Merkel hat Deutschlands Substanz ruiniert.

Auch europapolitisch war Merkel keine große Europäerin, sondern die perfekte Vollstreckerin eines Apparats, der nationale Verantwortung immer weiter nach Brüssel verschiebt. Unter ihr wurde aus europäischer Zusammenarbeit immer häufiger Zentralisierung. Aus Verträgen wurden Dehnmassen. Aus Krisen wurden Hebel für neue Zuständigkeiten. Aus demokratischer Debatte wurde Alternativlosigkeit. Merkel war die Kanzlerin des Satzes, dass es angeblich keine Alternative gebe. Genau dieser Satz ist der Feind jeder Demokratie.

Merkels Schwester im Geiste

Merkels eigentliche Erbin sitzt dabei schon längst in Brüssel. Ursula von der Leyen ist Merkels Schwester im Geiste, nur mit Kommissionssiegel und noch geringerem demokratischen Schamgefühl. Merkel machte von der Leyen in Deutschland zur Ministerin, hielt sie trotz des verheerenden Bildes im Verteidigungsministerium im Machtbetrieb und öffnete ihr den Weg in jene Brüsseler Sphäre und installierte ihre „Sister from another Mister“. Dort führt von der Leyen Merkels Methode fort: Macht nach oben ziehen, Kontrolle ausbauen und jeden Widerstand als Angriff auf Europa behandeln. Selbst Kaja Kallas soll sie intern als „Diktatorin“ bezeichnen; Charles Michel warf ihr eine autoritäre Amtsführung und Machtaneignung vor. Das ist keine rechte Polemik mehr, sondern Brüsseler Innenansicht.

Von der Leyen baut genau jenes Europa, das Merkel politisch vorbereitet hat: einen Apparat, der sich Werte auf die Fahnen schreibt und Bürger unter Verwaltung stellt. Die Chatkontrolle zielt auf anlasslose Massenüberwachung privater Kommunikation; die Datenschutzkonferenz forderte im Februar 2026 deshalb den vollständigen Verzicht darauf. Die EUDI-Wallet schafft eine europaweit standardisierte digitale Identitätsinfrastruktur, die jeder Mitgliedstaat bereitstellen muss. Dazu kommen zahllose Zensur- und Lenkungsinstrumente über den digitalen Dienstapparat, Demokratie-Schutz-Rhetorik und nun AgoraEU, ein milliardenschwerer Topf, mit dem Kultur und Medien auf die Werte dieser EU

ausgerichtet werden sollen. Merkel gab dieser Politik den Ton der Alternativlosigkeit. Von der Leyen setzt Merkels Zerstörungskurs konsequent und mit noch mehr ausgestatteter Macht fort.

Merkel zerstörte nicht mit Furor. Sie zerstörte mit viel Geduld und artigem Applaus aller großen Medien. Sie ließ Institutionen stehen und entkernte sie politisch. Die CDU blieb als Schild erhalten, wurde aber inhaltlich komplett nach links verschoben. Der Rechtsstaat blieb als Wort erhalten, wurde aber in politischen Krisen immer öfter nach Opportunität gebogen. Nicht genehme Wahlen? Rückgängig gemacht. Die Grenze blieb als Begriff erhalten, verlor aber 2015 ihre praktische Bedeutung. Die Marktwirtschaft blieb als Ritual erhalten, während Energiepolitik und Regulierungswut ganze Branchen strangulierten.

Dass diese Frau nun in Straßburg als europäische Verdienerin gefeiert wird, zeigt nicht Merkels Größe, sondern die Verkommenheit des Brüsseler Betriebs. Die EU „ehrt" in ihr die Methode, die sie selbst perfektioniert hat: Macht entziehen, Verantwortung verwischen, Kritik moralisieren, Folgen auslagern. Merkel war für diesen Betrieb ideal. Sie sprach nie klar, entschied aber folgenreich. Sie vermied Streit, indem sie Gegner entwaffnete oder eiskalt abservierte, Themen einschläferte und die CDU Stück für Stück in eine staatstragende Begleitmusik der linken Republik verwandelte.

Deutsche Interessen entkernt

Dieser Orden ist deshalb keine Überraschung, aber in seiner Unverfrorenheit nochmal eine neue Marke im Abwärtstrend dieses Selbstversorgerparadieses. Er ist ein Dankeschön des Apparats an eine seiner wichtigsten Figuren. Merkel hat Deutschland europäisiert, indem sie deutsche Interessen entkernte. Sie hat die CDU neutralisiert, indem sie ihre konservativen Reste entsorgte. Sie hat Konflikte nicht gelöst, sondern vertagt, verlagert und moralisch überklebt. Das war für Brüssel nützlich. Für Deutschland war es verheerend.

Leere Plätze im EU-Parlament hätten gezeigt, dass nicht alle bereit sind, dieser zutiefst verlogenen Geschichtsfälschung beizuwohnen. Sie hätten den Popanz dieses Festakts gestört, ohne ein Wort zu rufen. Doch offenbar war schon diese stille Form der Ablehnung zu viel. Also soll der Raum gefüllt worden sein. Brüssel duldet Kritik gern als Randnotiz, aber nicht als Bild.

Angela Merkel bekam einen Orden für ein politisches Lebenswerk, dessen Kosten andere tragen. Bürger, die ihre Sicherheit verloren haben. Kommunen, die nicht mehr hinterherkommen. Unternehmen, die unter Energiepreisen zugrundegehen oder abwandern. Familien, die sich dieses Land kaum noch leisten können. Eine CDU, die unter Merkel ihre Seele verkaufte, heute nicht mehr weiß, warum sie überhaupt noch existiert und sich beim Ertrinken an das Senkblei Merz klammern.

Potemkinsches Publikum für eine potemkinsche Kanzlerin: Vorne Angela Merkel, die Ikone des Zerstörungsbetriebs. Hinten ein Land, das unter ihrer Politik an die Wand fährt.

Ein Parlament, das leere Plätze nicht aushält, sollte nicht von demokratischer Kultur predigen. Eine Union, die Kritik aus dem Bild räumt, sollte nicht von europäischer Wertegemeinschaft reden. Merkel erhielt einen Orden. Sichtbar wurde aber etwas anderes: ein Apparat, der sogar Abwesenheit verwalten will.

Um noch ein volles Haus zu erleben, muss Merkel schon zur linkslinklinken re:publica pilgern.

Deutschlands wirtschaftlicher Niedergang feuert Judenhass an

Wirtschaftliche Krisen haben in Deutschland historisch immer auch antisemitische Ressentiments befeuert. In den heutigen Zeiten eines hierzulande vor allem islam-verursachten, dominierenden gewalttätigen Judenhasses ist es nicht anders. Was in der Weimarer Republik zur Katastrophe führte, wiederholt sich heute in beunruhigender Weise: Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands, verursacht durch ideologiegetriebenes Klimagaga, überbordende Bürokratie und jahrelange Investitionsversäumnisse, schafft ein Klima der Frustration und Verunsicherung, das nach Sündenböcken sucht — und aus bitterer historischer Erfahrung wissen wir, dass es immer die Juden sind, die als Erste herhalten müssen. Appeasement gegenüber islamischer Rechtsverachtung, Gewaltbereitschaft, grenzenlosem Judenhass und Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens — Deutschland im freien Fall. (JR)

Von Dr. Raphael Nagel

Deutschland erlebt nicht einfach nur eine wirtschaftliche Abschwächung.
Es erlebt einen Verlust an Substanz.
Arbeitsplätze verschwinden. Kleine Unternehmen schließen. Industriebetriebe stehen unter Druck. Energiekosten bleiben eine strukturelle Belastung. Investitionsentscheidungen werden verschoben oder ins Ausland verlagert. Der Mittelstand — über Jahrzehnte das Rückgrat der deutschen Wirtschaft — verliert Vertrauen.

Doch wirtschaftlicher Niedergang bleibt nie nur wirtschaftlich.

Wenn Einnahmen sinken, wenn Unternehmen scheitern, wenn Menschen um ihre Existenz fürchten, verändert sich die Gesellschaft. Die öffentliche Stimmung wird härter. Das Vertrauen nimmt ab. Die politische Debatte wird aggressiver. Die Menschen fragen nicht mehr nur, was falsch gelaufen ist. Sie beginnen zu fragen, wer schuld ist.

Und genau dort wird Geschichte gefährlich.

Jede Gesellschaft unter Druck sucht nach Erklärungen. Wenn Institutionen keine glaubwürdigen Antworten liefern, suchen Menschen nach Sündenböcken. Das ist nicht neu. Es ist eines der ältesten Muster der europäischen Geschichte.

Und viel zu oft war der Sündenbock bereits vorbereitet.: Der Jude.

Das ist die unbequeme Wahrheit, die Europa niemals vergessen darf.

Judenhass beginnt im Kopf

Antisemitismus beginnt selten mit Gewalt. Er beginnt mit Verdacht. Mit Andeutungen. Mit Verschwörung. Mit der Vorstellung, dass hinter jeder Krise eine verborgene Hand, ein verborgenes Netzwerk, eine verborgene Gruppe steht, die angeblich vom Leid anderer profitiert.

Wirtschaftliche Frustration wird dann zu moralischer Wut. Moralische Wut wird zu Anklage. Anklage wird zu Ausgrenzung. Und Ausgrenzung kann zu Gewalt werden.

Der Gin „Tannenblut" aus der Bereshit Serie ist Ausdruck jüdischer Sichtbarkeit und jüdischen Selbstbewusstseins.

Deshalb geht es in der Wirtschaftspolitik nicht nur um Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung und industrielle Produktion. Es geht auch um soziale Stabilität. Ein Land, das seine wirtschaftliche Grundlage verliert, riskiert auch den Verlust seiner zivilen Disziplin. Wenn Menschen sich wirtschaftlich verlassen fühlen, werden sie anfälliger für radikale Erzählungen. Sie wollen einfache Antworten. Sie wollen Schuldige. Sie wollen emotionale Entlastung. Genau in diesem Umfeld wächst Antisemitismus. Nicht immer offen. Nicht immer mit alten Parolen. Manchmal erscheint er in moderner Sprache. In politischen Codes. In finanziellen Verschwörungstheorien. In obsessiver Israel-Feindlichkeit. In kulturellem Ressentiment. In der Behauptung, bestimmte Gruppen seien immer privilegiert, immer geschützt, immer verantwortlich. Die Form verändert sich. Der Mechanismus bleibt. Deshalb habe ich Anti-Antisemitism geschrieben. Nicht als akademische Übung. Nicht als politische Geste. Sondern weil Europa eine viel klarere moralische und intellektuelle Verteidigung gegen eine seiner ältesten Krankheiten braucht.

Antisemitismus ist nicht nur ein jüdisches Problem. Er ist ein zivilisatorisches Warnsignal. Wo Antisemitismus zunimmt, wird die Vernunft bereits schwächer. Institutionen versagen bereits. Die öffentliche Debatte wird bereits primitiver.

Eine Gesellschaft, die Antisemitismus toleriert, wird nicht ehrlicher. Sie wird gefährlicher. Deshalb ist auch kulturelle und unternehmerische Sichtbarkeit wichtig.

Die richtige Antwort ist jüdische Sichtbarkeit

Die Herstellung koscherer alkoholischer Produkte, einschließlich Marken wie TANNENBLUT, ist nicht nur eine kommerzielle Entscheidung. Sie ist auch ein Statement. Ein leises, aber klares Statement.

Jüdische Kultur gehört nicht ins Versteck.

Koschere Produktion gehört nicht nur in private religiöse Räume.

Sie kann im offenen Markt stehen.

Sie kann elegant sein. Sie kann hochwertig sein. Sie kann europäisch sein.

Sie kann modern sein. Sie kann stolz sein.

Das ist wichtig, weil Antisemitismus jüdische Identität oft auf Opferrolle, Konflikt oder Anklage reduziert. Die richtige Antwort darauf ist nicht Schweigen. Die richtige Antwort ist Sichtbarkeit, Exzellenz und Normalität.

Eine Flasche koscheren Gins auf einem europäischen Tisch ist keine Politik.

Aber sie ist Präsenz. Sie sagt: Jüdische Standards, jüdisches Erbe und jüdische Kultur sind Teil des europäischen Lebens. Nicht als Ausnahme. Nicht als geduldetes Minderheitendetail, sondern als lebendiger Beitrag.

Deshalb ist die Verbindung zwischen wirtschaftlichem Niedergang, Antisemitismus und kulturellem Unternehmertum tiefer, als sie auf den ersten Blick erscheint. Deutschland braucht wirtschaftliche Erneuerung. Aber Deutschland braucht auch moralische Klarheit. Es muss seine industrielle Basis wieder stärken, unnötige Belastungen für Unternehmer reduzieren, bezahlbare Energie sichern und das Vertrauen in produktive Arbeit wiederherstellen. Gleichzeitig muss es verstehen, dass wirtschaftliche Angst sozial giftig werden kann, wenn sie nicht mit Wahrheit, Verantwortung und Führung beantwortet wird. Niedergang erzeugt Druck. Druck erzeugt Wut. Wut sucht Schuld.

Und die Geschichte hat gezeigt, wohin diese Suche führen kann.

Deshalb darf Deutschland nicht nur seine Wirtschaft verteidigen. Es muss auch seine moralische Architektur verteidigen. Ein ernsthaftes Land schützt seine Unternehmen. Ein ernsthaftes Land schützt seine Arbeitnehmer. Ein ernsthaftes Land schützt seine Minderheiten. Ein ernsthaftes Land verweigert sich der Suche nach Sündenböcken. Und ein ernsthaftes Land versteht, dass Wohlstand, Stabilität und Menschenwürde miteinander verbunden sind.

Deutschland ist nicht am Ende. Aber Deutschland muss wieder ernsthaft werden. Wirtschaftlich, politisch und moralisch. Denn die Gefahr besteht nicht nur darin, dass Unternehmen schließen. Die Gefahr besteht darin, dass die Gesellschaft auf der Suche nach Erklärungen wieder den falschen Feind wählt.

Dr. Raphael Nagel ist Gründungspartner von Tactical Management, sowie von Tannenblut Gin in der Tradition der J.F. Nagel Destillerie (Hamburg, 1852). Er ist Präsident des Abrahamic Business Circle und Autor zahlreicher Bücher.

Islam-Appeasement: Hamburgs gefährliche Realitätsverweigerung

Hamburgs Innensenator Andy Grote steht vor einem Widerspruch, den er offensichtlich nicht auflösen will: Der Verfassungsschutzbericht seines eigenen Hauses warnt vor wachsender islamischer Bedrohung in der Hansestadt — doch die Politik der Stadt ignoriert diese Warnungen systematisch. Statt klarer Kante zeigt Hamburg Appeasement: Islamische Netzwerke und Parallelstrukturen werden geduldet und gefestigt und jüdisches Leben gerät zunehmend unter Druck. Wer in Hamburg heute noch offen jüdisch lebt, tut das nicht mehr unbeschwert — es erfordert Mut, den kein Bürger in einem freien, demokratischen Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland aufbringen müssen sollte. (JR)

Von Birgit Gärtner

TOBIAS SCHWARZ / AFP

Innensenator Andy Grote unterschätzt die Gefahr durch islamische Fanatiker.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Es gibt Rechtsradikalismus und Neonazis – auch in Hamburg. Es ist gut, wenn Sicherheitsbehörden und Politik diese Szene im Blick haben; vor allem, wenn es sich um sehr junge Menschen, meistens männlich handelt. Nur ist die Hansestadt vom rechtsradikalen Umsturz so weit entfernt, wie der Mars von der Erde.

Ja, die AfD ist sowohl in Bezirksparlamenten als auch in der „Hamburgischen Bürgerschaft“ vertreten. Doch auch die zumindest augenscheinlich eher behäbig wirkende Altherren-Partei wird die Welt der Pfeffersäcke auch nicht aus den Angeln heben. Wie erwähnt, scheinen diese selbst den Sicherheitsbehörden für so harmlos, dass sie vom Verfassungsschutzbericht nicht beobachtet und im Bericht auch nicht erwähnt werden. Trotzdem wird der Anschein erweckt, als handele dieser über weite Teile von der AfD.

Rechtsradikalismus ist nicht einmal das erste Kapitel, sondern Islamismus.

Realitätsferne Berichterstattung

Der Verfassungsschutzbericht wurde auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Das „NDR-Journal“ leitete den Bericht darüber mit Bildern von einem Aufmarsch Rechtsextremer in Wismar ein. Dort versammelten sich Mitte September 2025 ca. 250 Personen; aufgerufen hatte die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der NPD, seit 2023 „die Heimat“. Entsprechend waren die Bilder, die aus Wismar eingespielt wurden: Schwarz gekleidete Personen, vor allem männlich, gewandet in Janker, die sich mit viel gutem Willen als „Bomberjacken“ beschreiben ließen, gemeinhin bekannt als Windjacken, manche trugen Regenjacken, manche nicht einmal schwarz, sondern weiß; und das Schuhwerk bestand größtenteils aus Turnschuhen, „Sneaker“ im Jugendsprech. Vereinzelt wären sie vermutlich gar nicht groß aufgefallen. So waren sie ein vorwiegend schwarzer Block mit schwarz-weiß-roten Fahnen, auch solchen mit Eisernem Kreuz, und Transparenten mit Aufdrucken wie „Treue und Ehre Deutschland“, was sie eindeutig als rechtsextrem auszeichnete.

Bundesweit wurde für den Aufmarsch in Wismar mobilisiert, trotzdem folgten nur knapp 250 Menschen dem Aufruf der JN. 250 junge Leute zu viel, die der NPD, bzw. der Partei „die Heimat“, auf den Leim gegangen sind, aber sicherlich nicht die Gefahr für „unsere Demokratie“, die Innensenator Andy Grote konstatierte.

Mit Bildern von dieser Zusammenkunft leitete der NDR also den Bericht über die Pressekonferenz anlässlich der Herausgabe des Hamburger Verfassungsschutzberichtes ein. „Eine Entwicklung hat es über Social Media und Einflüsse aus Ostdeutschland bis nach Hamburg geschafft: Auch hier sind solche Bilder wie aus Wismar wieder zu sehen“, wird dazu von einer Sprecherin erläutert. Der Rechtsextremismus sei auch in Teilen Hamburgs „wieder im Vormarsch“. Einen „Zuwachs von 50 jungen Menschen auf insgesamt rund 450 Rechtsextreme“ habe der Verfassungsschutz vergangenes Jahr verzeichnet. Im später im Beitrag folgenden Interview spricht Torsten Voß davon, dass sie im „mindestens mittleren zweistelligen Bereich hier auf Hamburgs Straßen sehr sichtbar rumlaufen“. Also rund 50 vorwiegend männliche Jugendliche, „kaum einer 18 Jahre alt“ laut Torsten Voß. Diesen Jugendlichen wäre zu wünschen, dass sie im Laufe des Erwachsenwerdens vom rechten Weg abkommen, aber sie sind sicher nicht die beschworene „Gefahr für das politische Gefüge“.

Eine imaginisierte Gefahr, die vom NDR mit den entsprechenden Bildern visualisiert wird, neudeutsch „Framing“ genannt – was mit Hamburg indes nichts zu tun hat. Denn in der Realität – so wir dem Verfassungsschutzbericht Glauben schenken können – setzte sich die Hamburger Neonaziszene „auch im Jahr 2025 […] überwiegend aus Einzelpersonen ohne feste Gruppenzugehörigkeit zusammen, die nur unregelmäßig politisch aktiv waren“. Und „im Jahr 2025 war es dem Landesverband der Partei ´Die Heimat` in Hamburg erneut nicht möglich, eine bedeutende Außenwirkung zu erzielen“.

„Islamismus“ – (k)eine Gefahr für die Demokratie

Zum Abschluss der Pressekonferenz betonte Innensenator Andy Grote: „Die größte strukturelle Gefahr für unsere Demokratie ist und bleibt der Rechtsextremismus. Weil das die größte gesamtgesellschaftliche Auswirkung hat, in Deutschland insgesamt. Islamismus ist ein Phänomenbereich, der zwar auch mit einem hohen Gefahrenpotential verbunden ist, der aber nicht die Gefahr in sich trägt, dass wir hier eine Veränderung im politischen Gefüge bekommen. Diese Gefahr geht aber vom Rechtsextremismus aus“.

Ok, dann machen wir doch mal den Faktencheck.

Grundsätzlich wird unterschieden nach

– „Radikalismus“, politische Richtungen, die „die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung grundlegend (´bis an die Wurzel gehen`) verändern, aber nicht beseitigen möchten. Da die Anwendung von Gewalt dabei in der Regel ausgeschlossen wird, ist kein Grund für die Beobachtung gegeben.

– „Extremismus“, zielgerichtete Aktivitäten, die „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind und diese beseitigen wollen“

und dabei „häufig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele“ befürworten oder einsetzen und deshalb unter Beobachtung stehen.

– „Terrorismus“, nach der „Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen“.

Das im Bericht ausgewiesene „Personenpotential“ gliedert sich für die Bereiche „Islamismus“, „Extremismus mit Auslandsbezug“, Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ folgendermaßen auf:

1.925 Personen werden dem „islamistischen“ Spektrum zugeordnet, davon 1.610 gewaltbereit. Davon 450 Salafisten, 250 gewaltbereit.

710 Personen werden dem Bereich „Extremismus mit Auslandsbezug“, zugeordnet, davon 90 türkische Linksextremisten, 110 Anhänger türkischer nationalistischer Strömungen, 10 Anhänger säkularer pro-„palästinensischer“ Extremisten.

Rund 1.000 Personen werden dem Linksextremismus zugeordnet, davon 770 gewaltbereit.

450 Personen werden dem Rechtsextremismus zugeordnet, davon 450 gewaltbereit.

Rein zahlenmäßig ist das Gefährdungspotential der „Islamisten“ das Größte und der Rechtsextremisten das Kleinste.

Verteilung der „politisch motivierten“ Straftaten

Das sieht allerdings anders aus, wenn wir uns die Verteilung bei der „politisch motivierten Kriminalität“ ansehen. Dabei handelt es sich um Straftaten, die im Zusammenhang mit der politischen Einstellung, Weltanschauung oder Herkunft von Tatverdächtigen oder Opfern stehen und darauf abzielen, gesellschaftliche Verhältnisse oder demokratische Prozesse zu beeinflussen:

„Islamisten“ – 65 Straftaten insgesamt, davon 3 Gewaltdelikte.

„Extremisten mit Auslandsbezug“ – 420 Straftaten insgesamt, davon 23 Gewaltdelikte.

„Linksextremisten“ – 929 Straftaten insgesamt, davon 44 Gewaltdelikte.

„Rechtsextremisten“ – 1.517 Straftaten insgesamt, davon 1.361 Fälle extremistischer Kriminalität und 120 Gewaltdelikte.

Die rechtsextremen Straftaten sind in den letzten 10 Jahren von 458 (2016) auf 544 (2020), 738 (2023), 1.350 (2024) auf 1.517 gestiegen. Den Sprung erklärt die Behörde mit „gesellschaftliche Sensibilität für Hassbotschaften und die erhöhte Anzeigebereitschaft der Menschen“, stärkere „Akzeptanz und Nutzung der Meldestellen“, erhöhte Wachsamkeit der Behörden, verstärkte Nutzung des Internets, bzw. Social Media, Verrohung aufgrund von im Internet verbreiteten Hassbotschaften.

Jetzt kommen die jungen Männer aus Schwerin wieder ins Spiel, die der NDR assoziativ in Szene setzte, um eine Gefahr für Hamburg heraufzubeschwören:

„Das gängige Bild des gewaltbereiten Rechtsextremismus wird von subkulturellen Gruppen, vorwiegend junger Rechtsextremisten geprägt, die versuchen, durch Gewalttaten und Drohungen Minderheiten und politische Gegner einzuschüchtern“.

So weit, so bekannt. Nur: Die gibt es in Hamburg quasi gar nicht:

„Die in Hamburg verzeichneten rechtsextremistischen Gewalttaten gingen nach wie vor fast ausschließlich auf Personen zurück, die keine Verbindung zu rechtsextremistischen Szenestrukturen hatten“.

Also sind es eher nicht die ca. 50 Jugendlichen „in Bomberjacken und Springerstiefeln“, manch einer „kaum 18 Jahre alt“, von denen die Gefahr ausgeht.

Von wem denn dann?

Wir lesen von „Sächsischen Separatisten“, von der „Letzte Verteidigungswelle – L.V.W.“, die zwar in Hamburg angeklagt, aber in Brandenburg und Thüringen aktiv waren, von einer Anklage gegen eine Einzelperson in Limburg an der Lahn, von der Partei „die Heimat“, die quasi in Hamburg keine Rolle spielt, von Sadisten, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden, von denen zwei in Hamburg angeklagt werden; einer davon hat iranische, der andere polnische Wurzeln.

Allerdings spielt hinsichtlich der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ (PKS) in Hamburg sowohl die rechtsextreme Kampfsport- als auch die Musikszene eine Rolle. Beides Bereiche, in und mit denen Jugendliche geködert werden. Ebenso die Fußball-Fanszene. Das gilt allerdings im Kampfsport für „Islamisten“ genauso.

Bei einem großen Teil der registrierten Delikte handelt es sich um die Nutzung verbotener Symbole oder Volksverhetzung, also Hakenkreuz- oder antisemitische Schmierereien. Nach welchen Kriterien diese welchem extremistischen Lager zugeordnet werden, versuchen wir durch eine Anfrage an alle Verfassungsschutzämter herauszufinden. Denn außer Rechtsextremen gebe es da noch einige andere Anwärter auf die Täterschaft. So wird im Bericht konstatiert:

„In Hamburg kam es im Jahr 2025 bei Demonstrationen mit klar israelfeindlichem Fokus zum Zusammenwirken von Linksextremisten und Extremisten mit Auslandsbezug“.

Auch „Islamisten“ spielen in der Liga mit.

Die Jugendlichen abholen, wo sie stehen

So sehr auch versucht wird, eine rechte Gefahr heraufzubeschwören – so ganz unter den Tisch fallen lassen können Behörden und Senat religiös, und zwar islamisch motivierte Straftaten und Gewalt nicht. Der CDU-Politiker Dennis Gladiator, Sprecher für Innenpolitik und Verfassungsschutz der Bürgerschaftsfraktion seiner Partei, kam auf eine besonders glorreiche Idee:

„Dort junge Menschen abholen, wo sie stehen.“

Ein altbekanntes Konzept, die akzeptierende Sozialarbeit. Das fand Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auch angemessen und so wurden nach der Wende im Osten überall Jugend-Treffpunkte eingerichtet, großzügig mit Geld und Personal ausgestattet, um „die Jugendlichen abzuholen, wo sie stehen“. So sollten sie vom rechten Weg abgebracht werden. Am Ende standen überall kleine und größere Neonazi-Zentren – und der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU). Die Vorbilder, denen männliche Heranwachsende in Hamburg jetzt nacheifern, wenn auch bislang nur als Lifestyle.

Dennis Gladiator sieht den Senat in der Pflicht. Dieser müsse eine „gute, ausreichend finanzierte Kinder- und Jugendarbeit, Straßensozialarbeit“ angeboten werden, „die dort hingeht, wo die Kinder und Jugendlichen sind“. Denn so überließe „die Stadt aus Kostengründen“ die Jugendlichen „den Extremisten“.

Kriminalitäts-Hotspots wie der Jungfernstieg, Hansaplatz, Steilshoop oder das Phoenix-Viertel können nicht mit Straßensozialarbeit befriedet werden. Steilshoop, das gerade als Lost Place durch die Medien geistert, haben die Menschen dort, bzw. ein Teil, ein bestimmter Teil davon, selber zu Grunde gerichtet, indem es zum Drogenumschlagsplatz umfunktioniert wurde. Mit Drogen lässt sich nun mal mehr Geld verdienen als mit der Hände Arbeit. Und Schulabschlüsse fallen trotz „Oma Rosie“ nicht einfach so vom Himmel.

Abgesehen davon sind diese „Extremisten“ genau jene islamischen Verbände, Moscheegemeinden und –initiativen, die der Senat zum Vertragspartner erkoren hat. Und zwar eingeleitet in der Ära von Beust, also einer CDU-Regierung, vorangetrieben von der folgenden SPD-Regierung unter Olaf Scholz und vor allem einer jungen Berufs-Deutsch-Türkin namens Aydan Özoğuz. Und diese Verbände, bzw. deren Vertreter, Herr Grote, sitzen mittlerweile in allen Parteien, auf allen politischen Ebenen, in den Medien, der Justiz, der Wissenschaft und der Wirtschaft und haben die Gesellschaft sehr wohl nachhaltig verändert. Und zwar nicht zum Guten, sondern Werte wie Gleichberechtigung, Toleranz und Vielfalt gefährdend.

„Kultursensibel“ heißt Islam kompatibel

Die von Olaf Scholz entdeckte Aydan Özoğuz hat nicht nur der SCHURA während der Vertragsverhandlungen mit dem damaligen Senat beratend zur Seite gestellt – als Ehefrau des damals amtierenden Innensenators Michael Neumann (SPD), wohlgemerkt – sondern sie hat, nachdem ihre politische Karriere innerhalb der SPD vorangekommen war, Strukturen geschaffen, unterstützt und finanziell gefördert, deren erklärtes Ziel es ist, dieses Land „kultursensibel“ zu machen. „Kultursensibel“ bedeutet nichts anderes als Islam kompatibel. Wenn das „politische Gefüge“ Islam kompatibel ist, wird von „unserer Demokratie“ allerdings nicht mehr sehr viel übrigbleiben.

Staaten wie die Türkei, vermittelt durch die Religionsbehörde DIYANET und deren deutschen Ableger DITIB, und der Iran, vermittel durch das inzwischen geschlossene „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) waren, bzw. sind an der Ausgestaltung des Religionsunterrichts in Hamburg beteiligt.

Der „Staatsvertrag“ räumt den „Extremisten“ weitreichende Rechte ein. So wird beispielsweise Verschleierung von Mädchen in KiTas und Schulen, aber auch von Frauen in Ausübung hoheitlicher Aufgaben, immer mehr zum Alltag – und Mädchen- und Frauenrechte werden abgebaut.

Juden werden in Hamburg auf offener Straße von jungen Arabern krankenhausreif geschlagen und Israelhasser können auf dem Platz campieren, auf dem einst Juden, Sinti und Roma zusammengetrieben wurden, um in die Todeslager deportiert zu werden. Sie können dort campieren und ihren Vernichtungsfantasien Israel gegenüber freien Lauf lassen. „Intifada Generation“ stand auf einem Pappschild, das an einem der Zelte hing. Alleine das hätte reichen müssen, um das Camp zu räumen. Eine Israelfahne konnte auf dem Rathausmarkt verbrannt werden, ohne dass die Polizei eingriff. Mehr als tausend aggressiv auftretende junge Muslime können mitten in der Stadt nach einem Kalifat rufen.

Hamburg wird mehr und mehr zur No-Go-Area

Diese Stadt wird Stück für Stück für Frauen und Juden, aber auch Schwule und Konfessionslose, die in muslimischen Ländern oder Communities sozialisiert wurden, zur No-Go-Area. Parks, touristische Orte, Stadtteile zum Kriminalitäts-Hotspot und Schulen zu Katastrophengebieten, Herr Grote. Und Sie setzen sich ernsthaft hin und behaupten, islamischer Extremismus würde das „politische Gefüge“ nicht verändern? Da drängt sich die Frage auf: In welcher Stadt leben Sie? Welche Stadt beschreibt der Verfassungsschutzbericht, herausgegeben vom LfV Hamburg?

Während des „Nakba“-Camps nahmen jüdische Studierende große Umwege in Kauf, um an die Universität zu kommen. Dieses Camp wurde organisiert von Vereinigungen, die allesamt im Verfassungsschutzbericht auftauchen: „Roter Aufbau“, „Young Struggle“, „Thawra“.

An der Uni gab es im April dieses Jahres einen Vorfall einer rechtsextremen Gruppierung, die „Patrioten an der Uni Hamburg“, die aufgrund ihres rassistischen und homophoben Auftretens sowie Äußerungen wie die Gruppe stehe für „deutsche Ehre und Stolz auf die Leistungen der Ahnen“ von der Wahl zum Studentenparlament (StuPa) ausgeschlossen wurde. Eine Gruppe, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen ist, die sich aber laut Torsten Voß „deutlich im Sprachgebrauch von sonstigen in Hamburg aktiven rechtsextremistischen Gruppen und Organisationen“ unterscheide. So zumindest zitieren die „Eimsbütteler Nachrichten“ den LfV-Chef.

Eine Gruppe mit rechtsextremer Attitüde an der Universität; linke, migrantische und islamische Israelhasser sind dort tonangebend.

Es ist gut, dass sich Torsten Voß Gedanken um Jugendliche macht, die in die rechtsextreme Szene abzudriften scheinen. Aber statt sie als die neue braune Gefahr zu brandmarken, sollten Behörden und Politik sich mit den Gründen auseinandersetzen, warum sie ausgerechnet – zumindest stilistisch – den 1990er Baseballschläger-Jahren zu einem Revival verhelfen. Laut Torsten Voß ist ein Großteil von ihnen „ein bisschen abgehängt“. Möglicherweise aufgewachsen in Stadtteilen wie Steilshoop, Harburg, Wilhelmsburg, Billstedt, Veddel, die mittlerweile allesamt aus einer Mischung von Gotteskriegern und Mafiabossen beherrscht werden. Was tun sie für diese Jugendlichen? Vielleicht die einzigen Deutschen in ihrer Klasse, denen das Pausenbrot aus der Hand geschlagen wurde während des Ramadans und die auf dem Schulweg abgezockt werden?

Was tun Sie für jene Kinder und Jugendlichen aus säkularen muslimischen Familien, die diesem Terror genauso ausgesetzt sind? Da helfen keine Straßensozialarbeiter, sondern die Bekämpfung der Kriminalität, die Eingrenzung religiöser Rechte. Aber die sind ja durch den Staatsvertrag garantiert. Weil nämlich, entgegen der Behauptung Andy Grotes, nicht Rechtsextreme, sondern islamische Extremisten und Kleinkriminelle an vielen Orten den Ton angeben.

Wann kommt das Abschiebe-Sondervermögen?

Friedrich Merz hat im Wahlkampf vollmundige und folgenlose Versprechen zur Migrationswende gemacht. Die Realität sieht jedoch anders aus: Hunderttausende ausreisepflichtige Migranten bleiben im Land, Abschiebungen scheitern an bürokratischen Hürden und politischem Unwillen. Während Deutschland Milliarden für überschießende Aufrüstung verpulvert und dabei gegen den Willen der Wählermehrheit — die Regierung verfügt nur über 32 Prozent — leichtfertig zündelt und sogar das Risiko eines Atomkrieges eingeht, fehlt der politische Wille, für die innere Sicherheit zu sorgen — beispielsweise durch ein konsequentes Abschiebeprogramm und den überfälligen Schutz der Bürger vor täglichen Messerattacken und Straßengewalt und für die Sicherheit jüdischer Menschen vor importiertem Antisemitismus und Gewalt gegen Juden. Die Straßen sprechen ihre eigene Sprache — die Politik schweigt. (JR)

Von Peter Grimm

TOBIAS SCHWARZ / AFP

Bundekanzler Friedrich Merz und Vizekanzler Lars Klingbeil können das Migrationsproblem nicht lösen.

Zuerst reichte der normale Haushalt nicht mehr, um alle Kostgänger zu versorgen und gleichzeitig ein paar staatliche Kernaufgaben zuverlässig zu erfüllen. Dann kamen die ersten "Sondervermögen". Ein neues deutsches Politikmodell, das vielleicht bei allen noch zu erledigenden unangenehmen Aufgaben Anwendung findet

Bei allem, was in Deutschland längst dringend hätte getan werden müssen, passierte lange nichts, weil angeblich das Geld fehlte. Die Einnahmen aus den laufenden Haushalten wurden schließlich weitgehend zur Finanzierung der stets wachsenden eigenen Verwaltungen, der Subvention und Alimentation ideologischer Lieblingsprojekte sowie üppiger Fördermittel-Ausreichung gebraucht. Da blieb nicht einmal genug für die Investitionen in die staatlichen Kernaufgaben übrig.

Doch seit einigen Jahren haben die wechselnden Bundesregierungen die Möglichkeit genutzt, im Namen wechselnder Ausnahmezustände zu regieren und damit auch die Umgehung der Schuldenbremse zu legitimieren. Unter dem fast schon wieder vergessenen Olaf Scholz (ist auch gerecht, wenn so ein vergesslicher Kanzler schnell wieder vergessen wird) wurde dann für üppige Zusatzschulden außerhalb des regulären Haushalts das schöne Wort „Sondervermögen“ aus der Taufe gehoben.

Sein Nachfolger Friedrich Merz – der bekanntlich vor der Wahl versprach, mit der ruinösen Schuldenpolitik der SPD Schluss zu machen – sorgte dann mit ebendieser SPD für neue Sondervermögens-Schulden in historischen Dimensionen. Und bekanntlich fehlt irgendwie trotzdem das Geld für alle nötigen Investitionen in die staatlichen Kernaufgaben, während die maßgeblich durch die eigene Energiepolitik mitverursachte schwere Wirtschaftskrise bald für sinkende Steuereinnahmen sorgen wird.

Das alles ist eigentlich jedem klar, aber auch diese Regierung ist entschlossen, die bisherigen politischen Irrwege nicht für eine Umkehr zu verlassen, allenfalls bietet sie eine leichte Entschleunigung an. Zugleich versucht der inzwischen nach Umfragen unbeliebteste Bundeskanzler immer wieder mal, wenigstens verbal so zu tun, als wäre seine Regierung zu entschlossenem Handeln bereit. Nach der Bilanz seines ersten Regierungsjahres glaubt ihm nur kaum jemand mehr. Seine Popularitätswerte wären vielleicht etwas weniger katastrophal, wenn er einfach schweigen würde wie sein Vorgänger. Der hat seine Koalitionskrisen auf diese Weise immerhin drei Jahre lang aussitzen können. Das war nicht gut fürs Land, aber für die Länge seiner Amtszeit.

Friedrich Merz wird schon ein Jahr nach Beginn seiner Regentschaft behandelt wie ein Kanzler auf Abruf, der die in Koalitionsausschüssen langwierig und dramatisch ausgehandelten Formelkompromisse als Weltrettungspläne zu verkaufen sucht, obwohl sie von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Gemäßigte Aufregung

Im Moment ist die illegale Einwanderung, sind all die Probleme der Zuwanderung über Asylanträge in die Sozialsysteme und leider auch überrepräsentiert in die Kriminalstatistik gerade kein politisch dominantes Thema. Vielleicht abgesehen vom allgemeinen Kopfschütteln über die Behauptung von Bärbel Bas, niemand würde wegen der Sozialleistungen nach Deutschland kommen. Aber die jüngste Behauptung des Bundeskanzlers, er bzw. seine Regierung hätte das Migrationsproblem schon weitgehend gelöst, nur weil sich der weitere Zuwachs an Migranten deutlich verlangsamt hat, sorgte beispielsweise für keine angemessen große Aufregung.

Doch bei Veröffentlichung der nächsten Kriminalstatistik oder der nächsten überregionales Aufsehen erregenden Gewalttat eines abgelehnten Asylbewerbers, wird die breite öffentliche Diskussion wieder aufflammen, um die Frage, warum denn eigentlich so viele Menschen, die gar nicht mehr in diesem Lande sein dürfen, nicht dazu gezwungen werden können, selbiges zu verlassen. Diese Bundesregierung hatte am Anfang bekanntlich auch eine „Abschiebeoffensive“ versprochen. Doch die Zahlen erfolgter Abschiebungen beispielsweise von Straf- und Gewalttätern nehmen sich angesichts der Zahl der Abzuschiebenden nach wie vor eher bescheiden aus.

Zu ihrer Entlastung könnte sich die Bundesregierung wie bei anderen Fragen auch darauf herausreden, dass ihr Abschiebungen einfach zu teuer seien.

„Die Abschiebung von 25 Afghanen, die am 28. April in ihr Heimatland ausgeflogen wurden, kostete den Steuerzahler mindestens 335.000 Euro. Das teilte die Bundesregierung dem AfD-Abgeordneten Rainer Galla auf eine Frage hin mit.

Abgeschoben worden waren in jener Nacht vollziehbar ausreisepflichtige Männer, die in Deutschland straffällig geworden sind – unter anderem wegen Totschlag, Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung und Drogendelikten.“

Das berichtete die Junge Freiheit am Dienstag. Allerdings beziehen sich die Kosten von gut einer Drittelmillion Euro allein auf den Flug. Wie es heißt, seien an der Abschiebung 71 Bundespolizisten sowie zwei Ärzte und zwei Dolmetscher beteiligt gewesen. Im Flugzeug hätte es keine „ungenutzten Plätze“ gegeben. Die Kosten für Gehalt, Honorare und Spesen kommen demzufolge noch hinzu, auch wenn die offenbar nicht genauer beziffert wurden. Doch auch das ist noch nicht alles:

„Die Planungsdauer der Bundesbehörden habe ‚zwischen fünf und sechs Wochen‘ gelegen, gab die Regierung außerdem bekannt. Zwölf Bundesländer seien an der Maßnahme beteiligt gewesen.“

Schnell wird aus Scherzen ernst

Auch diesen Vorbereitungs-Aufwand für die Abschiebung gibt es nicht umsonst, sondern sie kostet auch Steuergeld. Die Gesamtkosten der Abschiebung lassen sich vielleicht dennoch nicht genau errechnen. Aber jeder kann leicht überschlagen, welch eine Kostenbelastung auf die Steuerkassen zukämen, wenn die Politik tatsächlich Ausreisepflichtige in größerer Zahl abschieben wollte.

Hören wir vielleicht irgendwann mal das Argument fürs schleppende Abschieben, dass mehr aus dem laufenden Haushalt gar nicht zu bezahlen wäre?

Dann schlüge wieder die Stunde für ein neues „Sondervermögen“. Diesmal ein Sondervermögen Abschiebung. Das könnte auch Luftfahrtunternehmen helfen, denn die absehbar dramatisch steigenden Flugpreise können sich in Zeiten der Krise bestimmt immer weniger Normalverdiener noch so oft leisten wie früher. Der Staat hingegen kann alles zahlen, wenn er sich nur genügend „Sondervermögen“ geschaffen hat.

Wenn Sie das jetzt für eine merkwürdige Idee eines überspannten Autors halten, haben Sie nicht ganz unrecht. In diesen Zeiten empfiehlt es sich, derlei Bemerkungen als eine Art von Humor zu kennzeichnen. Allzu schnell machen Verantwortungsträger schließlich aus solchen Scherzen ernst.

Es gäbe aber vielleicht – kein Witz – eine deutlich kostengünstigere Möglichkeit, ausreisepflichtige Mitbewohner dieses Landes zur Ausreise zu motivieren: Wer sich hier aufhält, obwohl er das Land zu verlassen hat, erhält für seinen Aufenthalt hierzulande keinerlei Leistungen mehr auf Kosten des Steuerzahlers – kein Geld, keine Sachleistungen, keine Unterkunft. Höchstens ein Ticket für den Heimflug, wenn er darum bittet. Aber ein solcher Beschluss erscheint derzeit noch unwahrscheinlicher als ein Abschiebe-Sondervermögen.

Peter Grimm Peter Grimm ist Journalist, Autor von Texten, TV-Dokumentationen und Dokumentarfilmen und Redakteur bei Achgut.com, wo dieser Artikel auch zuerst erschienen ist.

Waffenlager, Terrorpläne, Hamas-Zellen: Die Gefahr in Europa wächst

Was die Jüdische Rundschau seit Jahren benennt und was uns dafür Feindseligkeit und die Verortung ins rechte Lager eingebracht hat, muss heute selbst von den eingeschworenen Appeasement-Verfechtern konzediert werden: Die bittere Realität hat die Kritik gegen uns längst eingeholt. Was lange als Verschwörungstheorie abgetan wurde, ist längst bittere Realität: Hamas-Zellen operieren in Europa, Waffenlager werden entdeckt, Terrorpläne gegen Synagogen in Berlin und Frankfurt werden geschmiedet — zumeist von islamischer Seite. Ein aktueller Berliner Gerichtsprozess bringt ans Licht, was europäische Sicherheitsbehörden und Politiker jahrelang vorsätzlich verschwiegen, kleingeredet oder aus ideologischer Blindheit vorsätzlich ignoriert haben: Hamas-Auslandsoperateure sind in Deutschland aktiv, der iranische Geheimdienst plant Anschläge auf Synagogen in Berlin und Frankfurt. Aufgrund des jahrelangen Versagens der westeuropäischen Staaten hat Europa längst aufgehört, ein sichererer Ort für seine Bürger zu sein, Europa ist kein sicherer Hinterraum mehr – es ist zur Frontlinie eines bei weitem überwiegend islamischen Terrors geworden. (JR)

Von Stefan Frank

Wegen Zugehörigkeit zu einer Hamas-Auslandszelle verurteilt das Berliner Kammergericht vier Männer im Alter zwischen 36 und 58 Jahren zu Haftstrafen zwischen viereinhalb und sechs Jahren.

Konkret ging es um Abdelhamid Al A., Mohamed B., Ibrahim El-R. und Nazih R. Sie stammen aus dem Libanon, Ägypten und den Niederlanden. Nach Ansicht des Gerichts gehören sie der Hamas an und kümmerten sich als Auslandsoperateure darum, Waffenlager in verschiedenen Ländern wie Polen, Bulgarien und Dänemark anzulegen, zu kontrollieren oder auch wieder aufzulösen.

Der Hintergrund: Nach Erkenntnissen der Ermittler hatte die Hamas schon vor längerer Zeit damit begonnen, in verschiedenen europäischen Ländern geheime Waffenlager anzulegen. Die vier Angeklagten waren offenbar über Jahre hinweg für die Hamas aktiv und standen in direktem Kontakt zu Verantwortlichen des militärischen Flügels. Einer von ihnen, Ibrahim El-R., soll 2019 in Bulgarien ein Waffenlager mit Schusswaffen und Munition eingerichtet haben. Im selben Jahr soll er zudem ein Versteck in Dänemark aufgelöst und eine Pistole nach Deutschland gebracht haben. Im Sommer 2023 reiste er erneut nach Bulgarien, um das Depot zu überprüfen.

Außerdem sollen alle vier Männer zwischen Juni und Dezember 2023 mehrfach versucht haben, von Berlin aus ein weiteres Waffenversteck in Polen zu finden. Dieses konnten sie aber letztlich nicht ausfindig machen. Ziel dieser Strukturen war es offenbar, Anschläge auf israelische, jüdische oder US-Einrichtungen in Europa vorzubereiten, darunter die israelische Botschaft in Berlin, die US-Airbase in Ramstein und ein Bereich rund um den ehemaligen Flughafen Tempelhof.

Dieses Bild wurde mit KI erstellt.

Der Prozess stellt etwas Besonderes in Deutschland dar

Die Festnahme der vier Männer erfolgte im Dezember 2023. Einer von ihnen wurde zunächst in den Niederlanden verhaftet und später nach Deutschland überstellt. Die Bundesanwaltschaft erhob im November 2024 Anklage. Die Richterin machte deutlich, dass das Gericht keinen Zweifel daran habe, dass die Hamas eine terroristische Organisation sei. Damit folgte das Gericht im Wesentlichen der Einschätzung der Bundesanwaltschaft, die sogar noch strengere Strafen gefordert hatte.

Der Prozess stellt etwas Besonderes in Deutschland dar. Zum ersten Mal wurde hier vor Gericht umfassend geprüft, ob jemand als Mitglied der Hamas strafbar ist. Für die Ermittler galt das Verfahren deshalb als eine Art Grundsatzfall. Am 2. November 2023 hatte das Bundesinnenministerium ein Betätigungsverbot gegen die Hamas verhängt. Die Angeklagten bestritten die Vorwürfe. Drei von ihnen wollten freigesprochen werden. Einer räumte zwar ein, ein Waffenlager in Bulgarien besucht zu haben, behauptete aber, es sei dabei nur um privaten Waffenhandel gegangen. Das Gericht glaubte dieser Darstellung jedoch nicht. Auslöser der Ermittlungen war ein Hinweis des Verfassungsschutzes kurz nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Es ging um den Verdacht, dass die Organisation auch in Deutschland an Waffen und Strukturen für mögliche Anschläge arbeitet. Daraufhin begannen verdeckte Ermittlungen, die schließlich zur Festnahme der vier Männer führten.

Stephan Weh, Berliner Landeschef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), begrüßte in den sozialen Medien das Urteil. Er sprach von einem „deutlichen und guten Urteil des Kammergerichts“, auch wenn klar sei, dass die Gefahr von Anschlägen dadurch nicht sinken werde. „Berlin steht als westliche Metropole im Fokus radikalislamischer Netzwerke, die heute vor allem auch über Social Media Nachwuchs und Unterstützer“ generierten.

Zusammenarbeit mit organisierter Kriminalität

Im vergangenen Jahr hatte das Combating Terrorism Center an der United States Military Academy eine Studie veröffentlicht, die zeigt, wie die Hamas ihre Aktivitäten nach Europa ausdehnt. Darin wird beschrieben, dass führende Mitglieder der Organisation im Libanon gezielt Anweisungen geben, sogenannte Auslandszellen aufzubauen. Diese Gruppen bestehen aus Personen, die sich in Europa frei bewegen können und dort im Auftrag der Organisation tätig sind.

Laut der Studie arbeiten diese Zellen teilweise mit Netzwerken der organisierten Kriminalität zusammen. Ziel ist es vor allem, an Waffen zu kommen und logistische Strukturen aufzubauen. Diese könnten im Ernstfall genutzt werden, um Anschläge vorzubereiten – unter anderem auf jüdische Einrichtungen und Gemeinden außerhalb des Nahen Ostens. Diese Erkenntnisse passen zu den Ermittlungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern: Auch dort geht es immer wieder um versteckte Waffenlager, Unterstützerstrukturen und Personen, die im Hintergrund organisatorische Aufgaben übernehmen.

Inzwischen haben die Behörden noch andere Verdächtige im Blick. Mehrere Personen wurden in den vergangenen Monaten in verschiedenen Ländern festgenommen, unter anderem in Deutschland und Großbritannien. Auch sie sollen an der Beschaffung von Waffen beteiligt gewesen sein, die möglicherweise für Anschläge in Europa gedacht waren. Am 20. März setzte der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs den Haftbefehl gegen den im Libanon geborenen Kamel M. in Vollzug. Der Beschuldigte war am 6. März 2026 in Zypern festgenommen und am 19. März 2026 nach Deutschland überstellt worden. Weitere Prozesse gegen mutmaßliche Hamas-Mitglieder könnten also folgen.

Hamas weiter in Deutschland aktiv

Die Aktivitäten der Hamas und ihrer Unterstützer werden in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet. Im Verfassungsschutzbericht 2024 – dem jüngsten, der vorliegt – des Landes Berlin heißt es: „Auch nach dem Betätigungsverbot“ blieben ihre Anhänger „in das anti-israelische Versammlungsgeschehen involviert“: „Hierbei kooperierten sie auch mit ideologisch konträren Gruppierungen aus dem Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus und des Linksextremismus. Unter der Dachbezeichnung ‚Vereinigtes Palästinensisches Nationalkomitee‘ (VPNK) organisierten Anhängerinnen und Anhänger der Hamas gemeinsam mit jenen der säkular ausgerichteten PFLP zahlreiche Versammlungen, auf denen regelmäßig auch einzelne Hamas-Anhänger als Redner auftraten.“

Dabei hätten sich die Redner aus dem Hamas-Umfeld mit strafrechtlich relevanten Aussagen „zurückgehalten“, um keinen Anlass für polizeiliche Maßnahmen zu geben. „Man behauptete sogar, dass Antisemitismus auf den eigenen Versammlungen keinen Platz habe.“ Zugleich sei jedoch das Recht der Palästinenser auf „bewaffneten Widerstand“ gegen Israel beschworen worden, „ohne terroristisches Vorgehen gegen Zivilisten davon abzugrenzen und zu verurteilen“.

Der Zweck des anhaltenden Protests auf deutschen Straßen sei unter anderem wie folgt begründet worden: „Wir gehen hier auf die Straße, um genau solchen Menschen [Israelis, Anm. Mena-Watch] zu zeigen, dass uns völlig egal ist, ob sie noch weitere 75 Jahre in unserem gottgelobten Heimatland sind. Am Ende des Tages werden sie gehen, genauso wie sie gekommen sind. […] Weil Leute wie wir in Gaza und Leute in Beirut dafür sorgen werden, dass sie ein für alle Mal verschwinden werden. […] Ja, wir werden Falestin [Palästina; Anm. Mena-Watch] zurückholen, weil uns Falestin genommen wurde.“

Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz verzeichnete in seinem Jahresbericht 2024 eine „Intensivierung und Ausweitung der Aktivitäten von Hamas und Hisbollah“ in Deutschland. Dies trage zu einer „abstrakt erhöhten Gefährdung israelischer und jüdischer Ziele bei“. Das Betätigungsverbot gegen die Hamas stelle einen „tiefen Einschnitt“ für die Situation der Organisation in Deutschland dar. Dennoch bestünden die etablierten politischen Unterstützerstrukturen der Hamas in weiten Teilen weiter und führten – „ohne sich offiziell zur Hamas zu bekennen“ – ihre Aktivitäten fort.

Seit Anfang März wurden im Westen mehrere Brand-, Schusswaffen- und Sprengstoffanschläge auf jüdische Einrichtungen verübt, darunter in Lüttich (Belgien), Rotterdam, London, Kanada und dem US-Bundesstaat Michigan.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Stefan Frank Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Audiatur online, die Jüdische Rundschau und MENA Watch. Buchveröffentlichungen: Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise (2009); Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos (2012).

Baden-Württemberg: Der große Bluff der „Null-Toleranz“-Politik gegen Judenhass

Baden-Württemberg rühmt sich seiner „Null-Toleranz”-Politik gegen Antisemitismus. Die Realität sieht anders aus: Die CDU/Grüne-Koalition kooperiert mit Organisationen, die dem BDS-Netzwerk angehören oder ihm offen nahestehen, und der Antisemitismusbeauftragte Michael Blume, dessen beharrliches Schweigen zu den gravierendsten Fällen durch den renommierten Jerusalem-Post-Journalisten Benjamin Weinthal wiederholt dokumentiert und belegt wurde, erweist sich als der Bock, den man zum Gärtner gemacht hat. Jüdische Gemeinden im Land fühlen sich von der Politik allein gelassen und mit leeren Versprechungen abgespeist. Was als Vorzeigemodell verkauft wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als verschlagener Bluff — inhaltsleere Symbolpolitik statt echter Schutz für jüdisches Leben. (JR)

Von Benjamin Weinthal

Auch die neue Landesregierung unter Cem Özdemir setzt die Zusammenarbeit mit dem Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume fort.

Trotz der Erklärung „Kein Platz für Antisemitismus“ auf der Website der Landesregierung Baden-Württemberg und trotz der demonstrativen Verurteilung der antisemitischen BDS-Kampagne (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) gegen Israel im neuen Koalitionsvertrag von CDU und Grünen finanziert die neue Landesregierung weiterhin einen antisemitischen „palästinensischen“ Hetzer und BDS-Aktivisten in Bethlehem.

Im Koalitionsvertrag verkündet die Regierung vollmundig: „Wir verfolgen eine Null-Toleranz-Strategie gegen jede Form von Judenhass und Israelfeindlichkeit.“

Die politische Realität sieht jedoch völlig anders aus. Wie bereits die vorherige grünschwarze Landesregierung duldet und fördert auch die neue Koalition weiterhin massive Formen des Judenhasses. Baden-Württemberg perfektioniert damit eine politische Doppelmoral, die Antisemitismus öffentlich verurteilt, ihn praktisch jedoch finanziert und legitimiert.

Laut Koalitionsvertrag soll die Zusammenarbeit mit „unseren Partnern vor Ort im Raum Bethlehem in den palästinensischen Gebieten“ fortgesetzt werden. Gemeint ist offenkundig die Dar al-Kalima-Universität in Bethlehem. Ihr Präsident ist der international bekannte antisemitische Hetzer und BDS-Aktivist Mitri Raheb. Bereits 2017 übergab der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) persönlich einen Scheck über 30.000 Euro an den evangelischen Pfarrer Raheb im Westjordanland – obwohl dessen israelfeindliche und antisemitische Positionen seit Jahren dokumentiert sind.

Auf der Website des Fördervereins Bethlehem-Akademie – Dar al-Kalima e. V. vom 04.02.2026 heißt es: „Zur Vertiefung und zum Ausbau der Zusammenarbeit im Bereich der dualen Bildung war heute die Leitung des Referats ‚Internationale Kooperationsprojekte‘ des ZSL Baden-Württemberg an der Dar al-Kalima Universität zu Gast.“

Mitri Raheb ist Vorstandsmitglied des als antiisraelisch kritisierten Fördervereins Bethlehem-Akademie – Dar al-Kalima e. V..

Die Pressesprecherin des Fördervereins Bethlehem-Akademie – Dar al-Kalima e. V., Christiane Wacker, reagierte nicht auf eine Presseanfrage der „Jüdische Rundschau“ (JR).

Keine Reaktion auf JR-Anfrage

Innerhalb der neuen Landesregierung herrscht zu diesem Skandal weitgehend Schweigen. Die JR konfrontierte Maren Steege, CDU-Landtagsabgeordnete und frühere Repräsentantin des israelischen Generalkonsulats, mit der antisemitischen Kooperationsarbeit der CDU mit Raheb sowie mit antisemitischen und Pro-Hamas-Tendenzen innerhalb der CDU. Eine Antwort blieb bis heute aus.

Öffentlich gibt sich Steege dagegen entschlossen. Nach dem Israel-Tag am 18. Mai in Stuttgart schrieb sie auf Instagram: „Umso wichtiger ist es, klar Haltung zu zeigen. Für mich ist klar: Antisemitismus darf niemals normal werden – weder auf unseren Straßen noch in sozialen Medien.“

Mit politischen Freunden wie Steege brauchen Israel und Juden keine Feinde mehr.

Der Stuttgarter Kreisverband der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) schrieb bereits am 9. April 2017 in einem offenen Brief an Kretschmann: „Mitri Raheb hat das ‚Kairos-Palestine-Dokument der Christen in Palästina‘ verfasst … Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hatte das Papier bereits bei seiner Veröffentlichung 2010 kritisiert, weil es zu Wirtschaftssanktionen gegen Israel aufruft … und sich gegen das Existenzrecht Israels ausspricht.“

Der Kreisverband erklärte zudem, das Dokument betreibe „Propaganda gegen Israel mit fragwürdigen theologischen Argumenten“.

Für meinen Bericht in der Jerusalem Post über den damaligen Skandal erklärte Prof. Gerald Steinberg von NGO Monitor: „Raheb hat eine lange Geschichte unmoralischer Hetze gegen Israel und gegen den Friedensprozess.“ Steinberg verwies insbesondere auf Rahebs Mitwirkung am „Kairos-Palestine“-Dokument, das die BDS-Bewegung unterstützt und Gewalt gegen israelische Bürger verherrlicht. Weiter sagte Steinberg: „Raheb nimmt an Veranstaltungen wie ‚Christ at the Checkpoint‘ teil und verbreitet Narrative, die an klassischen theologischen Antisemitismus erinnern.“ Dazu gehöre auch die Behauptung, israelische Juden stammten angeblich von einem „osteuropäischen Stamm“, der erst im Mittelalter zum Judentum konvertiert sei.

Neun Jahre später ist es bemerkenswert still geworden um die teilweise antizionistische Deutsch-Israelische Gesellschaft Region Stuttgart e. V. und ihren neuen, ebenfalls teilweise antizionistischen Vorsitzenden Oliver Vrankovic. Die DIG Stuttgart geht mit der neuen Landesregierung auffallend zurückhaltend um und vermeidet harte öffentliche Kritik. Ganz im Gegenteil: Am 13. Mai gratulierte die DIG Stuttgart auf Facebook demonstrativ Cem Özdemir zur Wahl zum Ministerpräsidenten und Oliver Hildenbrand zum Eintritt in die neue Landesregierung. Dabei erklärt dieselbe DIG öffentlich: „Insgesamt ist es uns wichtig, Präsenz im öffentlichen Raum zu zeigen und gegen JEDEN Antisemitismus ÖFFENTLICH einzustehen.“

Kaum Solidarität mit den ermordeten iranischen Oppositionellen

Der neue Koalitionsvertrag offenbart eine bemerkenswerte politische Schieflage im Umgang mit dem iranischen Regime. Fast alle Parteien in Baden-Württemberg zeigen inzwischen massive Sympathien für das antisemitische iranische Regime, das allein im Januar innerhalb von 48 Stunden etwa 45.000 iranische Demonstranten getötet hat. Im Vertrag heißt es: „Und der Krieg im Iran treibt auch bei uns die Energiepreise in die Höhe – zu Lasten der Menschen und der Wirtschaft.“

Während das iranische Regime brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgeht, scheinen CDU und Grüne vor allem wirtschaftliche Interessen im Blick zu haben. Gleichzeitig findet sich im gesamten Koalitionsvertrag kein einziger ernsthafter Satz gegen Islamismus oder islamischen Antisemitismus.

Auch die antisemitische Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und dem iranischen Regime in Isfahan bleibt unangetastet bestehen.

Der Vertrag sieht zudem ausdrücklich vor, die Arbeit des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Michael Blume weiter zu finanzieren: „Die Arbeit des Beauftragten der Landesregierung gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben sowie die Arbeit der Polizeirabbiner werden wir weiterhin unterstützen.“

Seit Unterzeichnung des Vertrags verbreitete Blume innerhalb weniger Wochen erneut antisemitische und antiisraelische Inhalte. Auf Mastodon bewarb er die indonesische Karikaturistin Stephani Soejono, die Israel öffentlich „Völkermord“ vorwirft und globale Gaza-Streiks fordert. Nach öffentlicher Kritik löschte Blume den Beitrag.

Blume wirkt inzwischen politisch angeschlagen und klammert sich sichtbar an sein Amt. Er hat dem internationalen Ansehen der baden-württembergischen Landesregierung erheblichen Schaden zugefügt. Kurz gesagt: Blume kann Antisemitismus nicht glaubwürdig bekämpfen, weil er selbst immer wieder antisemitische Narrative verbreitet. Deutsche Juden in Baden-Württemberg und im gesamten Bundesgebiet fordern inzwischen offen seine Entlassung.

Ende Mai verbreitete Blume zudem Inhalte der antiisraelischen Gruppe „Eltern gegen Rechts“. Die Gruppe nahm an antisemitischen Demonstrationen teil und verbreitet regelmäßig Pro-Hamas-Botschaften – unter anderem über Instagram-Beiträge mit Slogans wie „Palästina-Solidarität ist kein Antisemitismus“. Hinzu kommt eine enge Kooperation mit „Omas gegen Rechts Berlin/Oberhavel“, die deutlich radikalere pro-„palästinensische“ Solidaritätsbekundungen veröffentlichten, etwa zur „All Eyes on Gaza“-Demonstration 2025.

Blume, ein evangelischer Christ, der seit 2018 im Amt ist, schweigt zugleich konsequent zu Raheb. Tatsächlich teilt Blume viele der antisemitischen Narrative Rahebs. Bereits 2012 beschrieb der BZ-Kolumnist Gunnar Schupelius nach einem Treffen mit Raheb dessen Positionen scharf. Raheb habe den israelischen Sicherheitszaun mit der Berliner Mauer verglichen, Israel als „Apartheid-Staat“ bezeichnet und zugleich kein Wort über „palästinensischen“ Terror verloren. Auch Michael Blume geriet in diesem Zusammenhang massiv in die Kritik, nachdem er einen Beitrag des bekannten Israel-Hassers Richard Silverstein geliked und geteilt hatte. Darin wurde der israelische Sicherheitszaun mit der Berliner Mauer verglichen und seine Abschaffung gefordert – unter dem Slogan: „Netanyahu, Tear Down This Wall!“ Erst nach massiver öffentlicher Kritik löschte Blume den Beitrag.

Die JR richtete Presseanfragen an Ministerpräsident Cem Özdemir sowie an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Manuel Hagel (CDU). Bis Redaktionsschluss blieb jedoch jede Antwort aus.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Einzelnummer 0,90 Goldmark

JÜDISCHE RUNDSCHAU

...daktion und Verlag Berlin W 15, Meinekestraße 10. Erscheint ...den Dienstag und Freitag. Bezugspreis bei der Expedition ...natlich 1,85 Goldmark, vierteljährlich 5,25 Goldmark. ...landsbezugspreis werden in der Währung der einzelnen Länder berechnet.

Anzeigen-Verwaltung
Jüdische Rundschau G. m. b. H., Berlin W 15, Meinekestr. 10
Telephon: Amt Bismarck 7165—70.
Anzeigenpreis ... Anzeigenschluß: Dienstag und Freitag nachmittag 4 Uhr.

Telephon: Bismarck 7165—70. Postscheckkonto: Berlin Nr. 17392.
Für Österreich: Postsparkassenamt Wien, Konto Nr. 156 030.
Für Tschechoslowakei: Postsparkassenamt Prag Konto Nr. 79 420.
Für Polen: Postsparkassenamt Warschau, Konto Nr. 190 208.
Redaktionsschluß Sonntag und Mittwoch nachmittag

Nummer 45 | Berlin, 11. VI. 1926 | כ"ט סיון תרפ"ו | XXXI. Jahrg.

...r Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. „Baseler Programm."

Das Memorandum an die Mandatskommission

Dem Vernehmen nach soll die Lage in Palästina von ...Ständigen Mandatskommission bei ihrer neunten Sitzung im ...i 1926 beraten werden. Das vorliegende Memorandum ist ...ptsächlich dazu bestimmt, jene Information auf den ...tigen Stand zu ergänzen, welche die Zionistische Orga...sation die Ehre hatte, der Kommission bei Gelegenheit ...er Siebenten Sitzung im Oktober 1925 vorzulegen. Doch ...ffte es für die Kommission wünschenswert sein, daß die ...tistischen Angaben ein volles Jahr und nicht eine will...lich herausgegriffene Periode von einigen Monaten um...sen. Demgemäß beziehen sich die Statistiken hauptsäch...st auf das Jahr 1925, obgleich neue Ziffern, soweit ...fügbar, hinzugefügt wurden.

Da das vorjährige Memorandum zum Teil dieselben Gegen...nde behandelte, war ein gewisses Maß von Ueberschneidung ...rmeidbar, doch wurde alles daran gesetzt, um Wieder...ungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

Einwanderung*)

1. Die Zahl der von der Palästina-Regierung als Einwan...er registrierten Juden im Jahre 1925 belief sich auf 33 801 ...genüber 12 856 im Jahre 1924 und 7 421 im Jahre 1923. ...Auswanderungsziffern für 1925 zeigen eine Summe von ...31 jüdischen Ausreisenden, davon 666 Vorkriegseinwohner ...d 1 485 rückwandernde Emigranten. Somit ergab sich eine ...dische Nettoeinwanderung von 31 650 Personen im Jahre ...5. Dies ist weitaus die höchste bisher in einem Jahre ...gestellte Ziffer und um fünfzig Prozent mehr als die ...samte Nettoeinwanderung in den drei Jahren 1922, 1923 und ...4. Der Hauptstrom der jüdischen Wanderung, der früher ...h Nord- und Südamerika ging, wird jetzt sichtlich nach ...lästina abgelenkt.

2. Im ersten Vierteljahr des Jahres 1926 kamen etwa ...00 jüdische Einwanderer, während die Zahl der Ausreisen ...r Einschluß sowohl der Vorkriegseinwohner als auch der ...kwandernden Emigranten etwa 500 betrug. Diese Ziffern ...d provisorisch und dürften noch Richtigstellungen erfahren. ...r Gesamtzahl der Juden, die sich seit der britischen Be...zung bis zum 31. März 1926 in Palästina angesiedelt ..., beläuft sich auf annähernd 83 000, ungerechnet der etwa ...00 Einwohner, die nach dem Kriege in ihre Wohnsitze ...rückkehrten. Nach Abzug der festgestellten Ausreisen sowohl ...n Vorkriegseinwohnern, als auch von rückwandernden Emi...anten ist die gesamte Nettoeinwanderung (ausschließlich der ...kwandernden Einwohner) während der erwähnten Periode ...gefähr 71 000. Die jüdische Bevölkerung von Palästina ...rde so zu Ende 1925 von der Zionistischen Organisation ...f 138 000 geschätzt, gegenüber 55 000 zur Zeit des Waffen...standes. Palästina hat heute einen größeren Anteil jü...scher Einwohner als irgendein anderes Land.

3. Die 33 801 jüdischen Einwanderer des Jahres 1925 ...standen aus 30 621 Aschkenasim und 3 180 Sefardim, haupt...sächlich aus den Balkanstaaten, Marokko, Jemen, Kurdistan ...d Persien. Die hauptsächlichsten Ursprungländer waren ...folgenden:

Polen	16 983
Rußland und Ukraine	6 713
Rumänien	2 156
Litauen	1 747
Deutschland	663
Türkei	519
Bulgarien	373
Jemen (inklusive Aden)	370
Vereinigte Staaten	278
Lettland	240
Österreich	125
Griechenland	101
Tschechoslowakei	117
Großbritannien	137
Frankreich	115
Irak	113
Andere Länder	801

4. Unter den Einwanderern befanden sich 6094 Familien ...t 19 749 Mitgliedern oder 58 Prozent aller Ankömmlinge. ...e Einteilung nach Geschlecht und Familienstand war die ...gende:

	Ledig	Verheiratet aber ohne Begleitung von Familienmitgliedern	Verheiratet und in Begleitung von Familienmitgliedern	Summe
...nner	5 848	1 776	5 302	12 926
...uen	4 856	771	6 015	11 642
...mme	11 704	2 547	11 327	25 578
...der	—	—	—	8 223
...mme	11 704	2 547	11 327	33 801

5. Die Einteilung nach Kategorien war die folgende:

Kategorie	Zahl	Prozent
...sonen mit unabhängigen Mitteln und ...hre Angehörigen	11 794	34.9
...abhängige Verwandte von Einwohnern ...Palästinas	5 717	16.9
...sonen mit bestimmten Zusagen wegen ...Beschäftigung und ihre Angehörigen	16 161	47.8
...sonen mit religiöser Beschäftigung	129	0.4
...mme	33 801	100.0

*) Siehe Abs. I des ...n Generalsekretär des Völkerbundes ...Information der Ständigen Mandatskommission im Oktober ...5 überreichten Memorandums.

6. Im Jahre 1925 bestand wie im Jahre 1924 ein beträchtlicher Teil der jüdischen Einwanderung aus Personen, die zu der sogenannten Kategorie der „Einwanderer mit unabhängigen Mitteln" gehörten. Es sind dies Einwanderer, die zugelassen werden, nicht um offene Plätze auf dem Arbeitsmarkt auszufüllen, sondern auf Grund des Besitzes eines vorgeschriebenen Kapitalbetrages, der in der Regel mindestens 500 ägypt. Pfund beträgt. Einwanderer dieses Typus nebst ihren Angehörigen bildeten 35 Prozent der Gesamteinwanderung im Jahre 1925 und 41 Prozent im Jahre 1924, gegenüber 13 Prozent für 1923 und 17 Prozent für 1922. Die folgenden Ziffern geben eine Vorstellung von dem Maßstab, in welchem in der letzten Zeit von seiten privater Personen Kapital ins Land gebracht wurde. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1925 gab es 7060 Einwanderer der Kategorie mit unabhängigen Mitteln. Darunter waren 2149, über deren Mittel die Zionistische Organisation nicht informiert ist. Die übrigen 4911 Einwanderer, worunter 1630 Familienväter waren, gaben Erklärungen ab, wonach sie eine Gesamtsumme von 948 620 ägypt. Pfund oder annähernd 193 ägypt. Pfund pro Kopf im Besitz hatten. Darunter waren 178 Familien mit mehr als je 500 ägypt. Pfund und 103 wohlhabende Familien mit einem durchschnittlichen Kapital von 1650 ägypt. Pfund. Nimmt man an, daß unter den übrigen 2149 Einwanderern Familienväter im gleichen Verhältnis waren, also etwa 700, und daß jeder von diesen nur das übliche Minimum von 500 ägypt. Pfund besaß, so muß sich das in sechs Monaten durch Einwanderer dieser Kategorie nach Palästina gebrachte Kapital insgesamt auf etwa 1 300 000 ägypt. Pfund belaufen haben. Im ganzen Jahre, wenn man ein Sinken des Durchschnitts in dieser Einwanderungsklasse im letzten Vierteljahr berücksichtigt, kann der Gesamtbetrag privaten Kapitals, der im Jahre 1925 so nach Palästina gebracht wurde, sehr vorsichtig auf eine Summe von etwa 2 000 000 ägypt. Pfund geschätzt werden.

7. Es ist wichtig, zu beachten, daß, während der Anteil von Einwanderern mit unabhängigen Mitteln während der beiden letzten Jahre beträchtlich gestiegen ist, kein entsprechender Rückgang in dem Anteil der Einwanderer eingetreten ist, die als manuelle Arbeiter zur Ausfüllung freier Plätze auf dem Arbeitsmarkt hereinkommen. Die Einwanderer dieses Typus mit ihren Angehörigen bildeten im Jahre 1925 nahezu 48 Prozent der Gesamtzahl gegenüber 42 Prozent für 1924, 59 Prozent für 1923 und 40 Prozent für 1922. Andererseits zeigte sich ein ständiges Sinken in dem Anteil derjenigen Einwanderer, die als abhängige Angehörige von palästinensischen Einwanderern kommen und die 16,9 Prozent der Gesamtzahl im Jahre 1925 bildeten und 17 Prozent im Jahre 1924, gegenüber 26 Prozent für 1923 und 41 Prozent für 1922. Es ist also der Fall eingetreten, daß der früher von der weniger produktiven Klasse der abhängigen Familienangehörigen eingenommene Platz von Einwanderer eingenommen wurde, die in jedem Fall wenigstens einen bescheidenen Betrag an Kapital mitbringen und in vielen Fällen etwas noch Wichtigeres, nämlich Unternehmungsgeist und industrielle oder kommerzielle Erfahrung.

8. Die Einwanderung der Kategorie mit unabhängigen Mitteln erreichte ihren Höhepunkt im Sommer 1925. Im Herbst zeigte sich ein deutlicher Rückgang, und die Monatssumme der Einwanderer dieses Typus (einschließlich ihrer Angehörigen) sank allmählich von 1258 im August auf 590 im Oktober und 278 im Dezember. Dieser Rückgang ist zum großen Teil auf zwei Hauptursachen zurückzuführen. Einerseits spiegelt er die schweren Verluste jüdischen Kapitals infolge der sich vertiefenden Wirtschaftskrise in Polen, aus welchem Land ein großer Teil der Einwanderer in der Regel herkommt. Andererseits spiegelt er aber auch die Wirksamkeit der im Sommer 1925 in Kraft gesetzten neuen Einwanderungsbestimmungen wieder, die festsetzen, daß Zulassungsgesuche von Personen mit unabhängigen Mitteln in jedem Einzelfall erst nach Jerusalem geleitet werden müssen. Diese Vorschrift gilt sogar für Polen, wo die Palästina-Regierung durch einen dem britischen Konsulat in Warschau attachierten Palästina-Einwanderungsbeamten direkt vertreten ist. Der lange Zeitraum, der, besonders in der ersten Zeit, zwischen der Einreichung eines Gesuches nach Jerusalem und dem Einlangen der Erledigung eintrat, hatte eine entmutigende Wirkung auf Auswanderungslustige, die viele Wochen in einem Schwebezustand gehalten wurden. Inzwischen wurden die Aktiva, die sie realisiert hätten, wenn sie nach Palästina gereist wären, immer mehr entwertet, sowohl wegen der Handelsdepression als auch wegen des ungünstigen Kurses der polnischen Währung. Dem Vernehmen nach werden jetzt von der Palästina-Regierung Schritte eingeleitet, um diese Gesuche mit größerer Beschleunigung zu erledigen.

9. Die Verlangsamung der Einwanderung dieser Kategorie traf mit einem zeitweisen Stillstand der ungewöhnlich guten Wirtschaftslage zusammen, die die ersten drei Viertel des Jahres 1925 bezeichnet hatte. Im letzten Vierteljahr zeigten sich Symptome von Geldknappheit, die sich in Kreditbeschränkungen mit ungünstiger Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt ausdrückte. Der Stand der Beschäftigung wurde auch durch die Unterbrechung der Bautätigkeit infolge der starken Winterregen ungünstig beeinflußt. Die Zahl der jüdischen Arbeitslosen erreichte ihren höchsten Punkt im Januar 1926, wo sie während einiger Wochen auf den Stand von ungefähr 4000 stieg. Bis Mitte April hatte sich diese Ziffer auf etwa 3000 gesenkt und der Arbeitsmarkt zeigte Merkmale einer Besserung. Es wurde vermieden, daß irgendein Arbeitsloser öffentliche Mittel belastete, und die Zionistische Palästina-Exekutive, zusammen mit der Stadtvertretung von Tel-Aviv und anderen jüdischen öffentlichen Körperschaften, ergriff energische Maßnahmen, um die Lage zu bessern, insbesondere mittels der Inangriffnahme wichtiger und notwendiger Arbeiten, deren Durchführung noch nicht unmittelbar dringend war. Es ist wichtig, festzustellen, daß die Ziffern der Arbeitslosigkeit zu Ende Februar nicht erheblich höher waren als zu Ende November des vorhergehenden Jahres, obgleich in der Zwischenzeit mehr als 8000 jüdische Einwanderer angekommen waren, ein großer Teil davon manuelle Arbeiter.

10. Während alles getan wird, um die Ankömmlinge in enger Uebereinstimmung mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt einzuordnen, kann ein vollständiges Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage in jedem gegebenen Zeitpunkt nicht vollständig gewährleistet werden, wenn es sich um starke Gruppen von Einwanderern handelt, die von einer großen Zahl weit entlegener Länder nach Palästina kommen. Andererseits muß aber, wenn man auch mit einem gewissen Maß von Ebbe und Flut zu rechnen hat, doch bemerkt werden, daß trotz dem sehr vergrößerten Umfang der Einwanderung keine längere Periode von Arbeitslosigkeit in irgend beträchtlichem Maßstab eingetreten ist. Es ist auch zu berücksichtigen, daß die plötzliche, wenn auch vorübergehende Krediteinengung zu Ende des Jahres 1925 keineswegs heftige Krise herbeigeführt hat, die fast unvermeidlich gewesen wäre, wenn es wirklich ein beträchtliches Uebermaß spekulativer Geschäftstätigkeit gegeben hätte. Der Wirtschaftsbau wurde auf eine ernste Probe gestellt und die Tatsache, daß er den Sturm ausgehalten hat, ohne ernsten Schaden zu leiden, ist wohl ein Beweis dafür, daß er in den Grundlagen gesund ist.

11. Die Memoranden, welche die Zionistische Organisation der Ständigen Mandatskommission im Jahre 1924 (Absatz V) und im Jahre 1925 (Absatz I) zu übermitteln die Ehre hatte, enthalten genaue Information, die hier nicht wiederholt werden muß, hinsichtlich des von der Zionistischen Organisation und den ihr angeschlossenen Körperschaften geschaffenen Apparates für die Auswahl und Vorbildung von Einwanderern in ihren Ursprungländern und für ihre Aufnahme und weitere Ausbildung in Palästina. Im Laufe des Jahres 1925 wurden weitere zionistische Einwanderungsbeamte in Teheran und Hohingfors bestellt. Einzelheiten über diese Bestellungen wurden auf üblichem Wege der Mandatarmacht übermittelt, die den in Betracht kommenden britischen Paßbehörden Kenntnis gab.

II. Landwirtschaftliche Kolonisation*).

12. Während des Jahres 1925 wurde der Umfang des jüdischen Bodenbesitzes in Palästina von 900 000 Dunam auf 1 100 000 Dunam**) vergrößert, wovon der überwiegende Großteil in ländlichen Bezirken liegt. 185 000 Dunam, davon 140 000 Dunam in der Ebene Esdraelon und im Tale Jesreel sind Eigentum des jüdischen Nationalfonds, der hauptsächlichsten Landerwerbungsinstitution der Zionistischen Organisation, und unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes.

13. Aller im Jahre 1925 für jüdische Kolonisationszwecke zur Verfügung gestellte Boden wurde durch Kauf auf dem offenen Markte erworben, da es die Palästina-Regierung nicht möglich gefunden hat, in der Berichtszeit irgend etwas zu tun, um jenem Teile von Artikel 6 des Palästinamandates praktische Geltung zu verschaffen, der vorsieht:

„die Verwaltung Palästinas ... soll in Zusammenarbeit mit der in Artikel 4 erwähnten Jewish Agency die geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande einschließlich von für öffentliche Zwecke nicht erforderlichen Staats- und Brachländereien fördern."

14. Die Zionistische Organisation als Jewish Agency hat nunmehr ein formelles Gesuch an die Mandatarmacht gerichtet, um eine Möglichkeit zu erhalten, auf Grund angemessener Bedingungen diejenigen Staatsländereien in den Bezirken Beisan und Semach zu übernehmen, welche sich bei genauer Prüfung und nach Befriedigung aller Bedürfnisse der arabischen Bauern als für jüdische Ansiedlung verfügbar erweisen sollten. Die Rechte dieser Bauern werden voll anerkannt und die Zionistische Organisation hat ausdrücklich erklärt, daß es ihr fernliegt, sie beeinträchtigen zu wollen. Dem Vernehmen nach wird dieses Gesuch jetzt von den zuständigen Behörden geprüft.

15. Die Bodenpreise zeigen eine stetig steigende Tendenz gemäß dem Wachsen des Bedarfes und der Verringerung des Angebotes auf dem Markte. Wenn ein bestimmtes Gebiet angekauft und besiedelt ist, erhöht das von den Juden in die Entwicklung des Bodens gesteckte Geld den Marktwert der benachbarten Besitzungen. Daraus folgt, daß, je mehr Land die Juden kaufen und je mehr Verbesserungen sie durchführen, desto höher der Wert ist, auf welches sie tatsächlich gegen ihr eigenes Interesse die Preise steigern, so daß ein ständiger Strom arbeitslosen Vermögenszuwachses in die Taschen der Grundbesitzer fließt. Der Steigerung der Preise hätte in einem gewissen Maße Einhalt geboten werden können, wenn die Regierung in der Lage gewesen wäre, in der Form von Staatsländereien eine andere Quelle des Angebotes zu schaffen. In Ermangelung dieser Hemmung steigen die Preise zu einer Höhe, bei der die Anfangsanlagen landwirtschaftlicher Kolonisation immer drückender werden, mit dem Ergebnis, daß zahlreiche Einwanderer, die mit der Absicht nach Palästina kamen, ein neues Leben in der Landwirtschaft zu beginnen, bis zum heutigen Tag nicht in der Lage waren, dies zu tun.

16. Die Gesamtzahl der auf dem Lande lebenden Juden zu Ende 1925 wird von der Zionistischen Organisation auf 24 000 geschätzt gegenüber einer amtlichen Schätzung von 23 000 im Frühling 1925 und einer sicheregestellten Ziffer von 15 000 zur Zeit der Volkszählung im Oktober 1922. Die Gesamtzahl der jüdischen Siedlungen zu Ende 1925 betrug hundert, darunter 44, die unter den Auspizien der Zionistischen Organisation errichtet wurden. Die entsprechenden Ziffern zu Ende des Jahres 1924 waren 80 bzw. 35. Die Bodenfläche der jüdischen Pflanzungen (im Gegensatz zur Ackerbaufläche) wuchs während des Jahres 1925 von 75 000 auf 97 000 Dunam; die Hauptprodukte sind Orangen, Zitronen, Mandeln, Wein und Oliven. Unter den besonderen Einwanderertypen, denen in der letzten Zeit Hilfe bei der ländlichen Ansiedlung gewährt wurde, mögen zwei Gruppen sefardischer Familien aus Bulgarien, Georgien und der Türkei und eine Gruppe von chassidischen (streng orthodoxen) Juden aus Polen unter Führung der Rabbis von Jablona und Kregenitz Erwähnung finden.

*) Siehe Memorandum von 1925, Abschnitt II.
**) 1 Dunam = 1/4 Hektar.

Avi Bell: Der Versuch, Juden zu vertreiben – das ist illegal, nicht die Siedlungen

Der israelische Völkerrechtler Avi Bell gehört zu den renommiertesten und profiliertesten Kritikern der politisch motivierten Umdeutung des Völkerrechts zulasten Israels. Im Gespräch mit der Jüdischen Rundschau erklärt er, warum Begriffe wie „besetztes palästinensisches Gebiet" oder „illegale Siedlungen" keine neutrale juristische Beschreibung sind, sondern politische Kampfbegriffe einer antiisraelischen Agendapolitik, die darauf abzielen, jüdisches Leben in Judäa und Samaria zu delegitimieren und letztlich zu vertreiben. Bell macht deutlich: Nicht die jüdischen Gemeinden in Judäa und Samaria verstoßen gegen das Völkerrecht — sondern der Versuch, Juden aus diesen Gebieten zu vertreiben. (JR)

Von Stefan Beig

Avi Bell ist Professor für Rechtswissenschaften an der University of San Diego und an der Bar-Ilan-Universität sowie Senior Fellow beim israelischen Kohelet Policy Forum. Er forscht zu Völkerrecht, Kriegsrecht und dem arabisch-israelischen Konflikt und zählt zu den profiliertesten Kritikern der in Europa verbreiteten Deutung, Israels Präsenz in Judäa und Samaria sei „Besatzung".

Mit der Jüdischen Rundschau sprach er über die Rechtslage in Judäa und Samaria, auf den Golanhöhen, über die jüngsten EU-Sanktionen gegen israelische „Siedler" und über das Verhältnis Europas zum jüdischen Staat.

Jüdische Rundschau: Die jüngsten EU-Sanktionen werden als Maßnahmen gegen „gewalttätige Siedler" im „besetzten Westjordanland" präsentiert. EU und UNO sprechen meist allgemeiner vom „besetzten palästinensischen Gebiet". Ist das eine neutrale juristische Sprache?

Avi Bell: Nein. Jeder einzelne Teil dieser Beschreibung ist politisch aufgeladen – von „gewalttätigen Siedlern" bis „besetztes Westjordanland". Diese Begriffe spiegeln weder die Fakten noch das Recht wirklich wider. Sie verschleiern mehr, als sie erklären.

Warum werden sie dann verwendet?

Diese Terminologie soll eine bestimmte Sichtweise durchsetzen, ohne sie begründen zu müssen. Man baut das Ergebnis der Debatte einfach in die Sprache ein. Stellen Sie sich vor, wir würden im Wahlkampf vom „gerechten Herrn X" sprechen, der gegen den „bösen Herrn Y" antritt. Wer es so formuliert, ersetzt Argumente durch sprachliche Vorentscheidungen.

Genau das geschieht bei „besetztem palästinensischem Gebiet". Die Vereinten Nationen haben den Begriff übernommen, um die anti-israelische Argumentation der PLO sprachlich zu bestätigen. Im Völkerrecht gibt es aber keinerlei Grundlage dafür, dieses Gebiet als palästinensisches Hoheitsgebiet zu bezeichnen. Geographisch wurde die Region im Lauf der Jahrhunderte Palästina, Israel, Kanaan oder das Heilige Land genannt – man kann sie palästinensisch nennen oder israelisch.

Und der Begriff „Besatzung"?

Im Völkerrecht gibt es den Terminus der kriegerischen Besatzung – Gebiete, die eine kriegführende Macht infolge eines Krieges hält. Die Voraussetzungen dafür sind hier nicht erfüllt. „Besetztes palästinensisches Gebiet" zu sagen, heißt also: eine politische Position in die Definition einbauen, ohne sie verteidigen zu müssen.

Wie würden Sie das Gebiet aus neutraler juristischer Sicht bezeichnen – als „umstritten"?

„Umstritten" ist zulässig, aber nicht perfekt. Die Palästinenser beanspruchen ja auch West-Jerusalem und andere Teile Israels. Am ehrlichsten ist es, einfach die geographischen Namen zu verwenden: Westjordanland oder Judäa und Samaria.

Berücksichtigt die europäische Debatte ausreichend den historischen Hintergrund: Konferenz von Sanremo (April 1920) und Palästinamandat (1920–1948)?

Was Judäa und Samaria von den übrigen Gebieten des britischen Mandatsgebiets unterscheidet, ist seine widerrechtliche Besetzung und Annexion durch Jordanien zwischen 1948 und 1967. Heute regeln Abkommen zwischen Israel und der PLO die Verwaltung in Zonen – es gibt keinen Teil ohne israelische Zuständigkeit, wohl aber Teile ohne palästinensische.

Historisch gehörte das Gebiet bis zum Ersten Weltkrieg zum Osmanischen Reich. Nach dem Krieg richtete der Völkerbund Mandatsgebiete ein. Das Palästinamandat war ausdrücklich ein Mandat zugunsten des jüdischen Volkes, das, in den Worten des Mandatstextes, seine alte Heimstätte wiedererrichten sollte.

Hatte die Staatsgründung 1948 Folgen für die Souveränitätsansprüche auf das Westjordanland?

1946 wurde aus dem östlichen Teil das eigenständige Transjordanien, das heutige Jordanien; 1948 wurde Israel ausgerufen. Israel erbte automatisch – durch eine Regel des Völkerrechts namens uti possidetis iuris – die Grenzen des verbliebenen, westlichen Mandatsgebiets. Damit waren Westjordanland, Ostjerusalem und der Gazastreifen Teil des souveränen israelischen Staatsgebiets. Es ist die automatische Wirkung des Rechts, und nichts in den Abkommen mit den Nachbarn oder mit der PLO hat daran etwas geändert. Der einzige bindende völkerrechtliche Souveränitätsanspruch auf das Westjordanland ist der israelische.

Was sagen Sie jenen, die argumentieren, der UN-Teilungsplan von 1947 habe die Rechtslage verändert?

Der Teilungsplan war eine Empfehlung der UN-Generalversammlung für eine friedliche Konfliktlösung. Er wurde aber von allen Seiten außer Israel abgelehnt. Die palästinensischen Araber lehnten jeden jüdischen Staat ab und beanspruchten ganz Palästina. Auch die Nachbarstaaten lehnten den Plan ab, sogar die Briten weigerten sich, ihn umzusetzen.

Der Teilungsplan wurde also nicht durch Zustimmung der Parteien zum Recht. Und die UN-Generalversammlung hat auch nicht die Macht, Grenzen verbindlich festzulegen – sie kann nur Empfehlungen aussprechen. Die Resolution behauptet das auch gar nicht; sie ist ausdrücklich eine Empfehlung. Das Völkerrecht macht aus Vorschlägen keine Grenzen.

Wie war der Status von Judäa und Samaria zwischen 1948 und 1967?

Avi Bell

Im Unabhängigkeitskrieg eroberte Jordanien Judäa und Samaria sowie Ostjerusalem, besetzte diese Gebiete kriegerisch und annektierte sie anschließend unrechtmäßig. Die Besetzung endete 1967; der souveräne Status blieb davon unberührt – er war 1948 entstanden und besteht bis heute fort. Wenn man also überhaupt von Besatzung sprechen will, dann war das Gebiet bis 1967 von Jordanien besetzt – rechtlich war es jordanisch besetztes israelisches Gebiet. Es ist merkwürdig, dass die sprachliche Genauigkeit, die man sonst einfordert, an dieser Stelle verschwindet.

Die Doktrin „uti possidetis iuris" – wonach beim Entstehen eines neuen Staates die bisherigen Verwaltungsgrenzen automatisch zu seinen Staatsgrenzen werden – wird die nicht überall sonst angewandt?

Überall, nur bei Israel nicht. Als die Sowjetunion zerfiel, entstanden 15 neue Staaten in den Grenzen der bisherigen Sowjetrepubliken. Genauso wurden die Grenzen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, der postkolonialen Staaten Afrikas und der lateinamerikanischen Staaten bestimmt. Mir ist schleierhaft, warum Völkerrechtler diese Regel ausgerechnet im Fall Israel ignorieren wollen.

Europäische Regierungen sagen, israelische Siedlungen verstießen gegen Artikel 49 Absatz 6 der Vierten Genfer Konvention. Was entgegnen Sie?

Artikel 49 Absatz 6 verwendet den Begriff „Siedlungen" gar nicht. Die Bestimmung bezieht sich auf kriegerisch besetztes Gebiet – sie hätte also auf die jordanische Besetzung von Judäa und Samaria angewandt werden können. Weil diese Gebiete heute nicht kriegerisch besetzt sind, findet sie keine Anwendung.

Aber nehmen wir an, sie würde gelten: Dann sagt Artikel 49 Absatz 6 etwas anderes, als oft behauptet wird. Er besagt, dass eine Besatzungsmacht Teile ihrer eigenen Bevölkerung nicht in das besetzte Gebiet deportieren darf. Israel transferiert aber keine Israelis ins Westjordanland oder nach Ostjerusalem. Menschen wählen ihren Wohnort selbst. Die Bevölkerungsbewegungen liegen ohnehin bei wenigen Tausend pro Jahr; die meisten Bewohner – Juden wie Araber – leben seit Jahrzehnten dort, viele ihr ganzes Leben. Es findet schlicht kein Transfer statt.

Sprechen wir es offen aus: Das ist gar kein juristisches Argument. Wer die Siedlungen so kritisiert, stellt das Völkerrecht in den Dienst eines Vorurteils. Behauptet wird im Kern: Es sei unangemessen, dass Juden im Westjordanland oder in Ostjerusalem leben. Manchmal ist der Grund blankes Vorurteil – man will dort keine Juden. Manchmal wird es pragmatisch begründet: Die Palästinenser würden eine Teilung akzeptieren, wenn das Gebiet judenrein wäre. Das ist keine Realpolitik, sondern Selbsttäuschung.

Nicht die Siedlungen sind illegal. Der Versuch, Juden aus diesem Gebiet zu entfernen, wäre illegal. Aufgrund von Nationalität, Ethnie oder Religion eine Bevölkerungsgruppe vom Wohnen in einem Gebiet auszuschließen – das ist Diskriminierung, die keine liberale Demokratie in ihrer Rechtsordnung dulden würde.

Haben die Oslo-Abkommen (1993 und 1995) den rechtlichen Status verändert?

Oslo hat Verwaltungsstrukturen geschaffen, die bis heute bestehen. Aber Oslo sagt ausdrücklich, dass die Souveränitätsansprüche der Parteien unberührt bleiben – bis zu einem endgültigen Abkommen, das es bis heute nicht gibt. Zu den Siedlungen ist Oslo eindeutig: Sie sind ein Thema für Endstatusverhandlungen. In der Zwischenzeit sind sie der palästinensischen Zuständigkeit entzogen und unterstehen ausschließlich israelischer Zuständigkeit.

Sind die Siedlungen aus Ihrer Sicht legal?

Es gibt keine israelischen Siedlungen in den Gebieten A und B. (Die im Oslo-Abkommen 1995 festgelegte Dreiteilung: A palästinensisch verwaltet, B geteilt verwaltet, C israelisch verwaltet.) Die Aufteilung wurde gemäß bestehenden Wohnmustern vorgenommen: Überwiegend palästinensisch besiedelte Gebiete wurden A und B; offene oder jüdisch besiedelte wurden zu Gebiet C. Innerhalb von Gebiet C verbietet weder das Oslo-Abkommen noch das Völkerrecht Juden, dort zu leben. „Illegale Siedlungen" zu sagen, spiegelt nicht das Völkerrecht wider. Es ist moralisch anstößige Sprache. Es sollte keinen Begriff für Gebiete geben, die man gedanklich als judenrein definiert.

Ein zentrales Argument lautet: Die Siedlungen seien das Haupthindernis für Frieden im Nahen Osten.

Teilungspläne gibt es seit rund 100 Jahren – sie haben nie funktioniert, weil das

Ziel der palästinensisch-arabischen Seite nie primär die Gründung eines eigenen Staates war, sondern die Verhinderung eines jüdischen Staates. Während des Krieges 1947/48 erklärten sich die palästinensischen Araber zur Regierung von „ganz Palästina“: Es ging nicht um einen Teilstaat, sondern darum, keinen jüdischen Staat zuzulassen.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist die Vorstellung einer „magischen Teilungsformel“ kaum noch nachzuvollziehen. In Gaza gab es 20 Jahre lang ein de-facto-palästinensisches Staatswesen unter Hamas. Diese Regierung machte nie ein Geheimnis daraus, dass ihr Ziel die Zerstörung Israels ist. Doch selbst wer Teilung für realistisch hielte: Es ist grundsätzlich möglich, ein Gebiet zu teilen, ohne den Einwohnern – Juden wie Arabern – eine ethnische Diskriminierung aufzuzwingen. Wie soll Teilung dadurch vorankommen, dass man Juden aus einem Gebiet vertreibt?

Das zweite gängige Argument: Die Siedlungen verhinderten palästinensische Selbstbestimmung.

Warum sollte die Anwesenheit von Juden Selbstbestimmung unmöglich machen? In Israel leben viele arabische Bürger – die jüdische Selbstbestimmung hat das nicht aufgehoben. Nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden die baltischen Staaten, obwohl dort große russische Minderheiten lebten. Niemand sagte ernsthaft, alle Russen müssten vertrieben werden, damit Esten, Letten oder Litauer ihre Selbstbestimmung ausüben könnten.

Bevölkerungsverschiebungen aus ethnischen Gründen hat es gegeben – die Vertreibung der Türken aus Griechenland nach dem Ersten Weltkrieg, die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber das ist nicht die normale völkerrechtliche Annahme: dass Selbstbestimmung ethnische Säuberung voraussetze. Wenn es einen glaubwürdigen Vorschlag gäbe, palästinensische Selbstbestimmung zu verwirklichen, ohne die jüdische zu bedrohen, würde niemand ernsthaft sagen: Das geht nicht, weil dort Juden leben.

Spielt neben den historischen und rechtlichen Fragen auch Israels Sicherheitslage eine Rolle?

Ja, aber man muss das sauber trennen: Sicherheit ist eine andere Ebene als die der Souveränität.

Staaten haben ein inhärentes Recht auf Selbstverteidigung. Es gehört zum Kern staatlicher Souveränität, dass ein Staat seine Bürger verteidigen darf und muss. Die palästinensische Nationalbewegung war von Anfang an mit dem Anspruch verbunden, Israel zu zerstören, mit militärischer Gewalt und vor allem mit Terror gegen Zivilisten. Jede palästinensische politische Organisation – Fatah, DFLP, PFLP, Hamas, Islamischer Dschihad – hat einen assoziierten Terrorarm. Israel hat daher das Recht und die Pflicht, gegen solche Organisationen militärisch vorzugehen, auch in Judäa und Samaria und im Gazastreifen. Es gibt keinen plausiblen Anspruch der Palästinenser, Israel ungestraft angreifen zu dürfen.

Israel hat auch Gemeinden auf den Golanhöhen. Ist die Rechtslage dort anders?

Sehr anders. Judäa und Samaria, Jerusalem und der Gazastreifen gehörten zum Mandat Palästina, die Israel 1948 erbte. Die Golanhöhen gehörten hingegen zum syrischen Mandat. Israel eroberte sie 1967 nicht, um eine fremde Besetzung israelischen Gebiets zu beenden, sondern hielt syrisches Gebiet infolge des Krieges mit Syrien. Das gab Israel damals ein Recht zum Besitz aus Sicherheitsgründen, aber keinen ursprünglichen Souveränitätsanspruch.

Hat Israel durch jahrzehntelange Verwaltung dort Souveränität erworben?

Es gibt im Völkerrecht eine Doktrin, die im englischen Sprachraum prescription heißt, im Deutschen am ehesten Ersitzung. Sie besagt, dass ein Staat, der ein Gebiet hinreichend lange wie sein eigenes verwaltet, Souveränität erwerben kann. Israel behandelt die Golanhöhen seit dem Golanhöhen-Gesetz von 1981 als sein Territorium. Israel und die USA halten den Souveränitätsanspruch für gegeben. Die Regeln der Ersitzung sind allerdings weit unklarer als jene der uti possidetis iuris. Der israelische Anspruch auf den Golan ist juristisch deutlich schwächer als der auf Judäa und Samaria – obwohl er praktisch viel weniger umstritten ist.

Dennoch wird permanent über Judäa und Samaria gestritten, über die Golanhöhen kaum. Wie erklären Sie dieses Paradox?

Da gibt es zwei Aspekte. Zunächst der völkerrechtliche: Es gibt eine wachsende Kluft zwischen dem, was Völkerrecht eigentlich ist, und der Art und Weise, wie es heute besprochen wird. Jene, die sich am lautesten als Verteidiger des Völkerrechts darstellen, haben oft die größte Verachtung dafür. Sie verwenden es als Waffe für ihre politische Agenda. Der westlichen Welt liegt das Völkerrecht wenig am Herzen – sie schätzt es als rhetorisches Instrument, nicht als Recht.

Und der zweite Aspekt?

Auf den Golanhöhen fehlt der innerstaatliche Konflikt. Die nichtjüdische Bevölkerung dort ist überwiegend drusisch und agitiert nicht gegen Israel. Für die Drusen ist Israel kein Feind, sondern ein Freund. Sie leben weit lieber unter israelischer Souveränität als unter syrischer.

Vergleichen Sie das mit Judäa und Samaria: Selbst Palästinenser, die nicht unter die Palästinensische Autonomiebehörde fallen wollen, beteiligen sich an antiisraelischen Aktivitäten. Die palästinensische Nationalbewegung war von Anfang an gegen jüdische Selbstbestimmung. Das ist ihre raison d'être – solange das so bleibt, wird gekämpft.

Wovon wird Westeuropas Verhältnis zum Konflikt diktiert, wenn nicht vom Völkerrecht?

Von demographischen Entwicklungen, von Feigheit – und ja, auch von Vorurteilen, die heute überall geleugnet werden, aber Jahrhunderte hindurch Europas Verhältnis zu den Juden bestimmt haben. Für viele europäische Diplomaten ist es bequem, den jüdischen Staat als das Böse darzustellen und die Palästinenser, die einen selbstgewählten ewigen Krieg gegen die Juden führen, als Opfer dieses bösen Juden. Die Völkerrechtsrhetorik wird im Nachhinein konstruiert, um Positionen zu rechtfertigen, die europäische Diplomaten aus völlig anderen Gründen bereits eingenommen haben.

Ein Gedankenspiel: Wäre in Judäa und Samaria eine drusische und keine palästinensisch-arabische Bevölkerung – wie schnell wäre der Nahostkonflikt gelöst?

Bell (lacht): Es gäbe ihn nicht. Wäre die Bevölkerung dort nicht an einem ewigen Krieg mit dem jüdischen Staat interessiert, kümmerte sich weder Frankreich noch Spanien, weder Portugal noch Schweden darum. Was Europa will, ist genau dieser ewige Konflikt. Es ist zunehmend ironisch: Das ist immer weniger ein Konflikt zwischen der arabischen Welt und Israel, sondern einer zwischen Europa und Israel.

Große Teile der arabischen Welt sind des palästinensischen Dauerkrieges längst überdrüssig – am Golf suchen viele nach praktischen Arrangements. Doch die Schwerkraft hat sich verschoben: Die Palästinenser bekommen ihre stärkste Rückendeckung heute aus dem Westen – ironischerweise im Namen des Friedens und einer Rhetorik, die zunehmend von der Wirklichkeit abgekoppelt ist. Ob die spanische Regierung aus Feindseligkeit gegen Juden handelt oder die britische schlicht zu feige ist, ihre jüdischen Bürger vor antisemitischen Schlägern zu schützen, kann ich nicht sagen.

Kommen wir zu den jüngsten europäischen Sanktionen gegen „gewalttätige Siedler". Worum geht es dabei wirklich – um Gewalt oder um die Durchsetzung eines Narrativs?

Die Sanktionen treffen überwiegend israelische Juden, die sich für Menschenrechte von Juden oder für israelische Gebietsansprüche aussprechen. Mit Gewalt hat das wenig zu tun.

Die Palästinenser verletzen Völkerrecht mit Mord, Terror, Massenvergewaltigung, Geiselnahme und Folter. Doch statt das zu thematisieren, versucht man, das Leben von Juden am „falschen Ort“ mit Gewalt zu assoziieren. Daher die Rede von „Siedlergewalt“ – ein Begriff für jüdische Gewalt gegen Palästinenser, die in den meisten Fällen gar nicht von Siedlern ausgeübt wird. Die Zahl der Vorfälle ist klein; das Problem wird aufgeblasen, um Schritte gegen den jüdischen Staat zu rechtfertigen – bequemer, als zuzugeben, dass es um Israels Charakter als jüdischer Staat geht.

Schaut man sich die konkrete Sanktionsliste an, trifft es etwa Daniela Weiss von der Siedlerbewegung – eine politische Provokateurin mit dezidiert rechten Ansichten, die ich nicht teile. Aber ihr „großes Verbrechen“ besteht in politischer Rede. Das ist ein dürftiger Versuch, eine Rhetorik des Unrechts gegen den jüdischen Staat zu errichten, um den palästinensischen Terror zu relativieren – und meiner Meinung nach nicht zu rechtfertigen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 4,25 Euro statt 4,95 Euro am Kiosk, das Jahresabo 49,75 Euro statt 57,50 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Israel: Kein Jude mit zitternden Knien

Zum ersten Mal in der Geschichte leben mehr Juden in Israel als in der Diaspora. Was manchem wie eine statistische Randnotiz erscheinen mag, ist in Wahrheit eine historische Zäsur von epochaler Bedeutung. Zwei Jahrtausende der Zerstreuung, der Verfolgung, der Abhängigkeit von der Gnade anderer Völker — und nun dies: eine jüdische Mehrheit im jüdischen Staat. Israel ist nicht mehr das Land, in das Juden fliehen. Es ist das Land, in dem Juden leben wollen. Und während jüdisches Leben in der Diaspora — in Europa, in Amerika — zunehmend unter Druck gerät, wächst Israel. Demografisch, militärisch, wirtschaftlich. Ein Volk, das gelernt hat, sich zu behaupten. (JR)

Von Phillip Jacobs/JNS

In den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts erkannte Theodor Herzl eine Wahrheit, gegen die sich viele seiner Zeitgenossen noch immer sträubten: Die Emanzipation in Europa hatte die Notlage der Juden nicht behoben. Die Pogrome, die Demütigungen und die periodischen Ausbrüche von Hass waren keine Ausnahmen; sie waren strukturell bedingt. Herzl kam zu dem Schluss, dass die einzige dauerhafte Antwort auf zwei Jahrtausende der Verletzlichkeit die Souveränität in der jüdischen Heimat sei, gestützt durch die Fähigkeit zur Selbstverteidigung.

Diese Idee – einst als utopisch, radikal oder undurchführbar abgetan – wurde zur Grundlage des modernen Staates Israel.

Etwa zur gleichen Zeit reagierte der Dichter Haim Nachman Bialik auf das Pogrom von Kischinew 1903 mit einer vernichtenden Anklage: „In der Stadt des Gemetzels“. Seine Zurechtweisung richtete sich nicht nur gegen die Mörder. Sie richtete sich nach innen. Er geißelte eine jüdische Kultur der Passivität, die durch Jahrhunderte des Exils geprägt worden war: Juden, die sich versteckten, flehten, ertrugen, überlebten, aber keinen Widerstand leisteten. Seine Worte waren nicht sanft. Sie sollten ein Volk aus Gewohnheiten aufrütteln, die existenzbedrohend geworden waren.

Herzl bot eine politische Lösung an. Bialik stellte eine moralische und kulturelle Herausforderung.

Was sie damals sahen, kommt uns heute beunruhigend vertraut vor.

Muster erinnert an dunkle Kapitel der Geschichte

Seit dem 8. Oktober 2023, nur einen Tag nach den von der Hamas angeführten Terroranschlägen im Süden Israels, sind Juden erneut Schikanen, Einschüchterungen, Vandalismus und bisweilen Gewalt ausgesetzt – auf dem Campus, in Wohnvierteln und bei öffentlichen Veranstaltungen. Proteste, die angeblich der Politik im Nahen Osten gelten, arteten oft in hässliche Rhetorik aus, die sich gegen Juden als Juden richtete. Synagogen sind zu bewaffneten, umzäunten Festungen geworden, die von paramilitärischen Kräften in voller Kampfausrüstung und mit Maschinengewehren geschützt werden. Gemeindeversammlungen werden mit Notfallmaßnahmen geplant. Eltern stellen schwierige Fragen darüber, wo ihre Kinder sicher eine Kippa oder eine David-Stern-Halskette tragen können.

Nichts davon ist vergleichbar mit dem industrialisierten Antisemitismus des 20. Jahrhunderts. Doch das Muster ist erkennbar genug, um bei vielen Juden unangenehme Erinnerungen zu wecken. Und wie uns der Holocaust-Überlebende und Nobelpreisträger Elie Wiesel gelehrt hat, spielt Erinnerung in der jüdischen Geschichte eine wichtige Rolle.

Schon Theodor Herzl erkannte, dass die Assimilation den europäischen Juden keinen dauerhaften Schutz vor Verfolgung bot.

Im Großraum New York und anderswo kam es zu mehreren öffentlichen gewalttätigen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Israel, die große, feindselige Menschenmengen auf die Straße lockten, die nach jüdischem Blut schrien. Die Teilnehmer im Inneren verließen sich auf den Schutz der Polizei und hofften, dass die Spannungen nicht übergreifen würden. Am nächsten Tag drehen sich die Gespräche oft darum, ob die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend waren, ob die Behörden vorbereitet waren, ob das System so funktionierte, wie es sollte.

Das sind berechtigte Fragen. Aber es sind nicht die einzigen Fragen. Eine schwierigere Frage ist, ob eine Kultur des gemeinschaftlichen Selbstbewusstseins und der rechtmäßigen Selbstverteidigung mit den Realitäten des öffentlichen Lebens Schritt gehalten hat.

Was bedeutet es für eine Gemeinschaft, nach Jahrhunderten der Verletzlichkeit zu verinnerlichen, dass sie nicht länger passiv sein muss? Was bedeutet es, nicht Aggression, sondern Bereitschaft zu kultivieren? Nicht Selbstjustiz, sondern Widerstandsfähigkeit? Wie ist es möglich, dass, während draußen die Dschihadisten- und „Woke“-Mobs heulen, kräftige junge jüdische Männer in ihren Zwanzigern drinnen sitzen und nichts tun?

Hier treffen sich Herzl und Bialik wieder.

Jüdisches Überleben nur durch Wehrhaftigkeit

Herzls Erkenntnis war, dass die Juden Souveränität brauchten, damit sie für ihre Sicherheit nie wieder vollständig vom guten Willen anderer abhängig wären. Bialiks Erkenntnis war, dass die Juden die Psychologie der Hilflosigkeit ablegen mussten, die ihnen das Exil beigebracht hatte.

In Israel zeigt sich dieser Wandel in der Existenz der israelischen Streitkräfte – junge Männer und Frauen, die nicht dienen, weil sie Konflikte genießen, sondern weil sie verstehen, dass das jüdische Überleben nun auch die jüdische Verantwortung für die Verteidigung einschließt. Unabhängig von der politischen Einstellung ist es unbestreitbar, dass ein tiefgreifender kultureller Wandel stattgefunden hat: Juden als Beschützer des jüdischen Lebens.

In der Diaspora ist die Situation anders. Juden sind Bürger von Ländern, die gleichen Schutz vor dem Gesetz versprechen. Sie sollten diesen Schutz erwarten – und darauf bestehen. Doch die Erwartung von Schutz und die Pflege persönlicher und gemeinschaftlicher Bereitschaft schließen sich nicht gegenseitig aus.

Was oft fehlt, ist eine klare öffentliche Sprache rund um diesen Wandel. Eine Sprache, die sagt: Jüdische Sicherheit ist nicht nur eine Angelegenheit der Polizei. Sie ist auch eine Frage der jüdischen Würde. Eine Sprache, die rechtmäßige Selbstverteidigung, Vorsorge und Selbstvertrauen betont.

Hier kommt es auf Führung an. Stimmen wie die von Brooke Goldstein, Geschäftsführerin des Lawfare Project, haben sich im öffentlichen Diskurs offen gegen Antisemitismus ausgesprochen, ebenso wie Botschafter Ofir Akunis, der israelische Generalkonsul in New York. Doch wo sind die Stimmen der jüdischen Führung großer jüdischer Organisationen? Das Schweigen ist ohrenbetäubend!

Wo bleibt die Empörung über den New Yorker Bürgermeister Zohran Mamdani, der seine Abscheu gegenüber dem Zionismus und seinen Wunsch, diesen zu zerstören, aggressiv zum Ausdruck bringt und dessen erklärtes Ziel es ist, den jüdischen Charakter des Staates Israel zu zerstören?

Diese Empörung muss Schulen, Synagogen, Jugendgruppen und Bürgerforen erreichen. Sie muss jungen Juden nicht Angst, sondern Gelassenheit und Selbstachtung vermitteln. Nicht Rückzug, sondern Engagement. Wir müssen mit einer Stimme sprechen, laut und deutlich: Antizionismus ist Antisemitismus!

Israel ist für jüdische Identität in der Diaspora essenziell

Die zentrale Frage ist also nicht die der Panik, sondern die der Haltung: Was ist zu tun?

Die Antwort ist ebenso einfach wie anspruchsvoll. Jüdische Gemeinden sollten in Bildung investieren, die nicht nur Geschichte und Kultur, sondern auch Selbstverteidigung umfasst. Sie sollten offen über Antisemitismus sprechen. Sie sollten den Zionismus nicht nur emotional, sondern auch intellektuell unterstützen und verstehen, warum seine Existenz für die Sicherheit und Identität der Juden nach wie vor von zentraler Bedeutung ist.

Und für manche Juden bleibt Herzls Schlussfolgerung überzeugend: dass das Leben in Israel eine Form von Mehrheitsstatus und kollektiver Handlungsfähigkeit bietet, die das Leben in der Diaspora per Definition nicht bieten kann. Die Alija ist nicht für jeden das Richtige, aber sie bleibt eine starke Option in der jüdischen Geschichte – eine Erinnerung daran, dass Juden heute Wahlmöglichkeiten haben, die ihre Vorfahren nicht hatten. „Alles hat sich verändert, aber nichts hat sich verändert.“

Juden verfügen heute über Souveränität, politische Mitsprache und den Schutz demokratischer Staaten. Das ist neu. Doch das Bedürfnis nach Wachsamkeit, Einheit und Selbstvertrauen ist so alt wie die jüdische Geschichte selbst. Bialiks Zurechtweisung sollte niemals um ihrer selbst willen beschämen. Sie sollte aufrütteln. Herzls Vision sollte niemals Macht romantisieren. Sie sollte die jüdische Selbstbestimmung zur Normalität machen.

Die Herausforderung für die jüdische Gemeinschaft des 21. Jahrhunderts, insbesondere an Orten wie New York, besteht darin, beide Lehren zu verinnerlichen, ohne das Gleichgewicht zu verlieren: Passivität abzulehnen, Schutz einzufordern, ohne die Handlungsfähigkeit aufzugeben, und sich daran zu erinnern, dass Würde nicht nur eine Frage des Rechts ist, sondern auch der Selbstverteidigung und der Haltung.

Im Jahr 2026, wenn zum ersten Mal seit zwei Jahrtausenden die Mehrheit der Juden weltweit in Israel lebt, muss ein Jude nicht mehr mit zitternden Knien leben.

Phillip Jacobs, Ph.D., ist ein israelisch-amerikanischer Soziologe, Unternehmer und Philanthrop, der seine Zeit zwischen Israel und den Vereinigten Staaten aufteilt.

Fritz Grünbaum – Der Mann, der noch im Abgrund lachte

Fritz Grünbaum war einer der brillantesten Kabarettisten des deutschsprachigen Raums — Wiener Jude, Europäer durch und durch, Weltbürger, Meister der Pointe. Die Nazis verschleppten ihn ins KZ, wo er 1941 starb. Was ihn unsterblich macht, ist nicht nur sein Talent, sondern seine Haltung: Grünbaum lachte noch im Abgrund. Er wählte den Humor als letzten Akt der Würde, als unzerstörbaren Ausdruck menschlicher Freiheit angesichts totaler Unmenschlichkeit. In einer Zeit, in der jüdisches Leben erneut bedroht wird, erinnert uns Fritz Grünbaum daran, dass Würde und Humor zwei Seiten derselben Medaille sind. (JR)

Von Klaus Jessenitschnig

Es war einmal eine wahrliche Größe namens Fritz Grünbaum. Klein von Statur, groß von Geist, geboren 1880 in Brünn als Franz Friedrich, gestorben 1941 in Dachau – und dazwischen ein Leben, das den Wiener Witz in seiner schärfsten, tiefgründigsten und unbeugsamsten Form verkörperte. Wer heute von Kabarett spricht, das nicht ins Banale, ins Billige oder ins bloß Lächerliche abgleitet, der steht unweigerlich in der Tradition dieses Mannes. Grünbaum war kein bloßer Spaßmacher. Er war ein Feuilletonist der Bühne, ein Analytiker mit Pointen, ein Zyniker mit Herz und ein Ironiker, der selbst dem Tod noch ein Bonmot abtrotzte.

Der österreichisch-jüdische Kabarettist Fritz Grünbaum.

Freikarten? Lieber zahlen!

Eine der schönsten Anekdoten über ihn erzählt von einer Reise nach Berlin mit seinem Kollegen Paul Morgan. Die beiden sollten ein Theaterstück für Wiener Verhältnisse adaptieren. Kaum hatte der Vorhang sich gehoben, wurde klar: Geist- und witzlos, ein Graus. Nach wenigen Minuten flüsterte Grünbaum seinem Sitznachbarn zu: „Paul, ich halt's nicht länger aus. Ich geh!"

Morgan, der brave: „Das kannst du nicht machen! Wir sind eingeladen, Freikarten!"

Grünbaum fügte sich zähneknirschend. Fünf Minuten später erneut: „Ich ertrag diesen Schwachsinn nicht. Ich geh!" Wieder der Einwand mit den Freikarten. Nach weiteren fünf Minuten stand Grünbaum endgültig auf: „Ich hab genug. Ich renn zur Kassa, kauf zwei Karten und geh nach Hause."

So tat er es. Und ersparte sich weitere Qual. Diese Geschichte ist mehr als eine Anekdote. Sie ist Programm. Fritz Grünbaum zahlte lieber selbst, als sich etwas Unerträgliches aufzwingen zu lassen – ob es nun ein schlechtes Stück war oder später das „Tausendjährige Reich".

„Ich hab oft so schreckliche Träume..."

Sein Humor war nie harmlos. Tiefgründig, ein wenig finster, manchmal geradezu prophetisch. Auf der Bühne sinnierte er vor staunendem Publikum: „Ich hab oft so schreckliche Träume: Manchmal träumt mir, ich heiß Grünbaum und ich bin im Kabarett!" Man lacht, und gleichzeitig friert einem das Lachen ein. Denn genau das war sein Schicksal – und er wusste es.

Die Rivalität mit Karl Farkas, dem anderen Großmeister der Doppelconférence, war legendär. Mal echt, mal gespielt, immer unterhaltsam. „Der Farkas? Hut auf!", soll Grünbaum auf die Frage nach seinem Konkurrenten geantwortet haben. Und auf der Bühne des Simpl inszenierte er das Ganze meisterhaft: Er berichtete, wie ihm beim Überqueren der Kärntner Straße ein Automobil beinahe das Leben gekostet habe. In jenen Sekundenbruchteilen, in denen das ganze Leben vor einem vorüberzieht, habe er ein Gelübde getan: Von nun an zu allen Menschen gut und freundlich zu sein, selbst zu denen, die er nicht schmecken könne. „Als nächster im Programm kommt jetzt mein bester Freund: Karl Farkas!"

Solche Nummern waren nicht nur Kabarett. Sie waren Wiener Lebensart in Reinform: charmant, bissig, niemals plump.

Der Conférencier als Künstler

Grünbaum studierte Jus, schloss erfolgreich ab und warf das Ganze hin, um im „Kabarett Hölle" zu beginnen. Er pendelte zwischen Wien und Berlin, trat im Simpl auf, schrieb Libretti für Operetten, Schlagertexte („Ich hab das Fräulein Helen baden sehn"), drehte Filme und sammelte Kunst – über 400 Werke, darunter allein 80 von Egon Schiele. Eine Sammlung, deren trauriges Schicksal bis heute die Gerichte beschäftigt.

Gemeinsam mit Farkas perfektionierte er die Doppelconférence – jene Kunstform, in der der „G'scheite" und der „Blöde" ein intellektuelles Ballett aufführten. Grünbaum spielte oft den scheinbar Unterlegenen, doch jeder wusste: Der kleine Mann mit der großen Zunge war der eigentliche Regisseur des Geschehens. Rudolf Nelson, Berliner Kabarettgröße, urteilte über ihn: Ein „Feuerwerk des Gehirns". Viel zu schade für Wien.

Unbeugsam bis zum Ende

Dann kam 1938. Am 10. März, einen Tag vor dem Einmarsch, stand Grünbaum mit Farkas zum letzten Mal auf der Simpl-Bühne. Bei einem Stromausfall trat er auf die verdunkelte Bühne und rief: „Ich sehe nichts. Absolut gar nichts. Da muß ich mich in die nationalsozialistische Kultur verirrt haben!"

Der Fluchtversuch in die Tschechoslowakei scheiterte. Er versteckte sich, wurde verraten, kam nach Dachau, dann nach Buchenwald, und dann wieder nach Dachau. Und doch blieb er sich treu. Im Gefängnishof, wo die Häftlinge stundenlang im Kreis gehen mussten, bemerkte er trocken zum späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky: „Und die draußen glauben, wir sitzen."

Im Lager conferierte er weiter. Er versprach, das Tausendjährige Reich zu besiegen, pries das erzwungene Hungern als beste Kur gegen Zuckerkrankheit und kommentierte die Verweigerung eines Stücks Seife mit den Worten: „Wenn ein Staat kein Geld für Seife hat, dann soll er sich keine Gefangenen halten." Selbst an Silvester 1940, zwei Wochen vor seinem Tod an Tuberkulose, trat er noch einmal auf – zermürbt, aber ungebrochen.

Ein Erbe, das nicht verstaubt

Fritz Grünbaum starb am 14. Januar 1941. Seine Urne kam nach Wien, seine Frau Lilly wurde 1942 in Maly Trostinez ermordet. Doch sein Geist lebt weiter. Nicht in plumpen Witzen, nicht in ideologischer Verkrampfung, sondern in jener scharfen, selbstironischen, lebensklugen Haltung, die das Wiener Kabarett einst groß gemacht hat. Generationen von Kabarettisten haben sich an ihm geschult: analytisch, argumentativ, mit Feuilleton-Charme und eben jener Härte, die nicht beleidigt, sondern trifft – weil sie wahr ist.

Er hat uns gezeigt, dass echter Witz nicht nur unterhält, sondern widersteht. Dass man mit Sprache, Timing und Haltung selbst den Mächtigen die Maske herunterreißen kann. Und dass es manchmal besser ist, zwei Karten zu kaufen, als sich weiter etwas Unerträgliches anzutun.

Grünbaums KZ-Ausweis.

Fritz Grünbaum war kein Held im klassischen Sinne. Er war etwas Besseres: ein großer kleiner Mann, der dem Jahrhundert seine pointierteste Antwort gab. Und der uns lehrt, dass Lachen, das richtige Lachen, eine Form des Aufbegehrens bleibt – selbst dann, wenn die Welt finster wird.

Servus, Fritz. Hut auf.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau", möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

1967 ging es für Israel um die Frage: Sein oder Nicht-Sein

Im Juni 1967 stand Israel vor der Vernichtung. Ägypten, Jordanien und Syrien hatten ihre Truppen mobilisiert, Nasser hatte die Meeresstraße von Tiran gesperrt und die Auslöschung Israels angekündigt. Die UNO zog ihre Friedenstruppen ab. Die Welt schaute zu. Israel handelte. In einem der kühnsten Präventivschläge der Militärgeschichte zerstörte die israelische Luftwaffe am 5. Juni 1967 die ägyptische, jordanische und syrische Luftwaffe binnen Stunden am Boden. Was folgte, war ein Sieg, der die geopolitische Landkarte des Nahen Ostens neu zeichnete — und der bis heute von Israels Feinden nicht verwunden worden ist. Was dabei bis heute verschwiegen wird: Ägypten hatte Israel 1948, 1956, 1967 und 1973 viermal zu vernichten versucht — und dennoch gab Israel nach dem Camp-David-Abkommen von 1978 den im Verteidigungskrieg gewonnenen Sinai — ein Gebiet mehrmals größer als Israel selbst — freiwillig zurück. Kein anderes Land der Geschichte hat so etwas je getan. Diese beispiellose Geste wird bis heute weder gewürdigt noch anerkannt — während Israel pausenlos als Aggressor diffamiert wird. (JR)

Von L. Joseph Heid

STF / AFP

Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser drohte, „alle Juden ins Meer zu treiben".

Der 5. Juni 1967 ist ein Montag. In Jerusalem zeigt die Uhr 7:45 Uhr, in Ägypten ist es 8:45 Uhr. Mit ihren französischen Mystère- und Mirage-Jets fliegen israelische Kampfflugzeuge einen Überraschungsangriff auf Militärflughäfen in Ägypten, Syrien und Jordanien. Innerhalb von 24 Stunden sind 416 arabische Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart am Boden zerstört.

Um 8:14 Uhr israelischer Zeit beginnt der israelische Vormarsch auf Gaza und gegen den Sinai. Gegen 10:30 Uhr erobern jordanische Soldaten das UNO-Hauptquartier in Jerusalem und bombardieren um 11:00 Uhr Tel Aviv, Netanya und die israelische Enklave auf dem Skopusberg in Jerusalem. Um 14:25 Uhr rücken israelische Truppen in Jerusalem und im Norden des Westjordanlandes vor. Israel befürchtet, dass jordanische und irakische Truppen das Land an seiner engsten Stelle bei Netanya (15 Kilometer zwischen Grenze und Mittelmeer) durchtrennen könnten. Kurz: Mit seinem Präventivschlag kommt Israel einem arabischen Angriff auf sein Land zuvor und hat mit dem gesicherten Luftraum die strategische Vorentscheidung über den Ausgang des Krieges gewonnen. Der noch namenlose Krieg von 1967 gilt als Fortsetzung des israelischen Unabhängigkeitskrieges (1948/49) und der Suezkrise (1956).

Seit seiner Gründung im Jahre 1948 war der Staat Israel einem anhaltenden äußeren Druck und Belagerungszustand durch seine arabischen Nachbarn ausgesetzt. Die Araber weigerten sich, Israel als Bestandteil des Nahen Ostens anzuerkennen. Der Antagonismus zwischen Arabern und Israelis ergibt sich aus dem Zusammenprall zweier nationaler Bewegungen und aus der Tatsache, dass die arabische Seite den Zionismus genannten jüdischen Nationalismus prinzipiell und unversöhnlich bekämpft. Das heißt, die Araber konnten und können sich nicht dazu durchringen, sich mit der Existenz des Staates Israel abzufinden.

Existenzrecht stand nicht zur Disposition

Im Umkehrschluss ist Israel nach 2000 Jahre Diasporaexistenz kein vorübergehendes Kreuzfahrer-Experiment mehr, sondern ein Staat, dessen Daseinsberechtigung nicht am Verhandlungstisch zur Disposition steht – die Existenz des Staates Israel ist durch UN-Beschluss eine unumstößliche Tatsache. Im Staat Israel bestimmen jüdische Menschen souverän über ihre eigenen Geschicke, Geschicke, die von ihren Nachbarn in Abrede gestellt und bekämpft werden.

Dem Krieg von 1967 gingen extreme Spannungen, Grenzzwischenfälle und eine anti-israelische Koalition arabischer Staaten unter Führung Ägyptens voraus. Am 7. April 1967 eskalierte die Lage, als es zum heftigsten Zusammenstoß im Nahen Osten seit dem Suezkrieg kam: In einem Luftkampf zwischen israelischen und syrischen Kampfflugzeugen schossen israelische Miragen über dem See Genezareth (Kinneret) in unmittelbarer Grenznähe zu Syrien sechs feindliche MiGs 21 ab.

Es ist wahrscheinlich, dass die ägyptische Führung um Präsident Gamal Abdl Nasser bereits am 11. Mai 1967 beschloss, militärisch zu handeln. Am 15. Mai jedenfalls, während die Israelis ihren neunzehnten Unabhängigkeitstag mit einer Parade in Jerusalem feierten, marschierten ägyptische Einheiten durch die Straßen Kairos und rückten im Sinai vor.

Ägypten, Syrien, Jordanien und der Irak schlossen ein Militärbündnis mit dem Ziel, Israel zu vernichten. Ägypten forderte den Abzug der UN-Blauhelme aus dem Sinai und besetzte deren Stellungen. Ägypten sperrte die Meerenge von Tiran - für Israel der Casus Belli - und zog Truppen an der Grenze zusammen. Mit der Schiffsblockade am Roten Meer war für Israel eine wichtige Verkehrsader unterbunden. Durch den Golf von Akaba wurden etwa 90 Prozent des israelischen Ölimports herangeschafft, durch ihn lief der israelische Handel.

Präsident Nasser hielt radikale Reden und drohte, die Israelis ins Meer zu jagen. Am 26. Mai 1967 erklärte er mit eliminatorischem Furor vollmundig: „Wir beabsichtigen einen grundlegenden Angriff auf Israel. Dies wird ein totaler Krieg sein. Unser primäres Ziel wird es sein, Israel zu zerstören." Der irakische Präsident Aref schwafelte in einer Radioansprache in Bagdad davon: „Wir sind fest entschlossen und einig, unser klares Ziel zu erreichen – Israel von der Landkarte zu beseitigen. …Das ist der Tag, diesen Schmutzfleck wegzuwischen. So Gott will, werden wir uns in Tel Aviv und Haifa treffen." Und in einer Erklärung des syrischen Außenministeriums über die Kampfbereitschaft der syrischen Streitkräfte hieß es am 20. Mai 1967: „Die syrische Armee, die ihre Hand am Abzug hat, ist einig in ihrer Entschlossenheit, die Auseinandersetzung zu beschleunigen". Israel war alarmiert. Solchen Verbalradikalismus hatten Juden zuletzt in den 1930/40er Jahren in Berlin vernommen.

Endziel-Rhetorik und Mobilisierung

Mit dem Ausbleiben einer sofortigen israelischen Gegenmaßnahme erschien die ägyptische Seeblockade fast der gesamten arabischen Welt als geschickt berechneter Akt, als politischer Sieg über den größten außerarabischen Gegner und als erster Schritt auf dem Wege zur endgültigen Revanche vorausgegangener Demütigungen, den zu gehen man nun in der Lage zu sein glaubte. Über das Endziel der bevorstehenden Auseinandersetzung ließen die arabischen Propagandisten ebenso wenig Zweifel wie die Karikaturisten der Zeitungen und die Kommentatoren der Radio- und TV-Stationen – es ging um die Vernichtung Israels. Die nationalistische Begeisterung der arabischen Massen erzeugte eine Stimmung solidarischer Bereitschaft zum Handeln, der sich kaum eines der so gegensätzlichen arabischen Regime entziehen konnte.

Die arabische Welt entsandte Truppen nach Syrien, Jordanien und Ägypten. Irakische Einheiten rückten zur Verstärkung der Ostfront nach Jordanien ein. Es schien, als wiederhole sich eine Geschichte, die gerade einmal zwanzig Jahre zurücklag. In dieser Situation vermochten es die Großmächte sowie die Vereinten Nationen auf diplomatischem Wege nicht, die Lage zu entspannen. Israels Außenminister Abba Eban war ohne ein handfestes, verbindliches Hilfsversprechen aus Washington zurückgekehrt. In einer Erklärung der sowjetischen Regierung zur Lage im Nahen Osten positionierten sich die

Sowjets auf die arabische Seite. In Israel hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es im Augenblick der Gefahr allein dastehe.

Vor dem Hintergrund gescheiterter diplomatischer Bemühungen Ebans in den westlichen Hauptstädten, verstärkte sich in Israel das Gefühl einer unmittelbaren, existenziellen Bedrohung und die Notwendigkeit, eine Einheitsregierung zu bilden. Am 1. Juni 1967 wurde Mosche Dayan zum Verteidigungsminister ernannt. Angesichts der Kriegsstimmung in der arabischen Welt entschied sich das israelische Kabinett zu einem Präventivschlag, um einem arabischen Angriff zuvorzukommen. Am 5. Juni 1967 begann mit der „Operation Fokus“ die gezielte Zerstörung der ägyptischen Luftwaffe am Boden.

6. Juni 1967: Israelische Truppen rücken auf dem Sinai in Richtung Suezkanal vor; Kämpfe in Jerusalem und Vorrücken nach Ramallah. Tausende jordanische Mörsergranaten explodieren in Westjerusalem, in der Nähe der Knesset, dem Hadassah-Hospital und der deutschen Dormitio-Abtei auf dem Zionsberg.

Juden wieder an der Klagemauer

Um 9:50 Uhr am 7. Juni betreten erste israelische Einheiten die Altstadt Jerusalems. Nach 25 Minuten funkt General Motta Gur: „Der Tempelberg ist in unseren Händen“. Erste Soldaten erreichen die Klagemauer. Verteidigungsminister Dayan befiehlt, die israelische Flagge vom Tempelberg einzuholen und überlässt die „Heiligste Stätte des Judentums“ mit der Al-Aksa-Moschee der Verwaltung des Waqf, der muslimischen Behörde. Israels Militärrabbiner, Fallschirmjäger Schlomo Goren, bläst ins Schofar und verkündet der Welt, Davids Stadt sei wieder im Besitz der Juden. Die jordanischen Truppen werden im übrigen Westjordanland nach schweren Kämpfen geschlagen, von Dschenin über Jericho, bis Hebron.

8. Juni: Israelische Truppen erreichen den Suezkanal. Israel kann nicht alle ägyptischen Soldaten als Kriegsgefangene aufnehmen. Die Ägypter werden zum Suezkanal geleitet und erhalten den Befehl, zur anderen Seite zu schwimmen.

9. Juni: Um 3:20 Uhr akzeptiert Ägypten einen Waffenstillstand. Während Ägyptens Medien immer noch von einem Sieg fabulieren, bietet Präsident Nasser seinen Rücktritt an. Nach Massendemonstrationen in der arabischen Welt bleibt er im Amt. Um 11:30 Uhr startet Israel seine Offensive gegen Syrien, erobert die Golanhöhen und rückt bis Kuneitra, etwa 67 Kilometer vor Damaskus, vor. Die syrische Artillerie beschießt „aus Gewohnheit“ israelische Ortschaften, anstatt auf die vorrückenden israelischen Truppen zu zielen. Ironisch zählt General David Elasar die israelischen Verluste auf dem Golan auf: „205 Häuser, 9 Hühnerställe, 2 Traktorgaragen … “

10. Juni: Um 19:30 Uhr schweigen mit einem vom UNO-Sicherheitsrat ausgehandelten Waffenstillstand die Waffen. Nach sechs Tagen ist der Krieg beendet und bekommt seinen logischen Namen – Sechstagekrieg, hebräisch: Milchemet Scheschet Ha-Jamim. Die Araber nennen ihn Naksa (Rückschlag/Rückschritt).

Was die DDR betraf, so stand sie in ihrer Nahostpolitik von Anfang an ideologisch fest auf der Seite der Sowjetunion. Der Begriff „Zionismus“ war längst zu einem Schmähwort im kommunistischen Diskurs geworden. Die DDR ließ keine Gelegenheit aus, Israel propagandistisch zu denunzieren, zu dämonisieren und zu delegitimieren.

Die DDR war das einzige Mitglied des Warschauer Paktes, das nie diplomatische Beziehungen zum Staat Israel unterhielt. Das Politbüro in Pankow instruierte während des Sechstagekrieges 1967 den Direktor des Nationalrats der Nationalen Front, Albert Norden, Sohn des in Theresienstadt ermordeten Rabbiners Joseph Norden, „Stellungnahmen von jüdischen Bürgern der DDR zu veröffentlichen, in denen sie ihre Empörung über die Israel-Aggression und das Komplott Israel-Washington-Bonn zum Ausdruck bringen“ sollten. Doch damit stieß Norden auf Granit: Mehrere prominente ostdeutsche jüdische Autoren, wie etwa der Schriftsteller Arnold Zweig, weigerten sich rundheraus, eine solche Erklärung zu unterschreiben.

Staatsratsvorsitzender Walter Ulbricht wurde nicht müde, Israel mit NS-Deutschland zu vergleichen. Er schwadronierte, wenn er auf Israel zu sprechen kam, ganz in der Diktion der NS-Propaganda, vom „Protektorat Sinai“ oder vom „Generalgouvernement Jordanien“. Die Assoziation Israels mit Nazi-Deutschland blieb ein ständig wiederholtes Muster des linken Antizionismus. Archivalischen Belege verschiedener DDR-Institutionen lassen keinen Zweifel daran, dass der Arbeiter- und Bauernstaat einen nicht erklärten Krieg gegen den Judenstaat führte.

Der wehrhafte David

Andere Töne waren aus Bonn zu hören. Die Bundesrepublik Deutschland - dem Grundsatz der Nichteinmischung und keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, verpflichtet - verhielt sich während des Sechstagekrieges offiziell neutral, stand jedoch moralisch auf der Seite Israels. Immerhin: Das Bundeskabinett beschloss, 20.000 Gasmasken – notabene! - für die israelische Bevölkerung zu liefern. Außenminister Willy Brandt erklärte am 3. Juni 1967 in der „Tagesschau“, dass die Bundesrepublik keine Verantwortung für die Entwicklung in Nahost trage, um hinzuzufügen: „Aber sie kann nicht abseitsstehen, und darf nichts unversucht lassen, wenn der Friede gefährdet ist“.

Die „Nichteinmischung“ wollte er im Sinne des Wortes nicht als „moralische Indifferenz“ und als „keine Trägheit des Herzens“ verstanden wissen. Die Regierung Kiesinger/Brandt war bemüht, die Beziehungen zu arabischen Staaten nicht zu gefährden, während die bundesdeutsche Bevölkerung und Medien überwiegend mit Israel sympathisierten. Gefeiert wurde nicht nur auf den Straßen von Tel Aviv, sondern auch in deutschen Redaktionsstuben, häufig mit Bewunderung angesichts der militärischen Erfolge Israels und garniert mit philosemitischem Zungenschlag: Der „Spiegel“ titelte mit der Schlagzeile „Israels Blitzkrieg“ und fuhr schweres rhetorisches Geschütz auf. Israels Soldaten „rollten wie Rommel,“ hieß es im Hamburger Magazin. Die Titelgeschichte am 12. Juni 1967 überschlug sich nachgerade mit enthusiasmierten Worten: „In 60 Stunden zerschlugen die gepanzerten Söhne Zions den arabischen Einkreisungsring um Israel, scheuchten sie die panarabischen Propheten aus ihren Großmacht-Träumen, stürzten sie Ägyptens Nasser in niltiefes Jammertal.“

Wie seinerzeit Generalfeldmarschall Erwin Rommel in Nordafrika wurde Israels Verteidigungsminister Dayan mit seiner markanten Augenklappe zum „Wüstenfuchs“ hochstilisiert. Die israelischen Zahal-Truppen stürmten als die „Preußen des Nahen Ostens“ wie einst Feldmarschall Gebhard Leberecht von Blücher bei seinem Sieg über Napoleon in der Schlacht bei Waterloo, „vorwärts“. Auch biblische Analogien wurde ins Feld geführt: „Der biblische Gideon ließ seine 300 Israeliten in Posaunen blasen...“. Israel war in der Wahrnehmung nicht mehr das wehrlose „Lamm“, das sich widerstandslos zur Schlachtbank führen ließ, sondern der moderne wehrhafte „David“, der dem übermächtigen arabischen Goliath mutig die Stirn bot - durch einen allwissenden Mossad dem Gegner militärisch immer einen Schritt voraus.

Es mag der Vergangenheit geschuldet gewesen zu sein, dass es in der Bundesrepublik eine tiefe Verbundenheit mit dem jungen Staat Israel gab. Der schnelle israelische Sieg im Juni 1967 wurde in der deutschen Öffentlichkeit bewundert und als Befreiung interpretiert. Nach 1967 kam es zu einer Intensivierung der deutsch-israelischen Beziehungen, nachdem 1965 offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen worden waren.

Kategorische Ablehnung Israels

Der 10. Juni 1967 war ein Samstag. Historisch bedeutsam markiert dieser Tag das Ende des Sechstagekrieges. Nach einer Woche intensiver Kämpfe trat an diesem Schabbat der Waffenstillstand in Kraft, durch den Israel die Kontrolle über die Sinai-Halbinsel, das Westjordanland, Gaza und die Golanhöhen erlangte. Die Waffen schwiegen zwar, der grundsätzliche Konflikt war damit jedoch nicht aus der Welt. Die arabischen Staaten fanden sich auch nach Ende der Kampfhandlungen nicht mit der militärischen Niederlage ab. Im Gegenteil: Der Konflikt und die Spannungen dauerten danach an, weil sich Israels Nachbarstaaten nie mit der Existenz eines Judenstaates im Nahen Osten abfinden, geschweige versöhnen konnten oder wollten.

Der weltweit anerkannte israelische Schriftsteller, Israels wichtigster Vertreter der außerparlamentarischen Friedensbewegung „Schalom Achschaw“ (Frieden jetzt), formulierte das Dilemma um den israelisch-arabischen Konflikt so: „Die Araber begreifen nicht, wie tief der Schmerz und die Demütigung sind, die sie uns zufügen, wenn sie uns die Anerkennung verweigern. Das hängt mit unserer zweitausendjährigen Erfahrung zusammen: Mit Juden spricht man nicht; man setzt sich nicht mit ihnen an einen Tisch …“

Die Bilanz des Krieges, unabhängig der politisch-militärischen Folgen, die der Sechstagekrieg weltpolitisch bis in die Gegenwart zeitigt, ist ernüchternd: Die arabischen Staaten beklagten 21.000 tote Soldaten, 45.000 Verwundete und 6.000 Gefangene. Die Verluste Israels waren 779 gefallene Soldaten, 2.563 Verwundete und 15 Gefangene. Israel hatte sein Territorium um das Dreifache seines eigenen Kernlandes vergrößert und war mit einem Mal Besatzungsmacht geworden. Ihm war die schwierige Aufgabe erwachsen, über eine Million „Palästinenser“ zu entscheiden. Einige eroberte Gebiete wurden in der Folge annektiert und sind bis in die Gegenwart Gegenstand heftigster politischer Auseinandersetzungen.

Statt zum Arrangement bereit, waren die geschlagenen arabischen Staaten entschlossen, die demütigenden Folgen des Krieges zu beseitigen, und das bedeutete, die Herrschaft über die von israelischen Truppen besetzten Territorien zurückzugewinnen. Die arabischen Teilnehmer an der Konferenz im sudanischen Khartum im August/September 1967 reagierten mit ihrem dreifachen „Nein“, lehnten einen Frieden mit Israel kategorisch ab, mit dem Judenstaat zu verhandeln oder ihn gar anzuerkennen.

Der UN-Sicherheitsrat stimmte im November 1967 einer Kompromissresolution mit der Nummer 242 zu, die einerseits die Unzulässigkeit einer Gebietserweiterung durch Krieg, andererseits die Notwendigkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens betont, ein Frieden, in dem jeder Staat der Region in Sicherheit leben könne. Die betroffenen Staaten akzeptierten zwar formell diese Resolution, interpretierten sie jedoch auf ihre Weise.

Die dritte große Schlacht in Nahost 1967 brachte keines der Probleme, die als Ursachen des Nahostkonflikts angesehen werden, einer Lösung näher. Der Sechstage- genannte Junikrieg des Jahres 1967 verschärfte vielmehr die Konfrontation zwischen den Konfliktparteien. Auch nach knapp 60 Jahren hat sich an den unterschiedlichen Positionen zwischen Israelis und „Palästinensern“ nichts Wesentliches geändert: Israels Politiker aller Couleur betonen, dass ihre Nation 1967 allein und ohne fremde Hilfe gekämpft und ihr Lebensrecht verteidigt hatte. Eine Rückkehr zu den Grenzen vor dem Sechstagekrieg käme auf keinen Fall in Frage, da dies eine unzumutbare Verschlechterung der Sicherheitslage des Landes sei.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

50 Jahre Operation Entebbe: Israels Antwort auf Terror und Juden-Hass

Am 27. Juni 1976 entführten Terroristen der PFLP gemeinsam mit deutschen Linksterroristen der Revolutionären Zellen ein Air-France-Flugzeug nach Entebbe in Uganda. Dort selektierten vor allem die deutschen Terroristen die jüdischen Passagiere — ein Wort, das in diesem Zusammenhang seine volle historische Last trägt, umso mehr, als dieses Verbrechen erneut auch von Deutschen begangen wurde. Während die Welt zuschaute, verhandelte und kapitulierte, handelte Israel. In einer der kühnsten Militäroperationen der Geschichte befreite die israelische Armee in der Nacht zum 4. Juli 1976 — dem 200. Jahrestag des amerikanischen Independence Day – die Geiseln aus über 4.000 Kilometern Entfernung. Der einzige gefallene israelische Soldat war der Kommandant des Einsatzes, Oberstleutnant Yonatan Netanyahu, Bruder des heutigen Ministerpräsidenten Israels. Drei Geiseln kamen im Kreuzfeuer ums Leben. Eine weitere Geisel, Dora Bloch, die sich im Krankenhaus befand, wurde auf persönlichen Befehl des Diktators Idi Amin und seiner Terrorkomplizen ermordet. Entebbe war nicht nur eine Militäroperation — es war die Botschaft eines seit 2.000 Jahren verfolgten Volkes: Seit der Gründung des Staates Israel ist das jüdische Volk nicht mehr wehrlos, und es lässt seine Menschen niemals im Stich. (JR)

Von Dmitri Semenow

Die Geiseln des Air-France-Airbus-Fluges feiern am 7. Juli 1976 in Tel Aviv ihre Rückkehr nach Israel.

Am 27. Juni 1976 wurde ein Flugzeug der französischen Fluggesellschaft Air France, das auf der Strecke Tel Aviv–Paris mit Zwischenlandung in Athen unterwegs war, von bewaffneten Terroristen entführt und über Bengasi nach Uganda geflogen. Die Terroristen forderten im Austausch für die Geiseln die Freilassung „palästinensischer“ Terroristen und Gesinnungsgenossen aus dem Gefängnis. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli landeten Kommandos der israelischen Spezialeinheiten mit Transportflugzeugen auf dem Flughafen Entebbe und befreiten den Großteil der verbliebenen Geiseln.

Unter dem Banner des Marxismus-Leninismus

Die Drahtzieher dieses grausamen Verbrechens waren Terroristen der Volksfront zur Befreiung Palästinas – Auslandsoperationen (PFLP-EO) unter Wadie Haddad – einer linksradikalen, militarisierten Organisation, die sich für eine panarabische sozialistische Revolution, die Schaffung eines unabhängigen „palästinensischen“ Staates und die Vernichtung des jüdischen Staates Israel einsetzt. Die PFLP ist in den USA, Kanada, Japan, Israel und der EU als terroristische Organisation eingestuft. Diese Vereinigung wurde im Dezember 1967 unter maßgeblicher Führung von George Habasch aus mehreren Gruppen gegründet: der „Palästinensischen Befreiungsfront“, den „Helden der Rückkehr“ und der „Rächenden Jugend“. Ahmad Jibril, ein ehemaliger Hauptmann der syrischen Armee, spaltete sich 1968 von der PFLP ab und gründete das PFLP-Generalkommando. Die PFLP war Mitglied der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ und zählte mehrere hundert Kämpfer. Sie verfügte über Zellen im Libanon und in Europa und wurde zeitweise von verschiedenen arabischen Staaten unterstützt.

Vor der Entführung in Entebbe verübten „palästinensische“ Terrororganisationen in den 1970er Jahren zahlreiche Anschläge gegen Israelis und Juden. Die PFLP und insbesondere ihr Auslandsapparat unter Wadie Haddad waren für internationale Flugzeugentführungen und Anschläge berüchtigt. Das Massaker von Ma'alot im Mai 1974 wurde jedoch nicht von der PFLP, sondern von der „Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas“ verübt. Auch andere Anschläge jener Jahre sind nicht pauschal der PFLP zuzurechnen. Die Idee, den Terrorkrieg gegen Israel über dessen Grenzen hinaus zu tragen, stammte vom PFLP-Strategen Wadie Haddad, und er war es auch, der die Operation mit dem Namen „Entebbe“ ausarbeitete.

1976 schloss sich die deutsche linksradikale Terrororganisation „Revolutionäre Zellen“ (RZ), die in Westdeutschland im Umfeld des antiimperialistischen Linksterrorismus agierte, der kriminellen Verschwörung mit der PFLP-EO an. Das Hauptziel des Krieges sah diese Gruppe in der „Unterstützung des Kampfes des Volkes durch Angriffe auf seine Feinde und im Aufbau eines illegalen Apparats, der neue Formen des Kampfes ermöglicht“. Beide Terroristengruppen vertraten die Ideologie des Neomarxismus und des Antizionismus, wobei die PFLP-EO darüber hinaus dem arabischen Nationalismus und dem revolutionären Sozialismus verpflichtet war, während die RZ Anhänger des Anarchokommunismus und des Antiimperialismus waren.

Der niederträchtige Plan der Terroristen

Am Sonntag, dem 27. Juni 1976, bereitete sich ein Airbus A300B4-203 der Air France, der einen regulären Flug auf der Strecke Tel Aviv–Paris mit Zwischenlandung in Athen absolvierte, auf den Start vom griechischen internationalen Flughafen Ellinikon vor. An Bord befanden sich 248 Passagiere und 12 Besatzungsmitglieder. Die größte Gruppe der Fluggäste bildeten israelische und jüdische Passagiere. Die gesamte Besatzung unter der Leitung von Kapitän Michel Bacos bestand aus Franzosen. Vier Terroristen drangen am Athener Flughafen Ellinikon, wo zu dieser Zeit ein Streik des Bodenpersonals stattfand, an Bord des Flugzeugs ein und schmuggelten Waffen und Sprengstoff mit, wodurch sie praktisch von niemandem kontrolliert wurden. Um nicht versehentlich die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu lenken, reisten die Terroristen auf dem Transitweg aus Bahrain nach Athen an. Kurz nach dem Start stürmten sie mit Granaten und Maschinenpistolen das Cockpit und befahlen den Piloten, die Flugroute zu ändern. Die Besatzung und die Passagiere wurden mit Waffen bedroht.

Die Entführung des A-300-Flugzeugs wurde von einer internationalen Terrororganisation geplant und durchgeführt. Dies belegt die sorgfältige Ausarbeitung aller Details, angefangen von der Tarnung der Täter bis hin zur Logistik der Aktion. Die Gruppe der Entführer mit gefälschten Ausweispapieren bestand aus zwei Arabern aus dem Umfeld der PFLP-EO sowie zwei Deutschen – dem Mitbegründer der Organisation „Revolutionäre Zellen“, Wilfried Böse, und seiner Geliebten Brigitte Kuhlmann.

Sie befahlen der Besatzung, den Kurs zu ändern und das Flugzeug auf dem Flughafen der libyschen Stadt Bengasi zu landen, wo das Flugzeug sieben Stunden lang zum Auftanken stand. Eine der Geiseln, die britisch-israelische Passagierin Patricia Martel, gab an, dass bei ihr vorzeitige Wehen eingesetzt hätten, woraufhin sie

freigelassen wurde. Anschließend hob das Flugzeug auf Geheiß der Terroristen wieder ab und landete einen Tag nach dem Abflug aus Tel Aviv, am 28. Juni um 15.35 Uhr, auf dem Flughafen Entebbe im zentralafrikanischen Uganda, in der Nähe der Hauptstadt Kampala, 4000 km von Israel entfernt. Dort schlossen sich ihnen vier weitere „palästinensische“ Terroristen an. Die Geiseln wurden aus dem Flugzeug gebracht und in einem Terminalgebäude untergebracht, das einst von Israelis erbaut worden war. Im Inneren wurden die Geiseln von den Entführern bewacht, während ugandische Soldaten die Außenbereiche sicherten.

Mit dem erklärten Ziel, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die „palästinensische nationale Befreiungsbewegung“ zu lenken, stellten die Entführer die Forderung nach der Freilassung und Überstellung von 53 inhaftierten Terroristen und Gesinnungsgenossen; 40 von ihnen saßen in Israel, 13 in Gefängnissen in Kenia, Frankreich, der Schweiz und der BRD. Für den Fall, dass das Ultimatum bis 14 Uhr am 1. Juli nicht erfüllt würde, drohten die Terroristen damit, die Geiseln zu erschießen und das Terminal mitsamt ihnen in die Luft zu sprengen, sollten sich Soldaten dem Gebäude nähern. Anschließend wurde die Frist des Ultimatums um weitere 24 Stunden verlängert. Aus der Gesamtzahl der Geiseln sortierten sie eine Gruppe von israelischen und jüdischen Geiseln aus und schickten sie beiseite, wobei diese Selektion auch von den deutschen Terroristen mitgetragen wurde – eine gespenstische Wiederkehr jener Selektion, die man seit den Nazis kannte. Den Juden wurde mitgeteilt, dass sie im Namen der „arabischen und weltweiten Revolution“ entführt worden seien und die Entführer nicht gegen die Juden, sondern gegen Israel eingestellt seien.

Sobald bekannt wurde, was mit dem Flugzeug geschehen war, wandte sich die israelische Führung an den ugandischen Diktator Idi Amin, der einst als Freund des Landes galt, um Hilfe zu erbitten. Es stellte sich jedoch heraus, dass Amin inzwischen offen pro-„palästinensisch“ agierte, Israel feindlich gegenüberstand und nicht mit Israel kooperieren würde, da er mit den Terroristen zusammenarbeitete und sich mit ihnen solidarisierte. In einer Ansprache vor den Geiseln erklärte Amin, das Gebäude sei mit Sprengstoff versehen und werde gesprengt, sollten die Forderungen nicht erfüllt werden.

Am Dienstag, dem 29. Juni, wurden 47 nichtjüdische Passagiere freigelassen, hauptsächlich ältere Frauen, Kinder und Kranke. Am nächsten Tag erlaubten die Entführer weiteren 101 nichtjüdischen Geiseln, mit einem eingetroffenen Flugzeug der Air France zu fliegen. Die israelischen Staatsbürger und die Juden, die Staatsangehörige anderer Länder waren, wurden in die Wartehalle des alten Terminals gebracht. Der Flugkapitän Michel Bacos weigerte sich entschieden, die Passagiere zurückzulassen, und erklärte, er trage die Verantwortung für sie; die übrigen Besatzungsmitglieder schlossen sich ihm an. Die 106 verbliebenen Geiseln wurden eine ganze Woche lang in der Transithalle festgehalten.

Entschluss, die Geiseln zu befreien

Die israelischen Behörden erfuhren bereits 20 Minuten später von der Entführung des Passagierflugzeugs. Die Entführung des Flugzeugs und das Ultimatum der Terroristen versetzten Israel in Schock. Die Regierung von Yitzhak Rabin trat zu einer Sondersitzung zusammen, während die Sicherheitsdienste parallel daran arbeiteten, einen Plan zur gewaltsamen Befreiung der Geiseln auszuarbeiten. Obwohl diese Mission angesichts der Entfernung zwischen Israel und Uganda und der Drohungen der Terroristen unmöglich schien. Ausländische Experten waren der Ansicht, dass es keine Chance auf die Rettung der Geiseln gab. Zudem verfügten die israelischen Spezialisten zunächst nur über begrenzte Informationen, abgesehen vom Namen der Fluggesellschaft, deren Flugzeug entführt worden war, und der Passagierliste. Als Patricia Martel in London ankam, suchten zwei Agenten des Mossad sie auf, und sie erzählte ihnen alles, was sie über den Anschlag wusste.

Am 1. Juli erklärte die israelische Regierung, dass sie grundsätzlich zu Verhandlungen bereit sei, und bat Frankreich, bei den Verhandlungen über die Freilassung der Geiseln zu vermitteln, wobei die Frist bis zum 4. Juli verlängert wurde. Gleichzeitig wurde das Militär beauftragt, umgehend einen Plan auszuarbeiten und eine Rettungsoperation durchzuführen. Aufgrund der ständigen Bedrohung der Existenz Israels durch feindliche arabische Staaten waren die Luftangriffs- und Spezialeinheiten der Zahal stets bereit, Blitzoperationen durchzuführen. Diese Aktion war jedoch aus militärischer Sicht beispiellos, und die Vorbereitungen dafür erfolgten unter strengster Geheimhaltung. Die israelischen Flugzeuge mussten eine enorme Strecke zurücklegen und konnten von feindlichen Radarsystemen entdeckt werden. Man musste den Plan des Flughafens, die Lage aller Wachposten und der ugandischen Truppen, die den Terroristen zu Hilfe kommen könnten, genau kennen. Die Operation durfte nicht lange aufgeschoben werden, damit die Anführer der Terroristen und der Diktator von Uganda nicht begannen, die Geiseln zu töten.

Bei der Planung der Operation mit dem Codenamen „Donnerschlag“, die später nach dem gefallenen Kommandeur Yonathan Netanjahu auch „Operation Yonathan“ genannt wurde, spielten der Generalstabschef Mordechai Gur, der Leiter der Operationsabteilung Ehud Barak, der Kommandeur der israelischen Luftwaffe Benjamin Peled, der Kommandeur der Spezialeinheit, Oberstleutnant Yonathan Netanjahu, sowie Major Muki Batzar – Kommandeur einer Spezialeinheit aus Reservisten, der früher ugandische Soldaten ausgebildet hatte – eine zentrale Rolle.

Flugzeuge der israelischen Luftwaffe brachten Spezialeinheiten und drei Fahrzeuge nach Entebbe – einen schwarzen Mercedes, wie den von Amin, und zwei Land Rover, wie die seiner Leibwächter. Die Terroristen sollten glauben, dass der Diktator selbst am Terminal eingetroffen sei, während die Kommandosoldaten planten, in das Gebäude einzudringen, in dem die Geiseln festgehalten wurden.

Eine beispiellose Operation

An der Operation unter der Leitung von Generalmajor Jekutiel Adam sollten eine Spezialeinheit des Generalstabs, Soldaten der „Givati“-Brigade, der 35. Fallschirmjägerbrigade sowie eine Spezialeinheit der Luftwaffe teilnehmen. Das Kommando über die Bodenoperation hatte der Chef der Fallschirmjägertruppen, Brigadegeneral Dan Shomron. Nach Angaben des militärischen Nachrichtendienstes befanden sich in der Gegend von Entebbe mehrere tausend ugandische Soldaten und zahlreiche gepanzerte Fahrzeuge. Am Flughafen selbst befanden sich ugandische MiG-Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart. Die israelischen Soldaten sollten mit amerikanischen Transportflugzeugen vom Typ „Lockheed C-130 Hercules“ nach Entebbe fliegen.

Mit den kenianischen Behörden gelang es, eine Vereinbarung über das Auftanken am Flughafen Nairobi zu treffen. Agenten des „Mossad“ legten einen detaillierten Plan des Gebäudes vor, in dem die Geiseln festgehalten wurden, sowie der Position der Wachposten, Kampfflugzeuge und Radaranlagen. Militärexperten, die zuvor als Berater in der ugandischen Armee tätig gewesen waren, kannten den Flughafen Entebbe gut. Auf einem der Luftwaffenstützpunkte in Israel wurde ein Modell des Flughafens aufgebaut und dessen Stürmung simuliert.

Schließlich genehmigte die Regierung am 3. Juli den Rettungsplan, und die Geheimoperation begann. Am späten Samstag, dem 3. Juli, gab Shomron den Befehl, mit der Umsetzung des gewagten Plans zu beginnen. Rund 200 Spezialeinheitskämpfer machten sich auf den Weg nach Entebbe. Vier Flugzeuge, begleitet von weiteren Unterstützungsmaschinen, starteten vom Luftwaffenstützpunkt Sharm el-Sheikh auf dem Sinai und nahmen Kurs auf Entebbe. Während des siebeneinhalbstündigen Fluges flogen die Flugzeuge der Staffel in dichter Formation in extrem geringer Höhe, unter vollständiger Funkstille und ohne Flugsicherung vom Boden aus. Die israelischen Piloten führten eine unermesslich riskante Landung praktisch blind auf einer von feindlichen Soldaten umzingelten Landebahn durch. Zuvor waren in Nairobi zwei Boeing-Flugzeuge gelandet; an Bord eines davon befand sich ein Feldlazarett, im zweiten der Einsatzleiter, General Jekutiel Adam, der während der Operation mit seinem Stab die Einsätze koordinierte.

Die Israelis trugen teilweise ugandische Uniformen und landeten um 23.00 Uhr in Entebbe. Den Angreifern wurde der Befehl erteilt, auf die ugandischen Soldaten nur im Notfall zu schießen. Die Hauptschlagkraft der Operation bildete eine 29-köpfige Einheit, die aus Spezialeinheiten des Generalstabs der IDF unter dem Kommando von Yonatan („Yoni“) Netanjahu gebildet worden war. Die Majore Muki Betser und Matan Vilnai führten die beiden Sturmgruppen der Einheit an. Die Aufgabe bestand darin, das Terminalgebäude zu stürmen und die Geiseln zu befreien. Eine Kolonne aus Jeeps, angeführt von einem schwarzen Mercedes, raste auf das Gebäude zu: Der Feind sollte den Eindruck gewinnen, dass Amin mit seiner Eskorte zum Terminal fährt. Unterwegs befahlen zwei ugandische Wachposten der Kolonne anzuhalten, wurden jedoch mit Pistolen mit Schalldämpfern erschossen. Aus Angst, dass vorzeitig Alarm ausgelöst werden könnte, stürmte das gesamte Team sofort das Gebäude. Innerhalb von Sekunden war die äußere Bewachung durch ugandische Soldaten ausgeschaltet. Die Fallschirmjäger rannten geräuschlos auf das Flughafengebäude zu – ihre Stiefel waren mit speziellen Gummisohlen ausgestattet.

114 befreite Geiseln

Nachdem sie in die Haupthalle des Gebäudes gestürmt waren, in der sich die Geiseln befanden, riefen die Kommandosoldaten über Lautsprecher auf Hebräisch und Englisch: „Auf den Boden! Wir sind israelische Soldaten!“, um die Zahl der Opfer so gering wie möglich zu halten. Ein 19-jähriger Einwanderer aus Frankreich blieb stehen und wurde versehentlich von israelischen Soldaten erschossen, die ihn für einen Terroristen hielten. Eine weitere Geisel wurde versehentlich durch Schüsse der Kommandos tödlich verletzt. Eine aus der Sowjetunion stammende Israelin geriet ins Kreuzfeuer und wurde ebenfalls getötet. Die Schießerei dauerte weniger als zwei Minuten. Die Kommandos warfen mehrere Handgranaten in die Hauptlobby des Flughafens, drangen dann ins Innere vor und erschossen drei weitere Terroristen, stürmten anschließend in den zweiten Stock, um die Übrigen zu verfolgen, und beendeten den Angriff nach einer halben Stunde. In dieser Zeit landeten auch weitere C-130-Flugzeuge. Von diesen stieg eine Spezialeinheit der Luftwaffe in gepanzerten Mannschaftstransportwagen aus, deren Aufgabe es war, die Radaranlagen zu zerstören und die ugandischen MiG-Kampfflugzeuge zu sprengen, um eine Verfolgung der Israelis nach dem Start vom Flughafen zu verhindern. Die Fallschirmjäger töteten zahlreiche ugandische Soldaten, die versuchten, zum Flughafen vorzudringen.

Die Sturmtruppe begann, die Geiseln in das Flugzeug zu bringen, doch ugandische Soldaten beschossen sie vom Kontrollturm aus. Die israelischen Soldaten erwiderten das Feuer mit Sturmgewehren. Während des heftigen Feuergefechts wurde Yonatan Netanjahu vom Kontrollturm aus durch einen Schuss in den Hals verwundet und verstarb.

53 Minuten nach Beginn der Operation startete das erste Flugzeug mit 114 befreiten Geiseln in Richtung Nairobi zum Auftanken, und weitere 42 Minuten später verließ das letzte israelische Flugzeug Uganda. Am Morgen des 4. Juli 1976 ging die Nachricht um die ganze Welt: „Die Geiseln wurden im Rahmen einer Operation von beispiellosem Mut befreit und nach Israel gebracht!“ Die Ankommenden wurden am Flughafen Lod (heute Ben-Gurion-Flughafen) von zahlreichen Menschen begeistert empfangen, darunter Peres, Rabin und viele hochrangige Beamte, Vertreter der Regierung und der Opposition.

Der Jubel der Bevölkerung kannte keine Grenzen, doch die Freude war getrübt durch die Trauer um den Tod von vier Geiseln und des Kommandanten der Eliteeinheit, Yonatan Netanjahu. Später erhielt die Operation zu seinen Ehren den inoffiziellen Namen „Yonatan“.

Der Einsatz in Entebbe war eine einzigartige Operation zur Befreiung von Menschen aus den Händen von Extremisten.

Diejenigen, die an der Operation in Entebbe teilgenommen haben, erinnern sich an jede Minute und betonen, dass sie diese nicht als Ausdruck außergewöhnlicher Tapferkeit betrachten. Für sie verkörpert sie das Wesen des Zionismus. Über diese legendäre Operation wurden vier Spielfilme und zwei Dokumentarfilme gedreht.

„Farhud" – Das Pogrom von Bagdad

Im Juni 1941 entlud sich in Bagdad eine Welle ungezügelter islamischer Gewalt gegen die jüdische Gemeinde des Irak — eines der ältesten jüdischen Siedlungsgebiete der Welt, seit über 2.600 Jahren bewohnt. Der Farhud, wie das Pogrom auf Arabisch heißt, forderte Hunderte jüdische Todesopfer, Tausende wurden verletzt, jüdisches Eigentum wurde geplündert und zerstört. Das Massaker fand ausgerechnet zu Schawuot statt — dem jüdischen Fest der Torah-Übergabe. Angeheizt wurde es durch nationalsozialistische Propaganda und islamischen Judenhass — eine unheilvolle Verbindung, deren Erben heute Hamas, Hisbollah und das iranische Regime sind, tatkräftig unterstützt von der woken, linken und grünen Politik des Westens. Der Farhud markiert den Beginn vom Ende einer 2.600 Jahre alten jüdischen Geschichte im Irak — und steht exemplarisch für eine der größten verschwiegenen Vertreibungen der modernen Geschichte: Zwischen den 1940er und 1970er Jahren wurden rund 850.000 Juden aus dem gesamten Mittleren Osten und Nordafrika vertrieben — aus dem Irak, Syrien, Ägypten, Libyen, Algerien, Tunesien, Marokko und dem Jemen. Blühende Gemeinden, teilweise jahrtausendalt, wurden ausgelöscht. Heute existiert die jüdische Gemeinde des Irak praktisch nicht mehr. Die UNO hat dazu bis heute keine einzige Resolution verabschiedet — ein moralisches Versagen, mit dem die Guterrese, die Steinmeiers und die Baerbocks dieser Welt - um nur einige zu nennen - selbst noch ins Reine kommen müssen und sollten. (JR)

Von Freddy Zorin

Vielen ist wohl noch der sowjetische Film Aladdins Wunderlampe in Erinnerung, durch den der Satz „In Bagdad ist alles ruhig" zu einem geflügelten Wort wurde. Es lohnt sich, hier einen Dialog aus diesem Film zu zitieren: „Merke dir, merke dir: Ich habe nichts gesehen. Ich sage dir noch mehr: Auch du hast nichts gesehen. Wir beide haben nichts gesehen! Weißt du, warum ich 85 Jahre gelebt habe? Weil ich die ganze Zeit gesagt habe: ‚In Bagdad ist alles ruhig'"…

Leider gibt es Menschen – und zwar nicht wenige –, die eine solche Lebenseinstellung vertreten. Aber es gab immer Augenzeugen der Ereignisse, oft tragischer Art, die später davon berichteten. Unter anderem auch davon, dass es in Bagdad bei weitem nicht immer ruhig zuging. Vor 85 Jahren, Anfang Juni 1941, kam es in der irakischen Hauptstadt zu einem blutigen Pogrom gegen die Juden. In der Geschichte dieses Landes erhielt er den Namen „Farhud" („Enteignung").

Der politische Hintergrund

Historischer Hintergrund für den „Farhud" waren die Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs, die auch den Irak erreichten. Zwei Monate vor dem Pogrom hatte im Land ein Militärputsch stattgefunden, in dessen Folge Raschid Ali al-Gailani an die Macht kam. Dieser Politiker war pro-deutsch eingestellt, während Großbritannien damals maßgeblichen Einfluss im Irak ausübte. Der beginnende Konflikt der neuen Regierung mit den Briten führte dazu, dass al-Gailani den Irak verließ, und daraufhin wurde die Rückkehr von Abd al-Ilah, dem Regenten des minderjährigen Königs, nach Bagdad möglich. Die Ankunft von Abd al-Ilah bedeutete die Wiederherstellung des nach dem Umsturz ins Wanken geratenen britischen Einflusses, der die Königsfamilie stützte.

Das Ereignis fiel zeitlich mit dem Ende des jüdischen Schawuot-Festes zusammen. An jenem Tag verließen die festlich gekleideten Juden nach Beendigung der Festliturgie die Synagogen und machten sich auf, um den Regenten zu begrüßen. Da es in der Stadt jedoch nicht wenige Anhänger von al-Gailani gab, werteten diese das Verhalten der Juden als Zeichen der Zustimmung zu den politischen Veränderungen, was den Judenhassern als Anlass diente.

Zunächst versuchten die wütenden Stadtbewohner, eine kleine Gruppe von Führern der bagdadischen jüdischen Gemeinde, die nach dem Treffen mit dem Regenten vom Flughafen zurückkehrten, mit Steinen zu bewerfen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich auch bei der Rückkehr der Juden vom Grab des Jeschua ben Jozadak – des ersten Hohepriesters, der von den Juden nach der Rückkehr aus dem babylonischen Exil Ende des 6. Jahrhunderts v. Chr. gewählt worden war: Der Besuch dieser Grabstätte an Schawuot war bei den irakischen Juden zur Tradition geworden.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich, als die jüdische Delegation den Palast Kasr al-Zuhur verließ, wo Abd al-Ilah anlässlich seiner Rückkehr in die Heimat einen feierlichen Empfang für Vertreter der Bevölkerung der Hauptstadt organisiert hatte. Versuche, die Bagdader Juden anzugreifen, wurden von der Polizei unterbunden. Doch dies war der Auftakt zu einem massiven Pogrom, dem die Ordnungskräfte nichts entgegenzusetzen hatten. Im Übrigen zeigten sie nicht die Entschlossenheit, die in solchen Fällen erforderlich ist, und in einigen Fällen schienen sie den Angreifern sogar in die Hände zu spielen.

Antisemitische Hetze und Vorbereitung

Die später durchgeführte Untersuchung der Umstände der Unruhen ergab, dass der Pogrom, obwohl er äußerlich spontan wirkte, vorbereitet worden war und keine völlige Überraschung darstellte. Gerüchte über die Absichten antisemitisch gesinnter Einwohner Bagdads kursierten bereits in den Tagen zuvor in der Stadt. Darüber hinaus sagte Sami Michael, einer derjenigen, denen großes Unglück bevorstand, aus: „Antisemitische Propaganda wurde ständig und regelmäßig sowohl im lokalen Radio als auch in den arabischsprachigen Sendungen des Berliner Rundfunks ausgestrahlt. Auf dem Weg zur Schule sah ich an den Wänden Nazi-Parolen wie ‚Hitler vernichtet das jüdische Ungeziefer'. Auf Geschäften, die Muslimen gehörten, wurden Kennzeichnungen angebracht, damit sie im Falle eines Pogroms verschont blieben."

Shalom Darwish, Sekretär der jüdischen Gemeinde von Bagdad, berichtete, dass am Vorabend des „Farhud" Aktivisten der Jugendorganisation „Al-Futuwa", die auf den Prinzipien der Hitlerjugend aufgebaut war, jüdische Häuser mit Handabdrücken markierten, die mit roter Farbe beschmiert waren. Zwei Tage vor dem „Farhud" rief Yunis al-Sabawi, ein Minister der Regierung, der sich selbst zum Gouverneur von Bagdad ernannt hatte, den Rabbiner Sasson Kaduri, den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, zu sich und empfahl ihm, die Juden davon zu überzeugen, in den nächsten drei Tagen in ihren Häusern zu bleiben. Später stellte die Untersuchung fest, dass al-Sabawis wahre Absicht nicht der Schutz der Juden war, sondern die Unterstützung ihres Massenmords, da im Falle der Befolgung seiner Empfehlungen die Juden nicht auf den Straßen zusammengetrieben werden müssten.

Es stellt sich die berechtigte Frage: Hätte sich die jüdische Gemeinde selbst schützen können, ohne auf die Hilfe der Behörden zu hoffen? Nach Aussagen von Augenzeugen zogen einige jüdische Familien, die in gemischt bevölkerten Stadtvierteln lebten, in solche um, die ausschließlich von Juden bewohnt waren, in der Annahme, dass es dort sicherer sei. In den jüdischen Häusern wurden Steine gehortet, um sich im Falle von Angriffen verteidigen zu können. Niemand ergriff die Initiative, jüdische Selbstverteidigungstruppen zu bilden.

Ramat Gan. Denkmal für die Opfer der Farhud-Pogrome von 1941 und der Pogrome der 1960er Jahre im Irak.

Eskalation der Gewalt

Bei jedem Aufruhr gibt es immer Anstifter, und auf höherer Ebene ideologische Anführer. Als solcher galt in Bagdad der bereits erwähnte, pro-nationalsozialistisch gesinnte Yunis al-Sabawi. Er leitete das Wirtschaftsministerium, und ein Teil der Haushaltsmittel wurde mit seinem Segen für die Bildung rechtsextremer Bewegungen und Gruppierungen, darunter auch militarisierter, ausgegeben. Die bedeutendste davon war die Jugendorganisation „Katib al-Shabab". Sie spielte in den Tagen des „Farhud" eine Schlüsselrolle und wurde zu einer der wichtigsten Kampftruppen.

Wie es schon zuvor nicht selten der Fall war, diente eine aufwieglerische Predigt in einer der großen Moscheen Bagdads als Auslöser für die Explosion. Die Muslime verließen die Moschee wie elektrisiert, sie teilten sich in Gruppen auf, bereit, Juden zu töten. Sie mussten nicht weit nach Opfern suchen: Die ersten waren Juden, die auf der Gazi-Straße im Stadtteil Ar-Rusafa, an die die Moschee grenzte, unterwegs waren. Die Randalierer sperrten den Verkehr ohne große Mühe und begannen, die Juden aus den Fahrzeugen zu zerren, sie zu schlagen und anschließend mit Messerstichen zu attackieren. Nur wenigen gelang damals die Flucht – jenen, bei denen die Mörder die Juden nicht erkannten, und denen, die sich in der nächsten Polizeistation verstecken konnten.

Die Menge der Verbrecher belagerte die Polizeistation und forderte die Auslieferung der Juden, doch es traf Verstärkung ein – Ordnungskräfte in mehreren gepanzerten Fahrzeugen. Die Sicherheitskräfte erhielten den Befehl, mit tödlicher Gewalt zu schießen. Und die blutrünstige Menge zerstreute sich.

Doch das war erst der Anfang. Nachdem sie auf die Dunkelheit gewartet hatten, machten sich die Pogrom-Verbrecher auf den Weg in die armen jüdischen Viertel Tatran und Abu-Sifain. Die Angriffe auf die Häuser der armen jüdischen Bevölkerung sollten zeigen, dass die Teilnehmer der „Aktion" nicht Plünderungen, sondern die „Bestrafung" der Juden zum Ziel hatten. Und die Form der Bestrafung war ein massiver Lynchmob.

Die Pogrom-Täter zogen durch Viertel mit gemischter muslimisch-jüdischer Bevölkerung und natürlich durch solche, in denen Juden kompakt wohnten. Sie brachen in Häuser ein und töteten ohne zu zögern alle, die sich dort befanden. Die Menschen versuchten zu fliehen, indem sie auf die Dächer benachbarter Häuser sprangen, sofern dies möglich war. Andere wehrten sich mit Steinen. Doch es waren zu viele Angreifer, und es gelang nur für kurze Zeit, die Randalierer aufzuhalten.

Später wurde bekannt, dass es jüdische Bewohner gab, die zuvor Polizisten aus den nächstgelegenen Revieren bestochen hatten, damit diese sie schützen würden, falls eine Gefahr für das Leben der Juden entstehen sollte. Das Geld wurde angenommen, doch die Polizei kam nicht zur Hilfe.

Das blutige Ende des Pogroms

Mehr noch: Als sich die Pogrome nach dieser schrecklichen Nacht fortsetzten, beteiligten sich viele Polizisten bereits persönlich am „Farhud". Sie schossen mit automatischen Waffen auf Türschlösser und halfen so dabei, die Haustüren aufzubrechen. Als die armen Muslime davon erfuhren, ließen sie sich von diesen „Heldentaten" inspirieren. Es folgte eine Welle von Plünderungen. Zielscheibe waren Geschäfte und Marktstände. Die erbeuteten Wertgegenstände wurden in die Häuser der Täter gebracht, während britische Militärposten tatenlos zuschauten.

„Wir waren zu Hause. Als wir Schreie hörten, gingen wir auf die Terrasse", erinnerte sich Hele Saref Kargola, die damals 16 Jahre alt war, in einem Interview mit der Zeitung Haaretz. „Wir sahen eine Menge Araber, die Möbel und anderes Eigentum aus den Häusern der Juden trugen. Die gestrigen guten Nachbarn hatten sich in Mörder und Räuber verwandelt. Anstatt die Ordnung wiederherzustellen, legten die Polizisten ihre Uniformen ab und schlossen sich dem antisemitischen Mob an. Schwangeren Frauen wurden die Bäuche aufgeschlitzt, alte Menschen wurden auf den Straßen zu Tode geprügelt."

Der Appetit kommt beim Essen, und die Randalierer griffen nicht mehr nur Juden an, da sie beschlossen hatten, dass alles erlaubt sei. Erst als man im Palast des Regenten erkannte, dass die Situa-

tion völlig außer Kontrolle geraten war, wurde beschlossen, die Unruhen zu beenden. Militäreinheiten rückten in die Stadt ein, sie eröffneten das Feuer auf den Pöbel, was dessen Eifer schnell dämpfte. In Bagdad wurde eine Ausgangssperre verhängt, und bald kehrte Ruhe ein.

Es war an der Zeit, die tragische Bilanz des „Farhud“ zu ziehen. 170 bis 180 Menschen wurden getötet, 800 bis 1000 verletzt (nach offizieller Schätzung, die nur Schwerverletzte berücksichtigte, waren es 240 Menschen), 242 Kinder wurden zu Waisen. Die Judenhasser plünderten und zerstörten 586 Objekte, die Juden gehörten, brannten 99 jüdische Häuser nieder und zerstörten Hunderte weitere. In der irakischen Hauptstadt waren die meisten jüdischen Häuser in dem einen oder anderen Maße betroffen.

Es werden jedoch auch andere Zahlen angeführt. So ruhen nach Angaben des Babylonian Jewry Heritage Center neben den 180 identifizierten Opfern in einem Massengrab auch die Überreste von etwa 600 Unbekannten.

Die Ursachen des Pogroms

Die neue, bereits pro-britische Regierung konnte nach all dem Geschehenen nicht untätig bleiben: Die Pogrome mussten rechtlich und politisch bewertet werden. Zu diesem Zweck wurde eine Kommission zur Untersuchung der Ursachen und Umstände des „Farhud“ gebildet. Sie erstellte einen Bericht, ohne die Zahl der Opfer und das Ausmaß des den jüdischen Einwohnern zugefügten materiellen Schadens zu erfassen (vom immateriellen Schaden war in diesem Dokument keine Rede). Wem wurde von den Verfassern des Berichts die Verantwortung für die begangenen Verbrechen zugeschrieben? Diese Frage lässt sich kurz beantworten: „Niemandem konkret“. Und wenn dem so ist, gibt es auch niemanden, den man zur Rechenschaft ziehen könnte…

Allerdings wurden acht aktive Teilnehmer des Pogroms, darunter Offiziere der Armee und der Polizei, später doch vor Gericht gestellt und von den irakischen Behörden zum Tode verurteilt. Insgesamt sah die Untersuchungskommission die Ursache für den „Farhud“ in den Aktivitäten nationalsozialistischer Agenten im Irak, mit deren Hilfe im Land antisemitische Propaganda betrieben wurde, der vor allem die irakische Jugend erlag. Diese Schlussfolgerung wurde von der britischen Vertretung unterstützt, da sie es ihr ermöglichte, ihren Einfluss im Irak vor dem Hintergrund der Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen in Europa und Afrika zu stärken. Der genannte Faktor spielte zweifellos eine Rolle, war jedoch weder der einzige noch der wesentlichste.

Es ist bekannt, dass im Irak nationalsozialistische Literatur verbreitet wurde und viele die Briten als Unterdrücker betrachteten, während sie die Deutschen, die den Weltkrieg entfesselt hatten, als Kämpfer für die Wiederherstellung der nationalen Würde ansahen. In der Zeitschrift „Al-Alam Al-Arabi“ („Die arabische Welt“) wurden zusätzlich zu antisemitischen Beiträgen Auszüge aus Hitlers Programmschrift Mein Kampf in arabischer Übersetzung veröffentlicht.

Doch das Problem, das zum „Farhud“-Pogrom führte, hatte tiefere Wurzeln und hatte sich schon lange angebahnt. Die Beziehungen zwischen Muslimen und Juden im Irak verschlechterten sich in den 1930er Jahren stetig. Dies allein mit wirtschaftlichen Gründen – dem zunehmenden Wettbewerb zwischen jüdischen und muslimischen Unternehmern – zu erklären, wäre falsch, obwohl man diesen Umstand auch nicht außer Acht lassen darf. Doch die Entwicklung der Ereignisse, deren Höhepunkt die Pogrome gegen Juden waren, war im Großen und Ganzen eine Folge der „Palästinafrage“, von der sich der Irak nicht abkoppeln konnte.

Schließlich hatten sich arabisch-„palästinensische“ Führer im Land niedergelassen, die nach dem arabischen Aufstand von 1936 bis 1939 aus Palästina fliehen mussten. Dort hielt sich auch eine Zeit lang der Mufti von Jerusalem, Amin al-Husseini, auf. Dieser Mann war laut historischen Untersuchungen eine Art Verbindungsmann zwischen arabisch-„palästinensischen“ Nationalisten und deutschen Nationalsozialisten. Viele Araber – Flüchtlinge aus Palästina – drangen in das irakische Bildungssystem ein: Die einen wurden Beamte im Bildungsministerium, die anderen Schullehrer. Sowohl die einen als auch die anderen schürten aktiv Antisemitismus in den Köpfen der Schüler.

Antisemitismus als Staatsideologie

Gleichzeitig wurden aktiv die Ideen des panarabischen Nationalismus propagiert, der sich im Irak zur staatlichen Ideologie entwickelt hatte. Diese Politik betraf alle ethnischen Minderheiten und natürlich auch die jüdische Gemeinde. Der Unterricht an jüdischen Schulen wurde auf Arabisch umgestellt, und auf Hebräisch durfte nur die Heilige Schrift gelesen werden. Jüdische Jugendliche wurden gezwungen, arabische Geschichte zu lernen statt die Geschichte ihres alten Volkes. Und als in Palästina die Angriffe der Araber auf jüdische Siedlungen begannen, waren die Morde an jüdischen Einwohnern die Folge dieser Ereignisse.

Später, im Mai 1939, bezeichnete Akram Zuaitar, der Anführer der arabisch-„palästinensischen“ Emigranten in Bagdad, in einer Rede im „Mutanna“-Club die Novemberpogrome 1938 in Deutschland als würdiges Beispiel für die Stärke des nationalen Geistes. Im selben Jahr wies Sami Shuwakat, der das Amt des irakischen Bildungsministers bekleidete, in seinem Buch „Das sind unsere Ziele“ darauf hin, dass die „Lösung der Judenfrage“ eine Voraussetzung für die nationale Wiederbelebung des Staates sei.

Zudem hielten die Behörden den Großteil der Juden für unzuverlässig, da sie heimlich die zionistischen Bestrebungen ihrer Glaubensgenossen in Palästina unterstützten. Und wenn gezielt das Bild eines inneren Feindes geschaffen wird, ist es nicht schwer zu verstehen, wozu dies führen kann.

Diejenigen, die die Umstände des „Farhud“ untersuchten, kamen nicht umhin, sich die Frage zu stellen, warum sich die Briten in jenen tragischen Tagen faktisch aus den Ereignissen heraushielten, obwohl sie über genügend Kräfte und Möglichkeiten verfügten, diese zu unterbinden. Dabei war die jüdische Bevölkerung ihnen zweifellos loyal, was ihr den Zorn vieler Iraker einbrachte. Die britischen Mandatsbehörden zeigten damit, dass sie nicht beabsichtigten, sich in die inneren Angelegenheiten des Irak einzumischen. Und überhaupt gehörte der Schutz der Juden nicht zu ihren Plänen – hier ist eine Analogie zur Haltung der britischen Mandatsbehörden in Palästina in der Zeit vor der Gründung des Staates Israel angebracht.

Hier ein Zitat der bekannten Nahost-Forscherin Daphna Zimhoni: „Die Haltung der Briten gegenüber dem ‚Farhud‘ erinnerte an ihre gleichgültige Untätigkeit gegenüber der Vernichtung der Juden während des Holocausts in Europa.“

Die Haltung der Briten in den Tagen des „Farhud“ führte dazu, dass die irakischen Juden den Briten nicht nur keine Sympathie mehr entgegenbrachten, sondern ihnen auch kein Vertrauen und keine Unterstützung mehr schenkten.

Die Flucht der irakischen Juden

Eine natürliche Reaktion auf die Pogrome war die Absicht eines nicht unerheblichen Teils der Bagdader Juden, das Land nach den Ereignissen zu verlassen. Doch der Zweite Weltkrieg war im Gange, und viele Fluchtwege waren abgeschnitten. Der benachbarte Iran erlaubte die Einreise nur mit befristeten Visa – für höchstens drei Monate. Etwa 3000 irakische Juden konnten nach Indien ausreisen, während die Zahl der Ausreisewilligen zweieinhalb Mal so hoch war. Ein Teil dieser Flüchtlinge kehrte bald zurück. Fast tausend Juden hatten damals das Glück, nach Palästina zu gelangen.

„Farhud“ führte zu einem deutlichen Anstieg zionistischer Stimmungen unter den Juden im Irak. Hunderte irakischer Juden, die in jenen Jahren in die historische Heimat ihres Volkes zurückkehrten, nahmen am israelischen Unabhängigkeitskrieg teil. Und als die irakischen Behörden 1950 den Juden offiziell erlaubten, das Land zu verlassen, nahm die Auswanderung nach Israel massiven Charakter an, wobei die Ereignisse der vorangegangenen Jahre eine nicht unerhebliche Rolle spielten.

Bis 1951 verließen 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung – 110.000 Menschen – das Land, hauptsächlich nach Israel. Im Jahr 2008 lebten nur noch acht Juden auf dem Gebiet des Irak. So ging die mehr als 2500 Jahre alte jüdische Geschichte dieses Landes zu Ende.

JUDISCHE RUNDSCHAU
Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion/Herausgeber: Dr. Rafael Korenzecher • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen
J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin
(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)
redaktion@juedische-rundschau.de
(03222) 13 24 601
www.juedische-rundschau.de
www.facebook.com/jrundschau
@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **57,50 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 67,50 €, in Israel zum Preis von 89,50 €)**
☐ **69,50 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **99,75 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **47,50 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Raphael Israeli über die Anatomie des islamischen Judenhasses

Raphael Israeli gehört zu den profiliertesten israelischen Historikern und Islamwissenschaftlern. In seinem Buch „The Blood Libel and its Derivatives" analysiert er die tiefen Wurzeln des islamischen Judenhasses — von der koranischen Überlieferung über die mittelalterliche Ritualmordlegende bis hin zur modernen Hamas-Ideologie. Im Gespräch mit Stefan Beig macht Israeli deutlich: Die Hamas ist keine politische Bewegung, die auf Umstände reagiert — sie ist der organisierte Ausdruck einer Vernichtungsideologie, die im Islam tief verwurzelt ist und die sich durch keine Verhandlung, kein Zugeständnis und keine Roadmap beschwichtigen lässt. (JR)

Von Stefan Beig

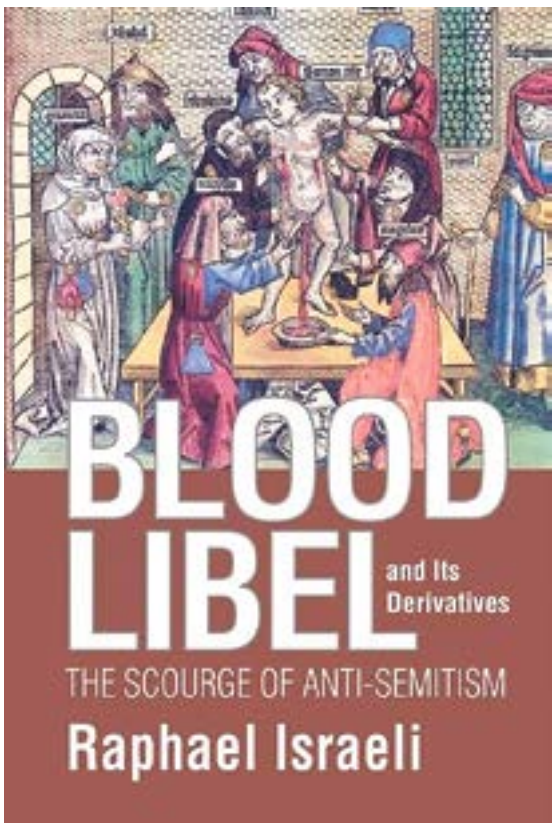
Vor anderthalb Jahrzehnten hat der Jerusalemer Historiker Raphael Israeli ein Buch über die Ritualmordlegende geschrieben. Er zeigte darin, wie die Lüge in neue Worte gekleidet fortbesteht. Die Verleumdungen ändern sich, ihr Muster aber und ihre Funktion bleiben dieselben. Heute, nach dem 7. Oktober 2023, lesen sich seine Diagnosen wie eine Vorwegnahme des Gegenwärtigen.

Am 21. Mai 2026 veröffentlichte die israelische Botschaft in Washington eine 83-seitige Studie mit dem Titel „Die Herstellung einer modernen Blutbeschuldigung: Völkermord, Aushungern und die Sprache der Entmenschlichung" (im englischen Original: Manufacturing a Modern Blood Libel). Ihre zentrale Schlussfolgerung: Die immer radikaleren Vorwürfe gegen Israel – bis hin zur ethnischen Säuberung – sind eine moderne Inkarnation der antisemitischen Ritualmordlegenden vergangener Jahrhunderte.

Das Datum war kein Zufall. Genau auf den Tag ein Jahr zuvor, am 21. Mai 2025, waren in Washington Yaron Lischinsky und Sarah Milgrim, zwei Mitarbeiter der israelischen Botschaft, vor dem Capital Jewish Museum erschossen worden. Der Täter rief „Free, free Palestine". Israels Außenminister Gideon Sa'ar nannte schon damals die internationale Hetze, die solchen Taten den Weg bereite, eine „moderne Blutbeschuldigung". Nun, ein Jahr später, hat die Botschaft die Anatomie dieser Lüge in eine Studie gegossen. Wenige Tage darauf setzte die UN Israel auf ihre „Schwarze Liste" sexueller Kriegsgewalt – neben der Hamas, die auf derselben Liste für die Gräueltaten des 7. Oktober steht. Israel brach angesichts dieser Gleichsetzung alle Kontakte zu UN-Generalsekretär Guterres ab.

Was die Botschaft auf 83 Seiten in akribischer Materialdichte ausbreitet – die Mechanik, mit der verleumderische Vorwürfe gegen Israel in Umlauf gebracht werden –, hatte ein Historiker in Jerusalem schon vor anderthalb Jahrzehnten als systematische politische Operation beschrieben. In seinem 2012 erschienenen Buch Blood Libel and Its Derivatives („Die Blutbeschuldigung und ihre Derivate: Die Geißel des Antisemitismus") nannte Raphael Israeli solche Anschuldigungen – „Apartheid, Brunnenvergiftung, den gezielten Tod palästinensischer Kinder, den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, um ‚Völkermord' zu begehen" – Derivate der mittelalterlichen Lüge, übernommen „von der arabisch-muslimischen Kriegsmaschinerie in ihrem Kampf gegen Israel".

Was sich gegenüber dem Mittelalter geändert habe, sei nicht die Lüge selbst, sondern das Medium ihrer Verbreitung: statt Gerüchten und Mundpropaganda heute Fernsehen, Internet, NGOs, UN-Resolutionen. Die Lüge sei dadurch „formidabler und tödlicher als je zuvor in der Geschichte". Dass die UN dabei eine Schlüsselrolle spiele, hatte Israeli damals bereits festgehalten: Sie sei zum zentralen Instrument des asymmetrischen Krieges gegen Israel geworden – „durch seine Dämonisierung, seine Isolierung und die Verweigerung seines Rechts auf Selbstverteidigung".



Buchcover „Blood Libel" von Raphael Israeli

Genau jener Historiker saß am frühen Morgen des 15. Mai in Jerusalem am Telefon und sprach mit der Jüdischen Rundschau – sechs Uhr früh in Israel, fünf Uhr früh in Wien. Raphael Israeli ist emeritierter Professor der Hebrew University of Jerusalem, Autor und Herausgeber von mehr als hundert Büchern zu Antisemitismus, Islamismus und dem Nahostkonflikt. „Ich bin 90 Jahre alt, Interviews suche ich nicht mehr", hatte er zuvor in einer E-Mail offen eingeräumt, „aber es ist meine Pflicht, Informationen zu verbreiten." Eine Dreiviertelstunde sprach er dann, immer mit Klarheit.

Das Derivat

Was im englischen Sprachraum unter blood libel verhandelt wird, heißt im Deutschen traditionell Ritualmordlegende oder Blutbeschuldigung. Die mittelalterliche Form – Juden würden Christenkinder ermorden, um deren Blut für die Pessach-Mazza zu verwenden – ist heute verschwunden, unterstreicht Israeli. Geblieben ist die Struktur: die Fantasie, dass Juden im Verborgenen das Entsetzlichste tun. Diese moderne Spielart nennt Israeli das Derivat. Die Blutbeschuldigung werde, so schreibt er, in all ihren Formen heute dazu benutzt, die Juden zu dämonisieren – „um sie zu einem legitimen Ziel physischer Vernichtung zu machen".

Das Muster sei identisch: Man nehme das Grauen, das den Juden zugefügt werde, und kehre es gegen sie. „Im Mittelalter wurden Juden tatsächlich ermordet – und dieselben Juden wurden beschuldigt, Christen zu töten und ihr Blut zu verwenden. Das ist die Bedeutung von alldem", sagt Israeli.

Eine Lüge aus dem christlichen Europa gelangte schließlich in die muslimische Welt. Wie? Die Blutbeschuldigung wurde „im 19. Jahrhundert von christlichen Arabern in die arabische Welt importiert", berichtet Israeli, „als fremde Ergänzung zu der grundlegenden anti-jüdischen Schicht, die im Islam seit dessen Beginn existierte". Mittlerweile sei sie fast vollständig vom muslimischen Diskurs monopolisiert. „Heute beschuldigt man Juden nicht mehr im ursprünglichen Sinn, sondern irgendeiner anderen schrecklichen Tat. Das beste – oder schlimmste – Beispiel dafür ist der 7. Oktober."

Der 7. Oktober als Lehrbuchbeispiel

Seit dem 7. Oktober 2023 erfasst eine rabiate antisemitische Welle die westliche Welt, und nicht nur sie. Außerirdische müssten beim Beobachten des Planeten Erde annehmen, die Juden hätten an diesem Tag ein Massaker an „palästinensischen" Arabern verübt, nicht umgekehrt. An jenem Morgen, dem Festtag Simchat Tora 2023, drangen rund 3.000 schwer bewaffnete Hamas-Terroristen über die Grenze des Gazastreifens nach Israel ein. Sie ermordeten in wenigen Stunden mehr als 1.200 Menschen und verschleppten 251 Geiseln. Es war der tödlichste Anschlag auf Juden seit der Schoah.

Israeli schildert das Massaker in einer Art und Weise, die an mittelalterliche Pogrome erinnert: die vertraute Nähe, die in Vernichtung umschlägt. „Männer aus Gaza drangen in jüdische Häuser ein, in denen niemand sie erwartete. Die Menschen schliefen friedlich in ihren Betten. Es waren Männer, die vorher in genau diesen Häusern als Tagelöhner gearbeitet hatten. Sie kannten jeden Korridor. Sie drangen ein, verbrannten die Häuser samt den Bewohnern, sie mordeten und vergewaltigten." Frauen und Mädchen wurden als Geiseln verschleppt, viele über Monate gefoltert und sexuell missbraucht.

Doch dann, sagt Israeli, wurde das Derivat in Bewegung gesetzt. Um den Anschuldigungen gegen sich selbst zuvorzukommen, trat die Hamas-Propaganda bereits in den ersten Stunden des Krieges in den Modus der Umkehrung. Die Juden, so der Vorwurf, würden in Wahrheit ein Volk vernichten. „Israel reagierte – was hätten Sie erwartet? Dass es zusieht, wie seine Zivilisten in ihren Betten ermordet werden? Und schauen Sie, wie human Israel dabei vorgegangen ist." Israel habe die Telefonnummern der Gaza-Bewohner – darunter jener tausenden Männer gehabt, die nach Israel eingedrungen seien, und habe in deren Häusern in Gaza angerufen, um vor der Bombardierung zu warnen und zur Räumung aufzufordern.

All diese Schutzmaßnahmen – Warnnachrichten in zweistelliger Millionenzahl, abgeworfene Flugblätter, Vorab-Warnschläge auf Hausdächer, Evakuierungskorridore – dokumentiert auch die Botschaftsstudie. Sie zitiert den US-Experten für Häuserkampf John Spencer mit dem Satz, Israel habe „mehr Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz von Zivilisten ergriffen als jede Armee in der Geschichte". Das Verhältnis von getöteten Terrorkämpfern zu getöteten Zivilisten in Gaza liege zwischen 1 zu 1,2 und 1 zu 1,4 – das niedrigste, das in einem modernen Stadtkrieg je dokumentiert wurde. „All das wurde von der Hamas-Propaganda umgekehrt", sagt Israeli, „gestützt vom UN-Generalsekretär, der Israels Erklärungen nicht hören wollte. Die meisten europäischen Länder taten dasselbe."

Das fabrizierte Bild

Dass die moderne Blutbeschuldigung – wie schon die alte – Bilder braucht, dokumentiert die Botschaftsstudie ebenfalls. In mehr als einem Dutzend Fällen wurden Aufnahmen offensichtlich kranker Kinder als Beweis israelischer Aushungerungspolitik verbreitet – auf Titelseiten, in Nachrichtenagenturen, in der Primetime. Die Kinder litten in Wahrheit an schweren Vorerkrankungen, die mit dem Krieg nichts zu tun hatten. Muhammad Zakariya Ayyoub al-Matouq, 18 Monate alt, erschien in der New York Times, der BBC, CNN, Sky News, dem Guardian, dem Daily Mail und der Times. Er war mit Zerebralparese und Hypoxämie geboren worden; ein unveröffentlichtes Foto zeigte seinen gesunden dreijährigen Bruder.

Osama al-Raqab, fünf Jahre alt, kursierte in sozialen Medien und internationalen Medien als Inbegriff des Hungerkindes. Auch er litt an einer schweren genetischen Erkrankung, die nichts mit dem Krieg zu tun hatte; Israel koordinierte im Juni 2025 seinen Transport nach Italien zur Behandlung. Die Süddeutsche Zeitung und Bild deckten zudem eine gezielte

Inszenierung auf: Ein Fotograf hatte Gazaner dazu gebracht, mit leeren Kochtöpfen vor den Kameras zu posieren – Bilder, die weltweit als Beleg für Hunger und Mangelversorgung verbreitet wurden. Das Derivat braucht das Bild. Und das Bild braucht jemanden, der es fabriziert.

Vorbereitete Straßen

Hier setzt der zweite Teil seiner Diagnose ein. Was die Hamas in Gaza tat, sagt Israeli, wäre ohne ein vorhandenes ideologisches Echosystem im Westen folgenlos geblieben. Der Beweis für ihn: Bereits am 8. Oktober 2023, einen Tag nach dem Massaker, noch bevor irgendeine israelische militärische Reaktion erfolgt war, brachen in den Universitätsstädten Amerikas, Europas und Australiens gleichzeitig pro-„palästinensische" Demonstrationen aus – mit denselben Parolen, denselben Plakaten, derselben symbolischen Bildersprache. „Das kann nicht spontan gewesen sein. Es war koordiniert, finanziert, vorbereitet." Und er fügt hinzu: „Der beste Weg, sich zu verteidigen, ist oft der Angriff – man produziert eine furchtbare Lüge."

Wie eine solche Koordinierung mental funktioniert, hat Israeli in seinem Buch beschrieben: Die alte Blutbeschuldigung, an die im Westen niemand mehr wirklich glaube, sei durch eine riesige Vielfalt erfundener Anschuldigungen ersetzt worden – „und durch endlose Wiederholung und Autosuggestion glauben am Ende die Erfinder selbst die Lügen, die sie fabriziert haben". Die Inszenierung wird so total, dass sie ihre Inszenierer selbst überzeugt.

Vor etwa zehn Jahren verbrachte Raphael Israeli ein Sabbatjahr an einer kalifornischen Universität. Dort beobachtete er muslimische Studentenversammlungen aus nächster Nähe. Sie servierten Bier und Essen, um auch nicht-muslimische Studenten anzulocken und der ideologischen Propaganda auszusetzen, die Jahre später als globaler Reflex auf den 7. Oktober wiederkehren sollte. „Als der 7. Oktober kam, war das Terrain bereits vorbereitet. Die Juden weltweit, die mit Gaza direkt nichts zu tun hatten, wurden sofort angegriffen."

Vom Opfer Europas zum Symbol des Westens

Besonders auffällig: In den postkolonialen Theoremen des zeitgenössischen Antizionismus erscheinen die Juden – jahrhundertelang verfolgt in Europa – als Repräsentanten westlicher imperialer Macht. Hinter dieser Erzählung stecke, sagt Israeli, eine weltweite Umkehrung der Verantwortung: „Alle Schuld liegt beim Westen und bei den Juden, während Muslime als die Unterdrückten, Ausgebeuteten und Schwachen erscheinen." Dieses Bild dominiere die Demonstrationen in Europa und an amerikanischen Universitäten.

Die eigentliche Erklärung sucht Israeli aber nicht in der Ideengeschichte, sondern in der Psychologie. Der Grund, warum Juden bis heute verfolgt würden, sei nicht ihre angebliche Macht, sondern Neid. „Keine andere Nation hat in 70 Jahren das geschafft, wofür andere Kulturen Jahrhunderte brauchten. Aber die Juden sind da." Wer Juden hasse, brauche in einer rationalen Welt eine Begründung – und wenn es keine gebe, erfinde man eine.

Schon in „Blood Libel and Its Derivatives" schreibt Israeli, der „erstaunliche Erfolg des jüdischen Staates" sei „ein Stachel im Fleisch seiner muslimischen Umgebung", weil er „die Hilflosigkeit, das Elend und die Hoffnungslosigkeit der politischen und sozialen Verhältnisse in der islamischen Welt entblößt" habe. Aus dieser Asymmetrie erwachsen die antisemitischen Eruptionen jedes Mal aufs Neue.

Die Legende vom guten Miteinander

Dass es die Juden früher unter Muslimen gut hatten, sei ein Mythos. Warum hält er sich so hartnäckig? Die islamische Gesellschaft des Mittelalters war, anders als das christliche Europa, eine Gesellschaft zweier Ebenen, erzählt Israeli in seinem Buch: Neben den muslimischen Vollbürgern existierte ein geschützter, aber untergeordneter Status für Juden und Christen – das Dhimmi-System. Verglichen mit jenem christlichen Europa, das Andersgläubige vielerorts immer wieder verfolgte und vertrieb, erschien die islamische Welt als toleranter. Daraus entstand, wie Israeli schreibt, „der Mythos der Toleranz und des Goldenen Zeitalters der Juden unter den Muslimen" – als hätten Juden und Christen dort volle Gleichstellung genossen. Der Schluss, sie hätten stets „in Gleichheit, Harmonie und Frieden gelebt", sei „leider eine grobe Übertreibung".

Israeli weiß, wovon er spricht. Er ist 1935 in Fès geboren, in einem muslimischen Land, in dem damals eine der ältesten jüdischen Gemeinden der Welt lebte. Mit 14 wanderte er nach Israel aus; zwölf Jahre diente er als Offizier im militärischen Nachrichtendienst, bevor er an die Hebrew University zurückkehrte und später in Berkeley in chinesischer und islamischer Geschichte promovierte. Die jüdischen Gemeinden Marokkos, Iraks, Jemens, Ägyptens und Persiens wurden nach 1948 in einer Welle vertrieben, die in der westlichen Erinnerung kaum vorkommt: rund 850.000 Juden, die ihre Heimat verloren. Wer wie Israeli aus dieser Geschichte kommt, durchschaut die Behauptung, „die Araber" hätten die Juden gut behandelt, als nachträgliche Konstruktion.

Theologische Tiefenschicht

Im Gespräch wendet er sich auch der archäologischen Linie zu: „Jeden Meter, den man in diesem Land gräbt, fördert man jüdische Kultur zutage. Artefakte des Ersten und Zweiten Tempels, die Spuren Davids und Salomos, der Hasmonäer." Eine ganze Zivilisation des Judentums und des Christentums sei hier entstanden. „Jesus war Jude. Er ging nicht in eine Kirche, er ging in eine Synagoge. Er ist nicht erfunden."

Hier öffnet sich, fast beiläufig, jene theologische Tiefenschicht, in der Israeli als Islamhistoriker zu Hause ist. Das Christentum, erläutert er, verstehe sich als Fortsetzung und Erfüllung des Judentums – die Anerkennung der jüdischen Wurzel sei ihm konstitutiv eingeschrieben. Der Islam dagegen verstehe sich als ursprüngliche und direkte Offenbarung Allahs, gegenüber der Judentum und Christentum als „verfälscht" (koranisch: tahrif) erschienen. „Die Araber wollen die Beweise nicht anerkennen", sagt Israeli; „Was für sie zählt, ist, woran sie glauben." Der heutige fanatische Judenhass und das offene Gelübde zur Vernichtung der Juden, schreibt Israeli, komme „nicht aus der Christenheit, sondern aus der islamischen Welt".

Eine harte, aber besorgte Diagnose Europas

Israelis Befund über das heutige Europa ist hart: Wenn in London, Paris, Amsterdam, Brüssel oder Mailand Massenkundgebungen die Straßen füllten, in denen Israel pauschal mit Genozid und Apartheid gleichgesetzt werde, dann zeige sich darin, sagt er, eine „Übernahme" des öffentlichen Raumes durch militante islamische Gruppierungen, vor denen die europäischen Regierungen aus Furcht zurückwichen. Staatschefs wie Keir Starmer und Emmanuel Macron verlören „sich selbst und ihre Kultur, anstatt zu kämpfen und ihre schöne, alte, zivilisierte Kultur wieder geltend zu machen". Er geht so weit, von einem „Selbstmord Europas" zu sprechen.

Bemerkenswert ist, was geschieht, wenn Israeli von der „schönen, alten, zivilisierten Kultur" Europas spricht – im englischen Original: „beautiful, ancient, civilized culture". Seine Stimme gerät ins Schwärmen, besonders bei dem Wort „beautiful". Hinter der scharfen Kritik wird eine fast zärtliche Bewunderung hörbar. Es ist nicht Hass, was hier spricht. Es ist Trauer um etwas, das man liebt.

Eine österreichische Coda

Am Ende des Gesprächs erkundigt sich Israeli, woher der Anruf komme. Aus Wien. Er hält kurz inne. „Österreich ist eines der wenigen Länder, das Israel nach dem 7. Oktober die Treue gehalten hat. Wir hoffen, dass auch andere Länder zur Vernunft zurückkehren."

Ein freundlicher Satz zum Schluss. Dass Österreich Israel die Treue gehalten hat, ist tatsächlich eine Errungenschaft der österreichischen Zivilgesellschaft, die nach und nach auch das politische Establishment erfasst hat. Aber es ist ein zerbrechlicher Prozess. Daran erinnern Raphael Israelis Worte, der sich trotz seines hohen Alters in den Morgenstunden Zeit nahm für dieses Gespräch – aus Pflicht, der Lüge die Stirn zu bieten. Der Kampf hört nie auf. Israeli führt ihn.

Keine Zeitung ohne Leser: Wir freuen uns auf Ihre Leserbriefe!

Senden Sie uns Ihren Leserbrief an folgende Mailadresse:
leserbriefe@juedische-rundschau.de

Einsendungen über diese Mailadresse können sowohl in der Printausgabe der Jüdischen Rundschau als auch online veröffentlicht werden.

Die Jüdische Rundschau behält sich vor, zu entscheiden, welche Leserbriefe erscheinen und welche nicht. Die Redaktion behält es sich außerdem vor, die Leserbriefe sinnwahrend zu kürzen.

Für die Veröffentlichung muss der Leserbrief bitte mindestens folgende Angaben enthalten:

• Auf welchen Artikel bezieht sich der Leserbrief und in welcher Ausgabe ist der Artikel erschienen?
• Ihr Vor- und Nachname sowie der Wohnort (werden veröffentlicht)
• Ihre Anschrift (wird nicht veröffentlicht)

Ihre vollständige Anschrift ist wichtig, da der Leserbrief sonst als anonym gelten muss und damit nicht veröffentlicht werden kann.

Wir lesen alle Briefe sorgfältig, auch wenn wir sie nicht alle beantworten können.

Zwischen Berlin, Buchenwald und Jerusalem: Das Schicksal der Familie Scholem

Die Geschichte der Familie Scholem ist eine Geschichte des 20. Jahrhunderts in nuce — verdichtet auf zwei Brüder, die gegensätzliche Wege kaum hätten gehen können. Gershom Scholem, der große Erforscher der jüdischen Mystik, emigrierte nach Palästina und wurde zur intellektuellen Stimme des Zionismus. Sein Bruder Werner Scholem, Kommunist und Reichstagsabgeordneter, blieb in Deutschland — und wurde von den Nazis in Buchenwald ermordet. Ihr Schicksal steht exemplarisch für die nicht selten tragische Selbsttäuschung von Teilen des deutschen Judentums: die Hoffnung, durch Assimilation, deutschen Patriotismus und intellektuelle Leistung Anerkennung zu erkaufen — selbst noch bei den Nazis. Juden hatten im Ersten Weltkrieg überproportional gedient und gekämpft; Fritz Haber hatte Deutschland das Haber-Bosch-Verfahren und den Nobelpreis für Chemie geschenkt — all das erwies sich angesichts des nationalsozialistischen Vernichtungswillens als vertane Liebesmühe. Im Falle der Familie Scholem verbindet heute nur noch ein Grabstein auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee die Schicksale beider Brüder — und steht als stilles Symbol für die Irrwege und die Zerrissenheit des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert. (JR)

Von L. Joseph Heid

Der Religionshistoriker Gershom Scholem emigrierte 1923 nach Palästina.

Auf dem Berliner Friedhof Weißensee, der mit fast 116.000 Grabstellen flächenmäßig größte – und schönste - erhaltene jüdische Friedhof Europas, erinnert ein Grabstein an die Familie Scholem. Fünf Namen sind darauf verzeichnet, aber nur ein Mitglied der Familie, Arthur Scholem, liegt hier wirklich begraben. Der gemeißelte Grabstein-Text lautet: ARTHUR SCHOLEM geb. 1863 in Berlin, gest. 1925 in Berlin. BETTY SCHOLEM, geb. Hirsch geb. 1866 in Berlin, gest. 1946 in Sydney. WERNER SCHOLEM geb. 1895 in Berlin, erschossen 1942 in Buchenwald. ERICH SCHOLEM geb. 1893 in Berlin, gest. 1965 in Sydney. GERHARD G. SCHOLEM geb. 1897 in Berlin, gest. 1982 in Jerusalem.

Die Scholems. Welch eine deutsche Familie! Welch ein deutsch-jüdisches Panorama, das seinesgleichen sucht! Aus Gershom Scholems wunderbaren Jugenderinnerungen „Von Berlin nach Jerusalem“ (1977) erfahren wir, dass die Scholems von der traditionellen jüdisch-orthodoxen Lebensweise der schlesischen und posenschen Juden, die die überwältigende Mehrheit der Berliner Judenschaft bildeten, eine weitgehende Assimilation an die Lebensart der Umgebung zurückgelegt hatten. Eine breite Schicht und ihre geistigen und politischen Repräsentanten wollten an die Assimilation, an die Verschmelzung mit ihrer deutschen Umgebung glauben.

Gershom Scholems 1833 in Berlin geborener Großvater, hatte noch eine streng jüdische Erziehung erhalten, verkörperte in seiner Person jedoch den Übergang der Juden in die deutsche Gesellschaft. Er hieß, wie es in jüdischen Familien Sitte war, nach seinem verstorbenen Großvater, also Scholem Scholem. Der Standesbeamte weigerte sich aber, diesen Vornamen in die Geburtsurkunde einzutragen. Man einigte sich auf eine eingedeutschte Form mit drei weggelassenen Buchstaben, auf den Namen Solm. Als begeisterter Wagnerianer nannte sich der Großvater später Siegfried Scholem, und unter diesem Namen wurde auch seine Buchdruckerei ins Handelsregister eingetragen. Auf seinem Grabstein in Weißensee heißt er im hebräischen Text noch immer Scholem Scholem, auf der deutschen Vorderseite dagegen Siegfried. Auf dem Grabstein von Gershoms Vater Arthur gab es schon kein Hebräisch mehr.

Arthur Scholem (1863-1925) war der Inhaber der „Druckerei Arthur Scholem“, in der auch Bücher jüdisch-belletristischen Inhalts gedruckt wurden. Seine Frau Betty und deren vier Söhne - allesamt mit deutsch-konnotierten Namen ausgestattet -, durchliefen eine Entwicklung in politischer, weltanschaulicher und religiöser Hinsicht, die konträrer nicht hätte sein können: Während die Älteren, Reinhold und Erich, als Geschäftsleute in den väterlichen Betrieb einstiegen – Reinhold deutschnational gesinnt, Erich eher liberaldemokratisch – brach der drittgeborene Sohn Werner mit der bürgerlichen Tradition, wurde Reichstagsabgeordneter für die Kommunistische Partei und Redakteur der Parteizeitschrift „Rote Fahne“.

Der Jüngste wiederum, Gerhard, später in Gershom hebraisiert, entdeckte das Judentum für sich, vor allem die hebräische Sprache, engagierte sich in zionistischen Vereinen und emigrierte 1923 nach Palästina, um einer der berühmtesten Forscher der jüdischen Mystik und der Kabbalistik zu werden. Er entging durch seine frühe Emigration der jüdischen Katastrophe und wurde zum international gefeierten Gelehrten.

Betty Scholem und ihren beiden älteren Söhnen gelang 1938 und 1939 die Ausreise nach Australien, wo Reinhold und Erich als Geschäftsleute Fuß fassen konnten. Werner Scholem aber war als Kommunist neun Jahre lang in verschiedenen Konzentrationslagern inhaftiert, bevor er in Buchenwald ermordet wurde.

Verjagt, weil wir Juden waren

Betty Scholem war eine geborene Journalistin, „flink und treffend“ im Ausdruck, und hatte, in einer Zeit, als Frauen noch nicht an solche Berufe herangelassen wurden, ihren eigentlichen Beruf verfehlt, wo sie in der Ullstein-Redaktion gepasst hätte. So kümmerte sie sich zwangsläufig um die Buchhaltung der Familiendruckerei. Sie wurde ihr Emigrantenschicksal nie mehr los. 1940 schrieb sie an ihren in Jerusalem lebenden Sohn Gershom: „Da hat dieser Teufel Hitler uns verjagt, weil wir Juden sind, u. jetzt überall in der Welt sind wir Deutsche, auch hier in diesem weltabgelegenen Land.“

1971 sahen sich die Brüder Reinhold und Gershom erstmals seit ihrer Trennung mit ihren Ehefrauen in Zürich wieder. Gershoms Ehefrau Fania fragte ihren Schwager nach dessen Gesinnung. Er sagte, er sei „Deutschnationaler“. Was, sagte sie, und das nach Hitler? Darauf Reinhold: „Ich werde mir doch meine Anschauungen nicht von Hitler vorschreiben lassen“, worauf sie sprachlos war.

„So gewann ich ein engeres Verhältnis nur zu meinem Bruder Werner, der [...] ein sehr bewegliches Naturell hatte, das schon früh in Opposition gegen das Elternhaus umschlug“. So schreibt Gershom Scholem über seinen zwei Jahre älteren Bruder Werner. Dieses „engere Verhältnis“ mag auch das tief empfundene Motiv gewesen sein, sein Erinnerungsbuch „Von Berlin nach Jerusalem“ seinem Bruder zu widmen: „Dem Andenken meines Bruders Werner, [...] ermordet im Juni 1940 in Buchenwald“.

Gershom Scholem beschrieb seinen Vater als einen Mann von „jähzornigem Temperament“, der zwei seiner Söhne kurzerhand vor die Tür setze – den einen, weil er Sozialist, den anderen, weil er Zionist war. Arthur Scholem gehörte dem strikt antizionistisch geprägten „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ an. Andere Ansichten stießen am Familientisch auf seinen heftigsten Widerspruch. Die Scholems waren eine höchst streitbare, durch unterschiedliche Ansichten geprägte Familie.

Verbundenheit in Sehnsucht und Utopie

Bei aller Gegensätzlichkeit, die zwischen den beiden Brüdern Werner und Gerhard/Gershom Zeit ihres Lebens bestanden hatte und was ihr Verhältnis auch belasten konnte, waren sie sich doch immer sehr nahe. So extrem ihre beiden Ideologien, Zionismus hier, Sozialismus dort, auch in verschiedene Richtungen ausschlugen, so sehr verband sie eine Sehnsucht und Utopie, die sich für jeden auf seine Weise aus jüdischer Tradition zu speisen schien.

Werner Scholems Hinwendung zur sozialdemokratischen Bewegung fand ein jähes Ende, als ein Setzer der väterlichen Druckerei Arthur Scholem eines Morgens einen Artikel aus dem „Vorwärts“, der, - welch eine Ironie, in dem Scholem‘schen Betrieb gedruckt war - auf den Kontortisch legte, wo über das Auftreten seines Sohnes Werner in der Arbeiterjugend berichtet wurde. Dieser Artikel erbitterte Arthur Scholem so sehr, dass er seinen Sohn Werner aus der Prima nahm und nach Hannover auf das „Gildemeistersche Institut“ zwecks Vorbereitung auf das Abitur relegierte. Hier drückte Werner dann ein Jahr die Schulbank mit Ernst Jünger, mit dem er eine eigenartige, durch ironische Sympathie gekennzeichnete Verbindung pflegte.

Mehr als sechzig Jahre nach seiner Hannoveraner Schulzeit erinnerte sich mit einem Mal der Schriftsteller Ernst Jünger, der 1975 in seinem 80. Lebensjahr stand, an seinen ehemaligen Mitschüler Werner Scholem. Was diese plötzliche Erinnerung an eine Zeit, die sechs Jahrzehnte zurücklag, ausgelöst hatte, darüber kann man nur spekulieren. Jedenfalls schrieb Jünger am 16. Februar 1975 Gershom Scholem in Jerusalem eine Postkarte, dass er in der Presse öfters auf den Namen Scholem stoße und sich frage, ob er, Gershom Scholem, mit „einem meiner Schulkameraden identisch“ sei. Die Postkarte und der sich daran anschließende Briefwechsel findet sich im Gershom-Scholem-Nachlass der Jüdischen Nationalbibliothek in Jerusalem, ein archivalisches Kleinod, vom dem eine breite interessierte Öffentlichkeit im Jahre 2009 Kenntnis erlangte.

Ernst Jünger war ein Mann, der 1930 einmal den unmissverständliche Satz geschrieben hatte: „Im gleichen Maße aber, indem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden [...] in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbar werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet, in Deutschland entweder Jude oder nicht zu sein“. 75 Jahre nach dieser verschwurbelten Aussage suchte diese literarische deutsche Ikone ganz unvermittelt die Bekanntschaft eines jüdischen Intellektuellen von Weltruf.

Noch bevor Gershom Scholem die Anfrage förmlich beantwortete, notierte er auf der Rückseite ein wenig irritiert: „[...] ob mein Bruder Werner gemeint ist?“ Dies war der Beginn einer kurzlebigen, eigentlich eher belanglosen, zehn Briefe und eine Postkarte umfassenden Korrespondenz, die sich über sechs Jahre zog. Es trafen zwei Persönlichkeiten aufeinander, die - jede auf ihre Weise, das Jahrhundert, intellektuell und dabei durchaus umstritten, bereichert hatten – sich unterschiedlicher und fremder aber nicht sein konnten. Ein vergötterter Schriftsteller, einst Herausgeber und Mitautor rechtsradikaler Zeitschriften, der einen „Neuen Nationalismus“ propagiert und zur Sammlung einer nationalrevolutionären Bewegung aufgerufen hatte, nach eigener Aussage die Demokratie von Weimar „wie die Pest“ hasste, der den Juden das Recht absprach, in Deutschland Deutsche sein zu können, Ernst Jünger, der eine, und der weltweit anerkannte israelische Gelehrte und angesehenste Kabbala-Forscher, Erforscher der jüdischen Mystik, Religionshistoriker und Judaist, Gershom Scholem, - ihre geistige Welten lagen so weit auseinander, wie die Erde vom Mond.

Ungleiche Schulkameraden

Es mussten nach der ersten Postkarte weitere 34 Jahre vergehen, dass dieser Briefwechsel für eine kurze Zeit die Feuilletonspalten einiger Zeitungen füllte. Das aufgebauschte Feuilletonthema war insofern von Belang, weil es weniger um die beiden so gegensätzlichen Protagonisten Ernst Jünger und Gershom Scholem, sondern um eine andere Person ging, die die Korrespondenz vordergründig erst herbeigeführt hatte – Werner Scholem. Kritiker mögen aus der dünnen Scholem‘schen/Jünger‘schen Korrespondenz alles Mögliche herauslesen, worauf es jedoch dabei ankam, waren die Sätze, die die beiden über Werner Scholem austauschten - die Erinnerungen an einen – hierzulande wie in Israel – längst vergessenen Sozialisten, der auf bestialische Weise unter Mittäterschaft der eigenen Genossen in Buchenwald ermordet wurde.

Gershom Scholem klärte seinen Briefpartner Jünger dahingehend auf, dass er, Gershom Scholem, nicht der vermutete Schulkamerad sei, sondern sein Bruder Werner. Jünger fragte nach dem Aussehen des Bruders und Gershom beschrieb ihn als klein, der „(wie ich) ein kleines, scharfjüdisches Gesicht“ gehabt habe. Scharfjüdisches Gesicht, eine gewagte Formulierung, die sich Scholem herausnahm.

Jünger erkannte in dieser Beschreibung seinen ehemaligen Schulkameraden. Werner sei der einzige, an den er sich erinnern könne: Er sei ihm als „ungewöhnlich ‚erwachsen’“ vorgekommen – dazu habe vor allem die „intelligente Physiognomie und ein skeptisches Lächeln“ beigetragen. Von Werners politischer Agitation würde er zu seinem Erstaunen jedoch erst jetzt durch den Brief erfahren. Sind „intelligente Physiognomie“ und „scharfjüdisches Gesicht“ verklausulierte Synonyme für das, was im Jiddischen „Ponim“ bezeichnet, Gesicht, Antlitz, eben „jüdisches“ Aussehen? Meinten beide Briefpartner das gleiche und hatten sie es nur unterschiedlich konnotiert?

Die gemeinsame Schulzeit fand mit dem Beginn des Krieges im August 1914 ein plötzliches Ende, und die Wege der beiden Schulkollegen verlief von nun an diametral. Ernst Jüngers patriotische Kriegsbegeisterung stand Werner Scholems überzeugtem Pazifismus gegenüber.

Das Schlachtfeld war Werner Scholems Sache nicht und schon gar nicht war er bereit, freiwillig zu den Waffen zu eilen, wie es die vaterländisch gestimmten deutschen Juden im August 1914 in überwältigender Mehrheit mit Herzblut taten. Er lehnte den Krieg „gänzlich“ ab und stand in den Reihen der oppositionellen Kriegsgegner innerhalb der SPD, die die Burgfriedenspolitik ebenso ablehnten wie die Kriegskredite.

Die Einstellung zum Krieg prägte die Biografien von Werner und Gershom Scholem ebenso wie die von Ernst Jünger – gleichwohl unterschiedlich. Gershom Scholem wurde 1915 von der Schule geworfen, nachdem er auf einen kriegsbejahenden Artikel in der zionistischen „Jüdischen Rundschau“ hin einen empörten Leserbrief an die Zeitung geschickt und erklärt hatte, Kriegsverherrlichung und Zionismus seien unvereinbar. Die ablehnende Haltung der Scholem-Brüder zum Krieg kann nicht weiter verwundern, findet sich das Wort „Frieden“ doch bereits im Familiennamen. Ernst Jüngers überarbeitetes Kriegstagebuch hingegen wurde bekanntermaßen zum Synonym der Romantisierung des Krieges.

Glaube an die „deutsch-jüdische Symbiose“

Die Mitteilung von der Ermordung Werner Scholems registrierte Jünger mit Verwunderung und kommentierte dies mit einer merkwürdigen Schlussfolgerung, die Ignoranz und Unwissen gleichermaßen erkennen lässt: „Bei der sicheren Lagebeurteilung, die ich ihm zutraute, nahm ich an, dass er, wie offenbar andere seiner Verwandten, den letzten Zug nach draußen nicht verpasst hätte“. Was für eine unwürdige, fahrlässige Beliebigkeit, die aus diesen Worten spricht, als hätten sich Juden in der NS-Zeit so mir nichts dir nichts in den nächsten fahrplanmäßigen Zug setzen können, um nach „draußen“ zu gelangen. Werner Scholem war nach der Jünger‘schen Logik also nicht weitsichtig genug gewesen, die „Lage“ richtig zu beurteilen, will sagen: Er hätte doch wissen müssen, was ihn erwartete, so intelligent er schließlich war, um „den letzten Zug nach draußen“ zur Rettung seines Lebens zu nehmen. Darf man so abschätzig über die deutschen Juden sprechen, die sich aus tiefer Überzeugung dem Land der Assimilation hingeben hatten und sich nicht entschließen konnten und wollten, Deutschland zu verlassen?

Gershom Scholem, der schon in den frühen 1920-er Jahren den Glauben an die „deutsch-jüdische Symbiose“, wie er es später genannt hat, verloren hatte und axiomatisch und einsam den Kampf wider den Mythos vom deutsch-jüdischen Dialog focht, antwortete auf Jüngers Satz geduldig und unaufgeregt. Er wusste um das Zögern der deutschen Juden, das Land zu verlassen: „Die Einsicht in ihre Lage“, stellte er desillusioniert fest, „gehörte nicht zu den starken Seiten der deutschen Juden“.

In der hebräischen Ausgabe seiner Autobiografie, die vier Jahre nach der deutschen Ausgabe und beinahe um das Doppelte erweitert, erschien, fügte Gershom Scholem erklärend für die israelischen Leser hinzu: „Ernst Jünger, der später einer der Hervorragendsten unter den Schriftstellern der deutschen Rechten wurde“.

Die Ironie dieser unterschiedlichen Lebenswege ist jedoch, dass Ernst Jünger trotz oder gerade wegen seiner „rechten“ Gesinnung, eine gefeierte Schriftstellerlaufbahn vergönnt war und zum literarischen Säulenheiligen wurde, während Werner Scholem nicht nur keine politische Karriere beschieden war, sondern für seine Überzeugungen – und seiner Herkunft wegen - mit einem grausamen Tod büßen musste.

In seinem Tagebuch „Siebzig verweht“ erinnert Jünger sich an den Deutschlehrer in Hannover, der Werner Scholem einmal einen Aufsatz mit der Drohung zurückgab: „Scholem – ich warne Sie jetzt zum letzten Mal“. Damals, wie achtzig Jahre später, konnte sich Jünger keinen Reim auf diese kryptische Bemerkung machen und vermutete, dass Scholem, der den Mitschülern in der geistigen Entwicklung weit voraus war, den Schulaufsatz dazu benutzt habe, um „nihilistische oder kommunistische Parolen“ darin unterzubringen.

Assimilation, Zionismus und Sozialismus

In der Korrespondenz zwischen Ernst Jünger und Gershom Scholem dreht sich alles um Werner Scholem. Vielleicht war es am Ende nicht mehr als die Sentimentalität eines alten Mannes, der ein gefeierter Schriftsteller war? Und warum interessierte Jünger sich so gar nicht für sein israelisches Gegenüber, sondern schob stattdessen immer wieder das Bild des jungen Mannes mit der „intelligenten Physiognomie“, dessen tragisches Schicksal ihn auf so eigenartige Weise berührte, über das nicht in Gang kommende Gespräch mit Gershom Scholem?

Werner Scholem ist in der Diskussion um die Scholem/Jünger-Korrespondenz als jemand beschrieben worden, dessen Welt der Ernst Jüngers nicht fremder hätte sein können. Dabei verachtete Werner Scholem das sogenannte assimilierte Judentum noch mehr als sein jüngerer Bruder, der vom Scheitern der Assimilation überzeugt war, und für sich keine jüdische Zukunft in Deutschland sah. Aber anders als Jünger wollte Werner Scholem mit dem wachsenden Nationalismus der „Boches“, wie er seine Landsmänner während des Krieges zu nennen pflegte, nichts zu schaffen haben. Die „Lösung“ der „Judenfrage“ lag seiner Meinung nach, die er mit all den anderen Sozialisten und Kommunisten teilte, im Internationalismus der kommunistischen Revolution. Davon konnte er seinen Bruder Gershom zwar nicht überzeugen, die große Skepsis gegenüber dem Nationalismus teilten die Brüder jedoch vollkommen.

Arthur Scholems Ehefrau Betty und seine Söhne starben über die Welt verstreut, wie der Weißensee-Grabstein bezeugt, nicht in Berlin, was erwartbar gewesen wäre, wenn nicht … Gershom Scholem hat also zwei Gräber. Eins in Jerusalem und eins in Berlin. Er hat Zeit seines Lebens in beiden Städten gelebt.

Der Scholem-Grabstein in Berlin-Weißensee ist nicht nur ein Sinnbild für die jüdischen Diaspora, sondern steht auch für die sehr unterschiedlichen Lebenswege innerhalb der deutsch-jüdischen Beziehungsgeschichte des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Er ist nachgerade Symbol für drei von vier möglichen jüdischen Lebenswegen – Assimilation, Zionismus und Sozialismus. Eine orthodoxe Lebensweise hatte sich im Zeitalter der Judenemanzipation in der Familie Scholem abgeschliffen. In der Familie Scholem spiegelt sich eine deutsch-jüdische Existenz in Deutschland vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus beispielhaft, symbolistisch. Sie steht idealtypisch für eine Sozialgeschichte des deutschen Judentums.

Torah, Mizwot und Verantwortung

Die Frage nach dem Sinn des Lebens beschäftigt die Menschheit seit Jahrtausenden – Philosophen, Herrscher und Ideologien haben darauf unterschiedlichste Antworten gegeben. Die jüdische Tradition hingegen versteht den Menschen seit jeher als verantwortliches Wesen, das dazu berufen ist, die Welt mitzugestalten, moralisch zu handeln und der Schöpfung Sinn, Ordnung und Menschlichkeit zu verleihen. Der folgende Beitrag zeigt eindrucksvoll, wie Torah, Mizwot und ethisches Handeln nicht nur das Individuum formen, sondern auch das Zusammenleben der Menschen prägen sollen. Dabei wird deutlich: Nicht Macht, Besitz oder Vergnügen stehen im Zentrum des menschlichen Lebens, sondern Verantwortung – gegenüber den Mitmenschen, der Welt und den moralischen Maßstäben, die das Judentum seit Jahrtausenden vermittelt. (JR)

Von Nissan Dovid Dubov

Dieses Bild wurde mit Hilfe von KI erstellt.

Wir alle möchten ein sinnvolles Leben führen. Deshalb müssen wir uns zuerst die Frage stellen: Warum leben wir? Warum sind wir auf dieser Welt?

Eine Antwort auf diese Frage finden wir im Buch des Lebens, der Tora. Die Tora wird Torat Chaim (lebendige Tora) genannt. Das Wort „Tora“ bedeutet „Anleitung“ oder „Führung“ und macht die Tora zu unserer Lebenshilfe. Indem sie unsere Pflichten benennt, definiert die Tora den Sinn unseres Lebens und zeigt Wege zu dessen Erfüllung.

Die Erschaffung des Menschen

Die Tora beginnt mit der Genesis. Als Adam erschaffen wurde, unterrichtete der Schöpfer ihn direkt über seine zukünftigen Aufgaben. G-tt sprach zu ihm, dass sein Lebenssinn im Folgenden bestehe: „Erfülle die Welt und erobere sie. Herrsche über die Fische des Meeres, die Vögel der Luft und über jedes lebendige Ding, das sich auf der Erde bewegt.“ (Genesis 1:18).

Dem Menschen wurde viel Kraft gegeben, um die ganze Welt zu erobern und sie auf dem Land, im Meer und in der Luft zu beherrschen. Dies zu tun, sollte fortan Adams Aufgabe und Pflicht sein.

Wie sollte diese „Welteroberung“ erfolgen, und worin liegen ihr Sinn und ihre Bedeutung?

Unsere Weisen sagen, dass Adams ganzes Wesen bei seiner Erschaffung von der g-ttlichen Seele durchdrungen war. Damit erhob ihn G-tt zum Herrscher über die gesamte Schöpfung. Nun kamen alle Geschöpfe zusammen, um Adam als ihrem Schöpfer zu dienen. Aber Adam sagte: “Last uns alle zusammenkommen, um nicht mich, sondern G-tt, unseren Schöpfer, anzubeten“.

Die „Welteroberung“, die dem Menschen als Aufgabe und Auftrag gegeben wurde, umfasste die ganze Natur, einschließlich der Tiere, die es nun zum Dienste der Menschheit zu erhöhen und zu verfeinern galt. Diese Menschheit sollte vom g-ttlichen Ebenbild, d.h. der Seele, die tatsächlich ein Teil G-ttes ist, durchdrungen und erleuchtet sein, damit die ganze Schöpfung erkennen sollte, dass G-tt unser Schöpfer ist.

Es ist offensichtlich, dass, bevor ein Mensch zur Eroberung auszieht, er sich selbst und sein Ego erst erobern muss. Dazu muss er das „Tierische“ in seiner eigenen Natur unterwerfen. Dies geschieht, wenn sich sein Tun in Übereinstimmung mit den Anweisungen der Tora, dem praktischen Handbuch für das alltägliche Leben, befindet. Dadurch wird die Materie mit dem Licht des Einen G-ttes, unseres G-ttes, durchdrungen und erleuchtet.

G-tt erschuf einen Menschen. Er gab dieser einzigen Person auf der Erde die Pflicht und Aufgabe, die Welt zu „erobern“. Somit ist jeder Mensch in der Lage, dies zu vollbringen. Wenn aber ein Mensch diese unschätzbaren G-ttlichen Kräfte nicht zur Erfüllung seiner Aufgabe nutzt, dann ist das nicht nur sein persönlicher Verlust und Fehlschlag, sondern er beeinflusst damit die ganze Welt negativ.

Ein Mensch kann die ganze Welt verändern

Eines der wichtigsten Unterscheidungsfaktoren bei der Schöpfung des Menschen war seine Erschaffung als einzelnes Wesen, - im Gegensatz zu anderen Gattungen, die in großer Zahl entstanden.

Ein einziger Mensch besitzt die Fähigkeit, die ganze Welt zur Erfüllung zu bringen, wie es schon bei dem ersten Menschen Adam HaRischon der Fall war. Direkt nachdem Adam erschaffen worden war, versammelte er alle Geschöpfe um sich, um die Herrschaft des Schöpfers mit dem Ausruf: „Kommt, lasst uns vor G-tt, unserem Schöpfer, niederknien“ anzuerkennen. Denn ein Geschöpf kann sich nur durch ‚Verbeugung’, d.h. sich selbst zurücknehmen, mit dem Schöpfer vereinigen und dadurch allerhöchste Erfüllung finden.

Die Rabbiner erklären, dass Adam der Prototyp jedes nachfolgenden Individuums gewesen sei. „Daher wurde der Mensch als einzelner erschaffen, damit er als ‚ein Mensch der ganzen Welt gleichkommt’“. Das bedeutet, dass jeder Jude und sogar jeder Mensch unabhängig von der Zeit, dem Ort und seinen persönlichen Verhältnissen die Fähigkeit und Pflicht sich zu entwickeln besitzt, um die größte Erfüllung für sich selbst und die ganze Menschheit zu erlangen.

Rosch Haschana: Der Geburtstag des Menschen

Diese Idee wird dadurch unterstrichen, dass wir am jüdischen Neujahrstag (Rosch Haschana) die Geburt des Menschen feiern, die am sechsten Tag der Schöpfung stattfand.

In der Rosch Hashana Liturgie finden wir, dass der Neujahrstag „der erste Tag Deiner Arbeit“ genannt wird. Warum ist er „der erste Tag Deiner Arbeit“, wenn Rosch Haschana tatsächlich am sechsten Tag der Schöpfung liegt?

Die Rabbiner sagen, dass der Mensch der Grund für all die Dimensionen des Universums war. Da mit der Geburt des Menschen der Sinn der ganzen Schöpfung erfüllt war, verkörpert nur der Mensch die Schöpfung, als ob vor ihm nichts anderes erschaffen worden wäre. Trotzdem muss die Frage nach der Richtigkeit einer solchen Behauptung gestellt werden, wenn wir uns die beeindruckend wundervolle Welt anschauen, wie es in den Psalmen heißt: „Wie vielfältig sind Deine Werke, oh G-tt“ und „wie groß sind Deine Werke, oh G-tt?“. Außerdem fällt beim Betrachten unserer Welt die Unterlegenheit unserer sprechenden Gattung gegenüber allen anderen Schöpfungsarten auf. Der Mensch ist den Tieren, noch mehr den Pflanzen, aber am allermeisten den anorganischen Dingen zahlenmäßig unterlegen.

Die Antwort darauf ist eine der grundlegenden Lehren von Rosch Haschana in Bezug auf die ganze Schöpfung:

Die Anordnung der Schöpfung ist in Bezug auf alle erschaffenen Dinge nur quantitativer Art, denn das zahlenmäßige Übertreffen der anorganischen Materie gegenüber den Pflanzen, und dieser wiederum gegenüber den Tieren stellt den Menschen an die geringste Stelle. Doch nicht die Quantität ist für die Reihenfolge entscheidend, sondern die Qualität. Qualitativ gesehen kehrt sich die Reihenfolge um: Anorganische Materie, die keine Lebenszeichen oder Bewegung hat, steht am Ende der Reihenfolge. Danach kommen die Pflanzen, die zwar wachsen, aber sich nicht wie die Tiere fortbewegen können. Höher angesiedelt ist das Tierreich. Da es aber keinen menschlichen Verstand besitzt, ist es dem Menschen, dem höchsten aller Geschöpfe, unterlegen. Denn, obwohl Tiere Verstand haben, ist dieser kein Selbstzweck, sondern der Instinkt mit seiner einzigen Funktion, den natürlichen Bedürfnissen des Tieres zu dienen.

Der menschliche Verstand hingegen ist, wenn sich sein Besitzer menschlich und nicht tierisch verhält, vornehmlich ein Selbstzweck. Aber auch der menschliche Verstand erlangt seinen Sinn und Zweck nicht, wenn er nur als Instrument zur Befriedigung physischer Bedürfnisse verwendet wird. Damit würde der Mensch sich nicht vom

Tier unterscheiden. Deshalb müssen all diese Funktionen wie Essen, Trinken und dergleichen dem Verstand untergeordnet werden. Nur so ist es dem Menschen möglich, in seinen intellektuellen und geistigen Beschäftigungen immer höher zu steigen.

Doch die wahre Sinnerfüllung des menschlichen Wesens entsteht erst, wenn der Verstand ihn zu der Erkenntnis bringt, dass es etwas gibt, was höher als der Verstand ist. Diesem Ideal muss sich der Verstand total unterwerfen.

Somit wird eine menschliche Sinnerfüllung erlangt, wenn wir verstehen, dass der Mensch und mit ihm die ganze Schöpfung, G-tt als den Schöpfer des Universums anerkennt. Wir sollen uns ihm annähern und uns an ihn binden.

Dieses Konzept bezieht sich direkt auf unser tagtägliches Leben. Dies kann man auch daran erkennen, dass der Psalm, der mit „G-tt regiert, er kleidet sich in Majestät“ beginnt, als „Täglicher Psalm“ des sechsten Tages jeder Woche des Jahres bestimmt wurde. Dies erreichte Adam, der erste Mensch, als er die Herrschaft des Schöpfers anerkannte und damit sich und die ganze Schöpfung zur Erkenntnis G-ttes erhob.

Die allgemeine Lehre, die man daraus ziehen kann, ist: Wer über sich selbst nachdenkt wird erkennen, dass der Großteil seines Lebens und seiner Anstrengungen mit materiellen Dingen beschäftigt ist, wie essen, trinken und dergleichen. Es ist auch offensichtlich, dass es mehr „Männer der Welt“ als „Männer des Geistes“ gibt. Leider sind die meisten Menschen vor allem mit materiellen Dingen beschäftigt, so dass wir fälschlicherweise denken könnten, die physischen Aspekte des Lebens seien die wichtigsten Aspekte dieser Welt.

Die Macht der Gerechten

Direkt nach der Schöpfungsgeschichte fährt die Biblische Erzählung mit der Versuchung des verbotenen Apfelbaumes, Adam’s Sünde und dem darauffolgenden Exil vom Garten Eden, fort. Die Schlange, die der bösen Neigung entspricht, überredet den Menschen, den Auftrag seiner Seele zugunsten momentaner Vergnügungen zu vernachlässigen. Adam stürzt die Menschheit in einen Kampf zwischen ihrer guten und bösen Neigung.

Die Weisen beschreiben in der folgenden Art und Weise, was passiert ist: Zur Zeit der Schöpfung ruhte die Schechina (G-ttliche Gegenwart) auf der Erde. Nach Adam’s Sünde zog sich die Schechina von der Erde zum ersten Firmament zurück. Die Weisen sprechen von sieben solcher geistigen Ebenen. Nach den Sünden von Kain und Abel und der nachfolgenden Generation von Enosch zog sich die Schechina zum zweiten und dritten Firmament zurück und so weiter, bis die Schechina durch die Sünden der folgenden Generationen bis zum siebten Firmament zurückgezogen war. Der gerechte Abraham brachte die Schechina durch seinen G-ttesdienst eine Ebene näher, d.h. zum sechsten Firmament. Sein Sohn Isaak und sein Enkel Jakob brachten zusammen mit den nachfolgenden Generationen von Gerechten die Schechina immer weiter zurück, bis Moses in der siebten Generation nach Abraham die G-ttliche Gegenwart auf diese Erde zurück holte und den Tabernakel in der Wildnis baute, wo die Schechina ruhte.

Eine der großartigen Lehren des Baal Schem Tows, des Gründers der chassidischen Bewegung, ist die eines andauernden Schöpfungsprozesses. G-ttliche kreative Energie pulsiert fortwährend durch die Schöpfung, wodurch ständig alle Geschöpfe ex nihilo erschaffen werden. Wenn G-tt nur momentan aufhören würde, die Welt zu erschaffen, dann würde sie null und nichtig werden wie vor der Schöpfung. Wenn die Weisen über die „Zurückziehung der G-ttlichen Gegenwart“ sprechen, dann meinen sie nicht, dass G-tt sich wortwörtlich von der Welt entfernt hat. Denn dann würde die Welt aufhören zu existieren. Sie sagen vielmehr, dass Sünden eine verminderte Sensibilität gegenüber der G-ttlichen Gegenwart zur Folge haben. G-ttlichkeit ist nicht mehr manifest und wird nicht mehr von der Schöpfung gespürt. Es ist, als ob G-tt aus dieser Welt verbannt worden wäre. Das Resultat jener Sünden, die über viele Generationen hinweg begangen worden waren, ließ ein Sich-Abwenden G-ttes erkennen. Nur durch die Anstrengungen der Gerechten wurde die Welt wieder gegenüber der G-ttlichen Gegenwart sensibilisiert. So wurde die Welt eine angemessene Wohnstätte für Seine Gegenwart.

Eine Wohnstätte für G-tt

Abraham begann den Prozess der Rückkehr und brachte die G-ttliche Gegenwart vom siebten zum sechsten Firmament. Dies vollbrachte er, indem er ein Gästehaus in Beer Scheba schuf und Wanderern Essen und Trinken gab. Nachdem sie gegessen hatten, bat Abraham sie, das Tischgebet zu sagen. Es steht in der Tora: „Und Abraham rief dort im Namen G-ttes.“ Es steht im Rambam, dass Abraham so einen starken Einfluss in seiner Generation hatte, dass er eine beträchtliche Menge der bekannten Zivilisation zum Monotheismus konvertierte.

Diese Aufgabe wurde von seinen Nachkommen fortgeführt. Die vorväterlichen Traditionen und der Ein-G-tt-Glaube blieben sogar erhalten, nachdem Jakob nach Ägypten gegangen war und die Juden Sklaven geworden waren. Obwohl sie von der ägyptischen Kultur durchdrungen waren, behielten die Kinder Israels, und insbesondere der Stamm Levi, seine Identität und seinen Glauben.

G-tt hatte Abraham versprochen, dass seine Nachkommen nur eine bestimmte Zeit lang einem fremden Volk dienen würden. Danach würden sie gerettet werden. Als die Zeit der Befreiung gekommen war, schickte G-tt einen Urenkel Lewi’s, Jakob’s Sohn, um diese Aufgabe zu erfüllen: Moses. Der Pharao, der ein selbst ernannter Gott war, wurde systematisch von den zehn Plagen zerstört. Er und seine Zauberer mussten zugeben, dass der „Finger G-ttes“ am Werke war. Schließlich verließ das Jüdische Volk Ägypten. Das war eine Befreiung, die der Prototyp aller zukünftigen Befreiungen ist.

Sie erlebten noch mehr Wunder wie die Teilung des Meeres und den Sieg gegen die Amalekiter. Neunundvierzig Tage nach dem Auszug aus Ägypten, standen sie am Berg Sinai, wo sie die Zehn Gebote von G-tt selbst hörten. G-tt gab seine Tora-Lehre dem ganzen Volk. Kurz danach instruierte der Ewige Moses: „Macht mir ein Heiligtum, so dass ich unter ihnen wohnen kann.“

Moses begann die Konstruktion des Mischkan (Tabernakels). Es war eine transportable Struktur, welche die Heilige Lade mit den Steintafeln und der Gesetzesrolle enthielt. Der Tabernakel wurde der Prototyp aller zukünftigen Synagogen. Als der Tabernakel endlich fertig und aufgestellt war, ruhte die G-ttliche Gegenwart auf ihm. Die Weisen sagen, dass die Aufgabe vollendet und die G-ttliche Gegenwart nun zur Erde zurückgekehrt war.

Die Erbauung des Tabernakels veranschaulicht den Sinn der Schöpfung, der laut Midrasch darin besteht: „G-tt wollte eine Wohnstätte in der niedrigsten Welt haben.“ Die Aufgabe des Menschen ist es, die Schöpfung mit G-ttlichkeit zu durchdringen. Diese Idee wurde im Tabernakel veranschaulicht. Als die Juden aus Ägypten auszogen, nahmen sie große Reichtümer mit sich, die sie dann zur Erbauung des Tabernakels spendeten. Alle Aspekte der mineralischen, pflanzlichen und tierischen Welt waren im Tabernakel repräsentiert. Die Wände waren aus Holzbrettern gemacht, die mit Gold bedeckt waren. Die Opfer repräsentierten die Erhöhung der tierischen Dimension durch den Menschen und symbolisierten dadurch, dass sich der Mensch einem höheren Zweck widmet. Jeder Aspekt des Tabernakels verwandelte das Materielle in Spirituelles. Dadurch hat der Tabernakel, den unsere Weisen als Mikrokosmos bzw. Symbol des Universums bezeichnet haben, unsere Aufgabe auf dieser Welt reflektiert: Das Materielle wird zu einem geistigen Zweck umgewandelt und dadurch erhöht, z. B. essen wir, um gesund zu sein, damit wir Tora lernen und Gebote (Mizwot) ausführen können, Tierhäute für Mesusas und Tefillin verwenden usw.

Diene G-tt mit Freude

Jede Seele hat eine besondere Aufgabe neben dem allgemeinen Auftrag, G-tt eine Wohnstätte in dieser Welt zu schaffen. Der Baal Schem Tow sagte, dass eine Seele über das Einhalten der Tora und Mizwot hinaus auf dieser Welt 70 oder 80 Jahre lang leben kann, nur um einem anderen einen Gefallen im materiellen oder geistigen Bereich zu tun. Wie erfahren wir von unseren besonderen Aufgaben? Wie finden wir heraus, welcher Gefallen der Sinn des Abstiegs seiner Seele ist? Die Antwort ist, dass alles durch G-ttliche Vorsehung geschieht. Wenn wir eine Gelegenheit bekommen, Gutes zu tun, dann kommt sie vom Himmel. Daher sollten wir sie als den Sinn des Abstiegs der Seele betrachten.

Unsere Weisen haben gesagt: „Alles kommt vom Himmel außer der Ehrfurcht des Himmels“. Das bedeutet, dass alles, was einem Menschen zustößt, vom Himmel geschickt worden ist. Der Ort und die Zeit, zu der ein Mensch lebt, sowie seine Stellung im Leben, z.B. ob er reich oder arm ist, wurden von oben bestimmt. Der einzige Beitrag, den ein Mensch leistet, ist seine Ehrfurcht vor dem Himmel, d.h. seine Reaktion in jeder Situation. Wir alle werden mit einzigartigen Möglichkeiten und Herausforderungen konfrontiert. Es ist unsere Lebensaufgabe, sie zum G-tt gegebenen Sinn und Zweck zu nutzen.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie groß und wichtig die Tora und Mizwot im Bezug auf unser Leben sind, weil sie die einzige Art der Selbstverbesserung und der Erfüllung des G-ttlichen Willens darstellen, dann dürfen wir uns trotz der unerlässlichen inneren und äußeren Schwierigkeiten über unser Schicksal sehr freuen. Nur so kann man den Ausspruch des Baal Schem Tow erfüllen: „Diene G-tt mit Freude“. Diese Maxime ist eine der grundlegenden Lehren des Baal Schem Tow, die von Rabbiner Schneur Salman von Liadi in seinem Monumentalwerk Tanja gründlich erörtert werden (26:31).

Letztendlich wird solch ein Weg zu wahrem Glück führen. Glück im jüdischen Sinn wird wie folgt definiert: Wenn wir zu jeder Zeit das tun, was G-tt von uns erwartet, dann können wir wirklich glücklich sein. Jeder, der zu einer bestimmten Zeit das tut, was die Tora vorschreibt, ist ein wirklich glücklicher und gesegneter Mensch. Dieses Gefühl transzendiert alle weltlichen Sorgen, da solch ein Mensch erkennt, dass alles, was im Leben geschieht, von G-tt arrangiert ist.

Es ist offensichtlich nötig, dass wir uns dem Torastudium widmen und uns darüber klar werden, wie wir Seine Gebote im tagtäglichen Leben erfüllen. Die Tora stellt die G-ttliche Weisheit dar. Es gibt keine engere Verbindung mit G-tt als durch die intellektuelle Verbindung des Torastudiums. Und dennoch: „Die Tat ist das Wichtigste“. Der letztendliche Sinn des Studiums ist, dass es zur Tat – zur Ausführung von Mizwot – führt, womit man den Sinn der Schöpfung erfüllt, G-tt eine Wohnstätte in dieser Welt zu schaffen.

Jede Mizwa hat einen kosmischen Effekt und offenbart die Gegenwart G-ttes. Die vollkommene Offenbarung dieses Effekts wird deutlich werden, wenn Moschiach kommt. In dieser Ära wird die einzige Aufgabe des Menschen darin bestehen, G-tt zu kennen.

Jerusalem, die geistige Hauptstadt der Welt, besteht aus zwei hebräischen Worten, ‚Jira’ und ‚Schalem’, was „perfekte Ehrfurcht“ bedeutet. Die Wiedererbauung Jerusalems repräsentiert die Wiederherstellung der perfekten Ehrfurcht auf der Erde und der G-ttlichen Gegenwart im Garten Eden. Jede Mizwa ist ein Schritt in die Richtung auf dieses Ziel hin.

Copyright „Chabad Lubawitsch Deutschland".

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

• Für jede Ausgabe – 3 Briefmarken;

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Komisch, du siehst gar nicht wie ein Bibi-Anhänger aus!

Ein Likud-Video zum Schawuot-Fest zeigt, was die israelische Linke am meisten fürchtet: dass konservative Juden — religiöse und säkulare, aschkenasische und mizrachische, alte und junge — gemeinsam feiern und gemeinsam wählen. Das Video entlarvt die tiefe Intoleranz jener linken und woken israelischen Eliten, die glauben, das Monopol auf jüdische Identität und politische Korrektheit zu besitzen. Wer für Netanjahu ist, darf offenbar nicht anders aussehen, als ein Netanjahu-Wähler nach deren Ansicht auszusehen hat — zumindest nicht nach den Vorstellungen einer selbsternannten pseudo-progressiven Avantgarde, die für sich exklusiv beansprucht, das richtige Judentum zu definieren. Gerade die hysterische Empörung über den Clip zeigt, wie treffend die Pointe sitzt: Für die selbsternannten Verteidiger der Demokratie ist der rechte Wähler offenbar nur so lange Teil des Volkes, wie er schweigt. (JR)

Von Ruthie Blum/JNS

Die israelische Likud-Partei startete ihre Kampagne am Vorabend des Schawuot-Feiertags mit einem Videoclip, den nur humorlose Zuschauer nicht lustig finden würden. Es überrascht daher nicht, dass das Lager „Jeder außer Bibi“ darauf mit gerechter Empörung reagierte, anstatt zu lachen.

Dennoch verbreitete sich der Kurzfilm umgehend viral auf allen Social-Media-Plattformen und wird weiterhin geteilt, sogar von prominenten Nicht-Hebräischsprechenden wie Elon Musk und Senator Ted Cruz (R-Texas), die sich eindeutig mit der Botschaft identifizieren.

Für alle, die ihn noch nicht gesehen haben, hier eine Zusammenfassung.

Die Szene spielt an einem Esstisch, an dem eine vierköpfige Familie – Vater, Mutter, Bruder und Schwester – versammelt ist, um das jüdische Fest zu begehen. Die Mutter eröffnet das Gespräch.

„Es hat sich herausgestellt, dass Shabis Sohn Channel 14 schaut“, sagt sie und bezieht sich dabei auf den rechtsgerichteten Fernsehsender, der die gegen die Meinungsfreiheit eingestellte Linke so sehr in den Wahnsinn treibt, dass sie schwört, ihn zu schließen.

„Widerlich“, antwortet ihr Mann und verzieht das Gesicht.

Währenddessen tippt die Tochter auf ihrem Handy herum. Um die Aufmerksamkeit aller zu erregen, klirrt der Sohn mit einem Löffel an seinem Weinglas.

„Mama, Papa, ich möchte euch etwas sagen“, sagt er.

„Du bist schwul“, vermutet der Vater.

„Was?“, sagt der Sohn verwirrt.

„Lass den Jungen uns doch vielleicht selbst sagen, dass er schwul ist“, tadelt seine Frau.

„Sich zu outen ist so 2019“, sagt die Tochter, ohne von ihrem Bildschirm aufzublicken.

„Ich bin nicht schwul“, sagt der Sohn. Hier erfahren wir seinen Namen.

„Adi, wir werden dich immer lieben“, sagt seine Mutter und beugt sich mitfühlend zu ihm hin.

„Lass den Jungen reden“, ermahnt ihr Mann.

„Ich bin rechtsgerichtet“, sagt Adi. Sein Vater spuckt seinen Wein explosionsartig aus. Seine Mutter vergräbt ihr Gesicht in den Händen, streckt dann die Hand aus, um ihn zu berühren und zu beruhigen.

„Es ist okay, es ist okay, wir schaffen das gemeinsam“, sagt sie. Ihr Mann gibt nach.

„Alles ist okay! Niemand ist perfekt“, sagt er und fügt mit Gänsefüßchen hinzu: „‚Rechts?‘ [Du meinst, so wie Naftali] Bennett [oder Gadi] Eizenkot...“

Bei diesem Vorschlag verdreht die Tochter die Augen. „Wer hat ihm das erzählt?“, fragt sie rhetorisch, entweder zu sich selbst oder zu der Person, mit der sie gerade per FaceTime spricht.

Screenshot aus dem Wahlkampfvideo der Likud-Partei, das am Vorabend von Schawuot, dem 21. Mai 2026, veröffentlicht wurde.

„[Das sind] die aller am wenigsten Rechtsgerichteten, Boomer!“, verkündet sie mit einem Seitenhieb auf die Generation ihres Vaters.

„Ich bin ein Bibi-Anhänger“, sagt Adi und stellt klar, dass er den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu unterstützt.

Während seine Mutter in ihrem Stuhl zurückfällt, schreit sein Vater: „Wie kann das sein? Du arbeitest doch in der Hightech-Branche!“

Adis Mutter unterbricht ihren Mann und jammert: „Mein Sohn ist ein Bibi-Anhänger!“

Sein Vater brüllt: „Du liest Bücher!“

Seine Mutter schreit: „Jeder außer Bibi!“

Sein Vater brüllt: „Du bist doch ein gebildeter Mensch, um Gottes willen!“

Seine Schwester informiert ihre Freundin: „Hör mal, die drehen völlig durch, weil mein Bruder gesagt hat, er sei ein Bibi-Anhänger. Die sind total verrückt, ich schwöre. Ich kann sie nicht ausstehen.“

Plötzlich fällt seine Mutter in Ohnmacht, ihr Kopf taucht in ihren Käsekuchen – ein traditionelles Schawuot-Dessert.

„Mama!“, schreit Adi und eilt herbei, um sie wiederzubeleben.

Zu sehr damit beschäftigt, das schockierende Geständnis zu beklagen, um zu bemerken, dass seine Frau in Gefahr ist, kommt Adis Vater zu dem Schluss: „Sie haben ihn in der Reserve einer Gehirnwäsche unterzogen.“

„Er ist bei der 8200“, sagt Adis Schwester und verweist darauf, dass ihr Bruder in Israels Eliteeinheit des Militärgeheimdienstes dient, die voll von Mitgliedern der liberalen Oberschicht ist.

„Ruft einen Krankenwagen! Seht ihr nicht, dass sie im Kuchen ertrinkt?“, brüllt Adi.

„Telefonanrufe sind so 2019“, sagt seine Schwester.

Adi führt bei seiner Mutter eine Herzdruckmassage durch, während sein Vater wild gestikuliert.

Als der Clip zu Ende geht, wendet sich ein Sprecher an das Publikum. „Ihr seid nicht allein“, sagt er. „Mehr als zwei Millionen Wähler der Rechten sind jedes Jahr mit Diskriminierung, Wut und Hass konfrontiert, allein aufgrund ihrer politischen Haltung. Googelt mal ‚Ein Bibi-Anhänger ist kein halber Mensch‘.“

Die Szene endet damit, dass Adi seine Mutter eindringlich bittet, nicht „ins Licht zu gehen“, und sein Vater fleht: „Aber was ist denn so schlimm daran, schwul zu sein?“ Worauf Adi schreit: „Meinst du das ernst??!!“

Eine verbitterte und intolerante Protestbewegung

Der Epilog ist ein schriftlicher Segen – „Frohes Schawuot an alle“ –, untermalt mit Emojis einer israelischen Flagge und eines Herzens.

Die darauf folgende Empörung seitens der intellektuellen Oberschicht war fast so unterhaltsam wie der fragliche Inhalt. Vorwürfe der „Aufwiegelung“, „absichtlicher Spaltung“ und andere lächerliche Behauptungen verdeutlichen, wie verbittert und intolerant die Protestbewegung ist.

Nicht, dass es weiterer Beweise bedürfte, wohlgemerkt. Fragen Sie einfach den Knesset-Sprecher Amir Ohana.

Der schwule Vater von zwei Kindern – dessen Partner und Lebenssituation von Netanjahu begrüßt, von Fraktionen rechts vom Likud willkommen geheißen und sogar von haredischen Abgeordneten akzeptiert werden – wird von der Linken im Allgemeinen und von linken Mitgliedern der LGBT-Gemeinschaft im Besonderen gemieden. Sie wissen schon, von der Mehrheit dieser Gruppe, die sich (kein Wortspiel beabsichtigt) ihrer sogenannten „progressiven“ Ideen und Werte rühmt.

Aber Ohana steht, was sie betrifft, auf der „falschen“ Seite des Spektrums, da er die meisten ihrer Positionen nicht teilt. Er beschrieb sich 2016 in einem Slate-Interview als „Jude, Israeli, Mizrahi, Homosexueller, Likudnik, Veteran der Sicherheitskräfte, Liberaler und Verfechter des freien Marktes“. Und er sagte der New York Times im Jahr 2019, dass „sich zu Männern hingezogen zu fühlen nicht bedeutet, dass man an die Gründung eines palästinensischen Staates glauben muss“.

Kein Wunder, dass seine Kritiker sich wünschen, er würde den Mund halten – oder ihn am liebsten selbst mundtot machen würden. Zum Glück für den Rest von uns echten Liberalen läuft es für die selbsternannten „Wächter“, die vor fast vier Jahren in einer – man staune! – demokratischen Wahl besiegt wurden, nicht so.

Sich zum „Bibi-ismus“ zu bekennen, erfordert Mut

Da sie das Wahlergebnis nicht kippen können, diskreditieren sie die Wähler, die für die Bildung der rechtesten Regierung in der Geschichte des Landes unter der Führung des am längsten amtierenden Premierministers verantwortlich sind. Dazu gehört, Netanjahu-Anhänger unerbittlich lächerlich zu machen und den Begriff „Bibi-ist“ als Schimpfwort zu verwenden. Es macht sie daher besonders wütend, wenn die Menschen, gegen die sich das richtet, dieses Etikett ohne Reue tragen.

Dennoch ist es ermüdend, bei gesellschaftlichen Anlässen angesprochen zu werden und gezwungen zu sein, sich wegen Netanjahu zu verteidigen, wenn eine zivilisierte Diskussion über Politik nie auf dem Programm steht. Der Effekt ist wie in dem obigen Clip dargestellt. Sich zum „Bibi-ismus“ zu bekennen, erfordert Mut, den nicht jeder besitzt oder aufbringen möchte, um sowohl Verunglimpfung als auch sinnlose Debatten zu vermeiden.

Meine verstorbene Mutter, deren Wandel von links nach rechts sich im Amerika der späten 1970er Jahre, war mit diesem Phänomen nur allzu vertraut. Ihr Rat an mich und meine israelischen Konservativenkollegen ein paar Jahrzehnte später lautete: „Sprecht über Zionismus, seid fröhlich und macht euch über eure ideologischen Rivalen lustig.“

Das Likud-Video hat diese Meisterleistung in weniger als anderthalb Minuten vollbracht. Ein großes Lob für die komische Auflockerung.